

## ***D – Was Freiheit schützt***



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 26.11.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-FH Was Freiheit schützt

### **Antragstext**

- 1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der Demokratie. Die
- 2 Europäer\*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und Unterdrückung errichtet. Heute
- 3 garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen reisen können, wo uns früher Stacheldraht,
- 4 Mauern und Schlagbäume trennten. Sie sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo noch vor
- 5 wenigen Jahrzehnten Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie garantiert, dass
- 6 alle Bürger\*innen der EU ihre Regierungen frei wählen können – von der Gemeindeebene bis
- 7 nach Brüssel.
- 8 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt zusammen und
- 9 bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als Chance zu begreifen;
- 10 Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das verbindende Element zu suchen, statt
- 11 das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts anderes ist Gründungsgedanke der EU.
- 12 Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie wollen wir
- 13 stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor nationalen Grenzen nicht
- 14 Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren haben wir erlebt, wie autoritäre
- 15 Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen. Die EU ist in der Verantwortung, durch
- 16 Koordination und starke eigene Institutionen den Schutz zu bieten, den die Bürger\*innen zu
- 17 Recht erwarten – zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher Verlässlichkeit das
- 18 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.
- 19 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das ist gut,
- 20 denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der drängenden Probleme
- 21 unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem demokratischen Prozess
- 22 bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische Parlament, dessen Rechte wir erweitern
- 23 wollen. So schaffen wir die Grundlage für eine föderale europäische Republik mit einer
- 24 eigenen Verfassung. Auch wenn Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam und
- 25 langwierig
- 26 sind, so stellen sie doch einen großen Wert da: Mit der Kraft des Wortes und der Diskussion
- 27 steht am Ende oft ein Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufriedenstellt,
- 28 aber alle weiterbringt. Dafür stehen wir ein.
- 29 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische Einigung
- 30 seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, gehört zu den größten politischen Erfolgen der
- 31 Weltgeschichte. Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von Extremist\*innen aller Art:
- 32 Wer meint, dass Frauen nicht die gleichen Rechte haben sollten wie Männer, wer freie Medien
- 33 mundtot machen will, wer seine Interessen durch Desinformation und Hetze durchsetzen will –
- für den ist die EU ein Dorn im Auge.

34 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu schützen,  
35 die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten, wenn wir sie ausbauen.  
36 Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die besten Ideen in einen fairen  
37 Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten können. Wir wollen die  
38 Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger\*innen Sicherheit und gleiche Rechte bietet.  
39 Wir wollen eine EU, die für ihre Bürger\*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese über das  
40 Europäische Parlament noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen, dass die EU  
41 auch im Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor Orbán, die  
nötige  
42 Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt, sollte nicht  
43 gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren können.

44 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser Grundwerte – und eine  
45 Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für die Rechte von  
46 Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in vielen Lebensbereichen benachteiligt ist,  
47 solange ist unsere Demokratie nicht vollständig. Und auch solange trans, inter und  
48 nichtbinäre Menschen diskriminiert werden, können noch nicht alle gleichberechtigt  
49 teilhaben. Autoritäre Kräfte innerhalb und außerhalb Europas stellen unseren Zusammenhalt  
50 indes infrage, indem sie einzelne Gruppen zum Feindbild erklären. Das schwächt uns alle und  
51 droht unseren Kontinent zu spalten. Dem treten wir entschieden entgegen. Ein vielfältiges  
52 Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt dafür, dass alle beitragen und teilhaben können. Wir  
53 stehen fest an der Seite all jener, die ausgegrenzt und diskriminiert werden. Und weil wir  
54 die EU als Vorreiterin einer wertegeleiteten Digitalisierung sehen, wollen wir Demokratie  
55 und Rechtsstaatlichkeit auch im Netz sichern.

56 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen dabei  
57 glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen, die nach Europa  
58 kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die Lage an den europäischen  
59 Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität und Ordnung im Umgang mit  
60 Geflüchteten. Wir wollen Schutz bieten für Menschen, die vor Krieg und politischer  
61 Verfolgung fliehen müssen. Wir wollen Einwanderung so gestalten, dass diejenigen, die als  
62 Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder Erntehelfer zum Erfolg unserer  
63 Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten können. Migration ist nicht nur  
64 Triebfeder für Fortschritt, sie ist auch eine Kraftanstrengung. Menschen kommen nach Europa  
65 mit unterschiedlichen Perspektiven, Erfahrungen und Gesellschaftsbildern. Wir wollen uns  
66 dieser großen Herausforderung politisch stellen. Damit das gelingt, braucht es die  
67 Bereitschaft, gemeinsam Einwanderungsgesellschaften auf Grundlage europäischer  
68 Wertvorstellungen zu gestalten. Das gilt für die Menschen, die hier leben, ebenso wie für  
69 diejenigen, die nach Europa kommen und teilweise völlig andere Wertvorstellungen haben.

70 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein, Gemeinschaft  
71 soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen hinweg. Wir setzen uns ein  
72 für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres Zusammenwachsen unseres Kontinents  
73 versteht. Für einen Kontinent, in dem die Menschen in Freiheit und unter demokratischen  
74 Werten sicher leben. Für eine EU, die ein Zuhause bietet und sich nicht abschottet. Dieses  
75 Europa wollen wir sein.

# 76 1. Demokratische Institutionen

## 77 **Rechtsstaatlichkeit verteidigen**

78 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit  
 79 einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das Fundament der EU. Wenn Regierungen in  
 80 Mitgliedstaaten diese Wertebasis systematisch aushöhlen, indem sie die Unabhängigkeit der  
 81 Justiz – die erste Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der Opposition und  
 82 Zivilgesellschaft beschneiden, freie Medien bekämpfen, Frauen-, Minderheiten- und LGBTIQ\*-  
 83 Rechte einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür und Tor öffnen,  
 84 bereiten sie den Weg für Diskriminierung. Damit schwächen sie die EU. Deshalb ist es  
 85 unverzichtbar, dass die bestehenden Rechtsstaatsinstrumente konsequenter und schneller  
 86 genutzt und weiterentwickelt werden.

87 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, soll allen hier lebenden Menschen Schutz  
 88 bieten.. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-Recht beschränkt, ist ihre  
 89 Schutzwirkung bislang begrenzt. Das wollen wir ändern: Sie soll auch für rein nationales  
 90 Handeln der Mitgliedstaaten gelten und dort einklagbar werden. Wenn eine Regierung die  
 91 Grundrechte ihrer Bürger\*innen verletzt, soll sie dafür auch auf europäischer Ebene belangt  
 92 werden können. Auch die Durchsetzbarkeit der Urteile des Europäischen  
 93 Menschenrechtsgerichtshofs, der über die Einhaltung der Europäischen  
 94 Menschenrechtskonvention wacht, wollen wir innerhalb der EU stärken.

95 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage der  
 96 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir mehr Gewicht  
 97 verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die Zivilgesellschaft gezielter  
 98 bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu erhöhen, setzen wir auf verbindliche  
 99 Reformvereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, die perspektivisch  
 100 sanktionsbewehrt werden müssen. Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen Parlament  
 müssen

101 zur Regel werden und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren nach Artikel  
 102 7, das in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts führen kann,

103 soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die Mitgliedstaaten im  
 104 Rat der EU (Ministerrat) und im Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr  
 105 mit Konsens, sondern mit qualifizierter Mehrheit abstimmen.

106 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, demokratischer  
 107 Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch europäischer  
 Steuergelder

108 etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und Vetternwirtschaft zugunsten bestimmter  
 109 Parteien wirksam zu stoppen, darf die Überprüfung nicht allein stehen bleiben. Auch eine  
 110 wirksame Gewaltenteilung und die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind entscheidend.

111 Deshalb erweitern wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der Grundrechtecharta.  
 Das

112 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise eingefroren  
 113 werden.

114

115 Bei Vertragsverletzungsverfahren setzen wir auf klare Regeln und mehr Transparenz. Die  
116 Kommission wird ihrer Rolle als Hüterin der Verträge dann gerecht, wenn Recht eingehalten  
117 wird. Verspätete Durchsetzung von EU-Recht schadet allen.

118 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat, Kommission  
und  
119 Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig verstärkende Anwendung aller  
120 Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen Erkenntnisse führen wir zu einer gemeinsamen  
121 Bewertungsgrundlage zusammen. Um einen regelmäßigen Charta-Check zu garantieren, den  
alle  
122 Mitgliedstaaten akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert\*innen-Kommission, die die  
123 EU-Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel erhalten, müssen  
124 sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu kooperieren. Bei  
125 Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den Kommunen die Leidtragenden  
126 sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer finanziellen Verantwortung stehlen und lieber  
127 mit dem Finger nach Brüssel zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt unterstützt werden  
128 können.

### 129 **Mehr Demokratie wagen**

130 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe  
131 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter stärken. Das  
132 Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern gleichgestellt sein und wie  
133 jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze beschließen, etwa in der Steuer- oder  
134 Sicherheitspolitik. Es soll ein vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es eigenständig  
135 Gesetze auf den Weg bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen, Untersuchungsausschüsse  
136 einzuberufen und Zeug\*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf Vorschlag der  
137 Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und im Notfall wieder  
138 entlassen können.

139 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es mehr  
140 Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und die Positionen  
141 der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht werden.

142 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen Verfassung. Das  
143 Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein gleichberechtigter Teil  
144 der gesetzgebenden Gewalt werden.

145 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass alle  
146 Parteien Spitzenkandidat\*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt das Europäische  
147 Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin der Kommission. Zudem sind  
148 bei der Europawahl bislang nur Kandidat\*innen aus dem jeweils eigenen Land wählbar. Das  
149 wollen wir im Sinne eines grenzüberschreitenden Wahlkampfs ändern. Ein Teil der Abgeordneten  
150 soll zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über europäische  
151 transnationale Listen bestimmt werden. Auch in den bleibenden nationalen oder regionalen  
152 Wahlkreisen soll die Europa-Parteizugehörigkeit nationaler Parteien klar erkennbar werden.

153 Wir treten außerdem dafür ein, dass das Europäische Parlament Frauen und unterrepräsentierte  
154 Gruppen besser abbildet.

155 Wir treten dafür ein, Wahlhürden zu senken. Wer dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt in der EU  
156 hat, muss sich dort auch politisch einbringen können. Unionsbürger\*innen sollen an ihrem  
157 ständigen Wohnsitz in der Union mitwählen können, und nicht nur für Kommunalparlamente und

158 das Europäische Parlament, sondern auch bei regionalen und nationalen Wahlen. Wer in  
159 Deutschland dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit haben, hier an  
160 allen Wahlen, Abstimmungen und demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen.

161 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die Einführung  
162 des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein großer Erfolg. Wir wollen,  
163 dass Jugendliche besser an politischen Prozessen beteiligt werden. Deshalb werden wir auf  
164 Basis einer unmittelbar an die Europawahl anschließenden Evaluation das Wahlalter ggf.  
165 weiter absenken.

166 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger\*innen im Europäischen Parlament wollen  
167 wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen. Im Parlament werden wir darüber  
168 hinaus darauf hinwirken, dass den Abgeordneten mehr Zeit für die Arbeit in ihren  
169 Heimatregionen zur Verfügung steht, um vor Ort ansprechbar zu sein.

170 Mit dem Europäischen Bürger\*innenforum, das erstmals in dieser Legislatur als  
171 Zukunftskonferenz stattgefunden hat, können europäische Bürger\*innen, die nach dem  
172 Zufallsprinzip und repräsentativ aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost werden, in  
173 einem Bürger\*innen-Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Wir wollen dieses  
174 Instrument fest verankern, digitale Teilnahme ermöglichen und setzen uns dafür ein, dass die  
175 Vorschläge der Bürger\*innen auch umgesetzt werden.

176 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger\*innen direkt ein Thema auf die  
177 Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir erweitern, verbindlicher und  
178 bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss zwingend innerhalb eines Jahres ein  
179 Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission folgen und dem Europäischen Parlament  
sowie  
180 dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Initiator\*innen einer EBI sollen als  
181 Zwischenschritt auch ein Europäisches Bürger\*innenforum einberufen können.

182 **Handlungsfähiger werden**

183 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige EU  
184 angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen  
185 Entscheidungen schneller ermöglichen, etwa durch Anwendung der Passerelle-Klausel. Wo  
bisher  
186 noch Einstimmigkeit zwischen den Staaten erforderlich war und Entscheidungen deshalb leicht  
187 blockiert werden konnten, soll in Zukunft mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt werden.  
188 Dabei ist es wichtig, dass die Interessen kleinerer Mitgliedstaaten weiterhin Gehör finden  
189 und respektiert werden.

190 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten  
191 Zusammenarbeit besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe von mindestens neun EU-  
192 Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu kooperieren und gemeinsam Projekte

193 anzustoßen. Damit können sie schneller wichtige Projekte auf den Weg bringen. Wichtig für  
194 uns: Dabei soll das Europäische Parlament einbezogen werden – und alle anderen  
195 Mitgliedsländer sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen können.

196 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und zeitnah in die  
197 Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für die wir eintreten, bedarf  
198 einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent unter der Einbeziehung von EU-  
199 Bürger\*innen einberufen. Dieser soll die Empfehlung der wegweisenden Konferenz zur Zukunft  
200 der EU einbeziehen. Hier waren Bürger\*innen maßgeblich an der Formulierung von neuen  
201 Perspektiven für die EU beteiligt.

## 202 **Korruption bekämpfen**

203 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger\*innen, jeder Anschein käuflicher Politik richtet  
204 Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im Europäischen Parlament, in der  
205 Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit demokratischer Prozesse und das Vertrauen in  
206 die EU zu stärken. Wir machen Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle sichtbar.  
207 Mit dem Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist das  
208 dringlicher denn je. Die Ausweitung der Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung- und  
209 bestechlichkeit auf EU-Ebene unterstützen wir.

210 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei  
211 rechtskräftig festgestellten Verstößen müssen finanzielle Strafen zügig durchgesetzt werden.  
212 Mit einem für alle EU-Institutionen, auch den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf  
213 allen politischen Ebenen offen, wer in den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen, die  
214 auf die Gesetzgebung Einfluss ausüben, machen wir durch einen „legislativen Fußabdruck“  
215 sichtbar, der umfassend nachvollziehbar macht, welche Positionen im Gesetzgebungsprozess  
216 eingebracht wurden.

217 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige Ethikbehörde

218 ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle durchsetzt. Beim Wechsel  
219 zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare Karenzzeitregeln, die an  
220 Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren Kontrolle. Dass Europaabgeordnete jetzt  
221 ihre Vermögensverhältnisse gegenüber dem Parlament und Ermittlungsbehörden offen legen  
222 müssen, erschwert Korruption. Wir wollen dies transparent machen, so wie es bereits in  
223 vielen Mitgliedstaaten der Fall ist.

224 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag- und  
225 Geldgeber\*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei  
226 der Nutzung persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness im  
227 demokratischen Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und Onlinehass.

228 Der rechtliche Rahmen zur Einziehung von Vermögenswerten, die durch Korruption erworben  
229 wurden oder aus Erträgen, die aus diesem illegalen Vermögen stammen, soll weiter gestärkt  
230 werden.

## 231 2. Feminismus

### 232 **Europa zum Motor für Frauenrechte und Gleichstellung machen**

233 Wir wollen ein Europa, in dem alle Menschen, unabhängig vom Geschlecht, selbstbestimmt  
leben

234 und gleichberechtigt teilhaben können. Strukturelle Benachteiligung und  
235 geschlechterspezifische Diskriminierung hindern insbesondere Frauen, trans, inter und  
236 nichtbinäre Menschen daran. Unsere Antwort darauf ist ein Feminismus, der alle Menschen und  
237 Mehrfachdiskriminierungen in den Blick nimmt.

238

239 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt leben  
können.

240 In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft – überall gibt es noch viel zu  
241 tun. Oft war Europa die Vorreiterin für Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter.  
242 Doch rechte und rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere Errungenschaften  
243 ins Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen aus dem  
244 Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf  
245 Schwangerschaftsabbruch, sind Menschenrechte und müssen für alle und in allen  
246 Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten. Doch gerade die reproduktiven Rechte von Frauen,  
247 insbesondere aus marginalisierten Gruppen, wie zum Beispiel queeren Frauen, werden offen  
248 infrage gestellt. Errungenschaften im Kampf gegen Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt  
und

249 die Rechte von trans, inter und nichtbinären Menschen in Frage gestellt. Dem treten wir mit  
250 aller Macht entgegen.

251 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf unserem  
252 Kontinent wird. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle Politikbereiche der Union  
253 ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European Institute for Gender Equality) stärken und  
254 ausbauen. Dafür braucht es größeres Wissen, mehr Daten und wissenschaftliche Expertise.  
Auch

255 deshalb werden wir die Gender-Studies weiter fördern und gegen Angriffe verteidigen.

256 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig und  
257 umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in der kommenden  
258 Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen Schritten in Sachen  
259 Gleichberechtigung voranzukommen.

260 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können. Wir wollen  
261 auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Mädchen stärkt.  
Dazu

262 gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf körperliche Selbstbestimmung  
263 sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle sichergestellt sind. Wir wollen den  
264 uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle Beratung zur  
265 Familienplanung ist die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss breit in der  
266 EU verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-  
267 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir. Der Zugang zu Monatshygieneprodukten ist  
268 Teil einer guten Gesundheitsversorgung. Deshalb wollen wir ihn verbessern.

## 269 **Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen**

270 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Als  
 271 Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen schaffen sie  
 272 Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am Arbeitsmarkt hilft  
 273 Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum Beispiel Altersarmut zu  
 274 vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch politisch den Weg ebnen.

275 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von Frauen,  
 276 klappt in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent, in Deutschland sogar  
 277 bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der Lohntransparenzrichtlinie ein  
 278 großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch Auskunftsansprüche und Berichte,  
 279 Entschädigungsansprüche bei geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und stärkt so die  
 280 Rechte der Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese  
 281 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich müssen  
 282 sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, durch  
 283 bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die gerechtere Verteilung von  
 284 bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern verbessert werden.

285 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen  
 286 und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen Rat eine  
 287 Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern partnerschaftlich ermöglichen,  
 288 Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Mit der Familienstartzeit, die  
 289 Partner\*innen nach der Geburt eine 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht, wird die  
 290 Bundesregierung hier einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der  
 291 partnerschaftlichen Arbeitsteilung unterstützen. Wir dringen weiter auf die Umsetzung und  
 292 Ausweitung dieser Richtlinie. So wollen wir vor allem Väter dazu ermutigen, Elternzeit zu  
 293 nehmen. Eine gute und partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine  
 294 effektive Maßnahme, um dem existierenden Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote  
 von  
 295 Frauen entgegenzuwirken. Denn: Viele Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr  
 Männer  
 296 wünschen sich, Familienaufgaben paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber  
 297 nicht zu.

298 Besonders auffällig ist der europaweit geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der  
 299 sogenannten MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Auch wenn hier die Zahl der  
 300 Studienanfängerinnen steigt, spiegelt sich das nicht in den wissenschaftlichen Laufbahnen  
 301 wider. Das muss sich ändern, denn angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels ist es  
 302 geradezu fahrlässig, auf dieses Potenzial zu verzichten. Entsprechend wollen wir Frauen und  
 303 Mädchen aktiv fördern und damit zeitgleich das Arbeitskräfteangebot für den MINT-Bereich  
 304 verbessern. Außerdem fordern wir auf EU-Ebene bessere Finanzierungsmöglichkeiten für  
 305 Darlehen und Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen  
 durch  
 306 EU-Fonds und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu bestehenden  
 Fonds,  
 307 aber auch zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.



## 308 **Gewaltschutz durchsetzen**

309 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Betroffenen von  
 310 geschlechtsbasierter Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen Frauen  
 311 sowohl durch präventive Maßnahmen verhindert als auch verfolgt und verurteilt wird. Ein  
 312 wichtiger Baustein dafür ist die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen - insbesondere von  
 313 Müttern und ihren Kindern, da sie die Trennung von gewalttätigen Partnern erleichtert und  
 314 somit eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-  
 315 Konvention ist das erste Instrument in Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur  
 316 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die

317 Initiative der Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Bis  
 318 heute aber haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn,  
 319 Lettland, Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht ratifiziert. Deshalb ist es  
 320 ein großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und ohne Ausnahmen der Istanbul-Konvention  
 321 beigetreten ist. Wir wollen, dass alle Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz von Frauen  
 322 mindestens den Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem erläuternden Bericht  
 323 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen für Betroffene  
 324 sowie Notrufstellen. Zudem müssen intersektionale Schutzkonzepte und Zufluchtsräume,  
 325 insbesondere  
 326 auch für trans, inter und nichtbinäre Menschen, entwickelt und bereitgestellt werden. Nun  
 327 muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und  
 328 häuslicher Gewalt zügig verabschiedet und umgesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass  
 329 die Istanbul-Konvention auch im Hinblick auf die Schutzbedarfe von trans, inter, lesbischen  
 330 und nichtbinären Menschen umgesetzt wird.

331 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres Ehemanns  
 332 oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Damit  
 333 diese Frauen ihr Recht leichter einfordern und durchsetzen können braucht es  
 334 niedrigschwelligen Zugang zu geschulter mehrsprachiger Beratung und unterstützender  
 335 Hilfestrukturen.

336 Auch Sexarbeiter\*innen brauchen Rechte und Schutz vor Gewalt, Stigmatisierung und  
 337 Kriminalisierung.

## 338 **Frauenrechte stärken und Menschenhandel bekämpfen**

339 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir durch ein  
 340 gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die verbreitetste Form  
 des  
 341 Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Betroffene werden  
 342 gezwungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten. Mehr als  
 343 die Hälfte der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in der EU sind  
 344 EU-Bürger\*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

345 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung und zum  
 346 Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen stärken. Um Frauen  
 347 besser vor Menschenhandel und vor Gewalt zu schützen, wollen wir ihre Rechte stärken. Dies

348 tun wir, indem wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-Opferschutz-Richtlinie dafür  
 349 stark machen, dass alle Opfer von Straftaten besser geschützt werden. Wir wollen den Zugang  
 350 zu Informationen über Opferrechte stärken sowie eine gute Koordination zwischen den  
 351 Mitgliedstaaten, öffentlichen Stellen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei muss der  
 352 Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel abzuschieben, ist  
 353 falsch. Stattdessen wollen wir sie durch dauerhafte Bleiberechte und Schutzprogramme  
 354 schützen. Dies würde auch zu einer Erhöhung ihrer Anzeige- und Aussagebereitschaft führen  
 355 und die Strafverfolgung der Täter\*innen erleichtern.

### 356 **Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen**

357 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nicht  
 358 angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in Europa müssen wir  
 359 immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen zu finden. Wir  
 360 begrüßen, dass die Richtlinie zu Führungspositionen nun endlich in Kraft treten konnte. Die  
 361 Kommission muss nun durch regelmäßige Überprüfungen das Erreichen der entsprechenden  
 Quoten

362 sicherstellen. Denn verbindliche Quoten sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in  
 363 Wirtschaft und Politik geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU  
 364 selbst. Auch die Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

365 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen wir ein  
 366 effektives Gender Budgeting und Gleichstellungsschecks für den EU-Haushalt durchsetzen. Es  
 367 ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für alle Geschlechter aufzustellen: In der  
 368 neuen Haushaltsordnung ist nun festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern nach  
 369 Geschlechtern transparent gemacht wird. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Transparenz  
 370 auch in den Verhandlungen mit dem Rat stark gemacht und in der Haushaltsordnung für alle  
 371 Fördermittel festgelegt wird. Dadurch werden bestehende Ungerechtigkeiten bei der  
 372 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission eine  
 373 Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die Gleichstellung entwickelt.

374 Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert werden. Aufgrund der neuen Datenlage  
 375 muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen geschlechtergerecht gestaltet werden.

## 376 **3. Europas Vielfalt**

### 377 **Zivilgesellschaft stärken**

378 Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener Menschen aus.  
 379 Queere und nicht-queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Atheist\*innen und  
 380 religiöse Menschen, Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven ein, gestalten  
 381 unser Miteinander und unsere Demokratie. Unsere pluralistische Demokratie ist stark, weil  
 382 Menschen in Bürgerinitiativen und Parteien, Vereinen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs)  
 383 und Religionsgemeinschaften eine lebendige Zivilgesellschaft gestalten. Es ist Aufgabe der  
 384 EU, diese Freiheitsrechte zu sichern.

385 Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst  
 386 grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament haben wir

387 erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den Weg gebracht. So  
 388 sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen überall in Europa rechtlich  
 389 abgesichert arbeiten können.

390 Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für Menschen, die  
 391 Diskriminierung, wie Antisemitismus, Rassismus, Frauen- oder Queerfeindlichkeit und Gewalt  
 392 erfahren. Damit sie Betroffene angemessen beraten können, wollen wir die bestehenden  
 393 Beratungsstrukturen weiter fördern und ausbauen.

394 Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung,  
 395 Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So fördern wir Initiativen und  
 396 Selbstvertretungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung und für die  
 397 Gleichberechtigung aller Menschen stark machen und vor allem auch in Staaten aktiv sind, wo  
 398 Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Minderheitenrechte besonders unter Druck stehen. Denn  
 399 die Werte der Grundrechtecharta, wie beispielsweise die Versammlungsfreiheit, müssen wir  
 400 auch in der EU stärken und sichern.

401 Wir treten der Einschränkung von zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen entschieden  
 402 entgegen und setzen uns für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen innerhalb der EU

403 ein.

404 Religion und Glauben sind Bestandteil unserer Kulturen und haben integrative Kraft für  
 405 breite Teile der Gesellschaft. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und Einrichtungen,  
 406 die zum Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv für eine vielfältige und  
 407 freie Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres Glaubens, Nicht-Glaubens oder ihrer  
 408 Weltanschauung verfolgt werden, verdienen unseren Schutz. Wir wollen den interreligiösen  
 409 Dialog vertiefen und Gemeinden dabei unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens  
 410 miteinander in Kontakt zu bringen. Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im  
 411 Dialog auf Augenhöhe unser vielfältiges Europa gestärkt wird.

#### 412 **Diskriminierung überwinden**

413 Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger\*innen-Rechte gelten für alle  
 414 Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie müssen unabhängig davon  
 415 gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie liebt, lebt oder glaubt. Ein Europa, das in  
 416 seiner Vielfalt zusammenhält und die Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt, schafft  
 417 demokratischen Fortschritt, Teilhabe und Freiheit für alle. Doch noch immer sind Menschen in  
 418 Europa aufgrund von Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen von gruppenbezogener  
 419 Menschenfeindlichkeit Gewalt und Ausgrenzung ausgesetzt. Wir wollen Diskriminierungen auf  
 420 allen Ebenen abbauen. Um das Versprechen des vielfältigen Europas der Teilhabe einzulösen,  
 421 muss die EU konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung vorgehen. Dabei  
 422 wollen wir den Blick besonders auf Mehrfachdiskriminierungen lenken.

423 Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft tief verwoben.  
 424 Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem stellen wir uns entschlossen  
 425 entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als Deutschland und dem Versprechen „Nie  
 426 wieder!“, dem sich auch Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah verpflichtet hat. Es  
 427 ist die Aufgabe aller Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu gewährleisten  
 428 und sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft sehen. Wir

429 befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für Sicherheitsprojekte, um sie  
430 dabei zu unterstützen. Als Europäer\*innen ist es nicht nur unsere Aufgabe, Antisemitismus in  
431 all seinen Formen entgegenzutreten, sondern auch jüdisches Leben in seiner Vielfalt sichtbar  
432 zu machen und zu stärken. Eine wichtige Bedeutung kommt dabei der Kultur zu. Die  
433 Perspektiven jüdischer Künstler\*innen sind wichtiger Bestandteil einer europäischen Kultur.  
434 Diskriminierung und Boykotten gegen Jüdinnen und Juden muss daher entschieden  
435 entgegengetreten werden. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte  
und  
436 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir politische und  
437 kulturelle Bildungsangebote fördern.

438 Muslim\*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa. Muslimisches Leben  
439 gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten und verschwörungsideologischen  
440 Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU nach langer Zeit endlich die Stelle der  
441 EU-Koordinatorin gegen Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir stärken.

442 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und sich dabei  
443 von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit Romani-Hintergrund werden

444 beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit oft benachteiligt. Damit die  
445 politische Teilhabe und der Einsatz gegen Rassismus gegen Sinti\*innen und Rom\*innen gefördert  
446 werden, richten wir ein europäisches Beratungsgremium ein. Diesem gehören unter anderem  
447 Expert\*innen, Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale  
448 Gebietskörperschaften an. Wir setzen uns für die Einführung von verbindlichen Gesetzen zur  
449 Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe ein.

450 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen, auf dem  
451 Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen werden, sondern müssen  
452 Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat das Potenzial, den Schutz gegen  
453 Diskriminierung, sei es aufgrund der sozialen Herkunft, einer rassistischen Zuschreibung,  
454 der sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder des Alters, zu verbessern. Dies wollen  
455 wir konsequent nutzen. Um das Schutzniveau zu vereinheitlichen und zu stärken sowie  
456 Schutzlücken zu schließen, wollen wir, unter anderem, dass die 5.

457 Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet wird. Auch Deutschland soll seinen  
458 Vorbehalt aufgeben. Wir stehen fest an der Seite von Menschen, die aufgrund von  
459 Diskriminierung Gewalt erfahren und wollen sie beispielsweise durch den Zugang zu  
460 rechtlicher, medizinischer und psychologischer Beratung unterstützen. Die systematische  
461 Erfassung von Diskriminierungsfällen wollen wir europaweit stärken, um die europäische  
462 Antidiskriminierungsarbeit zielgenau und wissenschaftlich fundiert weiterzuentwickeln.

463

464 Wir wollen die Forschung zu Rassismus und seinen unterschiedlichen Formen, wie zum Beispiel  
465 anti-Schwarzen Rassismus europäisch fördern. Die UN-Dekade für Menschen afrikanischer  
466 Herkunft treiben wir voran. Maßnahmen zum Abbau von Rassismus, Antisemitismus und  
467 Diskriminierung sollen dabei unter kontinuierlicher Einbindung von Expert\*innen und  
468 Selbstvertretungsorganisationen erarbeitet werden. Wir wollen zudem, dass die EU die  
469 Mitgliedstaaten zum Beispiel durch Schulungen dabei unterstützt, diskriminierenden  
470 Einstellungen in den Strafverfolgungsbehörden entgegenzuwirken. Das Amt der bzw. des  
471 Antirassismusbeauftragten der Europäischen Kommission soll gestärkt und über 2025 hinaus

472 besetzt werden. Wir unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen  
 473 Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU stärken. Wir  
 474 brauchen zudem eine unabhängige institutionelle europäische Förderung von Nationalen  
 475 Minderheiten. Damit Minderheitenrechte in der EU gewährleistet werden können, soll die  
 476 Zuständigkeit für den Schutz nationaler Minderheiten und autochthoner Volksgruppen innerhalb  
 477 der EU-Kommission verbindlich geregelt sein.

478

479 Aktuell wird die europäische Gesellschaft in ihrer Vielfalt im Personal der Europäischen  
 480 Kommission nicht ausreichend abgebildet. Wir wirken deshalb darauf hin, dass die Kommission  
 481 als Arbeitgeberin aktiv Konzepte zur diskriminierungssensiblen Öffnung, beispielsweise bei  
 482 Bewerbungsverfahren, weiterentwickelt und umsetzt.

### 483 **Queere Rechte schützen**

484 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben zu können,  
 485 ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den letzten Jahrzehnten viele  
 486 ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben wir, dass autoritäre Kräfte versuchen,  
 487 diese wieder zurückzudrehen. Noch immer haben queere Menschen nicht überall Zugang zu  
 488 diskriminierungsfreier Gesundheitsversorgung, einer selbstbestimmten Änderung ihres  
 489 Geschlechtseintrages oder zur Ehe. Nicht selten ist ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit  
 490 für lesbische, schwule, bi, trans, inter und queere Menschen (LSBTIQ\*) nicht möglich, weil  
 491 ihre Rechte eingeschränkt oder sie unter anderem im Alltag angefeindet, pathologisiert oder  
 492 angegriffen werden und Queerfeindlichkeit in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet ist.  
 493 Das nehmen wir nicht hin und stellen uns diesen Versuchen klar entgegen, ganz egal aus  
 494 welcher Motivation sie geschehen oder von wem sie ausgehen. Wir wollen ein Europa, das die  
 495 sexuelle und geschlechtliche Vielfalt selbstverständlich anerkennt.

496 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LSBTIQ\* Freedom Zone“  
 497 erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die EU-Kommission und der Rat  
 498 alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente – inklusive Vertragsverletzungsverfahren und  
 499 Sanktionen – nutzen, um das systematische Vorgehen von Regierungen gegen LSBTIQ\*-  
 Personen

500 sowie die Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen. Damit stärken wir die

501 Community in ihrem Kampf für ihre Rechte in diesen Ländern.

502

503 Um Queerfeindlichkeit zu bekämpfen, setzen wir uns dafür ein, dass die LSBTIQ\*-  
 504 Gleichstellungsstrategie der Europäischen Kommission über 2025 hinaus fortgeführt wird und  
 505 wirken auf ihre Weiterentwicklung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft hin. Wir wollen  
 506 eine EU-weite mehrsprachige Beratungshotline einrichten, an die sich Opfer von  
 507 Queerfeindlichkeit wenden können, um niedrigschwellige Beratung zu erhalten.

508 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – zum Beispiel mit zwei  
 509 Müttern, zwei Vätern, mehreren Elternteilen, alleinerziehend oder mit Mutter und Vater. Wir  
 510 setzen uns für die Gleichstellung von Zwei-Mütter-Familien und für ein  
 511 diskriminierungsfreies Leben von Regenbogenfamilien ein. Landesgrenzen dürfen nicht darüber  
 512 entscheiden, ob Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf Freizügigkeit muss  
 513 auch für Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir streiten dafür, dass eine in

514 einem EU-Land begründete Elternschaft, eingetragene Partnerschaft, erweiterte  
 515 Sorgerechtserklärung oder gleichgeschlechtliche Ehe in der gesamten Union anerkannt wird.

## 516 **Inklusive Gesellschaft verwirklichen**

517 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, die Benachteiligungen jeglicher Art überwindet und  
 518 allen Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet. Barrieren konsequent abzubauen,  
 519 sichert Zusammenhalt, Wohlstand und Freiheit. Die europäische Behindertenbewegung hat sich  
 520 erfolgreich für ihr Recht auf Gleichstellung und Teilhabe eingesetzt. Mit der Verabschiedung  
 521 der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle  
 522 Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben im Weg  
 523 stehen. Wir wollen dafür sorgen, dass dies endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.

524 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von  
 525 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir insbesondere die  
 526 Teilhabe an Arbeit und Ausbildung im regulären System fördern und konsequent ausbauen. Die  
 527 Kommission soll die Fortschritte in den Mitgliedstaaten regelmäßig überprüfen. Das  
 528 Werkstättensystem wollen wir in Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickeln – denn  
 529 sozialer Schutz und Mindestlöhne müssen auch für Menschen mit Behinderung gelten. EU-Mittel

530 sollen nicht in Arbeitsformen fließen, die Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention  
 531 entgegenstehen und Inklusionsunternehmen stärker gefördert werden.

532

533 Der bedarfsgerechte Ausbau von bezahlbaren barrierefreien und behindertengerechten  
 Wohnungen

534 sowie von selbstbestimmten Wohnformen ist und bleibt eine zentrale Aufgabe bei der  
 535 Gestaltung der inklusiven Gesellschaft.

536 Menschen mit Behinderungen sind stärker von Gewalt betroffen als nichtbehinderte Menschen.

537 Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt für alle Menschen in Europa gilt. Wir setzen uns

538 dafür ein, dass Zwangssterilisationen, die insbesondere Frauen und Mädchen mit  
 Behinderungen

539 betreffen, in Europa beendet und unter Strafe gestellt werden.

540

541 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen mit  
 542 Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte Personen erleben in

543 ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe am öffentlichen Leben

544 einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Barrierefreiheitsrichtlinie, der

545 sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten – auch in Deutschland

546 – fristgerecht umgesetzt und durchsetzbar wird. Um die Mitgliedsstaaten dabei zu

547 unterstützen, Maßnahmen zur Barrierefreiheit kohärent umzusetzen, wollen wir ein EU-

548 Barrierefreiheitszentrum einrichten.

549

550 Das Amt der Gleichstellungskommissar\*in wollen wir stärken und verstetigen. Bürokratische

551 Hürden und technische Normen, die Menschen mit Behinderung an ihrer Teilhabe hindern,  
 wollen

552 wir abbauen und auf Barrierefreiheit prüfen.

553 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung zu garantieren, wollen  
 554 wir einen niedrigschwellig beantragbaren europäischen Schwerbehindertenausweis einführen,  
 555 gegenseitige Anerkennung nationaler Definitionen von Behinderung und barrierefreies Reisen  
 556 durch ganz Europa umsetzen. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.

## 557 4. Eine lebendige Kulturlandschaft

### 558 **Kultur als Säule der Demokratie**

559 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht aus dem  
 560 Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von außen und der  
 561 beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert an sich und zugleich ein  
 562 unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn in ihr finden Austausch und  
 563 Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste Weise statt. Eine offene und  
 564 vielfältige Kultur ist der beste Schutz gegen nationalistisches Denken, Abschottung und  
 565 Unfreiheit. Wegen ihrer Unverzichtbarkeit für eine gefestigte demokratische Gesellschaft  
 566 werden Kultureinrichtungen und Kulturschaffende massiv von rechtsextremen Kräften unter  
 567 Druck gesetzt und sogar angegriffen. Wir verteidigen deshalb die freie Kunst und Kultur  
 568 gegen Antidemokrat\*innen und staatliche Eingriffe und unterstützen sie durch eine  
 569 öffentliche Förderung, die künstlerische Kreativität auch jenseits der Marktlogiken  
 570 ermöglicht.

571 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb finanziell ausbauen und deutlich  
 572 vereinfachen, um die Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler\*innen und  
 573 Kulturveranstalter\*innen in ganz Europa zu ermöglichen. Es soll sich als Dienstleister für  
 574 Kulturschaffende verstehen, der ansprechbar ist sowie schnell und zielgerichtet unterstützt.  
 575 Insbesondere die freien Szene soll neue Zugänge erhalten um europäischen Austausch zu  
 576 stärken, zum Beispiel für Ensembles und Gruppen, die über Grenzen hinweg  
 zusammenarbeiten.

577 Dazu erarbeiten wir auch Angebote für Gruppen, die aufgrund von Flucht und Migration  
 578 getrennt wurden.

579 Die EU muss Garantin und Unterstützerin sein für die Freiheit der Kultur und ihrer Vielfalt.  
 580 Deswegen wollen wir die Kulturförderung so gestalten, dass sie auch denjenigen offen steht,  
 581 die über wenig Eigenmittel oder keine nationale Förderung verfügen.

582 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische Dimension der  
 583 Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt. Wir wollen daher im Rahmen

584 von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem Beratung und Finanzierung für den Wandel  
 585 der europäischen Kulturzusammenarbeit hin zur Klimaneutralität gebündelt werden. Auch die  
 586 Idee des Neuen Europäischen Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für  
 587 klimaneutrales Bauen und Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter ausbauen und als  
 588 eigene Mission in Horizont Europa verankern.

589 Grenzüberschreitender kultureller Austausch braucht darüber hinaus unbürokratische und faire  
 590 Regelungen bei der Besteuerung von Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit, die  
 591 Doppelbesteuerung vermeiden.

592 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres Kontinents erlebbar  
 593 und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept fortführen, dabei aber die  
 594 Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter gestalten.

595 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen und  
 596 vielfältigen Kultur- und Kreativwirtschaft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen.  
 597 Sie gestalten Games, Filme, Serien oder Bücher, arbeiten in der Designwirtschaft, im  
 598 Kunstmarkt, der Musikwirtschaft, dem Pressemarkt, der Architektur, der Rundfunkwirtschaft,  
 599 den Darstellenden Künsten und dem Werbemarkt. Sie sind wesentliche Treiberinnen von  
 600 Innovation und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor hinaus. Diese Strukturen wollen wir  
 601 fördern und gegen die Marktmacht der großen internationalen Plattformen schützen, etwa  
 indem  
 602 wir uns in Handelsabkommen für die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme einsetzen. Die

603 lokale Struktur von Buchhandlungen wollen wir stärken, indem wir uns dafür einsetzen, dass  
 604 preisgebundene Bücher von den Regeln des europäischen Vergaberechts ausgenommen  
 werden.

605

606 Mit dem KulturPass hat die Bundesregierung ein neues, innovatives kulturpolitisches  
 607 Instrument eingeführt: junge Menschen bekommen ein Budget, um Kunst und Kultur in all ihrer  
 608 Vielfalt und Breite entdecken zu können. Damit stärken wir auch Kultureinrichtungen.  
 609 Aufbauend auf analogen Projekten in Frankreich, Spanien und Italien wollen wir nun einen  
 610 gemeinsamen europäischen Kulturpass einführen, damit junge Menschen grenzübergreifend  
 den  
 611 ganzen Reichtum und die große Vielfalt der Kultur in Europa erkunden und entdecken können.

## 612 **Kreative stärken**

613 Die Schaffenskraft von Künstler\*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere lebendige  
 614 Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher Veränderungen müssen sie  
 615 ihren Platz in der Wertschöpfungskette der Kulturproduktion immer wieder neu behaupten. Das  
 616 gilt vor allem für die neuen Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI). Diese nutzt von  
 617 Menschen erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. KI-Produkte treten  
 618 dabei in Konkurrenz zu menschlichen Urheber\*innen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass  
 619 Urheber\*innen ihren Nutzungsvorbehalt und ggf. andere Rechte gegenüber kommerzieller KI  
 620 einfach und zentral und wo sinnvoll maschinenlesbar wahrnehmen können. Das Urheberrecht  
 soll

621 weiterhin das kreative Schaffen natürlicher Personen schützen und darf nicht auf automatisch  
 622 generierte Inhalte von KI-Systemen ausgedehnt werden. Urheber\*innen wollen wir bei der  
 623 fairen Vergütung ihrer Werke unterstützen und gleichzeitig den Zugang zu Wissen und Kultur  
 624 für alle stärken, um gute Voraussetzungen für die Kreativen von morgen zu schaffen.  
 625 Werknutzer\*innen, ebenso wie Urheber\*innen und auch andere Kulturschaffende wie  
 626 Schauspieler\*innen oder Musiker\*innen, müssen einen Platz am Tisch haben, wenn über die  
 627 Weichenstellungen der digitalisierten Kulturwelt verhandelt wird. Im Interesse der  
 628 Chancengleichheit wollen wir, wie die bisherige Ausleihe, auch die digitale Ausleihe (E-  
 629 Lending) von Inhalten im Kontext von Bibliotheken, Bildungs- und Forschungseinrichtungen  
 630 ermöglichen.



631 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler\*innen und Kreative wollen wir die  
 632 Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden weiter stärken. Für  
 633 Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht, wollen wir einen sicheren Hafen  
 634 und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

635 Den Gender Pay Gap wollen wir auch in der Kultur schließen. Die Rolle von Frauen im  
 636 Kulturbereich werden wir stärken, indem wir uns in der EU beispielsweise für eine  
 637 paritätische Besetzung von Vergabegremien und Juries einsetzen.

### 638 **Medienfreiheit garantieren**

639 Freie und demokratisch ausgerichtete Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für unsere  
 640 öffentliche Meinungsbildung. Auch in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage heute  
 641 angegriffen. Wir unterstützen deshalb mehr Transparenz über Besitzverhältnisse und  
 642 verbindliche Instrumente, um gegen die Einschränkung von Pressefreiheit – sei es in Form  
 643 offener Zensur, durch die Kontrolle und Zentralisierung von Verlageigentum oder auf anderem  
 644 Weg – vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen dem Grundsatz  
 645 der Staatsferne folgen müssen. Medienfreiheit bedeutet dabei auch, dass Journalist\*innen und  
 646 Redakteur\*innen im Rahmen professioneller Standards oder Redaktionsstatute frei arbeiten  
 647 können. Ein neues Europäisches Gremium für Mediendienste darf bestehende Medienrechte und

648 freiheiten in Deutschland nicht aushebeln. Um Journalist\*innen und ihre Quellen vor  
 649 Überwachung und Verfolgung zu schützen, fordern wir eine wirksame Regulierung sowie  
 650 richterliche Kontrolle des Einsatzes von Spähsoftware. Gegen einen missbräuchlichen Einsatz  
 651 gehen wir vor. Hinweisgeber\*innen wollen wir vor Verfolgung wirksam schützen.

652 Übermäßige Konzentration an Medienbesitz, auch in einzelnen EU-Staaten, muss wirksam  
 653 verhindert werden - im Notfall auch über die Aufteilung von Unternehmen oder  
 654 Besitzstrukturen. Dafür ist die Transparenz über die Besitzverhältnisse unabdingbar. Das ist  
 655 eine Grundlage für eine vielfältige Presselandschaft, die es Journalist\*innen ermöglicht,  
 656 frei und kritisch zu berichten.

657 Private Medien in Print und Online werden auch durch falsche Anreizstrukturen beim  
 658 Wettbewerb um Werbeeinnahmen und die Marktmacht der Social Media-Plattformen stark in  
 659 ihrem  
 660 Wirtschaftsmodell beeinträchtigt. Das bedroht immer mehr Qualitätsmedien in ihrer Existenz  
 661 und ist ein drängendes Problem für die Meinungsvielfalt. Wir streben deshalb an, durch  
 662 geeignete Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische Angebote besonders im  
 663 Netz zu verbessern und auf der Ebene der Mitgliedstaaten praktikable  
 664 Finanzierungsinstrumente zur Stärkung journalistischer Inhalte, Entwicklung zukunftsfähiger  
 665 Geschäftsmodelle und einer flächendeckenden Versorgung mit journalistischen Angeboten zu  
 666 entwickeln. Soweit dabei neue Technologien wie generative KI zum Einsatz kommen, setzen wir  
 uns für eine klare Kennzeichnung von KI-erzeugten Bildern, Texten und Videos ein.

667 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung einer  
 668 gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb setzen wir uns für  
 669 einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des öffentlich-rechtlichen  
 670 Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den erfolgreichen Ansatz des Senders arte  
 671 ausbauen und ihn schrittweise zu einem gemeinsamen europäischen Angebot entwickeln.

Darüber

672 hinaus setzen wir uns für die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks  
 673 in Europa und für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und Medienangebote im  
 674 Netz ein. Auf diese Weise wollen wir langfristig ein vollwertiges europäisches, öffentlich-  
 675 rechtliches Medienangebot schaffen, mit einem umfassenden und länderübergreifenden  
 Angebot  
 676 von Nachrichten über Sport und Kultur bis Unterhaltung, etwa in Form eines europäischen  
 677 Medienportals. Das ist auch ein Beitrag gegen Desinformation und Verschwörungsmythen. Wir  
 678 wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU ein Raum des freien  
 679 Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen die Presse- und Meinungsfreiheit  
 680 unterdrückt wird.

## 681 **Europäisch erinnern**

682 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller Gesellschaften. Europa  
 683 war nicht nur als Kontinent über Jahrhunderte von Krieg und Gewalt gekennzeichnet, von hier  
 684 gingen auch über Jahrhunderte Krieg und Gewalt aus.. Die EU als Friedensprojekt hat die  
 685 Aufgabe, diese Perspektiven zueinander in Beziehung zu setzen. Erinnerung soll einen Beitrag  
 686 zu Versöhnung und Verständigung leisten, nicht spalten. Dabei ist es wichtig, eine  
 687 multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch die Geschichte von bisher zu  
 688 Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir wollen grenzübergreifende  
 689 Zusammenarbeit stärken und setzen uns für den Erhalt bestehender sowie für die Schaffung  
 690 weiterer Orte der kollektiven Erinnerung, des Gedenkens und der Reflexion ein. Wir wollen  
 691 mit europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der Verständigung  
 692 widmen und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch überlagernden  
 693 Gewalterfahrungen durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die Unterdrückung durch die  
 694 Sowjetunion in ihrem komplexen Erbe verständlich und nachvollziehbar machen. Hierzu zählen  
 695 auch die Zusammenarbeit mit Schulen, Universitäten und Kultureinrichtungen sowie die  
 696 Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen. Bestrebungen nach einer Umdeutung  
 697 der Geschichte im Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden entgegen.

698 Allen Versuchen, einen „Schlussstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des  
 699 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen, stellen wir  
 700 uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten unvereinbar. Wir werden dies nicht  
 701 unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland, nicht in Europa, nirgendwo.

702 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord, Kolonialismus,  
 703 Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien. Selbst während der Entstehung

704 des europäischen Friedensprojektes bestanden koloniale Gewalt und wirtschaftliche Ausbeutung

705 fort. Viele europäische Staaten und Unternehmen waren in diese Verbrechen verwickelt und  
 706 Europa profitiert noch heute von den damals geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen wollen  
 wir

707 die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte in enger Zusammenarbeit mit den Nachkommen,  
 mit

708 Forscher\*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus ehemals kolonisierten Gebieten

709 auch auf europäischer Ebene vorantreiben und uns um Wiedergutmachung bemühen. Dazu gehört  
 710 die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen, aber auch die  
 711 Förderung von Aufklärungsarbeit und Stärkung multiperspektivischer Geschichtsforschung. Die  
 712 Auswirkungen des Kolonialismus auf die heutigen Gesellschaften sollten sichtbarer werden.  
 713 Dazu wollen wir in thematisch passenden EU-Förderprogramme die erinnerungspolitischen  
 714 Dimension stärken.

## 715 **Fair Play im Sport**

716 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France – Sport steht  
 717 im Herzen von Europa. Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt  
 718 regionale Identitäten, sorgt für Gesprächsstoff und tragen zur Gesundheit bei. Im Zentrum  
 719 stehen die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in Vereinen und Verbänden engagieren. Wir  
 720 wollen Organisationen und Initiativen stärken, die sich besonders für gesellschaftlichen  
 721 Zusammenhalt, Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen Ausgrenzung und Hass stark  
 722 machen. Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher zugänglich machen - auch  
 723 außerhalb Europas sollen Sportorganisationen als wichtige zivilgesellschaftliche  
 724 Partner\*innen gestärkt werden.

725 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair und  
 726 transparent funktioniert und Vereine und Verbände im Einklang mit Gesetzen agieren. Betrug,  
 727 Doping und Korruption stehen seinem Wesen diametral entgegen. Wir wollen daher eine  
 728 unabhängige europäische Agentur etablieren, die sich mit NGOs, Anti-Korruptionsexpert\*innen  
 729 sowie internationalen Ermittler\*innen für Transparenz, Integrität und echte  
 730 Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im weltweiten Sport kümmert.

731 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür, dass  
 732 internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben. Wenn sie mit  
 733 klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische Fairness und Nachhaltigkeit  
 734 arbeiten, können sie damit weltweit einen Wettbewerbsvorteil erlangen und Zeichen setzen.  
 735 Wir setzen besonders auf eine grenzüberschreitende Ausrichtung von Sportereignissen, die  
 736 Klima und Umwelt schonen. So machen wir den europäischen Spitzensport gemeinsam erlebbar.

737 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele Sportarten  
 738 sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der Sport Schäden. Wir  
 739 wollen durch ein neues europäisches Programm Wege aufzeigen, wie Europas vielfältige  
 740 Sportszene einen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele leisten und sich entwickeln kann.  
 741 Unser Ziel ist es, dass Sportveranstaltungen klimaneutral durchgeführt werden können.

## 742 **5. Flucht- und Migrationspolitik der Humanität und** 743 **Ordnung**

### 744 **Fluchtursachen bekämpfen**

745 Die Zahl der Vertriebenen durch Kriege, der Klimakrise oder fehlender wirtschaftlicher  
 746 Perspektiven hat sich weltweit in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die übergroße Mehrheit  
 747 der Menschen flieht innerhalb des eigenen Landes oder in die angrenzenden Regionen. Doch die

748 Auswirkungen der steigenden Fluchtzahlen merken wir auch in Europa. Wir stellen uns dieser  
 749 Verantwortung, denn Flucht und Migration sind eine historische und globale Realität und  
 750 werden es auch bleiben. Das Leid, das Menschen auf Fluchtrouten nach Europa und an den  
 751 europäischen Außengrenzen erleben, ist untragbar. Dass sich Menschen trotzdem auf diese  
 752 Routen begeben, zeigt, wie groß das Leid, die Gefahr und die Perspektivlosigkeit in vielen  
 753 Weltregionen sind.

754 Asylrechtsverschärfungen bekämpfen keine Ursachen von Migration. Die Politik der EU und  
 755 ihrer Mitglieder muss sich ihrer globalen Verantwortung stellen und auch dazu beitragen,  
 756 Menschen in ihren Heimatregionen ein sicheres und friedliches Leben zu ermöglichen. Mit dem  
 757 Ausbau verlässlicher humanitärer Hilfe sowie strukturbildender Übergangshilfe in  
 758 Krisenregionen können wir Menschen ihrer akuten Notlagen unterstützen. So tragen wir dazu  
 759 bei, das Leid unmittelbar vor Ort zu lindern. Mit Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe,  
 760 sowie mit fairen Handelsbeziehungen können wir langfristig zur Verbesserung der  
 761 Lebensperspektiven beitragen. Gleichzeitig darf sich Europa, insbesondere angesichts vieler  
 762 Krisen und Katastrophen nicht abschotten, sondern muss einen gerechten Teil der  
 763 Verantwortung für die Aufnahme von Schutzsuchenden übernehmen. Wir treten für einen  
 764 rechtsstaatlichen und menschlichen Umgang mit Schutzsuchenden in Europa ein.

#### 765 **Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen**

766 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden Bevölkerung und  
 sucht  
 767 händierend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unsere Zukunft zu sichern, müssen wir im  
 768 weltweiten Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte attraktiver werden und Einwanderung  
 modern  
 769 gestalten. Dabei ist uns wichtig, dass die Interessen der Herkunftsländer mitbedacht werden,  
 770 denn auch dort werden Fachkräfte gebraucht. Statt bürokratischer und langwieriger Verfahren  
 771 wollen wir die Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung von Menschen mit verschiedenen  
 772 Qualifikationsniveaus mit EU-weiten gemeinsamen Rahmenregelungen fördern. Hierzu zählt, die  
 773 Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten einheitlich und unbürokratisch zu  
 774 gestalten  
 775 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter ausbauen. Dafür  
 776 braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und eine Digitalisierungsoffensive,  
 777 damit Anträge schnell und auch digital gestellt werden können. Eine aktive Willkommenskultur  
 778 macht uns auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Dafür müssen wir Rassismus und Ausgrenzung  
 779 entgegentreten. Wir wollen zielgenaue Integrationsmöglichkeiten für die unterschiedlichen  
 780 Formen der Migration in ganz Europa schaffen. Um Angebote für eine gute und schnelle  
 781 Integration vor Ort zu unterstützen, wollen wir den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds  
 782 (AMIF) stärken. So können sich Kommunen auf die Aufnahme von Fachkräften und ihren  
 Familien  
 783 vorbereiten. Darüber hinaus müssen die Rechte der hier dauerhaft lebenden  
 784 Drittstaatsangehörigen geschützt und bewahrt werden. Deshalb unterstützen wir eine

785 Verbesserung der Daueraufenthaltsrichtlinie in diese Richtung. Wir wollen freiwillige  
786 zirkuläre Migration fördern und zukünftige Fachkräfte auch in Europa ausbilden.

787 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne Papiere. Faire  
788 Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu wollen wir mehrsprachige  
und

789 niedrigschwellige Beschwerde- und Beratungsstrukturen ausbauen, sowie gewerkschaftliche  
790 Strukturen stärken, damit sich alle Arbeiter\*innen an sie wenden können.

## 791 **Gemeinsame Asylpolitik angehen**

792 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert sowie die  
793 humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen, wie die UN-Flüchtlingskonvention,  
794 einhält. Von diesem Ziel sind wir momentan weit entfernt. Vielerorts werden auch an Europas  
795 Grenzen und in EU-Staaten Menschenrechte von Geflüchteten verletzt, die Missachtung von EU-  
796 Recht ist in der Asylpolitik Alltag geworden. Das hat nicht für Ordnung und Struktur,  
797 sondern für mehr Chaos und Leid gesorgt. Das Dublin-System ist ungerecht und wird den  
798 aktuellen Herausforderungen nicht gerecht.

799 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame EU-Asylpolitik ist nötig, um die  
800 menschenunwürdigen und chaotischen Verhältnisse zu beenden. Reformen allein reichen dabei  
801 nicht aus, geltendes EU-Recht muss auch durchgesetzt werden. Wir setzen uns dagegen ein,  
802 dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) zu einem Programm zum Abbau von  
803 Flüchtlingsrechten wird. Spielräume für Verbesserungen wollen wir nutzen. Mit einer fairen  
804 und verbindlichen Verteilung von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den  
805 Mitgliedstaaten. Abschottung und Grenzzäune schaffen Chaos und Leid, rechtsstaatliche  
806 Verfahren, gute Integrationsangebote und menschenwürdige Bedingungen sorgen für  
Humanität  
807 und Ordnung.

808 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung und  
809 Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen Grenzmanagement  
810 angewiesen. Unser Ziel ist ein verbindlicher Verteilmechanismus von Schutzsuchenden. Auf  
dem

811 Weg dorthin soll ein dauerhafter, verlässlicher und verbindlicher Solidaritätsmechanismus  
812 die Verteilung maßgeblich verbessern.

813 Um die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen, müssen sich alle Mitgliedstaaten  
814 einbringen – ob durch die Aufnahme von Schutzsuchenden oder durch finanzielle Unterstützung  
815 für die Aufnahme von Geflüchteten. Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine  
816 Kompensation. Mitgliedstaaten, die in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen  
gestärkt

817 und finanziell entlastet werden.

818 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken und Verantwortung zu übernehmen.  
819 Diese Anstrengungen begrüßen wir und setzen uns für die Unterstützungen gerade jener  
820 Kommunen ein, die diese nicht durch ihre nationalen Regierungen erfahren. Die Möglichkeit  
821 des direkteren Zugangs von Kommunen und Hilfsorganisationen zum Asyl-, Migrations- und  
822 Integrationsfonds (AMIF), möchten wir ausbauen. Bei der Integration kann europäische  
823 Vernetzung und Austausch zwischen den Kommunen helfen. Das sieht man etwa an der

824 erfolgreichen Gründung von grenzüberschreitenden Netzwerken von Kommunen.  
825 Wenn es um die Verteilung Geflüchteter auf der europäischen Ebene geht, möchten wir die  
826 Ressourcen der Länder und Kommunen über einen Matching-Mechanismus mit den  
Bedürfnissen der  
827 Geflüchteten in Einklang bringen. Dabei sollen etwa Familienbezüge, Sprachkenntnisse oder  
828 Berufsabschlüsse berücksichtigt werden.  
829 EU-Staaten, die durch die Anwendung der Massenzustromrichtlinie überproportional  
aufnehmen,  
830 müssen hierfür von anderen Staaten eine faire finanzielle Unterstützung erhalten, so wie es  
831 in der Richtlinie vorgesehen ist. Wir setzen uns gegen das sogenannte Screening innerhalb  
832 des Hoheitsgebiets ein. Eine Registrierung von Minderjährigen darf nicht zur Verletzung der  
833 Kinderrechte führen.

834 Die Massenzustromrichtlinie war ein gutes Werkzeug im Umgang mit der Millionen Geflüchteten  
835 aus der Ukraine. Wir wollen die Erfahrungen dieses unbürokratischen und pragmatischen  
836 Umgangs genau analysieren und daraus Vorschläge für die Asylpolitik entwickeln.

837 Es ist nicht hinnehmbar, dass einzelne Mitgliedsstaaten Geflüchtete so schlecht behandeln,  
838 dass Gerichte ihr Verbleiben dort für unzumutbar halten. Jeder Mensch hat ein Grundrecht auf  
839 Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Die Aufnahmerichtlinie sichert  
840 Schutzsuchenden in jedem Mitgliedsstaat existenzsichernde und menschenwürdige  
Bedingungen  
841 zu, rechtsstaatliche Standards müssen in der gesamten EU sichergestellt sein. Deswegen  
842 setzen wir uns dafür ein, dass die EU-Kommission und der Rat die zur Verfügung stehenden  
843 Instrumente nutzen, um die Missachtung von EU-Recht und die Kriminalisierung von  
humanitärer  
844 Hilfe zu stoppen. Dazu gehört auch, EU-Gelder einzufrieren, wenn nationale Regierungen  
845 systematisch EU-Recht brechen. Die EU-Asylagentur soll die Mitgliedstaaten insbesondere bei  
846 den Asylverfahren unterstützen und hierbei eine zügige Bearbeitung von Asylanträgen unter  
847 Einhaltung von rechtsstaatlichen Standards sicherstellen. Sie kann dazu beitragen,  
848 Überlastung zu verhindern.

#### 849 **Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen**

850 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf Freizügigkeit  
851 bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der größten Errungenschaften  
852 für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir dauerhafte und  
stationäre Binnengrenzkontrollen ab.  
853

854 Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren - dabei geht es nicht nur um  
855 Migration. Denn für die Freiheit und Sicherheit im Inneren müssen wir auch wissen, wer nach  
856 Europa kommt. Dass rechtsstaatliche Kontrollen oder eine zuverlässige Registrierung an den  
857 Außengrenzen nichts mit rechtswidriger Abschottung gegen Asylsuchende zu tun haben, sehen  
858 wir an der Fluchtbewegung aus der Ukraine. Millionen von Menschen werden zuverlässig  
859 kontrolliert, konnten aber Schutz in der EU finden. Doch leider treffen viele andere  
860 Asylsuchende an EU-Grenzen nicht auf rechtsstaatliche Kontrollen, sondern auf Unrecht und  
861 Gewalt

862 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss europäischer Politik  
863 nach außen setzt die Achtung von Recht und Werten im eigenen Handeln voraus. Mit dieser  
864 Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das europäische Versprechen von Humanität und  
865 Rechtsstaatlichkeit für Tausende jährlich an Stacheldraht und Patrouillenbooten zerschellt.  
866 Wir stellen uns Verletzungen von Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Menschenrechten  
867 ebenso entgegen wie dem rechtswidrigen Zurückdrängen von Geflüchteten.

868 Menschen, die bei uns in Europa Schutz suchen, müssen zuverlässig registriert, erstversorgt  
869 und menschenwürdig untergebracht werden. Das Recht auf Einzelfallprüfung und das  
870 Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei immer und überall. Der Asylantrag von Menschen, die  
in

871 der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in Europa inhaltlich geprüft werden.  
872 Grenzverfahren dürfen nicht dazu führen, dass weitere große Haftlager wie Moria an den  
873 Außengrenzen entstehen, die die Würde und die Rechte von Schutzsuchenden verletzen. Der  
874 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, stellen  
875 wir uns entgegen.

876 Trotz der völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an Europas  
877 Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind Misshandlungen  
878 ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert oder sie werden in Seenot  
879 ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass illegale Pushbacks rechtlich und  
880 politisch konsequent geahndet und sanktioniert werden. Wir wollen außerdem die EU-  
881 Grundrechteagentur stärken sowie das staatliche und zivilgesellschaftliche  
882 Menschenrechtsmonitoring weiter ausbauen. Dabei soll ein unabhängiges Monitoring mit  
883 Ermittlungsbefugnissen an den Außengrenzen ermöglicht werden. Hilfs- und  
884 Menschenrechtsorganisationen sowie Anwäl\*innen benötigen jederzeit Zugang zu den  
885 Geflüchteten und den Grenzregionen. Die freie Berichterstattung durch Journalist\*innen muss  
886 gewährleistet werden. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen immer auf der Basis von  
887 Grund- und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache  
wollen  
888 wir endlich beenden.

889 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die zunehmend von  
890 europäischen Beamt\*innen übernommen werden sollte. Deswegen wollen wir Frontex  
891 rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich nicht an  
892 menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze konsequent und zeitnah  
893 beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf es  
894 einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Wir setzen uns dafür  
895 ein, dass Frontex nicht nur vom Europaparlament, sondern auch von nationalen Parlamenten  
896 besser überwacht wird. Dazu gehört auch der Zugriff auf Einsatzberichte. Es muss einfacher  
897 werden, Frontex für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen, wie beispielsweise durch eine  
898 eigene Haftungsgrundlage.

899 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete versorgen und  
900 beraten. Dass Flüchtlingshilfe in vielen Staaten erschwert oder gar unter Strafe gestellt  
901 wird, ist nicht hinnehmbar. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Unterstützung  
902 Geflüchteter nicht behindert, sondern ermöglicht wird. Wir wollen sicherstellen, dass NGOs  
903 und Anwäl\*innen ungehindert Zugang zu ihnen haben, um ihrem humanitären Engagement

904 nachzugehen. Die Bedarfe von besonders schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen, queeren  
905 Menschen, Kindern oder Menschen mit Behinderungen müssen wir dabei besonders in den Blick  
906 nehmen. Dazu gehören eine sichere Unterbringung sowie geschulte Beratungsstrukturen und  
907 Dolmetschende. Ehrenamtliche Beratungsstrukturen leisten insbesondere für vulnerable  
Gruppen  
908 wichtige Arbeit. Sie wollen wir unter anderem auch durch staatliche und professionelle  
909 Unterstützung stärken.  
910 Millionen Kinder fliehen allein oder mit ihren Eltern vor Kriegen, Gewalt, Hunger oder  
911 politischer Verfolgung. Sie müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Kinder  
912 müssen kindergerecht untergebracht und versorgt werden, dies gilt in Deutschland ebenso wie  
913 an den Europäischen Außengrenzen für alle Kinder. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt  
914 uneingeschränkt auch für geflüchtete Kinder, egal, wo sie sich befinden. Menschen dürfen  
915 nicht einfach inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Familien mit Kindern sollten  
916 grundsätzlich nicht in Grenzverfahren kommen dürfen und Mitgliedstaaten nicht zur  
917 Durchführung von Grenzverfahren verpflichtet werden.

### 918 **Migrationsabkommen, Spurwechsel und sichere Rückführungen**

919 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und rechtsstaatliche  
920 Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu unabhängigen Asylberatungen haben, um  
921 ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen. Der Rechtsweg gegen ablehnende Entscheidungen  
muss  
922 immer offen stehen.  
923 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer Aufenthaltserlaubnis führen.  
924 Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie  
925 nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig wieder  
926 ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen sind  
immer  
927 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige Rückkehr  
928 Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir uns für eine  
929 europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.  
930 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei denen  
931 menschenrechtliche oder völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Eine Rückführung darf nur  
in  
932 Ländern erfolgen, zu denen die betroffene Person eine klare Verbindung hat. Dabei muss  
933 sichergestellt sein, dass diese Staaten rechtsstaatliche Prinzipien im Umgang mit  
934 Geflüchteten respektieren. Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin  
935 falsch. Der Abschluss von Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten muss  
936 menschenrechtsbasiert, die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Staaten partnerschaftlich und  
937 auf Augenhöhe erfolgen. Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der  
938 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden und soll auch der Bekämpfung von  
939 Fluchtursachen dienen. Die Abkommen sollen der Bevölkerung Perspektiven geben und keine  
940 autokratischen Regime stärken. Nur durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für die  
941 Vereinbarungen, Rückführungen und geordnete und sichere Migration geschaffen werden.



942 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir nicht richtig, denn es löst keine  
943 Probleme. Was hilft, ist: Ausländerbehörden vernünftig ausstatten, alle Asylverfahren  
944 beschleunigen und die Qualität der Entscheidungen verbessern. Länder, die ihren  
945 Staatsbürger\*innen eine sichere Rückkehr garantieren, sollen zum Beispiel über  
946 Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf geordnete Migration  
947 erhalten. Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer  
948 Strafe prioritär zurückgeführt werden.

949 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, teils mit hier geborenen Kindern, bringen  
950 sich ein und stehen in Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere  
951 Perspektive geben. Denn es ist nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer Verwurzelung in  
952 die europäische Gesellschaft täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Im Gegenteil:  
953 die Integrationsleistung und die Arbeit dieser Menschen wollen wir anerkennen. Wir setzen  
954 uns deshalb für einen Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem ein.

### 955 **Menschen in Seenot retten**

956 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Als EU ist  
957 es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand nicht zu verschließen.  
958 Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene Leben oder das der Familie  
959 und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass das Mittelmeer die  
960 tödlichste Fluchtroute der Welt bleibt

961 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht endlich eine  
962 europäische Initiative für eine staatlich koordinierte und finanzierte Seenotrettung.

963

964 Wir wollen auch die staatliche Unterstützung ziviler Organisationen, unter anderem  
965 finanziell, verbessern. Der erfolgte Einstieg Deutschlands in die finanzielle Unterstützung  
966 privater Seenotrettungs-NGOs ist hier ein wichtiger Schritt. Wir wollen weiterhin auch  
967 andere EU-Staaten ermutigen, aktiv die Seenotrettung zu unterstützen. Wir stehen an der  
968 Seite der Seenotretter\*innen, die Menschenleben retten.

969

970 Alle Mitgliedstaaten der EU sind dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass  
971 Seenotrettungsorganisationen ihre Einsätze gefahrlos absolvieren können. Die  
972 Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in ihrer Arbeit behindert und  
973 Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Die EU-Kommission sollte der Kriminalisierung von  
974 Hilfsorganisationen entschieden entgegenreten. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit  
975 haben, den nächstgelegenen sicheren Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen  
und

976 versorgt werden können. Ein Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht behindert und  
977 Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Um Menschenleben zu retten, treten wir für die  
978 Verbesserung der staatlichen, unter anderem finanziellen, Unterstützung ziviler  
979 Organisationen ein. Eine Ausschiffung in Ländern darf nicht erfolgen, wenn Geretteten dort  
980 eine unrechtmäßige Behandlung droht. Das Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall.

### 981 **Sichere Fluchtwege schaffen**

982 Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen, denn so schützen wir Menschenleben und legen  
983 Schlepperbanden und Menschenhandel das Handwerk. Damit schützen wir auch vulnerable

Gruppen,

984 die momentan kaum Fluchtmöglichkeiten haben.

985 Wir setzen dafür auf partnerschaftliche und menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen mit  
986 Staaten außerhalb der EU.

987

988 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks UNHCR deutlich

989 auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen (UN) anerkannte und  
990 besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und solidarisch auf die Aufnahmeländer

991 verteilt werden. Wir wollen, dass sich der Anteil nach der Wirtschaftskraft der Staaten

992 bemisst. Das EU-Resettlement muss sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren und darf das

993 individuelle Recht auf Asyl nicht schwächen.

994 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass Schutzsuchende Europa  
995 erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen wir in besonderem Maße  
996 unserer

996 Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften gerecht werden. Wir wollen auch Menschen  
997 unterstützen, die durch ihr Engagement für Demokratie, Frauen- oder Menschenrechte  
998 besonders

998 gefährdet sind. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Aufnahmeprogramme gestärkt werden.

999 Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und denen seit der Machtübernahme der  
1000 Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen wir mit einem europäischen

1001 Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium fortzusetzen. Solche Programme wollen wir auch

1002 für andere Kriegs- und Krisengebiete vorantreiben, um Antworten auf die zunehmenden  
1003 Gefahren

1003 für Wissenschaftler\*innen und Studierende weltweit zu geben. Uns ist dabei wichtig den

1004 Menschen in Gefahr, unabhängig ihrer Staatsbürgerschaft, zu helfen, zum Beispiel mit

1005 europäischen Stipendienprogramme für Studierende in Gefahr.

1006

1007 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können. Familien gehören

1008 zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse die Integration.

## 1009 6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität

### 1010 **Polizeiliche Zusammenarbeit stärken**

1011 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige Institutionen, die  
1012 Recht und Demokratie schützen, und er braucht Menschen, die oft unter großem persönlichen

1013 Einsatz diesen Auftrag erfüllen. Kriminalität findet grenzüberschreitend statt und

1014 verursacht enorme Schäden – sie bedroht die individuelle Sicherheit aller Menschen, unsere

1015 Lebensqualität, unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die zunehmende  
1016 Vernetzung

1016 unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der Zusammenarbeit unserer

1017 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effektive Polizei- und Justizarbeit muss in

1018 einem vereinten Europa grenzüberschreitend stattfinden, schnelle Informationsflüsse

1019gewährleisten, sowie im Einklang mit Freiheits- und Bürger\*innen-Rechten stehen und nach  
 1020rechtsstaatlichen Standards operieren. Wir setzen auf wirksame Prävention,  
 1021Erfahrungsaustausch und gemeinsame Strafverfolgung.

1022Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll eigene  
 1023operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität  
 1024(OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS) entwickeln wir weiter, um den  
 1025Datenaustausch zu verbessern. Erfahrungen aus Polizei-IT-Projekten der Mitgliedsstaaten  
 1026sowie die Rolle der Justiz lassen wir hierbei einfließen. Die Aufsicht von Europol durch das  
 1027Europäische Parlament wollen wir stärken, um Transparenz sicherzustellen. Perspektivisch  
 1028wollen wir ein Europäisches Kriminalamt aufbauen. Das heißt, dass die derzeit weitgehend  
 1029befugnisfreie europäische Polizeibehörde Europol zu einer europäischen Polizei nach dem  
 1030Vorbild des Bundeskriminalamts mit eigenen Ermittlungsteams ausgebaut wird. Neben dem  
 Ausbau

1031von Europol sind Austausch und Vernetzung der europäischen Polizei ein Schlüssel zum Erfolg:  
 1032Die polizeiliche Zusammenarbeit fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-  
 1033Investigation-Teams, die in enger Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Für erfolgreiche  
 1034Kriminalitätsbekämpfung werden die besten Köpfe benötigt. Deshalb wollen wir, dass Europol  
 1035und Eurojust auch Expert\*innen einstellen können, die nicht aus den Polizei- oder  
 1036Justizbehörden der Mitgliedsländer abgeordnet werden. Gemeinsame Zentren der Polizei in  
 1037Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.

1038In Praxis und Theorie wollen wir die europäische Polizeiarbeit auf Grundlage von  
 1039Rechtsstaatlichkeit und Wissenschaft stärken. Dafür fördern und entwickeln  
 1040Austauschprogramme für Polizist\*innen weiter u. a. auch über das Programm ERASMUS+. Wir  
 1041stärken die Kooperation und Forschung an Polizeihochschulen und Universitäten und fördern so  
 1042eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen wir hierbei  
 1043einbeziehen, insbesondere mit Blick auf die gemeinsame Bekämpfung der Organisierten  
 1044Kriminalität und Finanzkriminalität.

### 1045 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

1046Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet Steuerzahler\*innen  
 1047und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und Rechtsstaat unterwandern.  
 1048Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf investigative Journalist\*innen, die  
 1049Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche oder die politische Einflussnahme durch  
 1050Korruption. Damit schädigt die OK insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen in Europa  
 1051und hindert deren Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen Organisationen  
 1052der OK vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den Blick. Dafür  
 1053stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei und Justiz. Die  
 1054europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir harmonisieren.

1055Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so auch  
 1056Verbraucher\*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairer Wettbewerb. Den Kampf gegen  
 die  
 1057unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir konsequent führen und den Opfern  
 1058besonderen Schutz zukommen lassen. Ein Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung der  
 1059Umweltkriminalität und Agromafia: Die illegale Entsorgung von Müll, der illegale  
 1060Holzeinschlag oder der Handel mit fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen enorme

1061 Schäden für Mensch und Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir eindämmen und  
1062 nehmen hierfür die gesamte Produktions- und Handelskette in den Blick. Wir fördern  
1063 bereichsübergreifende Ermittlungen, um besser gegen Überschneidungen der OK und anderen  
1064 Kriminalitätsfelder, wie zum Beispiel Cybercrime oder Terrorismus, vorzugehen. Ein  
1065 nachhaltiges Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der  
1066 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir  
1067 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK engagieren oder  
1068 Ausstiegsprogramme für Mitglieder krimineller Organisationen anbieten.

### 1069 **Menschenhandel umfassend bekämpfen**

1070 Menschenhandel in all seinen Formen ist ein grenzüberschreitendes Verbrechen und eine  
1071 Menschenrechtsverletzung. Jährlich werden enorme Gewinne durch kriminelle Gruppen erzielt.  
1072 Trotz bestehender EU-Gesetzgebung und völkerrechtlicher Verpflichtungen der EU-  
1073 Mitgliedsstaaten wird die Mehrzahl der Fälle von Menschenhandel bis heute nicht effektiv  
1074 aufgeklärt bzw. strafrechtlich verfolgt. Die Formen des Menschenhandels sind vielseitig. Die  
1075 häufigste Form ist die zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Betroffen sind vor allem Frauen  
1076 und Mädchen. Eine weitere Form ist die der Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit. Dabei  
werden

1077 Arbeitsschutzstandards massiv unterlaufen und die Menschen in ausbeuterische  
1078 Arbeitsverhältnisse gezwungen. Ihre Lebensumstände sind katastrophal. Auch die Ausbeutung  
1079 für kriminelle oder erniedrigende Tätigkeiten oder gar die illegale Organentnahme gehören  
1080 zum Menschenhandel.

1081 Opfer von Menschenhandel brauchen Schutz, sie müssen in ihren Rechten gestärkt werden, und

1082 sie brauchen Hilfe, auch bei der Bewältigung erlittener Traumata. Minderjährige Betroffene  
1083 brauchen dabei besondere Aufmerksamkeit und Schutz. Wir wollen den Zugang zu  
Informationen

1084 über Opferrechte stärken und die Durchsetzung fördern sowie eine gute Koordination zwischen  
1085 den Mitgliedstaaten, öffentlichen Verwaltungen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei  
1086 muss der Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Betroffene wollen wir durch  
1087 unabhängige, dauerhafte Bleiberechte und Schutzprogramme nachhaltig schützen.

1088

1089 Die EU-Organe sollen auf die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Menschenhandelsrichtlinie in  
1090 den Mitgliedsstaaten hinwirken und sie dabei bestmöglich unterstützen. Die Mitgliedsstaaten  
1091 sind gefordert, eigene Aktionspläne zur effektiven Bekämpfung von Menschenhandel zu  
1092 entwerfen und umzusetzen, um so in Zukunft zu einer besseren Identifizierung der Opfer und  
1093 Täter\*innen sowie zu einer verbesserten Datenlage beizutragen.

1094 Wir schmieden Allianzen zwischen Fachberatungsstellen, zivilgesellschaftlichen  
1095 Organisationen und der Wirtschaft. Wir setzen uns für Schulungen des Personals ein, das mit  
1096 Opfern von Menschenhandel in Berührung kommt oder dabei helfen kann, Täter\*innen zu  
1097 identifizieren. Schließlich stärken wir eine entschlossene, grenzüberschreitende  
1098 Zusammenarbeit der zuständigen Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden, um gegen den  
1099 Menschenhandel vorzugehen und kriminelle Netzwerke zu zerschlagen.

## 1100 **Gegen Geldwäsche vorgehen**

1101 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat und  
 1102 Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100 Milliarden Euro jährlich  
 1103 „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele Tausende von Kleinanleger\*innen  
 1104 geschädigt. Wir wollen entschieden gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität vorgehen. Auch  
 1105 den organisierten Steuer- oder Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen.  
 1106 Finanzermittlungen bieten häufig erste Ermittlungsansätze und können helfen, kriminellen  
 1107 Gruppen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Daher wollen wir Instrumente stärken, um  
 1108 insbesondere Finanzströme besser nachzuvollziehen sowie Geldwäsche und  
 Vermögensverschiebung  
 1109 aufzuspüren. Für uns ist klar: Kriminalität darf sich nicht lohnen!

1110 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer schlagkräftigen  
 1111 Institution im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung entwickeln. Wir drängen  
 1112 darauf, dass alle EU-Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und internationale  
 1113 Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Beim Aufbau der AMLA arbeiten  
 wir  
 1114 auch eng mit dem Privatsektor zusammen, um beispielsweise den Handel mit Kryptowährungen  
 zu  
 1115 beleuchten und Maßnahmen zu ergreifen. Zusätzlich soll der automatische Austausch von  
 1116 Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass international auf  
 1117 Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan vorangetrieben wird. Wir setzen uns für ein  
 1118 europäisches Vermögensregister ein. Behörden sollten europaweit die wirtschaftlichen  
 1119 Eigentümer von Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von Kriminellen regelmäßig für  
 1120 Geldwäsche missbraucht werden.

1121 Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten der Transparenzregister, die zur Bekämpfung von  
 1122 Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung dienen, werden wir weiter einschränken. Der Zugang  
 zu  
 1123 den Transparenzregistern soll für die Zivilgesellschaft, Journalist\*innen, Forscher\*innen  
 1124 und andere Gruppen mit berechtigtem Interesse einfach, kostenfrei und anonym möglich sein.  
 1125 Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen durch illegales Geld geschützt werden. So  
 1126 schützen wir auch Mieter\*innen. Dafür werden wir die Transparenzvorschriften und Kontrollen  
 1127 beim Immobilienerwerb verbessern.

1128 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Instrumente im  
 1129 Bereich Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer Herkunft in  
 1130 Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen werden können. Für  
 1131 Bargeld werden wir EU-weit gültige Höchstgrenzen festlegen, um den Transfer von  
 1132 inkriminierten Finanzmitteln zu erschweren. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF  
 1133 werden wir personell und finanziell stärken, damit es wirksam gegen Betrugs- oder  
 1134 Korruptionsstraftaten, zum Beispiel die Veruntreuung von europäischen Fördergeldern,  
 1135 vorgehen kann.

## 1136 **Terrorismus stoppen**

1137 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch und  
 1138 rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie sind eine Gefahr für

1139 die öffentliche Sicherheit. In den letzten Jahren hat die grenzüberschreitende Vernetzung  
 1140 von gewaltbereiten Gruppen und Akteur\*innen zugenommen. Die EU kann und muss hier einen  
 1141 wirkungsvollen Beitrag zum Schutz leisten. Eine konsequente und gut abgestimmte polizeiliche  
 1142 wie nachrichtendienstliche europaweite Zusammenarbeit mit einheitlichen rechtsstaatlichen  
 1143 Standards und Definitionen ist notwendig, um gegen Terror vorzugehen. Wir wollen hierfür die  
 1144 Stelle des Anti-Terror-Koordinators bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten und  
 1145 die Mitgliedstaaten zu mehr Austausch und Kooperation verpflichten.

1146 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die politische  
 1147 Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den europaweiten  
 1148 Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen. Dazu zählt die  
 1149 Bildungsarbeit an Schulen oder Jugendeinrichtungen. Programme zur Deradikalisierung oder  
 1150 Angebote für Aussteiger\*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene wollen wir  
 1151 EU-weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen, wie beispielsweise  
 1152 die verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates, beobachten wir genau.  
 1153 Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft lassen wir hierbei einfließen.  
 1154 Onlineplattformen, Online-Gaming und Messenger spielen eine wichtige Rolle bei der  
 1155 Verbreitung von Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Anbieter solcher Dienste entschiedener  
 1156 dagegen vorgehen und entsprechende Inhalte löschen.

1157 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem Terror die  
 1158 operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich terroristische und  
 1159 kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den Zugang zu Schwarzmärkten und  
 1160 legen wichtige Finanzquellen trocken oder erschweren Zugang zu Waffen. Wir setzen uns für  
 1161 gemeinsame Standards und einen intensiven Austausch bei der Verfolgung von Terrorist\*innen  
 1162 ein.

1163 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter\*innen braucht es ein europaweit einheitliches  
 1164 Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen Gründen ihre Spur  
 1165 verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-weit einheitlich definieren,  
 1166 um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung sicherzustellen.

1167 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt,  
 1168 dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht verfügbar sind. Wir  
 1169 wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen einschränken und den Schwarzmarkt  
 1170 austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen, beispielsweise Sammlerstücke, wollen wir  
 1171 wirksame europäische Standards einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht mehr  
 1172 möglich ist. Waffen und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir  
 1173 setzen uns für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für  
 1174 Waffenbesitzer\*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen wollen wir  
 1175 durch ein strenges Monitoring unterbinden.

#### 1176 **Nachrichtendienste effektiv aufstellen**

1177 Grenzüberschreitender Terrorismus, rechtswidrige Aktivitäten ausländischer Geheimdienste,  
 1178 Wirtschaftsspionage oder Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und offene  
 1179 Gesellschaft. Besonders autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran, aber auch  
 1180 kriminelle Gruppierungen nehmen dabei die gesamte EU in den Blick. Teilweise koordinieren  
 1181 sie ihre Vorgehen in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele hierfür sind die massiven

1182 Verbreitungen von Falschnachrichten - auch zur Beeinflussung von Wahlen, Angriffe auf  
 1183 Oppositionelle auf EU-Territorium oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Dem  
 1184 müssen wir uns in der EU gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die  
 Nachrichtendienste  
 1185 spielen dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer wehrhaften Demokratie.

1186 Wir fordern effektive und rechtsstaatliche Nachrichtendienste, mit denen wir die Sicherheit  
 1187 der EU besser gewährleisten können. Bislang wird ihre Arbeit oft dadurch behindert, dass  
 1188 Informationen und Erkenntnisse nicht ausreichend in den bereits bestehenden europäischen  
 1189 Strukturen geteilt werden können. Deshalb wollen wir für eine bessere Zusammenarbeit der  
 1190 europäischen Nachrichtendienste eine europäische Nachrichtendienstagentur (ENA) gründen,  
 die

1191 die bereits bestehenden sowohl zivilen als auch militärischen europäischen  
 1192 nachrichtendienstlichen Strukturen auf klarer rechtsstaatlicher Basis weiterentwickelt.

1193 Sie soll in den Mitgliedstaaten gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger rechtlicher  
 1194 Vorgaben, zusammenführen, um die europäische Analysefähigkeit zu stärken. So können  
 1195 strategische und langfristige sicherheitspolitische Einschätzungen abgegeben werden. Es  
 1196 braucht starke, effektive und demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Mechanismen zur  
 1197 Kontrolle der Agentur, die wir unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments erarbeiten  
 1198 wollen.

1199 Wir wollen bei der Entwicklung europäischer IT-Lösungen im Bereich der Nachrichtendienste  
 1200 stärker zusammenarbeiten, um so auch hier die digitale Souveränität zu sichern. Wir setzen  
 1201 uns dafür ein, dass nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf klaren Rechtsgrundlagen  
 1202 stehen, angemessen begrenzt und in allen Mitgliedstaaten unter eine starke parlamentarische  
 1203 Kontrolle gestellt werden. Nachrichtendienstliche Tätigkeiten und Instrumente müssen  
 1204 evaluiert werden und im Einklang mit Bürger\*innenrechten stehen. Einen rechtswidrigen  
 1205 Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den Nachrichtendiensten lehnen wir ab.  
 1206 Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Vernetzung und Kooperation der  
 1207 mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf der europäischen Ebene ein.

## 1208 **Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen**

1209 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen einheitlichen  
 1210 europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von der Organisierten  
 1211 Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir insbesondere das Strafrecht  
 1212 weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in die Liste der EU-Straftaten aufnehmen,  
 1213 damit sie europaweit verfolgt werden kann. Dazu braucht es auch ein einheitliches  
 1214 europaweites Monitoring und regelmäßige Dunkelfeld- und Viktimisierungsstudien.

1215 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen stärken: Die  
 1216 Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)  
 1217 wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und die Europäische Staatsanwaltschaft  
 1218 (EUSTa) ausbauen. Sie soll zukünftig auch bei grenzüberschreitenden Sachverhalten im Bereich  
 1219 von Terrorismus und OK zuständig sein. Grenzüberschreitende Strafverfahren wollen wir  
 1220 vereinfachen und in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam durchgeführt werden können.  
 1221 Durch die Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen Rechtsverkehrs unter  
 1222 Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine schnellere und

effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa. Es ist unser aller Auftrag, Kinder vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Notwendig dafür sind Strukturreformen genauso wie Investitionen in Präventionsarbeit sowie mehr Personal in Beratungsstellen und bei der Polizei. Statt Überwachung aller privaten Chat- und Messenger-Nachrichten („Chatkontrolle“) setzen wir uns für gezielte Maßnahmen ein.

Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger\*innen: Wir treten für einen effektiven Rechtsschutz von Beschuldigten und Verteidiger\*innen ein. Hinweisgeber\*innen, Zeug\*innen und investigative Journalist\*innen spielen eine herausragende Rolle bei der Aufklärung von Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb besser schützen. Dafür schlagen wir ein EU-Netz vor, das europaweit einen wirksamen Schutz für Menschen bietet, die bei der Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei unterstützen, bei der Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz zusammenzuarbeiten. Das wollen wir nutzen. Aussagen von Kronzeug\*innen sollen künftig eine größere Rolle bei der grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

### **Die Bevölkerung schützen**

Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und gigantische Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere Kritische Infrastruktur unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern unserer modernen Gesellschaft.

Sie

versorgen uns mit Energie oder Informationen. Einzelne Mitgliedstaaten sind mit Bedrohungen dieses Ausmaßes schnell überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und Koordination praktisch helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent schützen. Wir wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und zusammendenken.

Dabei

nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein verbindliches IT-Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf digitale Systeme zu verhindern.

Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise unabsehbaren Folgen weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen Bevölkerungsschutzes kann dabei helfen, Schäden zu reduzieren. Wir wollen das europäische Katastrophenschutzverfahren weiter stärken

und mit eigenen europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst eine echte europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden. Um die Bevölkerung und insbesondere vulnerable Gruppen besser vor extremen Hitzewellen zu schützen,

wollen wir die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, gemeinsame Hitzeschutzkonzepte zu entwickeln. Europa braucht zudem bessere Vorbereitung auf transnationale Katastrophen. Deswegen wollen wir gemeinsame Pläne zur Risikovorsorge und -bewältigung auf den Weg bringen

und über alle Planungsprozesse hinweg mitdenken. Den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz

zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe bei Erdbeben oder anderen Großschadenslagen wollen wir ausbauen.



## 1260 7. Digitale Bürgerrechte

### 1261 **Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern**

1262 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die Art, wie wir  
 1263 zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer Werte eine  
 1264 Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU dabei als Vorbild und  
 1265 Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einer globalisierten digitalen Welt  
 1266 stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung der digitalen Dimension die Rechte der Menschen  
 1267 immer mitdenken. Menschen haben das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder von KI noch  
 1268 anderen Technologien vereinnahmt zu werden.

1269 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige Gesellschaft  
 1270 abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum übertragen wird. Wir  
 1271 fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und eine aktive Beteiligung von  
 1272 Frauen an den Gestaltungspositionen der Digitalisierung. Wir wollen den völkerrechtlichen  
 1273 Rahmen für den digitalen Raum stärken und uns dabei an dem Leitbild eines freien, offenen,  
 1274 globalen und sicheren Internet orientieren.

1275 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die anlasslose  
 1276 Vorratsdatenspeicherung oder Chatkontrolle, biometrische Gesichtserkennung, die  
 Überwachung

1277 von Verhalten oder Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien zur Erkennung von  
 1278 Emotionen oder die Zuschreibungen von teils höchst persönlichen Eigenschaften wie  
 1279 Geschlecht, sexuelle Orientierung, politische oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit lehnen  
 1280 wir auch aufgrund der möglichen Auswirkungen auf bereits marginalisierte Gruppen ab. Die  
 1281 Forschung und der Einsatz besonders von Emotionserkennung zur Unterstützung im  
 medizinischen

1282 und sozialen Bereich sollen davon aber nicht betroffen sein. Das Recht auf digitale  
 1283 Privatsphäre, auf eine sichere Kommunikation und Ende-zu-Ende-Verschlüsselung wollen wir  
 1284 stärken und ausbauen. Die anonyme Nutzung des Internets wollen wir schützen. Besonderes  
 1285 Augenmerk soll dabei auf die einfache Verwendung durch Nutzer\*innen gelegt werden. Sie ist  
 1286 gerade für eine freie Presseberichterstattung oder für die Arbeit von oppositionellen  
 1287 Kräften in autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

1288 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung  
 entsprechender

1289 Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der EU wird Spyware  
 1290 eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Den Einsatz von Spyware wollen wir  
 1291 strenger regulieren und die parlamentarische Kontrolle stärken. Gegen eine missbräuchliche  
 1292 Nutzung, zum Beispiel zur Überwachung von Journalist\*innen oder Staatsanwält\*innen, muss  
 1293 stärker vorgegangen werden.

1294 Nicht alle Menschen haben die Möglichkeit, die digitalen Dienste voll zu nutzen. Auch wenn  
 1295 die Digitalisierung in schnellen Schritten voranschreitet, setzen wir uns dafür ein, dass  
 1296 Dienstleistungen, die für eine Teilhabe in der Gesellschaft notwendig sind, wie zum  
 1297 Beispiel die von Ärzt\*innen, Behörden, Banken oder des ÖPNV auch ohne zusätzliche Kosten  
 1298 analog zugänglich bleiben.

## 1299 **Gegen Hass und Desinformation im Netz vorgehen**

1300 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung der  
1301 Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen erlauben es  
1302 heute,  
1303 dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste Weise aufbereitet und diskutiert  
1304 werden können.  
1305 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet. Wahlen und  
1306 andere  
1307 Meinungsbildungsprozesse sowie das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen sollen  
1308 bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Dem stellen wir uns  
1309 beispielsweise mit  
1310 Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz oder einer Förderung von Faktencheck-  
1311 Plattformen  
1312 entschieden entgegen. Wir wollen eine mögliche Aufnahme von systematischer Desinformation  
1313 in  
1314 den Katalog der EU-Straftaten prüfen. Wir treten außerdem dafür ein, dass Sanktionen gegen  
1315 Propagandaplattformen, die gezielt Desinformationen verbreiten, etwa Russia Today,  
1316 konsequent durchgesetzt werden. Wir wollen, dass regelmäßig und europaweit Lagebilder zu  
1317 Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für eine effektive Bekämpfung zu  
1318 schaffen.

1319 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen Orten an. Mit  
1320 offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu drängen. Die  
1321 Instrumente  
1322 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie von Hass und Hetze müssen konsequent  
1323 angewendet  
1324 werden. Gegen die Veröffentlichung von Nacktbildern ohne Zustimmung von Betroffenen muss  
1325 stärker vorgegangen werden. Algorithmen und Targeting dominanter Digitalplattformen tragen  
1326 dazu einen wesentlichen Beitrag, indem sie Hassnachrichten und Desinformation verstärkt  
1327 verbreiten. In der Folge ziehen sich von Hassrede betroffene Personen häufig zurück oder  
1328 schränken ihre Meinungsäußerung ein – zum Schaden der demokratischen Debatte.

1329 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Hassrede muss  
1330 konsequent gelöscht und verbreitende Accounts müssen gesperrt werden. Wir setzen uns für  
1331 schnell und einfache Verfahren ein. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-  
1332 Gesetz haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um mit Nutzer\*innen-Rechten, Transparenz  
1333 und klaren Regeln Hassrede entgegenzutreten, ein demokratischeres Internet zu schaffen und  
1334 Wettbewerb wiederherzustellen. Diese Regeln gilt es, jetzt in Deutschland und Europa  
1335 konsequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln. Hass und Desinformation dürfen sich als  
1336 Geschäftsmodell nicht lohnen. Wir wollen Maßnahmen prüfen, um solche Geschäftsmodelle  
1337 trockenzulegen, etwa durch die Abschöpfung der hierdurch erzielten Erträge.

1338 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene Personen  
1339 einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür wollen wir auch eine  
1340 europaweite Opferberatung und niedrigschwellige Hilfsangebote etablieren.  
1341 Zivilgesellschaftliche Organisationen sollen Betroffene in Verfahren vertreten oder bei  
1342 Fällen von Volksverhetzung auf eigene Initiative tätig werden dürfen.

1338 Die Einrichtung von Spezialdienststellen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in den  
 1339 Mitgliedstaaten wollen wir unterstützen. Die konsequente Durchsetzung des Strafrechts kann  
 1340 auch durch die rechtlich gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich relevantem  
 1341 Material, zum Beispiel Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den  
 1342 Ermittlungsbehörden überprüft wird. Europol soll gegen europaweit agierende Netzwerke  
 1343 vorgehen, die gezielt Hass und Hetze im Netz verbreiten.

1344 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von Desinformation eine  
 1345 wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen ohne Überprüfung aus den  
 1346 sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei der Verbreitung von Falschinformationen  
 1347 mitwirken. Die Verbreitung von hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten Deepfakes, oder  
 1348 durch KI manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger erscheinen und ist  
 1349 für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-Gesetzes  
 1350 erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein wichtiger Baustein der  
 1351 Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt in der Stärkung der  
 1352 Informationskompetenz, damit Menschen besser Desinformationen erkennen können.

1353 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten, müssen  
 1354 entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen Nutzer\*innen  
 werden.

### 1355 **Europas IT schützen**

1356 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser Zusammenleben  
 1357 spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste Schutz vor Cybercrime aber  
 1358 liegt in der Prävention und in der Resilienz digitaler Systeme. Wir sorgen für eine  
 1359 konsequente Etablierung von hohen IT-Sicherheitsanforderungen in digitalen Produkten,  
 1360 Diensten und Prozessen. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der aktualisierten EU-  
 1361 Richtlinie zur Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu etablieren. Um die  
 1362 Sicherheit von IT-Produkten für Verbraucher\*innen transparent zu machen und das IT-  
 1363 Sicherheitsniveau im privaten Bereich zu erhöhen, wollen wir die Einführung eines IT-  
 1364 Sicherheitskennzeichens auf europäischer Ebene prüfen. Wir wollen die europäische Kooperation  
 1365 im Bereich der Cybersicherheit deutlich stärken und setzen uns für eine gemeinsame,  
 1366 europäische Sicherheitsarchitektur ein. Die Agentur der Europäischen Union für  
 1367 Cybersicherheit, die Arbeit des europäischen Information Sharing and Analysis Center (ICAC)  
 1368 sowie das außenpolitische Instrument der „Cyber Diplomacy Toolbox“ entwickeln wir hierfür  
 1369 weiter.

1370 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen wir  
 1371 eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von Cyberoperationen  
 1372 begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und Verwaltungssysteme sind eine  
 1373 Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir setzen uns für einen norm- und  
 1374 regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie und internationaler Zusammenarbeit geprägt

1375 ist. Gleichzeitig geht Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier wollen wir  
 1376 Kompetenzen in der EU ausbauen.

1377 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für sichere „Digitale  
 1378 Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich relevante Datenbanken und

1379technische Infrastrukturen in anderen europäischen Mitgliedstaaten gesichert vorgehalten  
1380werden können, um auch in Krisen- und Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und den Zugang  
1381zu Daten, zum Beispiel von Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz oder den  
1382Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

1383Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen haben auch zu  
1384einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die Strafverfolgung  
1385reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime kennt ebenso wie das Internet  
1386keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von Europol bei der Bekämpfung von Kriminalität  
1387im Netz. Auch die europaweite polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und Bekämpfung  
1388stärken wir. So gehen wir auch entschieden gegen die Verbreitung von sexualisierten  
1389Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor, indem wir die  
1390Ermittlungsbehörden personell, technisch und verfahrensrechtlich stärken. Hierzu wollen wir  
1391auch die Möglichkeit von automatisierten Anwendungen zur Ermittlungsunterstützung nutzen.  
1392Wir wollen mit gezielten Kampagnen die Bürger\*innen für Betrugsdelikte sensibilisieren, die  
1393im Internet begangen werden.

## **C – Was Frieden schützt**



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 25.11.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-FR Was Frieden schützt

### **Antragstext**

- 1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat gezeigt:
- 2 Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie
- 3 müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Moskau hat das
- 4 Friedensprojekt
- 5 Europäische Union herausgefordert. Wir unterstützen unsere ukrainischen Freund\*innen, die
- 6 sich dieser Herausforderung mit allen Kräften stellen – und halten gemeinsam stand.
- 7
- 8 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt immer
- 9 autoritärer auf, bedroht seine Nachbarn und stellt die regelbasierte internationale Ordnung
- 10 infrage. Chinas Konkurrenz mit Demokratien auf der ganzen Welt stellt auch unser Leben und
- 11 Wirtschaften vor bedeutende Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern
- 12 Staaten und Gesellschaften derweil zu Recht, mehr Repräsentanz, faire Mitsprache und einen
- 13 gleichwertigen Platz an Verhandlungstischen ein.
- 14
- 15 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam mit den
- 16 Folgen
- 17 der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise machen sie einmal mehr deutlich:
- 18 Wir müssen unsere demokratischen Kräfte bündeln, um den Frieden in Europa zu schützen und
- 19 einen starken europäischen Beitrag zur Sicherheit Europas und der Welt zu leisten.
- 20
- 21 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat die EU bewiesen, wie sehr sie in der
- 22 Lage ist, auch international für Frieden, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und nachhaltige
- 23 Entwicklung zu wirken. Sie hat bewiesen: Man kann Frieden lernen, stabilisieren und zum
- 24 Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen Zeiten: Eine EU, die auf der
- 25 Weltbühne selbstbewusst und konstruktiv auftritt und mit einer Stimme spricht, ist imstande,
- 26 sich gegen Unfreiheit und Krieg zu behaupten, unsere Interessen und Werte zu verteidigen,
- 27 Einflussnahme von außen abzuwehren, Zukunft und Frieden zu gestalten – und das Leben der
- 28 Menschen spürbar zu verbessern. Dieses Europa bietet weltweit Perspektiven für politische
- 29 und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung – und damit ein dringend benötigtes Gegenangebot
- 30
- 31 zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.
- 32
- 33 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale
- Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von „Wandel durch
- Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische Regime wie Russland im
- Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger\*innen handeln, um ihre imperialen
- Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir treten deshalb für ein souveränes und selbstbewusstes
- Europa ein, das nicht abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt; ein Europa,
- das sich aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine
- handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all jene

34 Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb des  
35 europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor allem dann effektiv  
36 durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt stellt – der oft behauptete  
37 Widerspruch ist keiner.

38 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem wertegeleiteten und  
39 fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür sind die  
40 Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken sowie gerechter und  
41 repräsentativer gestalten wollen. Sie sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem  
42 die Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.

43 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler  
44 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den Frieden zu  
45 wahren, Menschenrechte zu verwirklichen, demokratische Kräfte zu stärken, Konflikten  
46 vorzubeugen und Wohlstand zu fördern. Neben der Stärkung der Beziehung zu ihren  
Verbündeten

47 im transatlantischen und transpazifischen Raum muss die EU aktiv um Partnerschaften mit  
48 Ländern des Globalen Südens werben. Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen wir  
49 globale Gerechtigkeit fördern. Dabei achten wir auf die Kohärenz unseres politischen  
50 Handelns über alle Politikfelder, wie der Wirtschafts- und Handelspolitik, hinweg..

51 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das macht es  
52 schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften sind nachweislich  
53 friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und  
54 wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind nachhaltiger, wenn  
55 Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in  
56 der Außenpolitik umfassend und gleichberechtigt vertreten sind.

57 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit, die Klima-  
58 und Umweltkrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten haben  
59 durch ihre jahrzehntelangen Emissionen eine besondere historische und zweifache  
60 Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen Interesse selbst schnell klimaneutral werden und  
61 zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu klimaneutralem und klimaangepasstem Wohlstand  
62 partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die Klimadiplomatie ins Zentrum unseres  
63 Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die Weichen für belastbare Partnerschaften  
64 – Partnerschaften, die Win-Win-Situationen schaffen und sowohl den Menschen in unseren  
65 Partnerländern nützen als auch dabei helfen, unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und

66 Rohstoffen zu sichern. Eine starke europäische Klimaaußenpolitik bedeutet auch, dass die EU  
67 eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens einnehmen und weltweit  
68 gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zu den nötigen Investitionen  
69 für eine klimagerechte Entwicklung leisten muss. In gleicher Weise muss Europa die globale  
70 Biodiversitätskrise angehen: selbst ambitionierte Ziele verfolgen, Finanzierung  
71 bereitstellen und mobilisieren und die Länder des Globalen Südens bei der Umsetzung ihrer  
72 Ziele unterstützen.

73 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden im Bündnis auch militärisch zu  
74 verteidigen. Dabei bleibt der Einsatz militärischer Gewalt für uns Ultima Ratio. Für die  
75 Verteidigungsfähigkeit der EU ist auch eine gesamtstaatliche und gesellschaftliche Resilienz  
76 unabdingbar. Dafür ist es zentral, Schocks und Störungen im Sinne eines umfassenden

77 Sicherheitsbegriffs widerstehen zu können. Das umfasst die Erhöhung der Cybersicherheit und  
 78 den Kampf gegen Desinformation, die Stärkung von Infrastrukturen sowie von staatlichen und  
 79 wirtschaftlichen Versorgungsstrukturen, und die Ertüchtigung des Zivilschutzes. Dies können  
 80 wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn wir unsere Sicherheitspolitik  
 81 europäisch koordinieren und Informationen schneller und besser austauschen. Wir wollen einen  
 82 umfassenden Ansatz europäischer Außenpolitik, der die menschliche Sicherheit in den  
 83 Mittelpunkt rückt, auf Vorbeugung und zivile Bearbeitung von Krisen und Konflikten setzt und  
 84 aktiv Chancen für Deeskalation sucht. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt der  
 85 Notwendigkeit vor, Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Der Einsatz für eine  
 86 Kultur der Gewaltfreiheit, militärische Zurückhaltung und eine Welt ohne Krieg umfasst als  
 87 wichtige Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich der Außenpolitik. Wir denken  
 88 Sicherheit von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer  
 89 Politik stehen. Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten Sicherheitspolitik  
 90 ist Teil des europäischen Versprechens.

91 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und Hoffnung gibt.  
 92 Das Streben vieler Ukrainer\*innen danach, ihre Freiheit zu behaupten und Teil der  
 93 europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin mit brutaler Waffengewalt  
 beantwortet

94 worden sein. Aber es lebt fort und beweist, welche Strahlkraft das europäische Projekt über  
 95 die eigenen Grenzen hinaus entfalten kann. Mit der Vorstellung eines gemeinsamen Haus  
 Europa

96 war der Wunsch verbunden, dass Menschen unterschiedlicher Nationen friedlich unter einem  
 97 Dach zusammenleben können. Genau diesem Wunsch hat Russland mit seinem  
 völkerrechtswidrigen

98 Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen das ukrainische Selbstbestimmungsrecht eine klare  
 99 Absage erteilt. An diesem Wunsch halten wir trotzdem fest. Wir bekennen uns zum Beginn des  
 100 ukrainischen Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der  
 101 unermesslichen Leistung, die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und die  
 102 europäischen Werte erbringt.

103 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt die eigenen  
 104 Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst die Hand. An diesem  
 105 Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

## 106 1. Eine europäische Außenpolitik

### 107 **Gemeinsam außenpolitisch handeln**

108 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin agieren kann.  
 109 Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller 27  
 110 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein,  
 111 die dabei die Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das  
 112 zu erreichen, wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge  
 113 nutzen und setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

114 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen die  
 115 bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die Außen- und

116 Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem europäischen  
117 Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst wollen wir personell und  
118 institutionell stärken. Um eine gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen, braucht es  
119 einen echten europäischen diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir die Europäische  
120 Diplomatische Akademie fest verankern, um Kompetenzen im Bereich EU-Außenpolitik unter  
121 Diplomat\*innen aus den Mitgliedstaaten auszubauen. Konsularische Dienste der Mitgliedsländer  
  
122 wie Visafragen, Rechtshilfe oder Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften  
123 bündeln.  
124 Gleichzeitig braucht es eine bessere Koordinierung der Außenpolitiken der EU-Mitgliedstaaten  
125 sowie eine engere Abstimmung zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen  
126 Auswärtigen Dienst. Für eine bessere demokratische Kontrolle setzen wir uns für eine  
127 stärkere Rolle des Europäischen Parlaments in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik  
128 ein.  
  
129 Wir wollen die auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie  
130 Wissenschaftsdiplomatie stärken, die im Angesicht der großen globalen Herausforderungen  
131 kulturelle Brücken bauen, positiv in die Zivilgesellschaft wirken, Forschung voranbringen  
132 und Frieden fördern kann.

### 133 **Das Klima global und gerecht schützen**

134 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht die  
135 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Sie  
136 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel, Wasser und  
137 Rohstoffe. Ihre Folgen wirken sich schon heute spürbar negativ auf Lebensräume und  
138 Zukunftschancen von Menschen aus.  
  
139 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke europäische  
140 Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen und den nachhaltigen  
141 Entwicklungszielen steht. Wir stehen für eine EU, die weltweit Klima-Partnerschaften für die  
142 Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim sozial gerechten und klimaneutralen  
143 Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme, Infrastruktur und Energieversorgung sowie bei der  
144 Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten  
145 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der Vereinbarung im  
146 Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich 100 Milliarden US-Dollar  
147 aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung zielgerichtet und im  
148 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens eingesetzt  
149 werden. Ein Vorbild dafür sind sogenannte Just Energy Transition Partnerships, die die  
150 Bundesregierung gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit mehreren  
Ländern  
151 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte  
Energiewende  
152 und Modernisierung. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung  
153 eines Loss-and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten  
154 Gemeinschaften finanziell angemessen unterstützen soll.  
  
155 Unser Ziel ist es, die sozial-ökologische Modernisierung in allen Bereichen voranzutreiben.  
156 Wir setzen uns deshalb für den Ausstieg aus den fossilen Energien, für ein verbindliches



157 globales Ziel für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine ambitionierte Klimafinanzierung  
158 ein. Dafür braucht es zusätzliche Mittel zur ODA-Quote unter Berücksichtigung des Prinzips  
159 der "gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung" des Pariser Klimaabkommens. Die  
160 internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank, die regionalen Entwicklungsbanken, die  
161 Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

162 (EBRD) müssen sich noch stärker partnerschaftlich an der Modernisierung der Wirtschaft  
163 unserer Partnerländern beteiligen.

164 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen Kommission,  
165 Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen, um internationale  
166 Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte Klimacub kann dabei eine zentrale  
167 Rolle einnehmen, um internationale Strukturen im Rahmen des Pariser Abkommens zu  
168 unterstützen und ambitionierte Ziele für Klimaschutz, Klimaanpassung sowie nachhaltiges  
169 Wachstum voranzutreiben. Die geplante Strategie für Klimaaußenpolitik der Bundesregierung  
170 möchten wir zur Grundlage für eine Weiterentwicklung auf europäischer Ebene nehmen.  
171 Klimaneutralität sowie die Bewältigung von Klimafolgen müssen ressortübergreifend Eingang in  
172 unser internationales politisches Handeln finden.

173

174 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer Anstrengungen wird  
175 diese Krise Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Historisch betrachtet sind die  
176 westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und tragen  
177 deshalb eine besondere Verantwortung. Die EU sollte die betroffenen Staaten deshalb  
178 technisch und gegebenenfalls auch finanziell bei den notwendigen Anpassungsmaßnahmen  
179 unterstützen. Zudem sollte Europa zusammen mit anderen Industriestaaten vorangehen und  
180 Prozesse unterstützen, in denen mit betroffenen Staaten über internationale Regulation im  
181 Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung  
182 sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten wird.

183 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine enorme  
184 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von Kunming-  
185 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement mit den am  
186 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von  
187 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die biologische  
188 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

### 189 **Global Gateway zum Erfolg bringen**

190 In vielen Teilen der Welt gibt es einen gewaltigen Investitionsbedarf, um Wachstum und  
191 Wohlstand mit guter Mobilität und digitaler Teilhabe zu erreichen. Dies muss unter den  
192 Bedingungen der Klimaneutralität, Klimaanpassung und sozialer Gerechtigkeit passieren. Auf  
193 den Investitionsbedarf antwortet bislang vor allem das chinesische Programm einer „neuen  
194 Seidenstraße“, das finanzielle Abhängigkeiten schafft und diese systematisch als politisches  
195 Druckmittel einsetzt. Die europäische Global-Gateway-Strategie wollen wir als Alternative  
196 dazu zu einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das Partnerländer in der nachhaltigen  
197 Verbesserung ihrer Lebens- und Wirtschaftsbedingungen unterstützt. Wir leisten damit einen  
198 starken europäischen Beitrag zur G7 Infrastrukturpartnerschaft und durch die Einhaltung

199 hoher Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards zur Stärkung internationaler Standards  
200 der G20 für Infrastrukturplanung.

201 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren  
202 Partnerländern wollen wir damit klimagerechten Wohlstand schaffen, den Schutz der  
203 Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren sowie zugängliche digitale  
204 Infrastrukturen und die Produktion von grüner Energie in unserer Nachbarschaft fördern.  
205 Dabei wollen wir Abhängigkeiten reduzieren, indem wir nachhaltige Wertschöpfung in den  
206 Partnerländern stärken und mit Investitionen in die soziale Infrastruktur, die im Einklang  
207 mit lokalen Entwicklungsagenden stehen, verbinden.

208 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit  
substanziellen  
209 Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten Kapital die nötigen  
210 Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und Verbindlichkeit des Programms weltweit und

211 innerhalb der EU zu verbessern, wollen wir außerdem eine Sondergesandte bzw. einen  
212 Sondergesandten dafür einrichten.

213

214 Die EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten setzen und alle Projekte auf  
215 der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Partnerländern und Einbindung der  
216 der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten. Maßstab sind für uns hierbei die Menschenrechte,  
217 die Agenda 2030 der UN sowie die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und des  
218 Biodiversitätsabkommens von Kunming-Montreal. Beispielsweise bedeutet  
219 Mobilitätsinfrastruktur vorrangig Investitionen in klimafreundliche Verkehrsträger wie die  
220 Schiene und erzeugte Energie muss immer zuerst den produzierenden Ländern vor Ort zur  
221 Verfügung stehen. Zudem muss die EU-Kommission die Politikkohärenz für nachhaltige  
222 Entwicklung und eine größere Transparenz bei der Auswahl der strukturpolitischen Projekte  
223 sowie bei ihrer Durchführung und Evaluierung sicherstellen. Um Global Gateway zum Erfolg zu  
224 führen, müssen bei der Umsetzung entwicklungspolitische Expertise genutzt und die Prinzipien  
225 der Wirksamkeit der Entwicklungspolitik umgesetzt werden.

## 226 **Internationale Organisationen stärken**

227 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im Fall des  
228 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale Staatengemeinschaft in  
229 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, als eine überragende  
230 Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg mehrfach und deutlich verurteilte. Allerdings zeigt  
231 sich, dass die Situation im Sicherheitsrat friedenssichernde Maßnahmen der UN erschwert.  
232 Regionalorganisationen wie der EU fallen somit im Krisenmanagement, auch mit ihren eigenen  
233 Missionen, eine Schlüsselrolle zu. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr als die  
234 Hälfte aller Beiträge zu multilateralen Organisationen wie dem UN-System. In den anstehenden  
235 Reformdiskussionen wollen wir durch ein koordiniertes Vorgehen der EU die UN und ihre  
236 Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, in  
237 dem wir eine gerechtere Repräsentanz der Weltregionen gewährleisten wollen. Darüber hinaus  
238 zielen wir darauf ab, das Vetorecht abzuschaffen und unterstützen Mechanismen wie die in der  
239 Resolution 377 der UN-Generalversammlung "Uniting for Peace" beschlossene Möglichkeit, sich  
240 im Fall einer anhaltenden Blockade mit der Angelegenheit zu befassen und Empfehlungen - also

241 diplomatische Maßnahmen, Sanktionen oder militärische Maßnahmen gemäß Kapitel VII der UN-  
242 Charta - mit qualifizierter Mehrheit zu beschließen.

243

244 Auch die G7 und die G20 erweisen sich ergänzend zu unserem Engagement im Rahmen der UN  
als

245 weitere Foren für die Bearbeitung globaler Herausforderungen. Wir unterstützen daher die  
246 Bemühungen der G7, sich stärker für eine Zusammenarbeit mit Partnerländern weltweit und  
247 insbesondere im Globalen Süden zu öffnen, und befürworten ausdrücklich die permanente  
248 Mitgliedschaft der Afrikanischen Union als Teil der G20.

249 Um auf die globalen und entwicklungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit reagieren zu  
250 können, muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung, eine Demokratisierung - inklusive  
251 einer höheren Beteiligung der Akteure aus dem Globalen Süden - und eine ausreichende  
252 Finanzierungskapazität der internationalen Finanzinstitutionen einsetzen. Die Weltbank hat  
253 mit ihrer "Evolution Roadmap" diesen Reformprozess bereits begonnen und muss ihn jetzt  
254 entschieden fortsetzen. Dabei ist entscheidend, dass Ziele wie die Reduzierung der  
255 Ungleichheit und der Schutz der planetaren Grenzen systematisch durch Indikatoren  
256 berücksichtigt und operationalisiert werden. UN-Sonderorganisationen wie das  
257 Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um  
258 Menschen in Not zu helfen. Die EU muss diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und  
259 stärken. Entsprechende Mittel sollen möglichst flexibel bereitgestellt werden.

260 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive, geschlechtergerechte Personalpolitik der EU  
261 bei der Besetzung von Posten in internationalen Organisationen etwa bei der International  
262 Standardization Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

## 263 **Menschenrechte weltweit verteidigen**

264 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von  
265 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste niedergeschlagen.  
266 Unabhängig davon, wo Menschen leben, haben sie das Recht, Hilfe zu verlangen und zu  
267 erhalten, um ihre grundlegenden Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Wir setzen uns  
268 für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien, gewaltfreie pro-  
269 demokratische Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-  
270 Verteidiger\*innen im analogen wie im digitalen Raum. Wir wollen die Fördermöglichkeiten  
271 ausbauen und die entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, beispielsweise  
272 Sonderberichterstatter\*innen und den Europäischen Demokratiefonds, finanziell stabilisieren,  
273 langfristig aufstellen und zugänglicher machen. Damit sollen auch Räume für Austausch und  
274 Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, pro-demokratischen Bewegungen,  
275 unabhängigen Medien und einzelnen Aktivist\*innen geschaffen und gestärkt werden. Der Schutz

276 und die Förderung von Demokratie ist effektiver, wenn wir unsere Bemühungen bündeln und  
277 europäisch koordinieren.

278 Der Schutz der Menschenrechte ist zuallererst Aufgabe des Staates. Der Zusammenarbeit mit  
279 Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit und Selbstbestimmung eine  
280 besondere Rolle zu. Staaten, die sich auf den Weg zur Demokratie gemacht haben, wollen wir  
281 aktiv in diesem Prozess begleiten und stärken. Wir unterstützen entsprechend der Globalen

282 Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung von gezielten  
 283 Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für schwere  
 284 Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen beteiligt sind. Gegen  
 285 Sanktionsverletzungen müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten entschieden vorgehen und  
 dabei  
 286 auch internationale Partner in die Pflicht nehmen. Darüber hinaus wollen wir prüfen,  
 287 inwieweit stillgelegte Vermögenswerte rechtssicher für Wiedergutmachung gegenüber den  
 Opfern  
 288 nutzbar gemacht werden können.

289 Menschenrechts-Verteidiger\*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer  
 290 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von  
 291 Menschenrechts-Verteidiger\*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine  
 292 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen, etwa  
 293 Verteidiger\*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten  
 294 Menschenrechts-Verteidiger\*innen und ihren Familien wollen wir in der EU mit einer  
 295 schnelleren und vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich  
 296 die Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger\*innen stark machen. Dazu  
 297 gehört etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale  
 298 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen  
 299 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Dies gilt auch für diejenigen, die das Recht  
 300 auf Kriegsdienstverweigerung verteidigen. Wir setzen uns im Rahmen der Unterstützung für  
 301 Menschenrechtsverteidiger\*innen ein, die Auslandsvertretungen der EU im Bereich der  
 302 konfliktensiblen Demokratieförderung und Menschenrechtsschutzes verstärkt zu schulen.

303

304 Nach Vorbild des kanadischen Resettlement-Programms setzen wir uns für ein europäisches  
 305 Schutzprogramm von Menschenrechts-Verteidiger\*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell  
 306 und unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu  
 307 können. Angriffe auf Menschenrechts-Verteidiger\*innen finden immer häufiger im digitalen  
 308 Raum statt. Um sie zu schützen unterstützen wir sichere, verschlüsselte  
 309 Kommunikationsmöglichkeiten und das Recht auf anonyme Nutzung des Internets und setzen  
 uns

310 gegen die weitere Fragmentierung des Internets und gegen Internetabschaltungen ein.

311

312 Eines besonderen Schutzes bedürfen auch investigative Journalist\*innen und  
 313 Hinweisgeber\*innen wie Julian Assange. Sie bringen Verbrechen und gesellschaftliche  
 314 Missstände ans Licht. Ihr Schutz ist essenzieller Bestandteil der Pressefreiheit, die es  
 315 nach innen und außen dringend zu verteidigen gilt.

### 316 **Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen**

317 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger, resilienter  
 318 und wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen  
 319 Menschenrechte. Strukturelle Ungerechtigkeiten führen dazu, dass bestimmte Gruppen,  
 320 insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen in besonderem Maße von Gewalt, Armut und  
 321 Krieg, aber auch von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. Gleichzeitig sitzen oft nur  
 322 wenige von ihnen mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten.  
 323 Mit der UN-Resolution 1325 und ihren Folgeresolutionen ist der Schutz von Frauen und Mädchen

324 in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits  
 325 international verankert. Wir wollen weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische  
 326 Außen- und Entwicklungspolitik ein, die die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen,  
 327 Mädchen und marginalisierten Gruppen in allen Bereichen weltweit stärkt.  
 328 Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen von Diskriminierung zum Ziel.  
 329 Dabei werden Mehrfachdiskriminierungen besonders in den Blick genommen. Aufbauend auf  
 den  
 330 Leitlinien der Bundesregierung wollen wir die feministische Außen- und Entwicklungspolitik  
 331 als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen und internationalen Kooperationen der EU verankern.

332 Wir setzen uns für einen paritätischen Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen  
 333 der EU ein sowie dafür, den Frauenanteil auf allen Ebenen von GSVP-Missionen - insbesondere  
 334 in Leitungsebenen - deutlich zu erhöhen. Die Perspektiven von Frauen und Mädchen sollen bei  
 335 allen internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die Kapazitäten für Gender  
 und  
 336 Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken und die Beteiligung von Frauen und  
 337 marginalisierten Gruppen an entsprechenden Delegationen signifikant erhöhen.

338 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im Kampf gegen  
 339 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Denn Frauen-, Queer- und  
 340 Transfeindlichkeit ist für viele Menschen eine Sicherheitsbedrohung. Nach dem Beitritt der  
 341 EU zur Istanbul-Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-  
 342 Mitgliedsländer. Auch fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen  
 343 die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ\*-Personen.

344 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen feministischer  
 345 Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig ausrichtet sowie bisherige  
 346 Praktiken kritisch evaluiert. Sie muss ihr selbst gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85  
 347 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme auch zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Dazu  
 soll  
 348 die EU strukturell mehr Mittel zur Förderung von Frauen und marginalisierten Gruppen  
 349 bereitstellen, beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit feministischen  
 350 zivilgesellschaftlichen Akteuren oder die Unterstützung im Bereich der Grundbildung und  
 351 beruflichen Bildung, des Unternehmertums sowie der sexuellen und reproduktiven Gesundheit.  
 352 Gemäß des EU-Aktionsplans für die Gleichstellung der Geschlechter wollen wir  
 353 gendertransformative und intersektionale Ansätze systematisch in unserem  
 354 entwicklungspolitischen Handeln verankern.

## 355 2. Eine europäische Sicherheits- und 356 Verteidigungspolitik

### 357 **Europa gemeinsam verteidigen**

358 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen  
 359 geführt, dass wir potenzielle Aggressoren wirksam von Angriffen abhalten und unsere Art zu  
 360 leben im äußersten Notfall auch militärisch verteidigen können müssen. Die Zukunft der  
 361 Bündnisverteidigung und der kollektiven Reaktionsfähigkeit liegen in der europäischen und  
 362 transatlantischen Integration und Interoperabilität unserer Streitkräfte.

363 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten, desto  
364 besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die europäische Verteidigungsfähigkeit  
365 sicherstellen, gerade auch als Teil des transatlantischen Bündnisses (NATO). Der  
366 strategische Kompass der EU und die Einbettung in das strategische Konzept der NATO sind  
367 dafür maßgebend. Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen im Rahmen der EU und der  
NATO  
368 und den dafür notwendigen Fähigkeiten und Kapazitäten. Aus historischer Verantwortung und  
369 den Lehren des russischen Angriffskriegs bekennen wir uns zum Schutz der baltischen Staaten,  
370 unter anderem durch militärische Zusammenarbeit im Rahmen einer langfristigen Stationierung  
371 von Bundeswehreinheiten im Baltikum.

372 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und  
373 Verteidigungsunion mit einer starken parlamentarischen Beteiligung und Kontrolle arbeiten.  
374 Die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte, zum Beispiel innerhalb von permanenten EU-  
375 Einheiten oder transnationalen Verbänden wie dem Deutsch-Niederländischen Corps, wollen wir  
376 ausbauen. Dabei sind gemeinsame Rahmenstandards und Arbeitsbedingungen für Soldat\*innen  
377 notwendig sowie die Schaffung der Grundlagen einer einheitlichen Fürsorgeverpflichtung der  
378 EU gegenüber den eingesetzten Kräften und zivilen Entsandten. Wir wollen die gemeinsame EU-  
379 Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen, zum Beispiel bei  
380 der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

381 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und  
382 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und personell.  
383 Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein, einer  
384 kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen, die tatsächlichen Bedarfe vor Ort  
385 berücksichtigen und sich am Leitbild der menschlichen Sicherheit orientieren. Für die  
386 zivilen GSVP Missionen müssen wir langfristige Finanzrahmen mit flexiblerer Konzeption  
387 verbinden, damit diese schneller einsatzbereit sein und sich angemessen auf veränderte  
388 Gegebenheiten einstellen können. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom  
389 Europäischen Parlament begleitet, kontrolliert und evaluiert werden. Wir verstetigen die  
390 Unterstützung der Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) und stärken  
391 deren Einheit für Risikoanalyse und Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so  
392 angepasst werden, dass die Verfügbarkeit der Mittel, die Planbarkeit der Ausgaben und die  
393 parlamentarische Kontrolle im Europaparlament und den Mitgliedstaaten verbessert werden.  
394 Auch der Aufbau eines europäischen Luftverteidigungssystems ist für uns ein notwendiger  
395 Baustein einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur.

396 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-Mitgliedstaaten zu einer  
397 komplexen Systemvielfalt, ausbleibenden Skaleneffekten und damit zur ineffektiven Nutzung  
398 von Steuergeldern. Unser Ziel ist eine gemeinsame und damit kosteneffektivere europäische  
399 Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern. Dafür bedarf es der wirksamen Umsetzung  
der  
400 jährlichen Fähigkeitsanalyse in enger Koordination und Abstimmung mit dem Planungsprozess  
401 der NATO auf Basis gleicher Standards und Normen, finanzieller Anreize für und Vertrauen  
402 zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch des politischen Willens, die industriepolitischen  
403 Interessen zugunsten von mehr gemeinsamer Sicherheit zurückzustellen. Damit erreichen wir  
404 die Konsolidierung des europäischen Rüstungssektors. Die Europäische Verteidigungsagentur

405 (EDA) hat das bisher nicht im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung  
406 von bestehenden Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der  
gemeinsamen  
407 Beschaffung (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich fragil und  
408 die parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

409 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres Finanzinstrument  
410 schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den gesamten militärischen  
411 Fähigkeitszyklus abdeckt – von industrieller Forschung und Entwicklung über Beschaffung bis  
412 hin zu Instandhaltung und Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter strenger und  
413 abgestimmter Kontrolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente stehen.

#### 414 **Rüstungsexporte europäisch regulieren**

415 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen Waffensystemen  
schafft  
416 mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. und somit auch einen Beitrag für eine gemeinsame  
417 wertebasierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Für diese EU-Gemeinschaftsprojekte  
418 braucht es einheitliche und restriktive europäische Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf  
419 der Grundlage des gemeinsamen Standpunkts der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung  
420 beschließen, die Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer  
421 gemeinsamen Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare  
Entscheidungsmechanismen  
422 und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten geben.  
423 Vorangehende Risikoanalysen sowie verbindliche und physische Endverbleibskontrollen müssen  
424 dabei vorgeschrieben und konsequent durchgeführt werden. Europäische Waffen dürfen nicht  
425 weiter in die Hände von Regimen gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen oder  
426 diese für Verbrechen der Aggression nutzen. Wir setzen uns für ein Exportverbot für  
427 Überwachungstechnologien an repressive Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für  
428 Kleinwaffen an Drittstaaten ein.

429 Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und bleiben  
430 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Sie bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Das  
431 Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie und friedliche Welt. Auch in unsicheren  
432 Zeiten wollen wir daher die Rüstungskontrolle stärken, vertrauensbildende Maßnahmen fördern,  
433 und bi- und multilaterale Abrüstungsinitiativen voranbringen. Daher sollte die EU sich für  
434 eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) als zentralen Pfeiler  
435 der nuklearen Rüstungskontrolle einsetzen. Darüber hinaus sollte die EU ihre  
436 Mitgliedsstaaten dazu ermutigen, den Atomwaffenverbotsvertrag konstruktiv zu begleiten sowie

437 als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz teilzunehmen und sich zu Vision Global Zero  
438 zu bekennen. Dies sind erste Schritte auf dem Weg zu einem sukzessiven, gemeinsamen Beitritt

439 und einer atomwaffenfreien Welt. Die völkerrechtlichen Bemühungen um eine Regulierung von  
440 letalen autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von  
Waffensystemen

441 geben, die den menschlichen Faktor bei Entscheidungen über Leben und Tod technisch  
442 verzichtbar machen. Wir verurteilen jeden völkerrechtswidrigen Einsatz von bewaffneten

443 Drohnen, auch wenn er von unseren Bündnispartnern durchgeführt wird. Den Einsatz von  
444 Streubomben, auch in der Ukraine, lehnen wir ab. Zudem wollen wir uns mit der EU weltweit  
445 dafür einsetzen, gemäß des Oslo-Übereinkommens auch nicht Vertragsparteien vom Einsatz von  
446 Streumunition abzubringen.

#### 447 **Krisen vorbeugen**

448 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die Konflikte  
449 frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Hierbei ist die Zusammenarbeit der Politikfelder und  
450 Kohärenz der Ansätze wichtig. Wir wollen die EU-Mittel für friedensfördernde zivile Akteure  
451 umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteure  
452 in der Friedensförderung stärker unterstützen sowie Förderrichtlinien in diesem Zusammenhang  
453 flexibilisieren und Mittelvergaben langfristiger planbar gestalten. Wir wollen die EU-Mittel  
454 und Ansätze für Stabilisierungsmaßnahmen stärken, um in Krisen flexibel, gezielt und  
455 effektiv handeln zu können. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung und Konfliktbearbeitung der  
456 UN und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von  
457 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir systematisch stärken. Wir  
458 wollen die Erforschung der Ursachen von aktuellen Konflikten, ihren Verläufen und ihrer  
459 friedlichen Bearbeitung stärken und die internationale Vernetzung in der Friedens- und  
460 Konfliktforschung fördern.

461 Die EU muss weltweit ihre Stärke als Vermittlerin in Konflikten und als Bündnis für Frieden  
462 durch Kooperation nutzen und ausbauen. Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument  
463 der EU-Außenpolitik durch mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken und systematisch  
464 fortentwickeln, um zum Beispiel die Polizei oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu  
465 unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen  
466 aufbauen und Konflikten vorbeugen. Einer Ausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf  
467 Migrationsmanagement stellen wir uns entgegen. Für effektive Maßnahmen der zivilen  
468 Krisenprävention, der Stabilisierung, der humanitären Hilfe und der Friedenssicherung  
469 braucht es tiefgehende Kontextanalysen, eine bessere Koordination und wirksame Evaluationen.

470 Um Mitgliedsstaaten bei ihren Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und des  
471 Krisenmanagements besser zu vernetzen, wollen wir das European Centre of Excellence for  
472 Civilian Crisis Management ausbauen.

473 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur  
474 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende staatliche  
475 Institutionen, die Menschenrechte schützen und Daseinsvorsorge gewährleisten, mindern die  
476 Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches Leid erzeugen und Menschen zum  
Verlassen  
477 ihrer Heimat zwingen.

478 Mit humanitärer Hilfe unterstützen wir weltweit Menschen, die in humanitäre Notlagen geraten  
479 sind. Die europäischen und internationalen Organisationen in diesem Bereich wollen wir  
480 stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie effizientere  
481 und flexiblere Strukturen und Vergaberichtlinien der europäischen Organisation für  
482 humanitäre Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser  
483 koordinieren. Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe



484 verpflichten, stärker auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von  
 485 marginalisierten Gruppen zu achten.

### 486 3. Globale Gerechtigkeit

#### 487 **Verlässliche Partnerin sein**

488 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die Menschen, die  
 489 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen. Damit  
 490 stehen wir für eine menschenrechtsbasierte Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens.

491 Chinas Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige Abhängigkeiten zu schaffen.  
 492 Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, dass es  
 493 bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Die steigenden Preise für Nahrungsmittel, Energie  
 494 und Transport verschärften Hunger- und Wirtschaftskrisen, destabilisierten Länder und  
 495 brachten Menschen weltweit in Not. Wir wollen, dass die EU aktiv den Wettbewerb um die  
 496 Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den begonnenen Weg eines koordinierten  
 497 Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften intensiviert. Wir  
 498 engagieren uns für partnerorientierte, feministische, dekoloniale und nachhaltige Ansätze in  
 499 der Entwicklungszusammenarbeit, die systemische Ungerechtigkeiten wirkungsorientiert  
 500 abbauen. Damit wollen wir auch dem Erbe unserer kolonialen Vergangenheit gerecht werden  
 und  
 501 koloniale Kontinuitäten kritisch hinterfragen.

502 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von  
 503 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür wollen wir die  
 504 bestehenden Instrumente der europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit  
 unseren  
 505 Partnern weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in  
 506 Hochschulen und NGOs stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die Zusammenarbeit  
 507 mit der Privatwirtschaft inklusive Start-ups gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass  
 508 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen  
 509 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU gefördert werden.  
 510 Wir wollen zudem globale Städtepartnerschaften stärken, die Themen der globalen  
 511 Gerechtigkeit in die Lebensräume von Menschen vor Ort bringen und einen wichtigen Beitrag  
 512 zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit leisten.

513 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für die  
 514 Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-Mitgliedstaaten das  
 515 gegebene Versprechen einlösen, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für  
 516 Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es kommt aber nicht nur auf die Quantität  
 517 der Unterstützung an, sondern auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell,  
 518 unbürokratisch und wirkungsorientiert umzusetzen. Die Entwicklungsgelder müssen vor allem  
 519 den bedürftigsten Ländern zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele  
 520 sowie des Pariser Klimaabkommens und des Montrealer Biodiversitätsabkommens beitragen. In  
 521 Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale Absicherung der Menschen  
 522 stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument

523 gegen Armut. Die Bedarfe zum Wiederaufbau für die Ukraine sollten dabei zusätzlich zur ODA-  
524 Quote zur Verfügung gestellt werden.

525 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im entwicklungspolitischen  
526 Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den Team-Europe-Ansatz, der in  
527 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere sektorübergreifende Koordinierung,  
528 Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu erhöhen,  
529 setzen wir uns für sektorübergreifende Evaluierungen und einen Transparenzmechanismus für  
530 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament wollen wir  
531 in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

532

533 Im Bereich der digitalen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir menschenzentrierte und  
534 verantwortungsvolle Digitalisierung global gestalten und die digitale Selbstbestimmung  
535 fördern. Wir wollen den digitalpolitischen Austausch stärken, denn als EU können wir viel  
536 von digitalen Vorreitern in Ländern des Globalen Südens lernen. Wir wollen  
537 Angemessenheitsbeschlüsse mit unseren Partnerländern ausbauen und so die Teilhabe an  
538 internationaler digitaler Wertschöpfung fördern.

### 539 **Ernährung global sichern**

540 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten existenzielle  
541 Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU muss sich für ein  
542 nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem einsetzen und damit zur Umsetzung  
des

543 Rechts auf Nahrung beitragen.

544 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen, aber auch  
545 Zugang zu überregionalen Märkten ist das beste Mittel, um die Landwirtschaft  
546 widerstandsfähiger gegen politische Krisen und die Folgen des Klimawandels zu machen.  
547 Projekte der europäischen Entwicklungszusammenarbeit sollen verstärkt wirtschaftlich  
548 tragfähige und ökologisch wie sozial nachhaltige Anbausysteme mit möglichst geschlossenen  
549 Nährstoffkreisläufen fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass europäische Agrarsubventionen,  
550 patentiertes Saatgut und Landraub nicht bäuerliche Strukturen und Märkte in Ländern des  
551 Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure Abhängigkeiten schaffen. Hierbei hat für  
552 uns der Respekt vor den individuellen Entwicklungsmöglichkeiten der Länder und der  
553 Selbstbestimmung der Menschen höchste Priorität. Wir wollen den Auf- und Ausbau lokaler  
554 Saatgutbanken und Züchtungsinfrastruktur fördern, damit traditionelles Wissen und die  
555 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben, sowie Abhängigkeiten in der  
556 Saatgutentwicklung reduziert werden. Wir wollen uns im Rahmen der EU für strikere  
557 Mechanismen zur Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor allem in  
558 Notsituationen, einsetzen. Auch die Spekulation mit Wasser muss streng reguliert werden. Wir  
559 wollen verhindern, dass sich Wasserknappheit neben zunehmenden Dürren und steigender  
560 Wasserpreise zusätzlich noch durch Spekulation verschärft.

561 Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und Pestiziden, die in der EU verboten sind,  
562 wollen wir beenden.

563 Die Förderung einer nach agrarökologischen Prinzipien ausgerichteten Landwirtschaft in  
564 Ländern des Globalen Südens muss dabei im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung  
von

565 Ernährungssystemen umgesetzt werden, inklusive Zugang zu Technologien, Infrastrukturen,  
566 Märkten, und Finanzmitteln sowie gegenseitigem Wissenstransfer. Hierbei muss auch die Rolle  
567 von Frauen und marginalisierten Gruppen bei Ernährung und Nahrungsmittelproduktion in den  
568 Blick genommen werden.

## 569 **Globale Verantwortung annehmen**

570 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa und  
ehemaligen  
571 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in  
572 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten  
573 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der  
574 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür braucht es  
575 eine antirassistische Perspektive und eine Auseinandersetzung mit postkolonialen  
576 Kontinuitäten.  
577  
578 Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch auf EU-Ebene die Debatte über die Anerkennung der  
  
579 durch Mitgliedsstaaten der EU während ihrer Kolonialzeit begangenen  
580 Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen sowie die Aneignung und Zerstörung  
kulturellen  
581 Erbes in Ländern des Globalen Südens geführt wird. Wir möchten einen gemeinsamen Weg  
finden,  
582 sich angemessen zu entschuldigen, mit Worten und Taten Verantwortung zu übernehmen und in  
  
583 einem völkerrechtlichen Rahmen ideelle und materielle Wiedergutmachung zu leisten.  
584  
585 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen bei den  
586 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und Umweltschutzabkommen  
wollen  
587 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser achten. Die  
588 europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit Partnerländern und  
589 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen kontinuierlich  
590 evaluieren und weiterentwickeln.  
591  
592 Viele Länder des Globalen Südens befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre  
593 Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv einschränkt. Die  
  
594 EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide Schuldenrestrukturierungen und  
595 Schuldenerlasse für besonders belastete Länder einsetzen. Dazu müssen die  
596 Schuldenrestrukturierungen unter dem G20 Common Framework weiterentwickelt werden, um  
diese  
597 transparenter zu machen und alle privaten und staatlichen Gläubiger verbindlich  
598 einzubeziehen. Langfristig muss dieses Verfahren bei der UN angesiedelt werden. Wir wollen  
599 verhindern, dass europäische Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung  
600 missbraucht werden, was die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen  
Südens

601 weiter einschränkt. Wir setzen uns zudem für eine Reform der globalen Steuerarchitektur und  
 602 eine partnerschaftliche Einbindung des Globalen Südens ein, um globale Gerechtigkeit und  
 603 Nachhaltigkeit zu fördern. Dazu gehört die Förderung einer inklusiven, gerechten und  
 604 effektiven internationalen Steuerkooperation auf Ebene der UN, zum Beispiel durch die  
 605 Verhandlungen zu einer umfassenden UN Steuerkonvention.

## 606 4. Fairer Handel

### 607 **Mit Handel Wohlstand schaffen**

608 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann Wohlstand  
 mehren.  
 609 Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute als eine wesentliche Säule  
 610 trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand aufgrund der starken  
 611 Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut funktionierenden globalen Handel ab. Es  
 612 ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss zu  
 613 nutzen, um durch Handelspolitik weltweit Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und  
 614 Naturschutz sowie Menschenrechte zu setzen und Wertschöpfung zu fördern. Auf diese Weise  
 615 schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem Unterbietungswettbewerb und wirken  
 616 damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

617 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt, dass wir  
 618 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine  
 619 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft, liefert  
 620 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir europäische Unternehmen dabei unterstützen,  
 621 ihre Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

### 622 **Handelsinstrumente neu ausrichten**

623 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist der  
 624 bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und eventuelle  
 625 Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend reformieren, damit sie dieser  
 626 Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen auch gute Arbeitsstandards, Zugang zu  
 627 Gesundheitsprodukten und grünen Technologien, eine faire Entwicklung sowie Klima-, Umwelt-  
 628 und Tierschutz in das Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

629 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch  
 630 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir setzen daher  
 631 verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie Australien, Indien,  
 632 den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN, die sich  
 633 ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel bekennen. Wir treten für weltweit hohe Umwelt-  
 634 und Sozialstandards ein, auch um dadurch die globalen Wettbewerbsbedingungen  
 anzugleichen.

635 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle  
 636 zukünftigen internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden, wie im  
 637 kürzlich abgeschlossenen Abkommen zwischen der EU und Neuseeland. Im Falle eklatanter  
 638 Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das Pariser Klimaabkommen, sollte  
 639 die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch machen oder das Abkommen aussetzen.

640 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen  
Eigentums  
641 (TRIPS), nicht zuletzt in Konsultation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, neu ausrichten.  
642 Damit werden wir den Transfer von klimafreundlichen Technologien und wichtigen  
643 Gesundheitstechnologien aus dem Globalen Norden in den Süden unterstützen, um die  
644 Entwicklung der dortigen Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu senken. Wir  
645 wollen zudem Barrieren für Innovationen und deren Marktdurchdringung insbesondere in  
646 gemeinwohlorientierten Bereichen und Bereichen der Daseinsfürsorge abbauen. Dafür wollen  
wir  
647 zum Beispiel die Weiterentwicklung des Europäischen Patentrechts prüfen.

648

649 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa indem sie die  
650 Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen der EU und in ihren  
651 Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern und Dienstleistungen, geistige  
652 Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität stets mitgedacht werden. Dies erfordert  
653 eine Überarbeitung der europäischen Handelsinstrumente in den Bereichen  
Datenbestimmungen,  
654 Datenlokalisierung, Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und digitaler  
655 Binnenmarkt.

656 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor Beginn  
der  
657 Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat gemeinsam mit dem  
Rat  
658 der EU bestimmen.

659 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen  
660 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den fairen  
661 Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger industrialisierten Staaten einen  
662 offenen Dialog anbieten und ihnen in Handelsabkommen eine faire Chance zu einer  
663 Industriepolitik mit dem Ziel eigener Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich haben wir  
664 durch eine stetige Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon vieles  
665 erreicht. Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion-  
666 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von Handelspartnern  
wehren  
667 kann.

668

669 Wir setzen uns für transparente und öffentlich legitimierte Formen der Streitbeilegung in  
670 Freihandelsabkommen ein, sofern diese erforderlich sind.

### 671 **Im Einklang mit dem Klima handeln**

672 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken Kreislaufwirtschaft  
673 weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern gemeinsam Standards zu  
674 entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie klimaneutralen Stahl entstehen  
675 können.

676 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt, um eine  
677 faire CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-Emissionshandelssystem zu

ergänzen

678 und abzusichern. Dadurch werden Importe von bestimmten Produkten wie etwa Stahl oder  
Zement  
679 aus Ländern ohne Emissionshandel teurer, wenn diese in klimaschädlichen Verfahren  
680 hergestellt werden. Der CBAM unterstützt damit auch die Modernisierung unserer Industrie,  
681 indem er beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer Konkurrenz  
682 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb sicherstellt.

683 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere klimaschädliche  
684 Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen setzen. Dies  
685 erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für bilaterale EU-Investitionsverträge. Der  
686 Ausstieg aus dem klimaschädlichsten Investitionsschutzvertrag der Welt – dem  
687 Energiechartavertrag – von Deutschland und anderen EU-Ländern ist ein großer Erfolg. Wir  
688 kämpfen jetzt folgerichtig für einen Austritt der gesamten EU aus dem Energiechartavertrag.

689 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem Ziel, die  
690 gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen. Damit das Gesetz auch die angestrebte  
691 Wirkung erzielt, muss sich die EU nun um Partnerschaften mit Produzentenländern bemühen  
und  
692 diese beim Aufbau nachhaltiger Lieferketten und der Einhaltung der Vorgaben unterstützen.  
693 Wir wollen die Einfuhr von Erzeugnissen aus Agroforstsystemen in den Tropenwäldern  
besonders  
694 fördern.

#### 695 **Auf faire Partnerschaften setzen**

696 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten Handelspolitik  
697 Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Ambitionierte europäische  
698 Gesetze zur Regulierung der Lieferketten und ihre nationale Umsetzung sind ein wichtiger  
699 Hebel, um diese Ziele zu erreichen, und nicht nur die unmittelbaren Zulieferer, sondern die  
700 gesamte Lieferkette abzudecken. So setzen wir auch die neue europäische Lieferketten-  
701 Richtlinie in nationales Recht um und passen wo nötig nationale Vorgaben an. Wir ermöglichen  
702 es Geschädigten in der EU, ihre Rechte geltend zu machen. Damit übernehmen die EU und ihre  
703 Mitgliedsstaaten Verantwortung dafür, weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping  
704 zurückzudrängen.

705 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen  
706 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes Handelsabkommen angesehen  
707 werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von indigenen Völkern und  
Gemeinschaften  
708 vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte schützen.

709 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter\*innen auf der Welt. Produkte aus dieser  
710 heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt nichts verloren. Das EU-Importverbot  
711 für Produkte aus Zwangsarbeit, muss daher konsequent umgesetzt werden. Dabei wollen wir  
712 jegliche Art von Zwangsarbeit, auch im digitalen Raum, in den Blick nehmen.

713 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern des Globalen Südens müssen wir fair gestalten. Die  
714 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des

715 Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und entwicklungsorientierten Handels  
 716 überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen Vorteile der Least Developed Countries, die es  
 717 diesen Ländern erlauben, Waren zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von EPAs zu  
 718 garantieren und den Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu ermöglichen.  
 719 Um Länder im Globalen Süden dabei zu unterstützen, ihre Exportabhängigkeit von  
 720 unverarbeiteten Rohstoffen zu verringern, wollen wir europäische und internationale  
 721 Freihandelsinstrumente so gestalten, dass sie den Aufbau von lokalen Industrien und die  
 722 Integration in höhere Wertschöpfungsstufen nicht verhindern.

## 723 5. Mehr EU in Europa

### 724 **Erweiterungsperspektiven**

725 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen Interesse.  
 726 Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Deswegen ist es  
 727 unsere Verantwortung, die Länder mit europäischer Perspektive aktiv zu unterstützen. Klare  
 728 Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess mit verbindlichen  
 729 Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt,  
 730 muss sie ihre Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.  
 731 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien der EU,  
 732 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis*, vollumfänglich  
 733 übernehmen.

734 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den langwierigen  
 735 und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die Glaubwürdigkeit des europäischen  
 736 Projekts. Es muss deutlich sichtbarer werden: Allein das Reformtempo in den  
 737 Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo. Nationale Vetos von EU-Mitgliedstaaten in den  
 738 Kapitelöffnungen sollten den Beitrittsprozess nicht blockieren dürfen. Wir wollen den  
 739 Beitrittsprozess mit sichtbaren Zwischenschritten gestalten und diese mit positiven Anreizen  
 740 anerkennen, zum Beispiel dem Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts.  
 Ein

741 Stillstand der Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im  
 742 Umkehrschluss zu einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im Beitrittsprozess muss auf  
 743 der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und dem Kampf gegen Korruption und  
 744 Organisierte Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der EU-Antikorruptionsbehörde  
 745 OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Beitrittskandidaten und die von ihnen  
 746 eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

747 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den Beitrittsstaaten, ihre  
 748 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die EU ist uns  
 749 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits  
 750 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter\*innen der Beitrittsländer sollen an  
 751 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können. Wir erwarten von allen  
 752 Beitrittskandidaten die vollumfängliche Angleichung an die Gemeinsame Außen- und  
 753 Sicherheitspolitik der EU, inklusive der Übernahme der Sanktionen gegen Russland.

## 754 **Westbalkanstaaten**

755 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo,  
 756 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

757 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den sensiblen  
 758 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses  
 Beitrittsversprechen

759 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und  
 760 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die  
 761 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

762 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption, Organisierter  
 763 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender Aufarbeitung  
 764 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess  
 765 intensiv unterstützen. Den Versuchen autoritärer Staaten die Region zu destabilisieren, muss  
 766 die EU entschlossen und geschlossen entgegen treten. Wir unterstützen die demokratische  
 767 Entwicklung und die Aufarbeitung der Vergangenheit in Bosnien und Herzegowina und begrüßen

768 die Präsenz von EUFOR, um die Sicherheit im Land zu stärken. Wir fordern die serbische  
 769 Regierung auf, gegen Gewalt und für eine friedliche Verständigung öffentlich einzutreten und  
 770 fordern Serbien und Kosovo auf, zu einer dauerhaften Lösung am Verhandlungstisch zu  
 kommen.

771 Das ist Voraussetzung für Frieden und Stabilität in der Region und ein Schlüssel für den EU-  
 772 Beitrittsprozess Serbien. Zur Unterstützung des Friedensprozess stärken wir KFOR. Die  
 773 Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern, besonders auch die  
 774 grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine inklusive Erinnerungskultur  
 775 unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan wollen wir die Region beim  
 776 Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien, moderner Bahninfrastruktur und  
 777 nachhaltigen Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

## 778 **Ukraine**

779 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der EU. Millionen  
 780 Ukrainer\*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg mutig  
 781 entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen Versuch Russlands, ihr Land zu unterwerfen und  
 782 ihre Kultur auszulöschen, das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu zerstören.

783 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen, finanziellen und  
 784 auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die Ukraine  
 785 weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre Souveränität und volle territoriale  
 786 Integrität wiedererlangen und verteidigen kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine,  
 787 ihrer Menschen und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und  
 788 unterstützen den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen  
 789 Sicherheitsgarantien.

790 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide Seiten  
 791 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei auf  
 792 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung und eine aktive Rolle  
 793 der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene. Wir sehen bereits große



794 Fortschritte bei den für die EU-Beitrittsverhandlungen notwendigen Reformen. Die Bevölkerung  
795 der Ukraine verdient unsere Anerkennung dafür, dass sie ihr Land inmitten eines Krieges so  
796 grundlegend verändern.

797 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der Ukraine  
798 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf es auch  
799 großer finanzieller Anstrengungen, die Einbindung der ukrainischen Zivilgesellschaft und  
800 erheblich beschleunigter Verfahren, um schnelle Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen  
801 die russischen Angriffe zu stärken. Wir setzen uns ein für eine langfristige und nachhaltige  
802 Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine. Dafür braucht es neben unterschiedlichen  
803 staatlichen wie privatwirtschaftlichen Finanzierungsinstrumenten insbesondere auch  
804 Zuschüsse. Wir wollen prüfen lassen, ob und wie stillgelegte russische Vermögenswerte  
805 rechtssicher für den Wiederaufbau der Ukraine nutzbar gemacht werden können.

806 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die russische  
807 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des Verbrechens des  
808 Aggressionskriegs aufklären und bestrafen. Ein internationaler Mechanismus soll über die  
809 Wiedergutmachung der Sach- und Personenschäden durch Russland an die Ukraine entscheiden  
und  
810 so eine Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des Wiederaufbaus der  
811 Ukraine schaffen.

812 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten, dass die EU  
813 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese als Zeichen  
814 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den  
815 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres  
816 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich und trägt zur  
817 globalen Ernährungssicherung bei.

## 818 **Georgien und Moldau**

819 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem Ziel von  
820 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Diese sind seit Beginn  
821 des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine intensiviert worden. Wir stehen entschlossen  
822 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und  
823 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür  
824 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat und schon seit  
825 2020 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent  
826 unterstützen. Der Wunsch der georgischen Bevölkerung nach EU-Integration ist weiterhin  
827 riesig; die Regierung muss nun die notwendigen Reformen umsetzen, um den europäischen  
Traum  
828 des Landes zu erfüllen.

## 829 **Europäische Nachbarschaft**

830 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die konstruktiv mit  
831 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

832 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung von  
833 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir intensivieren.

834 Dafür arbeiten wir auch auf einen Beitritt der EU zur europäischen Menschenrechtskonvention  
835 hin.

836 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur engeren  
837 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-Mitgliedschaft  
838 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit im  
839 ausgeprägten europäischen Interesse.

840 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran arbeiten,  
841 ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge wirtschaftliche und  
842 militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem Königreich ist im beiderseitigen  
843 Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte Königreich wieder in das EU-Forschungsprogramm  
844 Horizont Europa einsteigt. Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische Regierung  
845 praktische Hürden beim Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel bei den  
846 Studierenden-Visa, möglichst rasch abbaut.

847 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg  
848 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention bewahren. Sie kann in  
849 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

## 850 **Türkei**

851 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine langjährige  
852 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen, kulturellen und  
853 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in  
854 der die Rechte aller ihrer Bürger\*innen geachtet werden, einen festen Platz in der EU hat.

855 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung hat sich in  
856 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten entfernt.  
857 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen  
858 europäische Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts oder die  
859 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine schwierige  
860 Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen Sicherheitslage ist.  
861 Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen die Ukraine und darüber hinaus  
862 engagiert.

863 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin innerhalb der  
864 NATO, für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine aktive GRÜNE  
865 Außenpolitik. Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt erst  
866 dann wieder geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
867 einschlägt.

868 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und möglich  
869 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des Klimawandels. Der  
870 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU, gegen  
871 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Geflüchtete, gegen Kurd\*innen  
872 und andere Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger\*innen im eigenen Land  
873 wenden,  
874 treten wir entschieden entgegen.

875 Die türkische Regierung muss die unzähligen politischen Gefangenen, darunter auch Osman

876 Kavala und Selahattin Demirtas, aus der Haft entlassen und den Urteilen des Europäischen  
 877 Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) Folge leisten. Mit der Missachtung der Urteile des  
 878 EGMR macht die Türkei das laufende Vertragsverletzungsverfahren im Rahmen des Europarates  
 879 unumgänglich. Die Missachtung von Gerichtsurteilen schafft Rechtsunsicherheit, die auch die  
 880 zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Türkei belastet.

881 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk\*innen, die sich für Demokratie und  
 882 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die türkische Zivilgesellschaft,  
 883 die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützt.

## 884 6. Ein starkes Europa in der Welt

### 885 **Östliche Nachbarn der EU**

886 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren Kontinent.  
 887 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem feindseligen  
 888 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es zielgerichtete  
 889 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders die  
 890 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen  
 891 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische  
 892 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

893 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den Protesten  
 894 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für Demokratie und  
 895 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und mit  
 896 Nachdruck für die Unterstützung der belarusischen Zivilgesellschaft und Opposition, die  
 897 Freilassung aller politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarusischen Regimes und  
 898 für freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

899 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die Unterstützung des  
 900 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen und  
 901 Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir  
 902 setzen uns insbesondere dafür ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von  
 Beweismaterial  
 903 unterstützt.

904 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren und  
 905 bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv unterstützen. Armeniens  
 Weg

906 für mehr politische Teilhabe und Freiheiten wurde durch russischen Druck und den Krieg um  
 907 Bergkarabach massiv erschwert. Aserbaidschan hat sich entschlossen, durch militärische  
 908 Gewalt Fakten zu schaffen. Wir verurteilen Bakus militärischen Angriff auf Bergkarabach im  
 909 September 2023. Die EU muss der autokratischen aserbaidshanischen Regierung klare  
 Grenzen

910 für den Fall weiterer Offensiven aufzeigen. Einen langfristigen Frieden kann es nur durch  
 911 Verhandlungen geben. Daher begrüßen wir die Bemühungen der EU, mit Armenien und  
 912 Aserbaidschan eine nachhaltige Friedenslösung zu finden. Die EU-Beobachtungsmission in  
 913 Armenien (EUMA) leistet dabei einen wichtigen stabilisierenden Beitrag. Über 100.000  
 914 Armenierinnen und Armenier sahen sich gezwungen Bergkarabach zu verlassen, die Hälfte

davon

915 Kinder und ältere Menschen. Die EU sollte die Integration der aus Bergkarabach Geflüchteten  
 916 in Armenien unterstützen beziehungsweise ihre Rückkehr nach Bergkarabach durch  
 917 internationale Schutzmechanismen ermöglichen. Der Schutz der armenischen Kultur und  
 918 christlichen Religion in Bergkarabach muss sichergestellt werden, um den Erhalt des  
 919 gemeinsamen Erbes der Region zu schützen. Die EU sollte zwischen Armenien und  
 Aserbaidschan  
 920 als stabilisierender Mittler agieren und dadurch zugleich die demokratischen Reformkräfte  
 921 Armeniens stärken. Das sollte auch beinhalten, dass die EU Armenien dabei unterstützt, den  
 922 demokratischen Reformprozess trotz aller Herausforderungen voranzutreiben und die  
 923 Unabhängigkeit des Landes von Russland zu stärken. Dafür braucht es eine noch engere  
 924 Partnerschaft und Annäherung Armeniens mit der EU, ebenso wie mit Deutschland.

925 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt. Sicherheit  
 926 in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit Russland. Gewalt, Lüge,  
 927 Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft wurde mundtot  
 928 gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer Gefangenschaft.  
 929 Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir  
 930 sehen uns als Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und demokratisches  
 931 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das  
 932 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische  
 933 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter\*innen. Wirtschafts- und  
 934 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

935 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den russischen  
 936 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht und muss  
 937 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden.

### 938 **Transatlantische Beziehungen**

939 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer\*innen zugleich eine so tiefe  
 940 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA haben nach  
 941 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur wirtschaftlichen  
 942 Entwicklung und politischen Einigung auf dem europäischen Kontinent und zur  
 943 Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

944 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere  
 945 europäische Gegenwart und Zukunft. Wir schätzen Kanada und die USA als enge und  
 verlässliche  
 946 Wertepartner und möchten die Beziehungen der EU mit beiden weiter vertiefen. Seit dem  
 947 russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben unsere transatlantischen Partner und allen  
 948 voran die USA dazu beigetragen, die Friedensordnung in Europa zu verteidigen und die  
 949 politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die USA sind eine  
 950 zentrale strategische Partnerin: für unsere Sicherheit, für die klimagerechte Erneuerung  
 951 unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen Demokratie.

952 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China, Russland und  
 953 anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale

954 Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und ausbauen.  
955 Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen Umbau  
956 unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien entwickeln  
957 und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.

958 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und handlungsbereite Partner  
959 auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische Anstrengungen, um  
960 eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln. Wir  
961 wollen die europäische Säule der NATO stärken, auch durch eine vertiefte EU-NATO-  
962 Zusammenarbeit. Antiliberale Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden das  
963 Wertefundament, auf dem die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es  
964 entschieden entgegenzutreten.

965 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig  
966 intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die  
967 transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den Ausbau von  
968 Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft.  
969 Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren und die  
970 eigenständige Handlungsfähigkeit der EU zu stärken.

971 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein geeignetes  
972 Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln. Wir  
befürworten

973 die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA, um einen transatlantischen  
974 Markt zu schaffen, der weltweit höchste soziale und ökologische Standards nach dem Prinzip  
975 des „Race to the Top“ folgt und als Impulsgeber für die grüne Transformation weltweit wirkt.  
976 Ein wichtiges Element dabei ist die gemeinsame Arbeit an einem Club für kritische Rohstoffe.

## 977 **China**

978 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Durch  
979 Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die Partnerschaft jedoch  
980 zunehmend in den Hintergrund. Im Innern handelt die chinesische Führung repressiver und  
981 autoritärer; nach außen verfolgt sie inzwischen offen hegemoniale und imperiale Ambitionen  
982 und versucht aggressiv, den eigenen globalen Einfluss zu erweitern. Dafür nutzt China auch  
983 zunehmend seinen Einfluss im Rahmen der BRICS-Staaten und seine enge Partnerschaft mit  
984 Russland. Das trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China  
985 bei. Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als  
986 Institution sowie für einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere  
987 Koordinierung des Verhältnisses zu China insbesondere mit unseren transatlantischen und  
988 indopazifischen Partnern ein.

989 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum Beispiel bei  
990 Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische Wirtschaft  
991 dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine ambitionierte,  
992 eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es  
993 zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen, die  
994 einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine Absage.

995 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter Exportmarkt. Das  
 996 Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab. Noch gibt es  
 997 in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische Markt für  
 998 chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden Handlungsspielraum besser  
 999 und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten chinesischer  
 1000 Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Kritische  
 1001 Infrastruktur, wie Häfen, Eisenbahn und digitale Infrastruktur, sowie Schlüsselindustrien  
 1002 müssen vor dem Zugriff chinesischer Investitionen nachhaltig und in der gesamten EU  
 1003 geschützt werden.

1004 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments der EU sowie  
 1005 einen koordinierten Ansatz bei Kontrollen von Investitionen in China und Exportrestriktionen  
 1006 im Bereich sensibler Technologien. Mit gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser  
 1007 gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche verteidigen und eine abschreckende Wirkung  
 1008 erzielen.

1009 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur\*innen in der  
 Provinz  
 1010 Xinjiang, aber auch gegen Tibeter\*innen, religiöse Minderheiten und Vertreter\*innen der  
 1011 Zivilgesellschaft, insbesondere Demokratieaktivist\*innen in Hongkong, durch die chinesische  
 1012 Regierung müssen beendet werden. Der Schutz der Menschenrechte ist Grundlage europäischer

1013 Politik. Das gilt auch für die internationalen Lieferketten europäischer Unternehmen.  
 1014 Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen.  
 Wir

1015 erwarten daher auch, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen  
 1016 Arbeitsorganisation ILO ratifiziert.

1017 Im Rahmen der Ein-China-Politik der EU unterstützen wir die sachbezogene Teilnahme des  
 1018 demokratischen Taiwan in internationalen Organisationen. Gleichzeitig erkennen wir an, dass  
 1019 das Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen Drucks der  
 1020 Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Eine Änderung des Status Quo in der  
 1021 Taiwanstraße darf nicht gegen den Willen Taiwans erfolgen. Wir betrachten Taiwan als  
 1022 demokratischen Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen, kulturellen,  
 1023 zivilgesellschaftlichen und politischen Austausch zu intensivieren.

1024 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise von Ländern des Globalen  
 1025 Südens, der Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und  
 1026 Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China zusammenarbeiten.

Dies

1027 gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder den Schutz  
 1028 der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen  
 1029 Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen für  
 1030 Kooperation.

### 1031 **Naher Osten und Nordafrika**

1032 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger Nachbar für die  
 1033 EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend unerfüllt, und

1034in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir  
1035wollen aber trotz der schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die die  
1036wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem  
1037Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der europäischen  
1038Nahostpolitik stehen.

1039Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der Zusammenarbeit von  
1040kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine besondere Chance, um Strukturen  
1041jenseits der oft staatsdominierten Großunternehmen in der Region zu stärken.

1042In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche Partnerin sein für  
1043all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und Freiheit und  
1044Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und  
1045jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine besondere  
1046Verantwortung.

1047Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in der  
1048Region erpressbar macht. Eine politische Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu  
1049den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst  
1050Fluchtgründe schaffen.

1051Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit  
1052gleichen Rechten für all seine Bürger\*innen sind unverhandelbar. Die Terrorangriffe der  
1053 Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 waren eine Zäsur. Wir stehen nach diesen fürchterlichen  
1054Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger\*innen. Israel hat wie jeder andere Staat  
1055das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich gegen Angriffe wie diese im Rahmen des  
1056humanitären Völkerrechts zu verteidigen. Israels Sicherheit ist Teil der deutschen  
1057Staatsräson und Leitmotiv unseres Handelns. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zwei-  
1058Staaten-Regelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen  
1059Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967. Dafür soll die EU die Kräfte der  
1060Mitgliedstaaten für Verhandlungen der beiden Seiten bündeln und ihre tatkräftige und  
1061großzügige Hilfe für die Friedensverwirklichung anbieten.

1062

1063Dazu braucht es neben unserer unverbrüchlichen Solidarität mit Israel auch eine konsequente  
1064Unterstützung pro-demokratischer palästinensischer Stimmen. Dies ist auch eine Grundlage für  
1065die Schaffung palästinensischer rechtsstaatlicher politischer Institutionen. Zu der  
1066Friedensperspektive gehört auch, dass die Palästinensische Autonomiebehörde den Terror  
gegen

1067Israel klar verurteilt und dagegen vorgeht. Den fortdauernden israelischen Siedlungsbau,  
1068Pläne für völkerrechtswidrige Annexionen und die Siedlergewalt gegen Palästinenser\*innen im  
1069Westjordanland lehnen wir als Hürden für den Frieden ab. Wir wollen weiterhin mit denjenigen  
1070Kräften in Israel und Palästina solidarisch zusammenarbeiten, die sich auf beiden Seiten für  
1071Demokratie und Freiheit, Menschen- und Bürger\*innenrechte und Frieden einsetzen. Als größte  
1072Geldgeberin soll die EU bei ihrer Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete auch  
1073den Aufbau demokratischer Institutionen und demokratischer Bildung fördern, um Hass  
1074entgegenzutreten und die Verständigung zwischen Israelis, Palästinenser\*innen und den  
1075Menschen aus den umliegenden Nachbarstaaten voranzubringen.

1076Im Iran stehen wir an der Seite der feministischen Protestbewegung gegen das iranische  
1077Regime. Diese setzt sich für ein demokratisches Iran ein, kämpft für Achtung der

1078 Menschenrechte und die Selbstbestimmung der Bevölkerung, einschließlich der Abschaffung  
 von  
 1079 Kleidungs Vorschriften wie der Zwangsverschleierung. Wir wollen, dass die EU die Erweiterung  
 1080 der Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes sowie eine Verschärfung der  
 Sanktionen  
 1081 beim Handel und bei Finanzbeziehungen fortlaufend kritisch prüft.  
 1082  
 1083 Die islamische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden.  
 1084 Zudem muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und  
 1085 politisch verfolgte Iraner\*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als  
 1086 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich geschlossen  
 1087 werden, ebenso wie Vertretungen in anderen deutschen Städten. Das Regime versucht mit einer  
 1088 aggressiven Außenpolitik und Terrorfinanzierung die Region zu destabilisieren. Die  
 1089 Terrorfinanzierung des iranischen Regimes, welche unter anderem für das erklärte Ziel der  
 1090 Vernichtung Israels eingesetzt wird, gilt es zu bekämpfen. Gerade mit Blick auf die  
 1091 Sicherheit Israels muss die EU in Zusammenarbeit mit den USA die Nuklearisierung des Irans  
 1092 verhindern. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen halten.  
 1093 Iran verletzt seine Verpflichtungen aus dem JCPOA seit 2019 fortwährend massiv und hat die  
 1094 Gelegenheit, zum JCPOA zurückzukehren, mehrfach ausgeschlagen. Darum müssen die  
 1095 proliferationsbezogenen Maßnahmen im Nuklearbereich sowie Sanktionen aufrecht erhalten  
 1096 bleiben. Wir wollen aus den Lehren der Verhandlungen um das JCPOA lernen.  
 1097 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen  
 1098 auftretenden EU entgegenwirken. Wir unterstützen diplomatische Bemühungen um  
 Deeskalation in  
 1099 der Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum Beispiel  
 1100 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.  
 1101 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden übereilten Abzug westlicher  
 Truppen  
 1102 tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die  
 1103 Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens und erkennen die  
 1104 Taliban nicht als Regierung Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU  
 1105 angesichts der dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei  
 1106 explizit Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger\*innen sind aufgrund  
 1107 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder ihres  
 1108 Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den konsequenten Schutz und die  
 1109 Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger\*innen und ihren mitbedrohten  
 1110 Familien.

## 1111 **Afrika**

1112 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden. Wir  
 1113 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in ihren  
 1114 Bemühungen unterstützen, nachhaltige Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu schaffen. Wir  
 1115 sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in Politik,



1116Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten. Wir  
 1117wollen mit unseren afrikanischen Partnerinnen und Partnern zu beiderseitigem Nutzen  
 1118zusammenarbeiten und dafür attraktive europäische Angebote für eine nachhaltige Entwicklung

1119machen. Dabei begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe und verurteilen  
 1120verfassungswidrige Machtwechsel, Putsche und unfreie Wahlen, die die demokratische  
 1121Entwicklung in einigen afrikanischen Staaten gefährden.

1122Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima-, Energie- und Wasserstoffpartnerschaften  
 1123sowie die Klima- und Entwicklungspartnerschaften, die dazu beitragen können, die Industrie  
 1124auf beiden Kontinenten klimaneutral voranzubringen. Wir wollen sie daher ausbauen. Dabei ist  
 1125für uns klar, dass die erzeugte Energie und damit verbundene Wertschöpfungsketten immer  
 1126zuerst den produzierenden Ländern vor Ort zur Verfügung stehen müssen, insbesondere den  
 1127ärmsten und marginalisierten Menschen.

1128Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative ein Schritt in  
 1129Richtung weiterer nachhaltiger Entwicklung beider Kontinente und trägt als attraktives  
 1130europäisches Angebot für die großen Investitionsbedarfe zur Verringerung der Abhängigkeit  
 1131von China und Russland bei. Wir wollen die regionale Integration in den afrikanischen  
 1132Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden  
 1133panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

1134Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für  
 1135gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Vor allem dort, wo die staatlichen  
 1136Strukturen geschwächt oder wo autokratische Strukturen vorherrschend sind, wollen wir die  
 1137Zivilgesellschaft sowie demokratische politische Akteure unterstützen. Das gewaltfreie  
 1138Engagement insbesondere junger Menschen für eine plurale Zivilgesellschaft in ihren Ländern  
 1139sowie zur zivilen Konfliktbearbeitung wollen wir in der EU aktiv unterstützen. Eine  
 1140besondere Rolle kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen zu.

1141Wir setzen uns dafür ein, dass Drittstaatsangehörige, die in Europa studieren, Dienstreisen  
 1142erledigen oder zum Beispiel an Konferenzen teilnehmen, einfacher und schneller Zugang zu  
 1143Visa bekommen. Ein Beitrag dazu ist die Digitalisierung der Visaverfahren.

1144Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht gekennzeichnet.  
 1145Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den Folgen der  
 1146Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht wurde. Im  
 1147Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes und verbundener wirtschaftlicher Ausbeutung  
 wollen

1148wir Beziehungen gestalten, die von Respekt und Gleichberechtigung getragen werden.

#### 1149**Indopazifik**

1150Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum verschoben. Hier  
 1151findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung statt.

1152Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan, Südkorea,  
 1153Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit ASEAN und seinen  
 Mitgliedsstaaten

1154sowie den ozeanischen Inselstaaten intensivieren. Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf  
 1155mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und wirtschaftlicher Modernisierung legen und

gleichzeitig kulturellen Austausch, zivilgesellschaftliche Akteure und den Schutz der Menschenrechte stärken. Insbesondere die Kooperation mit Japan als engstem Partner im indopazifischen Raum sowie einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir weiter vertiefen. Ein Beispiel hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im Mai 2022 mit Japan als erstem Partnerland überhaupt geschlossen hat.

1161

Gerade im Indopazifik tritt China immer aggressiver auf und propagiert zugleich sein autoritäres Staats- und Gesellschaftsmodell als Vorbild. Deshalb wollen wir auch die Kooperation zwischen der EU und indopazifischen Staaten im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausbauen.

In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer Existenz bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen beigetragen haben. Wir wollen sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels konkret und

finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit den Staaten der gesamten Region verankern und die Produktion von grüner Energie in der Region, zum Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien an. Wir begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso wie die 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung für die Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir unterstützen die indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung territorialer Konflikte in Grenzregionen ein.

1181

Die EU-Mitgliedsstaaten sollten sich innerhalb der UN dafür einsetzen, völkerrechtswidriges Verhalten des Militärregimes in Myanmar zu verurteilen und freie und faire Wahlen in dem Land einfordern.

## 1185 Lateinamerika

Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele auch unsere Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa natürliche Partner bei der Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ermöglichen eine intensive Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

In einigen lateinamerikanischen Ländern haben sich autoritäre Regierungen etabliert, die die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft stark einschränken. Auch demokratische Staaten sind nach wie vor unter Druck, wie beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang 2023 in Brasilien gezeigt hat. Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie gegen autokratische Tendenzen und Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür ist die Zusammenarbeit mit demokratisch gewählten Regierungen und eine starke Zivilgesellschaft essenziell. Wir wollen Aktivist\*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von LGBTIQ\*, Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine

1199effektive Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig. Dazu gehören neben  
1200polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen auch die Schaffung wirtschaftlicher  
1201Alternativen, Reduzierung von Abhängigkeiten von Kartellen und die Stärkung  
1202grenzüberschreitender Ermittlungen.

1203Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika. Die  
1204Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine Intensivierung  
1205von Klima-, Rohstoff- und Entwicklungspartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation  
1206für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven Natur- und Tropenwaldschutz. Der Schutz  
1207der Rechte der indigenen Völker muss dabei bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert  
1208werden.

1209Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um seine  
1210Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Diese können nur dann erfolgreich sein,  
1211wenn sie partnerschaftlich ausgehandelt werden, beide Seiten davon profitieren und ein  
1212substanzieller Teil der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Die Global-Gateway-  
1213Initiative der EU kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen aus den Fehlern der  
1214Vergangenheit lernen und unsere Handelspolitik zukünftig so gestalten, dass keine  
1215Umweltzerstörungen befeuert werden und keine neokoloniale Ausbeutung entsteht. Wir wollen  
1216Partnerschaften auf Augenhöhe. Wir lehnen das EU-Mercosur-Abkommen in seiner jetzigen Form

1217ab und fordern Nachverhandlungen um grundlegende Veränderungen zu erreichen für ein  
1218faïres,  
1219ökologisches und postkoloniales Abkommen, das Menschenrechte respektiert,  
1220Technologietransfer gewährleistet und den intensiven Abbau von Rohstoffen im globalen Süden  
1221für den Konsum des globalen Nordens ein Ende setzt. Wir werden das Mercosur-Abkommen nur  
1222ratifizieren, wenn von beiden Seiten umsetzbare, überprüfbare und rechtlich verbindliche,  
1223einklagbare Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart  
1224werden. Umsetzbar sind alle genannten Standards gerade in Zeiten rechtspopulistischer  
1225Regierungen nur dann, wenn Verstöße dagegen genauso effektiv sanktioniert werden können  
1226wie

1227die Handelsbestimmungen des Abkommens. Die Möglichkeit der Aussetzung von  
1228Handelspräferenzen

1229bei Verstößen von Nachhaltigkeitsstandards ist daher eine unabdingbare Voraussetzung für  
1230eine Zustimmung zum Abkommen. Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur  
1231gemeinsam mit einer gleichwertigen Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des  
1232Regenwaldes,

1233Schutz der indigenen Völker und der Menschenrechte geben. Dadurch stellen wir sicher, dass  
1234unsere Partnerschaft mit den Mercosur Ländern intensiviert wird und gleichzeitig die  
1235Menschenrechte, die Biodiversität und das Weltklima geschützt werden.

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller\*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)  
Tagesordnungspunkt: EP-FR Was Frieden schützt

## Antragstext

- 1    **\*\*Geänderte Überschrift\*\*** Was Frieden sichert
- 2    Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine und die massive
- 3    Gegenreaktion der westlichen Staaten mit Aufrüstung und massivsten Waffenlieferungen – aber
- 4    ohne ernsthaften Versuch einer diplomatischen Lösung – haben gezeigt: Frieden und Freiheit,
- 5    Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen immer wieder
- 6    aufs Neue gesichert und gestärkt werden.
- 7    Allerdings müssen wir jetzt uns und unseren Verbündeten sowie unseren ukrainischen
- 8    Freund\*innen die Frage stellen und mit ihnen gemeinsam beantworten, was das Ziel der
- 9    Unterstützung sein soll. Die immer wieder geforderte militärische Niederlage Russlands, der
- 10   stärksten Atomwaffenmacht, oder gar eine Zerstörung des russischen Staates? Das kann in
- 11   Anbetracht der wahrscheinlichen Folgen kein realistisches Ziel sein. Und auch ein
- 12   langjähriger Stellungskrieg ist für die Menschen auf beiden Seiten (auch russische Soldaten,
- 13   die meistens nicht freiwillig im Krieg sind, sind Menschen) keine Lösung.
- 14   Daher führt kein Weg an der Aufnahme diplomatischer Initiativen für eine Lösung des Krieges
- 15   vorbei. Das wird die Grüne Fraktion im EP initiieren.
- 16   Um den Frieden in Europa wieder herzustellen und dann dauerhaft zu erhalten, muss das
- 17   Denken
- 18   in Einflussphären überwunden werden. Das gilt nicht nur für Russland und die NATO, sondern
- 19   auch für die EU, deren Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik immer wieder auf Widerstand
- 20   stößt. In dieser Gemengelage muss an die Stelle von Machtpolitik der faire Ausgleich von
- 21   Interessen treten.
- 22   Im Zuge der Globalisierung haben sich große Schwellenländer zu wirtschaftlichen
- 23   Schwergewichten herausgebildet. Die Länder des Südens entwickeln ein neues
- 24   Selbstbewusstsein
- 25   und wollen sich nicht länger bevormunden und ausbeuten lassen. Und die USA sind bereit, ihre
- 26   globale Vormachtstellung mit allen Mitteln zu verteidigen.
- 27   Während sich eine multipolare Weltordnung herausbildet, nehmen die Spannungen weltweit zu.
- 28   Deutschland und die Europäische Union müssen eine eigenständigere Position gegenüber den
- 29   USA
- 30   finden, die schon länger einen konfrontativen Kurs gegenüber Russland und China fahren.
- 31   Wir lassen uns nicht von einer resignativen Haltung anstecken, die meint, dass in der
- 32   gegenwärtigen Lage alleine militärische Gewalt weiterhilft. Vielmehr suchen wir aktiv
- 33   Chancen für Deeskalation, Gewaltminimierung und Entspannung. Dieser Einsatz für eine Kultur
- 34   der Gewaltfreiheit umfasst als wichtige Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich der
- 35   Außenpolitik. Unser Ziel bleibt, durch eine Politik für Gewaltfreiheit mittel- und
- 36   langfristig die politische Institution des Krieges zu überwinden.

34 Friedliche Entwicklung und Kooperation auf globaler Ebene sind unerlässlich. Denn nur  
35 gemeinsam haben wir als Menschheit die Chance, den Klimawandel noch so weit  
auszubremsen,  
36 dass auch künftige Generationen ein lebenswertes Umfeld vorfinden. Die Europäische Union  
37 muss sich also um Vertrauensbildung, um Zusammenarbeit über die Blockgrenzen hinweg und  
38 damit eine Verhandlungslösung für den Ukraine-Krieg bemühen.

39 Die EU ist ein Friedensprojekt, kein militärisches Verteidigungsbündnis. Dauerhafter Friede  
40 beruht auf Verständigung, Austausch und Zusammenarbeit, nicht auf Aufrüstung. Die  
41 Europäische Union hat in ihrem Innern bewiesen, dass sie in der Lage ist, für Frieden,  
42 Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu wirken. Sie hat gezeigt: Man kann Frieden lernen,  
43 stabilisieren und zum Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen Zeiten.

44 Die GRÜNE haben immer davor gewarnt, dass autokratische Regime wie Russland oder Saudi-  
45 Arabien im Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger\*innen handeln, um ihre  
46 imperialen Ziele mit Gewalt durchzusetzen.

47 Mit diesen Einschränkungen war der Ansatz „Wandel durch Handel“ des Architekten der  
48 Ostpolitik (Egon Bahr) gemeinsam mit Brandt sehr erfolgreich und hat die Grundlagen  
49 geschaffen aus zwei deutschen Staaten einen zu machen. Allerdings hat man die daraus  
50 erwachsenen Chancen zur Neuordnung Europas nicht genutzt. Daraus lernen wir: Nur  
Kooperation  
51 statt Konfrontation führt zum Erfolg und zum Frieden.

52 Deshalb treten wir ein für eine Europäische Union, die ihre Abhängigkeiten – auch von den  
53 USA – verringert und global Verantwortung übernimmt. Eine handlungsfähige EU, die auf  
54 eigenen Beinen steht, wäre der beste Schutz gegen all jene Kräfte, die Isolation und  
55 Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb des europäischen Bündnisses. Die EU  
56 kann dabei ihre Interessen vor allem dann effektiv durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte  
57 tatsächlich, ernsthaft und konsequent in den Mittelpunkt und nicht wie oft bisher gegenüber  
58 wirtschaftlichen Interessen zurückstellt.

59 Frieden und Freiheit erwachsen aber nicht aus Abschottung, sondern aus freundschaftlichen,  
60 auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker  
61 beruhenden Beziehungen zwischen den Nationen und einem wertegeleiteten und fairen  
Umgang mit  
62 unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür sind die Vereinten Nationen  
63 (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken und gerechter gestalten wollen. Sie sind der  
64 beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem die Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht  
65 des Stärkeren.

66 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler  
67 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den Frieden zu  
68 wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Die EU muss aktiv um  
69 Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben und dabei den Ausgleich bisheriger  
70 Fehler vorantreiben. Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale  
71 Gerechtigkeit fördern.

72 Dazu ist es notwendig, diese Länder verstärkt zu unterstützen. Die Entwicklungshilfe darf  
73 nicht gekürzt werden. Stattdessen fordern wir die sofortige Erhöhung der Entwicklungshilfe  
74 auf die von den UN geforderte Höhe von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens. Noch wichtiger

75 als Entwicklungshilfe wäre ein Schuldenerlass, da die Entwicklungshilfe weit unter dem  
76 Kapaldienst der Länder des globalen Südens an den Norden liegt. Dafür werden wir uns in  
77 der EU einsetzen. Es kommt aber nicht nur auf die Quantität der Unterstützung an, sondern  
78 auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell und unbürokratisch umzusetzen. Die  
79 vereinbarten Ausgleichszahlungen der Industrieländer müssen vor allem den bedürftigsten  
80 Ländern zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser  
81 Klimaabkommens beitragen. Die EU muss sich für die Einhaltung und Ausweitung dieser  
82 Vereinbarung einsetzen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale  
83 Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme  
als  
84 nachhaltiges Instrument gegen Armut.

85 Die Entwicklungshilfe darf nicht den Interessen europäischer oder multinationaler Konzerne  
86 dienen, sondern muss als Hilfe zur Selbsthilfe für den globalen Süden erfolgen, um die  
87 sozialen und ökologischen Krisen der Klimaänderung vor Ort zu bekämpfen. Die  
Handelsverträge  
88 der EU sind ungerecht. Der Zwang zum Abbau von Zöllen und die Öffnung für EU-Waren wirkt  
89 sich so aus, dass in Wirklichkeit die europäischen Länder profitieren, weil die armen Länder  
90 ihre Produkte unverarbeitet exportieren müssen und die Weiterverarbeitung bei industriellen  
91 Rohstoffen, bei Agrarprodukten wie Kaffee oder Kakao, selbst bei Früchten i.d.R. in Europa  
92 geschieht und der Gewinn in Europa und nicht im globalen Süden entsteht. Faire  
93 Handelsbeziehungen bedeuten, dass die lokale Produktion vor Billigimporten geschützt wird.  
94 Bei Handelsverträgen müssen neben den wirtschaftlichen Zielen immer auch die ökologischen,  
95 sozialen und menschenrechtlichen Folgen berücksichtigt werden. Das EU-Mercosur-  
96 Handelsabkommen darf nicht ohne den Schutz des Regenwaldes und der dort lebenden  
indigenen  
97 Bevölkerung unterzeichnet werden. Der Regenwaldschutz muss direkt in den  
sanktionsbewehrten  
98 „Streitbeilegungsmechanismus“ des Abkommens integriert und ein Anreizsystem geschaffen  
99 werden, bei dem Waldschutz-Ziele festgelegt und erst bei einer Erfüllung alle drei Jahre  
100 neue Handelserleichterungen freigeschaltet werden.

101 Oft genug fehlen bei Verhandlungen sozial und kulturell benachteiligte Gruppen, vor allem  
102 Frauen. Das macht es schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften  
103 sind nachweislich friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen  
104 und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind nachhaltiger, wenn  
105 Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in  
106 der Außen- und Sicherheitspolitik gleichermaßen vertreten sind.

107 Das gilt umso mehr, da sich die größte Herausforderung der Menschheit, die Klimakrise, nur  
108 global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten haben durch ihre  
109 jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen  
110 Interesse selbst schnell klimaneutral werden und zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu  
111 klimaneutraler Lebensqualität partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die  
112 Klimadiplomatie ins Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die  
113 Weichen für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen werden,  
114 unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen unter gerechten Bedingungen zu

115 sichern. Dabei muss die EU auch weltweit vor allem den privatwirtschaftlichen Interessen  
116 einen Riegel vorschieben, die vorrangig Gewinnmaximierung als Ziel haben.

#### 117 1. Krieg ist keine Lösung

118 Alle wissenschaftlichen und insbesondere psychologischen Erkenntnisse zeigen, dass Krieg im  
119 21. Jahrhundert keine Lösung mehr sein kann und darf. Vielmehr ist die Gefahr nicht zu  
120 übersehen, dass eine Eskalation zum Atomkrieg das Ende der Zivilisation – wie wir sie kennen  
121 –führen wird.

122 Besonders im Fall des Russland-Ukraine-Krieges ist absehbar, dass eine weitere Aufrüstung  
123 der Ukraine entweder den Krieg auf etliche Jahre hinaus verlängern oder aber mit zunehmender

124 Dauer des Krieges eine atomare Eskalation immer wahrscheinlicher wird. Eine ungehemmte und  
125 ungeprüfte massive Aufrüstung der Ukraine ist nicht zu rechtfertigen. Der Export des Taurus-  
126 Abwehrsystems vergrößert die Gefahr der Eskalation ins Unkalkulierbare und droht Deutschland

127 wegen der Programmierungen zur Kriegspartei werden zu lassen. Die Menschen in der EU sind  
128 schon jetzt massiv von den Auswirkungen dieses Krieges betroffen, sei es durch  
129 Preissteigerungen für Lebensmittel, Mieten und Energie, sei es durch die massiven Kürzungen  
130 im sozialen und kulturellen Bereich zugunsten von militärischer Aufrüstung, Waffenhilfe und  
131 Unterstützung des Staatshaushalts der Ukraine. Dies verschärft die soziale Spaltung.

132 Daher muss die Europäische Union unbedingt und schnellstens den Weg einer diplomatischen  
133 Lösung einschlagen. Dass dies nicht zulasten der dort lebenden Bevölkerung geschehen kann,  
134 ist dabei selbstverständlich. Allerdings sind auch die Interessen der russischstämmigen  
135 Ukrainer\*innen in ihren Minderheitsrechten angemessen zu berücksichtigen, wie das im Minsker

136 Abkommen vorgesehen war. Faire und überwachte Wahlen könnten diplomatische Lösungen  
137 legitimieren.

138 Wir lehnen den Einsatz von Streumunition kategorisch ab. Zu den mehr als 120 Ländern, die  
139 Streumunition geächtet haben, gehört auch Deutschland. Als völkerrechtlich gültiger Vertrag  
140 verbietet das Übereinkommen über Streumunition (sog. „Oslo-Übereinkommen“) seit 2010 den  
141 Einsatz, die Entwicklung, die Herstellung, den Erwerb, die Lagerung, die Weitergabe und die  
142 Unterstützung beim Einsatz von Streumunition. Nach Artikel 21 Absatz 2 des Oslo-  
143 Übereinkommens verpflichtet sich jeder Vertragsstaat, sich nach besten Kräften zu bemühen,  
144 Staaten, die nicht Vertragsparteien des Übereinkommens sind, vom Einsatz von Streumunition  
145 abzubringen. Ebenso lehnen wir den Einsatz von Krankheit, Vergiftung, massive Erbschäden und

146 Tod bringende DU- (Uran-) Munition ab.

147 Das Europa, das wir gestalten wollen, schützt und verteidigt die eigenen Werte. Wir müssen  
148 anerkennen, dass es in anderen Regionen der Welt andere politische Systeme und andere  
149 kulturelle Werte gibt, die wir respektieren müssen. Der Globale Süden hat ein Recht, einen  
150 Umgang auf Augenhöhe einzufordern. Die in der Charta der Vereinten Nationen von 193  
151 Mitgliedsstaaten vereinbarten universellen Ziele müssen dafür die Grundlage bilden. Nur  
152 gemeinsam können wir das Erreichen der Millenniumsziele und den Kampf gegen die Klimakrise

153 bewältigen. An diesem Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein. Und zu  
154 diesem Europa muss in Zukunft auch wieder Russland gehören.

## 155 2. Eine europäische Außenpolitik

### 156 Gemeinsam außenpolitisch handeln

157 Wir benötigen eine eigenständige EU, die als weltpolitische Akteurin agieren kann. Bislang  
158 braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten.  
159 Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein, die dabei die  
160 Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das zu erreichen,  
161 wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge nutzen und  
162 setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

### 163 Das Klima global schützen

164 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht die  
165 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Sie  
166 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel und Wasser.

167 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke Klimaaußenpolitik  
168 der EU, die ihr Möglichstes tut, um das Pariser Klimaabkommen zu retten. Wir stehen für eine  
169 EU, die weltweit Partnerschaften auf Augenhöhe unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft für  
170 die Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim klimaneutralen Auf- und Umbau  
171 ihrer Wirtschaftssysteme und ihrer Energieversorgung sowie bei der Anpassung an die  
172 unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten Emittentinnen von  
173 Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der Vereinbarung im Pariser  
174 Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass umgehend jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus  
175 öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung zielgerichtet und im  
176 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens eingesetzt  
177 werden. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung eines Loss-  
178 and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten  
179 Gemeinschaften  
finanziell angemessen unterstützen soll.

180 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine enorme  
181 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von Kunming-  
182 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement mit den am  
183 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von  
184 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die biologische  
185 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

### 186 Internationale Organisationen stärken

187 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im Fall des  
188 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale Staatengemeinschaft in  
189 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie – im Gegensatz zum Sicherheitsrat –  
handlungsfähig  
190 ist, als eine überragende Mehrheit den russischen Einmarsch in die Ukraine auf das Schärfste  
191 missbilligte und die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen  
192 Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere  
193 friedliche Mittel forderte.



194 Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen  
195 Organisationen wie der UN. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein  
196 koordiniertes Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen.  
197 Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Veto-Möglichkeit der bisherigen fünf Veto-  
198 berechtigten Staaten ersatzlos gestrichen wird. Strittige Entscheidungen sollen künftig im  
199 deutlich erweiterten Sicherheitsrat mit 2/3 Mehrheit gefällt werden. Sollte der  
200 Sicherheitsrat zu keiner Entscheidung kommen, übernimmt die UN-Vollversammlung, damit die  
UN  
201 bei Krisen handlungsfähig bleibt.

202 Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits begonnen hat,  
203 muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und Demokratisierung einsetzen, um  
204 angemessen auf die heutigen globalen und entwicklungspolitischen Herausforderungen  
reagieren  
205 zu können. UN-Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die  
206 Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen. Die EU muss  
207 diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

208 Menschenrechte weltweit verteidigen

209 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von  
210 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste niedergeschlagen. Wir  
211 setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien,  
212 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-Verteidiger\*innen.

213 Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit und  
214 Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen durch die UN legitimierte  
215 Sanktionen für schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße. Sanktionen und  
216 Wirtschaftsblockaden, welche schädliche Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung haben, wie  
217 dies z.B. bei Sanktionen gegen den Irak und Syrien bzgl. Medikamentenlieferungen der Fall  
218 war, lehnen wir ab.

219 Menschenrechts-Verteidiger\*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer  
220 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von  
221 Menschenrechts-Verteidiger\*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine  
222 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen, etwa  
223 Verteidiger\*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten  
224 Menschenrechts-Verteidiger\*innen wollen wir in der EU mit einer schnelleren und  
225 vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die  
226 Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger\*innen stark machen. Dazu gehört  
227 etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale  
228 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen  
229 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Auch bei unseren Bündnispartnern werden wir  
uns  
230 massiv dafür einsetzen, dass derartige Rechtsbrüche– wie z.B. der Fall Assange – aus der  
231 Welt geschafft werden. Nach Vorbild des kanadischen Resettlement- Programms setzen wir uns  
232 für ein europäisches Schutzprogramm von Menschenrechts-Verteidiger\*innen ein, das es ihnen  
233 ermöglicht, schnell und unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer  
234 Umgebung fortführen zu können.

235 Deserteur\*innen und Kriegsdienstverweigerer verdienen unseren besonderen Schutz: Sie wagen

236 es mit dem Risiko ihrer Freiheit, Gesundheit und teilweise sogar mit ihrem Leben dem  
237 gegenseitigen Töten im Krieg zu widersprechen. Dass Kriegsdienstverweigerer aus Belarus an  
238 der EU-Grenze in Litauen abgewiesen und nach Belarus zurückgeschickt werden, ist ein  
239 Skandal, den wir mithilfe des EU-Parlaments schnellstmöglich abstellen wollen. Auch in der  
240 Ukraine werden Kriegsdienstverweigerer unter dubiosen Vorwänden zu Freiheitsstrafen  
241 verurteilt. Die staatlichen Stellen in der Ukraine müssen aufgefordert werden, alles zu  
242 unternehmen, damit das Urteil gegen den Pazifisten und Publizisten Yuriy Sheliazhenko  
243 schnellstmöglich wieder zurückgenommen werden kann.

244 Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen

245 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und  
246 wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen Menschenrechte.  
247 Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Gewalt, Armut und Krieg,  
248 aber  
249 auch von den Folgen der Klimakrise betroffen. Gleichzeitig sitzen oft nur wenige von ihnen  
250 mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit der UN-  
251 Resolution 1325 ist der Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe  
252 bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir wollen  
253 weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik ein, die  
254 Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in  
255 allen Bereichen weltweit stärkt. Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen  
256 von Diskriminierung zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen der EU  
257 verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung sind  
258 Vorbild für die Debatte auf EU-Ebene.

258 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im Kampf gegen  
259 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem Beitritt der EU zur Istanbul-  
260 Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-Mitgliedsländer. Auch  
261 fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen die Diskriminierung und  
262 für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ\*-Personen.

263 3. Eine europäische Sicherheitspolitik

264 Europa abrüsten und deeskalieren

265 Wir fordern, dass die Europäische Union ihre Stärken als Vermittlerin in Konflikten und als  
266 Bündnis für Frieden durch Kooperation und Zusammenarbeit in der Welt ausbaut. Den  
267 Europäischen Verteidigungsfonds als EU-Globalstrategie lehnen wir ab.

268 Der Verlauf des russischen völkerrechtswidrigen Angriffskriegs auf die Ukraine hat uns  
269 deutlich vor Augen geführt, dass militärische Aufrüstung Probleme nicht löst. Nötig sind  
270 vielmehr Diplomatie, Abrüstung, Entspannung und der Aufbau von gegenseitigem Vertrauen  
271 sowie

271 einer umfassenden Zusammenarbeit, welche vor allem mit der Bekämpfung des Klimawandels  
272 beginnen müsste.

273 Die Geldmittel, die aktuell wieder in die Rüstungsindustrie fließen, fehlen bei den dringend  
274 notwendigen Gegenmaßnahmen zur Erreichung der Pariser Klimaziele sowie beim notwendigen

275 Aufbau und Finanzierung von fairen und sozial korrekten Produktions- und Handelsbedingungen  
276 zur Ursachenbewältigung von Kriegen, Flucht, Vertreibung. Da das Geld nur einmal ausgegeben  
277 werden kann, führt der falsche Einsatz dieser Geldmittel vielmehr zu weiteren Kriegen,  
278 Bürgerkriegen, einer Verstärkung der Fluchtbewegungen und sozialen Verwerfungen in der EU.  
279 Durch das dann bedingte schnellere Fortschreiten des Klimawandels werden sich diese  
280 Konflikte weiter verstärken.

281 Eine engere Zusammenarbeit in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei  
282 gleichzeitig deutlicher Abrüstung und vor allem das „auf Null“-Zurückführen von  
283 Angriffsmöglichkeiten auf Dritte wird schnell zu deutlich sinkenden Kosten führen. Das Geld  
284 benötigt die EU zum einen für den Klimaschutz innerhalb der EU und vor allem in den  
285 betroffenen Ländern und zum anderen für Investitionen in die soziale Infrastruktur der EU,  
286 um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken

287 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit einer starken  
288 parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte Zusammenarbeit der verbleibenden  
289 Verteidigungs-Streitkräfte wollen wir ausbauen. Dabei sind gemeinsame Rahmenstandards und  
290 Arbeitsbedingungen für Soldat\*innen notwendig.

291 Zivile und militärische Missionen dürfen sich künftig nur an der menschlichen Sicherheit  
292 orientieren. Insbesondere sollten Projekte für vorausschauende, konfliktvermeidende,  
293 pazifistische Strategieentwicklungen in gleicher Weise gefördert und finanziert werden.  
294 Frieden darf nicht erst ein Thema sein, wenn die Gewalt ausgebrochen ist. Gerade die lange  
295 Zeit der Friedensdividende hat uns gelehrt, dass in den Frieden dauerhaft investiert werden  
296 muss. Friede ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. „Frieden schaffen ohne Waffen“ ist die  
297 Hauptaufgabe der EU-Gesellschafts- und -Außenpolitik.

298 Beteiligungen wie an den gescheiterten Einsätzen wie in Afghanistan oder Mali werden wir  
299 künftig nicht mehr mittragen. Sie verursachen immense Kosten und Schäden vor Ort, kosten  
300 Menschenleben auf Seiten der EU-Einsatzkräfte und erst recht auf der Seite der Einheimischen  
301 und verschlimmern gleichzeitig die Situation vor Ort. Eine Evaluierung des Afghanistan- und  
302 des Mali-Einsatzes ist überfällig.

303 Rüstungsexporte beenden

304 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von EU-Waffensystemen schaffen mehr

305 Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit wird es möglich, künftig keine Waffensysteme mehr  
306 an Drittstaaten zu exportieren, ein Beitrag für eine gemeinsame Sicherheitspolitik. Waffen  
307 aus der EU dürfen nicht weiter, wie bisher teilweise geschehen, in die Hände von Regimen  
308 gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen. Das muss eine scharfe Überwachung der

309 Lieferungen auch an einzelne EU-Länder sicherstellen. Wer sich dem nicht unterwirft, wird  
310 nicht mehr beliefert. Wir setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an  
311 repressive Regime und für ein Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten ein.

312 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade in  
313 unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und Abrüstungsinitiativen  
314 fördern. Die EU muss sich endlich deutlich für eine Umsetzung des Vertrags zur  
315 Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) und die darin vorgeschriebene Abrüstung einsetzen und

ihre Mitgliedstaaten zum Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu Vision Global Zero ermutigen. Da das Ziel unserer Bemühungen eine atomwaffenfreie Welt bleibt, wird unsere Fraktion von der EU-Ebene aus unterstützen, dass Deutschland hier vorangeht und als Erstes die gegen den NVV verstoßende „Nukleare Teilhabe“ beendet.

Daher werden wir auch einer EU-Atommacht keine Zustimmung geben. Vielmehr wollen wir in der EU darauf hinwirken, dass auch Frankreich sein Atomwaffenarsenal reduziert. Mittelfristig möglich wäre eine Unterstellung eines verbliebenen Restarsenals unter den Befehl der UN, um so eine Abwehr gegenüber atomaren Bedrohungen aufrecht zu erhalten. Das könnte Beispiel für andere Atomwaffenstaaten werden.

Die völkerrechtlichen Bemühungen um ein Verbot von autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte Entscheidung über Leben und Tod trifft.

Konflikten vorbeugen

Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die Konflikte frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel für friedensfördernde zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen und Förderrichtlinien in diesem Zusammenhang flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der UN und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir unterstützen.

Wir wollen zivile Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) als Instrument der EU-Außenpolitik durch mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um zum Beispiel die Polizei oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikten vorbeugen. Eine Neuausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf Migrationsmanagement lehnen wir ab.

Durch eine - anders als bisher - glaubwürdige und aktive Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende staatliche Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches Leid erzeugen und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären Hilfe wollen wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der EU-Organisation für humanitäre Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser koordinieren. Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe verpflichten, stärker auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen zu achten.

4. Globale Gerechtigkeit

Verlässliche Partnerin sein

355 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die Menschen, die  
356 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen. Damit  
357 stehen wir für eine gerechtere Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern als  
358 Autokratien. Wir wissen, dass dies faktisch teilweise eine Umkehrung der bisherigen Politik  
359 mancher EU-Länder gleichkommt, aber wir wollen, dass die EU aktiv den Wettbewerb um die  
360 Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den begonnenen Weg eines koordinierten  
361 Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften intensiviert. Dafür  
362 stehen wir auf EU-Ebene ein. Wir setzen uns für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz ein, das  
363 zu einem sozial und ökologisch gerechteren Handel beitragen kann.

364 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von  
365 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür wollen wir die  
366 bestehenden Instrumente der EU-Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit unseren Partnern  
367 weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in  
368 Hochschulen, NGOs oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die  
369 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass  
370 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen  
371 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU gefördert werden.

372 Globale Verantwortung annehmen

373 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa und  
ehemaligen

374 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in  
375 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten  
376 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der  
377 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen.

378 Damit wir auch dem Erbe unserer kolonialen Vergangenheit gerecht werden, müssen die von  
EU-

379 Ländern verursachten wirtschaftlichen Schäden, Naturzerstörungen z.B. durch den Uranabbau,  
380 aber auch menschliches Leid anerkannt und so weit wie möglich finanziell ausgeglichen  
381 werden.

382 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen bei den  
383 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und Umweltschutzabkommen  
wollen

384 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser achten. Die EU-  
385 Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit Partnerländern und  
386 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen kontinuierlich  
387 evaluieren und weiterentwickeln. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in  
388 einer Schuldenkrise, die ihre Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische  
389 Modernisierungsprozesse massiv einschränkt. Oft ist der Hintergrund das Verhalten der durch  
390 europäische Ex-Kolonialmächte gestärkten Diktatoren, bedingt durch die koloniale Geschichte  
391 oder durch die Ausbeutung ihrer Bodenschätze und ihrer Natur. Die Schuldenkrise der  
392 Entwicklungsländer ist ein Relikt neokolonialer Ausbeutung durch die Industrieländer und  
393 wird aktuell verursacht von westlichen Finanzinstitutionen, Staaten und Unternehmen. Wir  
394 fordern einen umfassenden Schuldenerlass für die Entwicklungsländer! Wir wollen verhindern,  
395 dass Rechtsräume der EU zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden,

was

396 die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter einschränkt.

## 397 5. Fairer Handel

398 Mit Handel Lebensqualität erhalten und verbessern

399 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann Frieden  
400 stabilisieren. Es ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und  
401 politischen Einfluss so zu nutzen, dass sie durch Handelspolitik Wertschöpfung fördert und  
402 zusätzlich weltweit Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie  
403 Menschenrechte beeinflusst. Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor  
404 einem Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

405 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt, dass wir  
406 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine  
407 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft, liefert  
408 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir Unternehmen in der EU dabei unterstützen, ihre

409 Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

## 410 6. Mehr EU in Europa

411 Erweiterungsperspektiven

412 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte, verhindert Kriege und stabilisiert so den  
413 Frieden in Europa. Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unsere  
414 Lebensqualität. Deswegen ist es unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu  
415 unterstützen. Klare Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess  
416 mit verbindlichen Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU  
417 handlungsfähig bleibt, muss sie ihre Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen

418 Hand in Hand gehen.

419 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien der EU,  
420 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis communautaire*,  
421 vollumfänglich übernehmen.

422 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den Beitrittsstaaten, ihre  
423 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die EU ist uns  
424 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits  
425 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter\*innen der Beitrittsländer sollen an  
426 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

## 427 Westbalkanstaaten

428 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo,  
429 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU. Aber der Weg dahin ist teilweise  
430 noch weit, wie z.B. aktuell die Aggressivität Serbiens gegenüber dem Kosovo zeigt.

431 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den sensiblen  
432 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses  
Beitrittsversprechen

433 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und  
434 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die  
435 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

436 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption, Organisierter  
437 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender Aufarbeitung  
438 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess  
439 intensiv unterstützen. Die Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern,  
440 besonders auch die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine  
441 inklusive Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan  
442 wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und  
443 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

#### 444 Ukraine

445 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen und finanziellen  
446 Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die Ukraine weiterhin entschlossen  
447 unterstützen, damit sie ihre Souveränität und Integrität wiedererlangen und verteidigen  
448 kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, aller ihrer Menschen – auch der Minderheiten  
449 – und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und unterstützen  
450 den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen  
451 Sicherheitsgarantien.

452 Um das zu erreichen, unterstützen wir diplomatische Initiativen, um Wege aus dem Krieg  
453 aufzuzeigen. Verhandlungen mit dem Ziel eines Waffenstillstands müssen vorbereitet werden;  
454 eine Vermittlung durch die Vereinten Nationen ist unbedingt erstrebenswert. Unter der Ägide  
455 des UN-Generalsekretärs António Guterres sollte eine internationale Verhandlungskommission  
456 gebildet werden, die die Bedingungen des Waffenstillstands aushandelt.

457 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide Seiten  
458 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei auf  
459 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung, eine aktive Rolle der  
460 Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene sowie einen sorgsam Umgang  
mit  
461 den Minderheiten und ihren Rechten.

462 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der Ukraine  
463 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf es auch  
464 großer finanzieller Anstrengungen und erheblich beschleunigter Verfahren, um schnelle  
465 Ergebnisse zu erzielen.

466 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die Verbrechen  
467 gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des Verbrechens des Kriegs  
468 aufklären und bestrafen.

469 Die grassierende Korruption in der Ukraine kann nicht nur durch Entlassungen bekämpft  
470 werden, sondern die Täter müssen sich vor einem unabhängigen Gericht verantworten, um die  
471 immensen Gelder zu rechtfertigen, mit denen die EU den Haushalt der Ukraine stützt.

472 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten, dass die EU  
473 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese als Zeichen  
474 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den

475 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres  
476 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich und trägt zur  
477 globalen Ernährungssicherung bei.

478 Georgien und Moldau

479 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem Ziel von  
480 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Wir stehen entschlossen  
481 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und  
482 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür  
483 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat seit 2020  
484 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent unterstützen.

485 Europäische Nachbarschaft

486 Auch wenn es im Augenblick es herausfordernd klingt: Es muss jedoch eine mittelfristige  
487 Zielsetzung sein, Russland einzubeziehen und keine Strategie der Isolation zu forcieren. Ein  
488 friedliches, starkes Europa kann es nur mit Russland geben.

489 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die konstruktiv mit  
490 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

491 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung von  
492 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir intensivieren.

493 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur engeren  
494 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-Mitgliedschaft  
495 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit im  
496 ausgeprägten EU-Interesse.

497 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg  
498 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention stärken. Sie kann in  
499 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

500 Türkei

501 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine langjährige  
502 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen, kulturellen und  
503 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in  
504 der die Rechte aller ihrer Bürger\*innen geachtet werden, einen festen Platz in der  
505 europäischen Familie hat.

506 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung hat sich in  
507 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten entfernt.  
508 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen  
509 EU-Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts, die Beteiligung im  
510 libyschen Bürgerkrieg oder die völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien und im  
511 Irak zeigen zugleich, was für eine schwierige Partnerin die Türkei für die EU und die NATO  
512 in der aktuellen Sicherheitslage ist. Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg  
513 gegen die Ukraine und darüber hinaus engagiert.

514 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und möglich  
515 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des Klimawandels. Der



516 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU, gegen  
517 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Kurd\*innen und andere  
518 Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger\*innen im eigenen Land wenden, treten  
wir  
519 entschieden entgegen. Die türkische Regierung muss aufgefordert werden, alles zu  
520 unternehmen, damit die unzähligen politischen Gefangenen aus der Haft entlassen werden und  
521 den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Folge geleistet wird.

522 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk\*innen, die sich für Demokratie und  
523 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Die EU muss die türkische Zivilgesellschaft, die sich für  
524 einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützen.

## 525 7. Ein starkes Europa in der Welt

### 526 Die östliche Nachbarschaft der EU

527 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren Kontinent.  
528 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem feindseligen  
529 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es zielgerichtete  
530 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders die  
531 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen  
532 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische  
533 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

534 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den Protesten  
535 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für Demokratie und  
536 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und mit  
537 Nachdruck für die Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft und Opposition, die  
538 Freilassung aller politischen Gefangenen, die Unterstützung belarussischer Deserteur\*innen  
539 und Kriegsdienstverweigerer, die Sanktionierung des belarussischen Regimes und für freie und  
540 faire Wahlen im Land einsetzen.

541 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die Unterstützung des  
542 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig  
543 gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir setzen uns insbesondere  
dafür

544 ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von Beweismaterial unterstützt.

545 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt. Gewalt,  
546 Lüge, Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft wurde  
547 mundtot gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer  
548 Gefangenschaft. Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge  
549 einsetzen. Wir sehen uns als Freund\*innen und Partner\*innen derer, die ein freies,  
550 friedliches und demokratisches Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte  
551 Widersacher\*innen all jener, die das verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir  
552 unterstützen daher die EU-Sanktionspolitik gegen die maßgeblichen Vertreter\*innen des  
553 Regimes. Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben. Ändert sich diese Lage, muss  
554 jedoch umgehend umgedacht und entsprechend gehandelt werden. Die Pläne für diese Zeit  
müssen

555 bereits jetzt erarbeitet und offengelegt werden, damit die russische Zivilgesellschaft die  
556 Alternative sieht und erkennt.

557 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den russischen  
558 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht und muss  
559 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden. Dies muss allerdings für  
560 ähnlich gelagerte Fälle – auch in Bereich unserer Verbündeter – ebenso gelten, sonst wird  
561 diese Forderung unglaublich.

## 562 Transatlantische Beziehungen

563 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer\*innen zugleich eine so tiefe  
564 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA haben nach

565 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur politischen Einigung  
auf

566 dem europäischen Kontinent und zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

567 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere  
568 europäische Gegenwart und Zukunft. Allerdings haben die USA auch mit ihren illegalen Kriegen  
569 z.B. gegen den Irak und Afghanistan zuvor auch Schuld auf sich geladen und Teile der  
570 heutigen Probleme der Weltlage im arabischen Raum mitverschuldet. Die Entstehung der  
571 Terrororganisation ISIS war eine direkte Folge des Irakkrieges und des folgenden  
572 unverantwortlichen Rückzugs. Bei allem Willen zur Zusammenarbeit muss auch dies  
573 berücksichtigt und thematisiert werden, um künftig derartige Fehlentwicklungen  
574 auszuschließen. Denn nur dann ist die US-Administration ein strategischer Partner: für  
575 unsere Sicherheit, für die klimagerechte Erneuerung unserer Lebensqualität und für die  
576 Selbstbehauptung der liberalen Demokratie.

577 Nur dann können wir gemeinsam den klimaneutralen Umbau unserer Länder voranbringen.

578 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig  
579 intensivieren und kritisch hinterfragen müssen. Das heißt zum einen, die transatlantischen  
580 Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den Ausbau von Partnerschaften  
581 mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Und zum anderen,  
582 einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren – durch eine Stärkung der eigenständigen  
583 Handlungsfähigkeit der EU und eine deutliche Kritik an falschen Handlungen der US-  
584 Regierungen.

## 585 China

586 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Durch  
587 Chinas teilweise aggressives Auftreten auf der globalen Bühne erschwert diese Partnerschaft.  
588 Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als  
589 Institution sowie für einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere  
590 Koordinierung des Verhältnisses zu China ein.

591 Mit seiner enormen Wirtschaftsentwicklung hat Chinas einen großen Anteil an der  
592 Globalisierung. Ihr verdankt besonders der Westen einen großen Teil seines materiellen  
593 Wohlstands. Von Chinas Wirtschaftskraft und wachsendem globalen Einfluss sehen sich aber  
594 inzwischen besonders die USA in ihrem hegemonialen Anspruch herausgefordert. Wir wollen uns

595 nicht in den US-Handelsstreit mit China hineinziehen lassen. Zum Beispiel lehnen wir einen  
596 Generalverdacht oder gezielte Sanktionen gegen Firmen mit Xinjiang-Verbindung ab.

597 Wir kritisieren die Entsendung deutscher Marineeinheiten in die Indopazifische Region und  
598 setzen stattdessen auf Dialog, denn Konfrontation ist nicht das „was Frieden schützt“.

599 Naher Osten und Nordafrika

600 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger Nachbar für die  
601 EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend unerfüllt und  
602 in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir  
603 wollen aber trotz der schwierigen Lage eine Zusammenarbeit anstreben, die die  
604 wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem  
605 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der EU-  
606 Nahostpolitik stehen. Eine Zusammenarbeit mit Diktatoren, Rechtsbrechern und Mördern in  
607 allen Ländern der Region werden wir jedoch auf das allernötigste beschränken und bei neuen  
608 Exzessen gegebenenfalls auch aussetzen.

609 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche Partnerin sein für  
610 all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und Freiheit und  
611 Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und  
612 jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen tragen einige Staaten der EU hier  
613 eine besondere Verantwortung.

614 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in der  
615 Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu  
616 den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst  
617 Fluchtgründe schaffen. Dies lehnen wir ab.

618 Sowohl die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes  
619 als auch die gleichen Rechten für all seine Bürger\*innen sind unverhandelbar. Für Frieden  
620 und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen,  
621 lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina.

622 Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische Prinzipien  
623 und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir treten dafür ein, dass die  
624 EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes aufrechterhält und erweitert. Die  
625 iranische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden. Zudem  
626 muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und  
627 politisch verfolgte Iraner\*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als  
628 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich geschlossen  
629 werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen halten, der  
630 Westen allerdings auch an die zugesagten wirtschaftlichen Zugeständnisse, die unter Trump  
631 einseitig gekündigt wurden.

632 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen  
633 auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um Deeskalation in  
634 der  
635 Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum Beispiel  
636 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

636 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden überstürzten, panikartigen Abzug  
637 westlicher Truppen tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen in  
638 Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen

639 des öffentlichen Lebens. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU angesichts der dramatischen  
640 Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei explizit Frauen einbindet.  
641 Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger\*innen sind aufgrund ihrer Arbeit – etwa für die  
642 Bundeswehr und internationale Organisationen – oder ihres Einsatzes für Menschenrechte in  
643 Gefahr. Wir stehen daher zu unserer Verantwortung für sie und die unverzügliche Evakuierung  
644 und Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger\*innen innerhalb der EU.

#### 645 Afrika

646 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden. Wir  
647 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in ihren  
648 Bemühungen unterstützen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu  
649 schaffen. Wir sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent  
650 in  
651 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten. Dabei  
652 begreifen wir die Stärkung einer echten Demokratie als wichtige Aufgabe. Scheinwahlen von  
653 Diktatoren oder deren Dynastien werden wir dagegen offenlegen und die so Gewählten nicht  
654 unterstützen.

654 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht gekennzeichnet.  
655 Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den Folgen der  
656 Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht wurde. Ein  
657 Rückfall in koloniales Verhalten ist jedoch auch nicht mit ökologischen Zielen zu  
658 rechtfertigen. Es muss eine Beziehung auf Augenhöhe sein – wirtschaftlich durch intensivere  
659 Wertschöpfung in den Ländern und moralisch durch Fairness und Offenheit. Im Bewusstsein  
660 unseres kolonialen Erbes werden wir – vor allem die betroffenen ehemaligen Kolonialmächte,  
661 also auch Deutschland – (auch finanzielle) Verantwortung übernehmen, um Respekt und  
662 Gleichberechtigung zu zeigen und auszuüben.

#### 663 Indopazifik

664 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum verschoben. Hier  
665 findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung statt.

666 Wir wollen die enge Kooperation mit zentralen Partnern der EU wie Japan, Südkorea,  
667 Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-Staaten intensivieren.  
668 Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und  
669 wirtschaftliche Modernisierung legen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft und die  
670 Menschenrechte stärken.

671 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer Existenz  
672 bedroht sind, obwohl sie selbst wenig zu den globalen Emissionen beigetragen haben. Wir  
673 wollen sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels  
674 konkret und finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in  
675 Handelsbeziehungen mit den Staaten der gesamten Region verankern.

#### 676 Indien

677 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien an. Wir  
678 begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso wie die  
679 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung für die

680 Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei  
 681 digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren  
 682 Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten  
 683 wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen, insbesondere die  
 684 Diskriminierung und Verfolgung der muslimischen Minderheit. Wir unterstützen die indische  
 685 Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung territorialer Konflikte in  
 686 Grenzregionen ein. Waffenlieferungen, vor allem die Lieferung von U-Booten in diese Region,  
 687 welche eine Zweitschlagfähigkeit im Fall eines Atomkrieges schaffen könnten, lehnen wir  
 688 grundsätzlich ab. Wir werden die aktuelle Rückentwicklung der Demokratie und die  
 zunehmende  
 689 Entrechtung von Minderheiten genau beobachten und bei weiterer Zunahme sanktionieren.

## 690 Lateinamerika

691 Wir wollen Aktivist\*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von LGBTIQ\*,  
 692 Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine effektive  
 693 Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.

694 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika. Die  
 695 Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine Intensivierung  
 696 von Klima- und nachhaltigen Rohstoffpartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation  
 697 für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven Naturschutz. Die Klimapartnerschaft bedarf  
 698 deutlich höherer finanzieller Anstrengungen. Klimaschutz muss sich in diesen Ländern auch  
 699 für die Menschen wirtschaftlich lohnen. Der Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung muss  
 700 bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

701 Die Handelsbeziehungen zwischen EU und Lateinamerika müssen auf das Wohl der  
 Bevölkerungen  
 702 beider Regionen gerichtet sein. Das erfordert unter anderem, dass ein substanzieller Teil  
 703 der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Das Mercosur-EU-Abkommen lehnen wir in seiner  
 704 derzeitigen Form ab, weil es dem entgegensteht. Es soll an erster Stelle großen Unternehmen  
 705 der deutschen Auto-Industrie und dem brasilianischen Agro-Business nützen, während es die  
 706 Rechte von Arbeitnehmer\*innen in beiden Erdteilen und den für den Schutz des Weltklimas  
 707 zentralen Amazonas-Regenwald bedroht.

## Begründung

Die Hintergründe, die die Antragsteller leiten, finden sich in: Ökumenische Versammlung für  
 Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (Link: [https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcb6--1b47dbfc6d3c6d3/Texte\\_Oekumenische\\_Versammlung\\_1989.pdf](https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcb6--1b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf))

Der vorgelegte Originaltext beinhaltet an vielen Stellen Abweichungen und teilweise  
 Umkehrungen alter grüner Beschlusslagen zum Thema Frieden wie Wahlprogramme oder  
 Grundkonsens, ohne dass die Partei dies so beschlossen hätte.

Daher legen wir einen Gegenentwurf vor, der sich weitgehend auf die bisherige, älteren  
 Beschlüsse bezieht und diese im EU-Wahlprogramm fortschreibt.

Vor allem wird Diplomatie und Verhandlung in den Vordergrund gestellt und dies auch begründet und mögliches Vorgehen dargestellt. Wir sind der Meinung, dass weitere Eskalierung des Krieges, weitere Aufrüstung und Lieferung immer stärkerer Waffen nur weitere Menschenleben kostet und keines der Probleme löst, weder kurz-, noch mittel-, noch langfristig löst. Im Gegenteil wächst damit täglich die Gefahr einer Ausweitung des Krieges.

Die Grüne Partei stand seit ihrer Gründung immer und uneingeschränkt für friedliche Konfliktlösung und gegen Gewalt. DAS soll von heute auf morgen - schon immer? - falsch gewesen sein? Wenn es noch richtig ist - wovon wir ausgehen - dann muss sich das auch in unserer Politik, auch als Teil der Regierung, wiederfinden.

-----

Technischer Hinweis an den BuVo als Antragssteller des Gegenantrages:

Im Originaltext standen etliche Absätze, die mit dem Thema "Frieden" nur wenig oder sehr eingeschränkt zu tun hatten. Natürlicherweise konnten wir dies nicht alles aufgreifen oder übernehmen. WIR haben uns daher NUR auf das eigentlich Thema - s. Überschrift - "Frieden" konzentriert. Will der BuVo verhindern, dass diese genannten "Fremdanteile" im Falle der Annahme unserer Globalalternative vollständig herausfallen, müsste er einen ergänzenden Änderungsantrag an unseren Antrag stellen (oder eine andere Möglichkeit finden), um diese Textteile zu erhalten.

## weitere Antragsteller\*innen

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Michael Kosthorst (KV Wesel); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Martin Pilgram (KV Starnberg); Berti Furtner-Loleit (KV München); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Sandra Smolka (KV Freising); Maria Regina Feckl (KV Erding); Marianne Rummel (KV Trier-Saarburg); Finn Schwarz (KV Tübingen); Lenio Elia Kunz (KV Birkenfeld); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); sowie 32 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## ***B – Was Gerechtigkeit schützt***



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 25.11.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-G Was Gerechtigkeit schützt

### **Antragstext**

- 1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie, Krieg und zunehmende  
2 Wetterextreme
- 3 haben viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Viele Menschen  
4 mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft Einschnitte hinnehmen.  
5 Für  
6 viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage weggebrochen. Und bis  
7 weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene Lebenshaltungskosten für akute,  
8 bisweilen gar existenzielle Nöte.
- 9 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich ist, wenn  
10 wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.
- 11 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und Zusammenhalt. Europa  
12 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von Millionen von  
13 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die Menschen  
14 in  
15 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen können,  
16 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.
- 17 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte  
18 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU kann  
19 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten Wohlstand  
20 ermöglichen. Ein Wohlstand, der insbesondere insbesondere bei denen ankommen muss, die ihn  
21 erarbeiten. Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für  
22 klimaneutrales Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute  
23 Jobs für Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in  
24 Hand und bedingen einander.
- 25 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den Schutz jeder  
26 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die Rechte der  
27 Arbeitnehmer\*innen gegen Ausbeutung. Es achtet die Würde von Renter\*innen und  
28 Erwerbslosen.
- 29 Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den Anspruch der Bürger\*innen auf wirksame Medikamente  
30 und den Zugang zu hochwertiger und inklusiver Gesundheitsversorgung. Es sorgt dafür, dass  
31 Verbraucher\*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt dazu bei, dass Familien und  
32 alte Menschen besser abgesichert sind, Kinder eine gute Zukunft haben und ältere Menschen  
33 aktiv an der Gesellschaft teilhaben. Es ermöglicht jungen Menschen, neue Erfahrungen zu  
34 machen.

31 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale Union, die  
32 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben in Würde und  
33 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und einem  
Auskommen  
34 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein  
35 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

36 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst wird. Dafür  
37 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die Bedingungen dafür  
38 verbessern, dass alle Europäer\*innen noch einfacher und sicherer überall in der Union leben  
39 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

40 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne und starke  
41 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle in der EU,  
42 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale Infrastruktur die  
43 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion für  
44 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare  
45 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung wirksam vor.

46 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt und vor Ort  
47 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität sprechen, dann  
48 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung eines europäischen Sozialmodells,  
49 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle  
50 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die  
51 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der demografische  
52 Wandel die Arbeitswelt verändern.

53 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales Europa  
54 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten sozialen Politik.  
55 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen rechtsverbindliche  
56 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der Sozialstaat  
57 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale  
58 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

59 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen, das  
60 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das gerechte Europa  
61 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum Mailand, in der  
62 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair bezahlter  
63 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.

64 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es bekämpft  
65 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die  
66 Gleichstellung von Frauen, die Inklusion, den Zusammenhalt zwischen den Generationen,  
67 Familien, den Schutz der Rechte des Kindes und die Einhaltung der Menschenrechte. So ist es  
68 im Gründungsprozess der EU angelegt. Für diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa  
69 wollen wir sein.



# 70 1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit

## 71 **Faire Löhne erreichen**

72 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen Mitsprache  
 73 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Zu viele  
 74 Menschen in Europa haben in den letzten Jahren unter spürbaren Reallohnverlusten und  
 75 steigenden Lebenshaltungskosten gelitten. Wer von seiner Arbeit verlässlich leben und seinen  
 76 Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann sich auch bei Veränderungen einbringen. Das  
 77 stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute Standards in ganz Europa gestalten und prekäre  
 78 Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke Sozialpartnerschaft und eine hohe  
 79 Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige Grundlagen für gute Arbeit.

80 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie schützt Wert  
 81 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte in Europa  
 82 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf unsere  
 83 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat. Die  
 84 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach klaren  
 85 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir wollen, dass  
 86 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird und die EU Empfehlung  
 87 den  
 88 Mindestlohn an 60% des Medianlohns zu koppeln verbindlich gemacht wird. So würde der  
 89 gesetzliche Mindestlohn in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten spürbar steigen und auch  
 90 in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für Beschäftigte bieten. Darüber hinaus soll mit  
 91 der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden: Mitgliedstaaten mit einer  
 92 tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan vorlegen.  
 93 Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit Gerechtigkeit in der Mitte der  
 94 Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die Reichweite von Tarifverträgen in den letzten  
 95 Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten  
 96 tatsächlich greift, muss ein wirksames Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen  
 97 Dumpinglöhne, damit Arbeit sich immer lohnt und eine Absicherung im Rentenalter  
 98 gewährleistet ist.

99 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend ausbauen. Dafür  
 100 wollen wir zum einen die Europäischen Betriebsräte stärken, indem wir an der Seite der  
 101 Gewerkschaften die EU-Kommission auffordern, endlich die bestehende Richtlinie zu den  
 102 Europäischen Betriebsräten zu überarbeiten und Ausnahmeregeln zu beenden. Die  
 103 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische  
 104 Betriebsräte wollen wir verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-  
 105 Unternehmen in die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere  
 106 Vertretung von Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen  
 107 Betriebsräten ein.

108 Zum anderen setzen wir uns dafür ein, das Beteiligungsgesetz für die Societas Europaea  
 109 (SEBG) in Hinblick auf die Vertretung von Arbeitnehmer\*innen im Aufsichtsrat zu prüfen.  
 110 Insbesondere das "Vorher-Nachher-Prinzip" nehmen wir dabei in den Blick: Bei der Umwandlung

111 eines Unternehmens in eine Europäische Aktiengesellschaft darf es nicht mehr zum Einfrieren  
112 des bestehenden Mitbestimmungsniveau kommen.  
113  
114 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue  
115 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von Arbeitnehmer\*innen ein, die  
116 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen abgestimmt ist.  
117 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in einer sich  
118 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit ständiger  
119 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den Schutz der  
120 Arbeitnehmer\*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen. So stärken  
wir  
121 auch die Selbstbestimmung und das Potential älterer Arbeitnehmer\*innen. Zudem setzen wir  
uns  
122 für eine umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung und einen inklusiven Arbeitsmarkt  
123 ein.  
124 Europaweit haben noch zu viele Menschen unfreiwillig keine Arbeit. Zur Stabilisierung des  
125 Arbeitsmarkts und der Wirtschaft stärken wir das Recht auf Arbeit auch durch staatliche  
126 Unterstützungsangebote und Investitionen. Insbesondere in den Strukturwandelregionen  
127 setzten wir uns für eine gleichwertige Anschlussbeschäftigung für Beschäftigte innerhalb der  
128 Region ein. Der Wandel dieser Regionen wird nur mit verlässlichen Angeboten zur  
129 Weiterbildung und Vermittlung gelingen.

### 130 **Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken**

131 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen entstehen  
132 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird flexibler,  
133 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Diese Veränderung darf sich nicht nachteilig zur  
134 Teilhabe von Frauen an der Arbeitswelt auswirken. Ausbeutung darf auch in der digitalen  
135 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte von  
136 Arbeitnehmer\*innen im digitalen Zeitalter ein. Die Zusammenarbeit im digitalen Arbeitsmarkt,  
137 beispielsweise in der Content Moderation, soll koloniale Kontinuitäten nicht neu  
138 verfestigen.

139 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale Dienste anbieten  
140 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Diese Unternehmen profitieren vom  
141 Modell der Scheinselbstständigkeit, das in der EU weit verbreitet ist. Die EU-Kommission  
142 schätzt, dass 4 Millionen der Arbeitnehmer\*innen in Plattformunternehmen  
143 Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen  
144 auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein, Scheinselbstständigkeiten, die zu  
145 schlechten Arbeitsbedingungen und zu unzureichender sozialer Absicherung führen, europaweit  
146 einen Riegel vorzuschieben. Faire Arbeitsbedingungen sollen auch in der Gig Economy gelten.  
147 Es braucht zudem bessere Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter  
148 anderem Arbeitsinspektionen stärken.

149 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und  
 150 Arbeitnehmer\*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch  
 151 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische Management. Die  
 152 ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und der  
 153 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir beenden. Um  
 154 die Rechte der Arbeitnehmer\*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen wir uns für  
 155 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

156

157 Die Fortschritte in der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz bieten für  
 158 Arbeitnehmer\*innen große Potenziale. Wir wollen diese für die Gestaltung guter Arbeitsplätze  
 159 und faire Arbeitsbedingungen nutzen, so können sie als Assistenzsysteme die Arbeitsbelastung  
 160 reduzieren. Die breite Beteiligung der Belegschaften ist ein zentraler Faktor für die  
 161 Akzeptanz und eine gelungene Einführung solcher Systeme. Den Sorgen von  
 Arbeitnehmer\*innen  
 162 um Arbeitsplatzverluste tragen wir Rechnung. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen  
 163 ihren Arbeitnehmer\*innen frühzeitig anbieten, sich über Fort- und Weiterbildung auf diese  
 164 Entwicklung vorbereiten zu können. So erhalten sie Sicherheit und die Möglichkeit den Wandel  
 165 mitzugestalten.

## 166 **Freizügigkeit einfacher machen**

167 Dass EU-Bürger\*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein Grundprinzip  
 168 der EU. Das eröffnet enorme Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU. Es  
 169 stellt Arbeitnehmer\*innen zuweilen auch vor neue Herausforderungen, für die es europäische  
 170 Antworten zu finden gilt. Damit das Modell des grenzüberschreitenden Leben und Arbeiten für  
 171 die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung der  
 172 nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

173 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger\*innen der EU Sozialversicherungsansprüche, die  
 174 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können  
 175 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein: Die  
 176 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die  
 177 Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir wollen  
 178 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen, um soziale  
 179 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können und die  
 180 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler\*innen abzubauen. Das möchten wir erreichen,  
 indem

181 wir den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Sozialversicherungssystemen  
 182 unbürokratisch sicherstellen und dafür die Vorteile der Digitalisierung nutzen.

183 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Ältere oder Menschen mit chronischen Krankheiten  
 184 oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein Europäischer  
 185 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die Übertragbarkeit von  
 186 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung  
 entbürokratisieren.

187 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales  
 188 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern und einen

189 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

190 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele Beschäftigte zum Alltag  
191 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer\*innen geschätzt. Diese  
192 Entwicklungen unterstützen wir in ihrem Sinne dort wo es praktikabel ist. Wir wollen, dass  
193 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern prinzipiell  
194 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen wir uns  
195 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im  
196 Homeoffice zu arbeiten.

## 197 **Ausbeutung bekämpfen**

198 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer\*innen funktioniert, ist darüber hinaus ein  
199 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus Österreich in  
200 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien: Unionsbürger\*innen und  
201 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung,

202 wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

203 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, der 24-Stunden Pflege, bei  
204 Lkw-Fernfahrer\*innen, bei Saisonarbeiter\*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir  
205 sagen diesen Formen der Ausbeutung den Kampf an. Beschäftigte dieser Branchen leben und  
206 arbeiten oft an mehr als einem Ort in der Europäischen Union. Damit leisten sie einen  
207 substantiellen Beitrag zu einem funktionierenden Binnenmarkt und zur Aufrechterhaltung  
208 unserer Sozialsysteme, sind dabei aber zusätzlichen Risiken ausgesetzt. Wir wollen  
209 europäische Hebel gegen Scheinselbstständigkeit sowie Lohn- und Sozialdumping in diesen  
210 Bereichen nutzen. Ein wirksames Mittel können zudem regelmäßig stattfindende  
211 Arbeitsinspektionen sein, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie  
212 Schulungen in europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten  
verbessern

213 sollten. Der Schutz der Beschäftigten soll dabei an erster Stelle stehen.

214 Auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen  
215 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Dazu gehören auch passende Angebote zur Beratung und  
216 Teilhabe. Das Mandat der ELA sollte auf Drittstaatsangehörigkeit ausgeweitet werden. Wir  
217 begrüßen die stärkere Zusammenarbeit zwischen der ELA und den Gewerkschaften. Sie sollte  
218 zudem eine stärkere Rolle für gemeinsame koordinierte Inspektionen erhalten.

219 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von Subunternehmen  
zu

220 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich verankern. Immer  
221 wieder werden Arbeiter\*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in überfüllten  
222 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überteuerter Miete, die direkt  
223 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen wir  
224 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

225 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich Betroffene einfach  
226 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren Durchsetzung  
227 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche Finanzierung für die

228 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und  
Unterstützungsstrukturen  
229 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in der  
230 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische Zahlungen  
im  
231 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von Arbeitsnormen in der  
232 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität muss nun  
233 effektiv umgesetzt werden.

#### 234 **Kinderarmut abbauen**

235 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das entspricht  
236 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur nur sehr  
237 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen Mangel im  
238 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches  
239 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder Zugang zu einer gut ausgebauten Betreuung  
240 und sozialen Infrastruktur haben. Ihre Zukunft und die Förderung ihrer Potentiale  
241 entscheiden über unsere Zukunft als Gesellschaft.  
242 Die Europäische Kindergarantie soll sicherstellen, dass jedes von Armut und sozialer  
243 Ausgrenzung bedrohte Kind in Europa Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung,  
244 frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, angemessenem Wohnraum und gesunder  
245 Ernährung hat. Dabei geht es besonders um die Kinder, die heute schlechte Chancen haben. Wir  
246 wollen uns dafür einsetzen, dass die Kindergarantie europaweit mit konkreten Maßnahmen  
247 realisiert wird.  
248 Bei der Umsetzung der Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft  
249 sowie Kinder und Jugendliche aktiv ein.

250

251 Mit der Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung auf unsere Initiative in Deutschland  
252 ein zentrales Instrument im Kampf gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht. Sie ist ein  
253 notwendiger Schritt dahin, dass es armutsgefährdeten Kindern besser geht, Armut nicht mehr  
254 versteckt wird und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder  
255 abgesichert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wandel weg von einer Holschuld der  
256 Eltern, hin zu einer Bringschuld des Staates europaweit Einzug hält. Um stärker voneinander  
257 zu lernen, fördern wir den europaweiten Austausch darüber, wie Familien besser unterstützt  
258 und ein gutes Aufwachsen aller Kinder in Europa sichergestellt werden kann.

#### 259 **Kinderrechte stärken**

260 Kinder haben eigenständige Rechte. Sie haben ein Recht auf Beteiligung und bedürfen unseres  
261 besonderen Schutzes und unserer Fürsorge. Das Kindeswohl ist bei allen Angelegenheiten, die  
262 Kinder betreffen, vorrangig zu berücksichtigen. Besonderes Augenmerk muss auf dem Schutz  
der  
263 Kinder vor Gewalt und Vernachlässigung liegen. Die EU-Kinderrechtsstrategie wollen wir  
264 weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Wir wollen europäische Forschungs- und  
265 Praxisprojekte im Bereich des Kinderschutzes und der Kinderrechte fördern, um nationale

266 Erfahrungen, Praktiken und Modelle für die Weiterentwicklung des Kinderschutzes überall  
 267 nutzbar zu machen.

## 268 **Soziale Mindeststandards verankern**

269 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Hohe  
 270 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell verschärft.  
 271 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen können, die  
 272 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche  
 273 Mindeststandards.

274 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene Mindestsicherungssysteme  
 zu  
 275 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten Standards mit  
 276 einem individuellen Anspruch auf soziale Rechte für Betroffene in den Mitgliedstaaten  
 277 verbinden. In diesem Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß  
 278 ihrem jeweiligen Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute  
 279 Arbeit fördern und die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland  
 280 Rückenwind für einen starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

## 281 **Soziale Sicherung krisenfest machen**

282 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge gegen  
 283 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale Lehre aus den  
 284 Krisen der letzten Jahre sein. Die gerechte Beteiligung aller Bürger\*innen leitet dazu einen  
 285 wichtigen Beitrag. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen krisenfest gemacht werden  
 286 und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen ermöglichen. Krisenbedingte

287 Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten aber überfordert viele  
 288 Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze EU. Mit dem europäischen  
 289 Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der Coronapandemie finanzielle  
 290 Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den Einsatz von  
 291 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im Jahr  
 292 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf dieser  
 293 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten ein  
 294 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen – und  
 295 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen Ausnahmesituationen  
 296 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

297

298 Junge Erwachsene brauchen in Zeiten multipler Krisen Perspektiven, die Mut machen und ein  
 299 System, das sie im Notfall auffängt. Daher nehmen wir die europäische Jugendarbeitslosigkeit  
 300 weiter in den Blick. Die europäische Jugendgarantie ist ein Weg um jungen Menschen  
 301 berufliche Perspektiven zu eröffnen und als Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zu integrieren.  
 302 Wir begrüßen die Stärkung im Rahmen der Coronapandemie und setzen uns weiter für eine  
 303 Verstärkung ein. Insbesondere die Standards der Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote  
 304 wollen wir weiterentwickeln. Mit guter Beratung und Qualifizierung bekommt jeder junge  
 305 Erwachsene in Europa die Chance einen Beruf zu erlernen.

## 306 **Wohnen bezahlbar machen**

307 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Für uns ist Wohnen ein  
 308 Grundrecht und muss als Teil der Daseinsvorsorge abgesichert sein. Wir wollen gesicherte  
 309 Wohnverhältnisse für alle Menschen. Besonders in den Städten ist bezahlbarer Wohnraum  
 310 knapp,  
 311 vielerorts steigende Mieten und ein rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten  
 312 Mieter\*innen bis in die Mitte der Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit.  
 313 In den europäischen Großstädten wird besonders viel Wohnfläche für Kurzzeitvermietung  
 314 beansprucht und so dem Mietmarkt entzogen. Steigende Mieten dürfen soziale Ungleichheit und  
 315 Armutsrisiken, beispielsweise für ältere Menschen, nicht weiter verschärfen. Wir wollen,  
 316 beispielsweise mit Sanierungen im Bestand und Innenverdichtung, nachhaltigem Bauen, einer  
 317 Fachkräfteoffensive und verbesserten Investitionen über die Europäische Investitionsbank  
 318 (EIB), schnell mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Mit  
 319 zusätzlichem barrierefreien und behindertengerechtem Wohnraum bekämpfen wir die  
 320 Wohnungsnot.  
 321 Investor\*innen, die europaweit im erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien und  
 322 wertvollen Baugrund aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und Mietpreise in die Höhe.  
 323 Die europaweite Konzentration auf wenige Investor\*innen auf dem Wohnungsmarkt schadet  
 324 dem  
 325 Wettbewerb und den Menschen. Wir setzen uns für transparente Geschäftspraktiken ein. Wir  
 326 stellen die bestehenden europäischen Regelungen auf den Prüfstand, um Mieter\*innen in den  
 327 Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu schützen und die Qualität unseres Wohnraums  
 328 zu sichern. Dazu gehört auch der Schutz von Haushalten vor Indexmietverträgen. Vor dem  
 329 Hintergrund der steigenden Lebenshaltungskosten wollen wir bestehende Indexmieten deckeln  
 330 und neue beschränken.  
 331 Wir wollen die Bodenwende in Europa einleiten. Wir setzen uns dafür ein, dass die knappe  
 332 Ressource Boden in der EU vor Spekulationen geschützt wird. Wir begrüßen langfristige Miet-  
 333 und Pachtmodelle durch die öffentliche Hand, statt kurzfristiger Verkäufe. den Boden- und  
 334 Immobilienmarkt wollen wir stärker in das EU-Wettbewerbsrecht integrieren. Die Bewertung von  
 335 Immobilien und Grund und Boden wollen wir europaweit gemeinwohlorientiert gestalten. Dafür  
 336 wollen wir auch eine Änderung internationaler Rechnungslegungsstandards angehen, damit  
 337 auch  
 338 branchenübergreifend eine Integration von CO<sub>2</sub> sowie weiterer sozial-ökologischer Werte in  
 339 die Finanzbewertung mit aufgenommen werden kann.  
 340 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den extremsten  
 341 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit  
 342 bis 2030 zu beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins  
 343 Leben gerufen. Deren Maßnahmen wollen wir schnell umsetzen. Der Dialog zwischen den  
 344 Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden. Dabei soll die Möglichkeit voneinander zu  
 345 lernen und bewährte Konzepte wie Housing First oder Soziale Wohnraumagenturen  
 346 flächendeckend  
 347 zu adaptieren, gestärkt werden. Wir setzen uns im Sinne der betroffenen Menschen für

344 effektivere Prävention, ausreichend Wohnraum sowie individuellere, menschenwürdigere und  
 345 unbürokratischere Angebote ein. Diese sollen auch Menschen mit psychischen Krankheiten und  
 346 Suchterkrankungen besser versorgen. Die europäischen Fördermittel für entsprechende  
 Vorhaben  
 347 und Projekte wollen wir ausweiten .

## 348 2. Starke Regionen

### 349 **Kommunen stärken**

350 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen und Kommunen.  
 351 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen. Starke  
 Kommunen  
 352 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der kommunalen  
 353 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip – also  
 354 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das  
 355 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken und die Handlungsfähigkeit vor Ort  
 356 durch ausreichende Ressourcen sichern.

357 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken soll, wo  
 358 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben der  
 359 Bürger\*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und das Ehrenamt

360 gepflegt, hier kommen Menschen in Kinos, Restaurants, Parks oder Sportstätten zusammen.  
 361 Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und mit einer  
 362 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und  
 363 Arbeitnehmer\*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf nicht dazu  
 364 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen oder in ihrer  
 365 kommunalen Planungshoheit beschränkt werden. Es braucht deshalb ein gutes Vergabe- und  
 366 Konzessionsrecht, das soziale und ökologische Kriterien in den Mittelpunkt stellt – und  
 367 dabei die Entscheidungen der öffentlichen Hand stärkt. Es fördert die Rechtssicherheit und  
 368 ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige regionale Angebote zu entscheiden. So  
 369 können Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Außerdem  
 370 soll es ihnen möglich bleiben, die räumliche Nutzung zu steuern und zu begrenzen, um eine  
 371 wohnungsnahе Versorgung zu gewährleisten. Indem wir in der EU die Rekommunalisierung  
 372 vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für neue Entscheidungsspielräume vor  
 373 Ort und eine zuverlässige Daseinsvorsorge. Wir unterstützen die Kommunen weiter dabei,  
 374 diesen Weg zu gehen. Eine EU, die die kommunalen Gestaltungsspielräume verteidigt und  
 375 ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

376 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine existenzielle  
 377 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der Bürgerinitiative  
 378 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit Trinkwasser  
 379 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen  
 380 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der Wasserversorgung aus  
 der  
 381 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.



382 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die  
 Zivilgesellschaft  
 383 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb wollen wir  
 384 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und  
 385 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie die  
 386 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden regionalen  
 387 Wettbewerbsfähigkeit und Konnektivität (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und  
 388 Regionen, genauso wie Wissenstransfer- und Netzwerkprogramme (z.B. Climate ADAPT). Diese  
 389 Programme wollen wir stärken. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und  
 390 Eurodistrikte) soll entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit  
 391 grenzüberschreitenden Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler\*innen, der  
 392 Zusammenarbeit der Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung  
 maßgeblich und nah  
 393 am Alltag der Bürger\*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.  
 394 Wir setzen uns dafür ein, den Alltag von Grenzpendler\*innen und binationalen Familien durch  
 395 Bürokratieabbau und Harmonisierung von Behördendienstleistungen und -prozessen zu  
 396 vereinfachen.

### 397 **Zusammenhalt vor Ort fördern**

398 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort: anhand  
 399 konkreter Projekte in den europäischen Regionen. Dort liegt wichtige Expertise zur  
 400 Gestaltung des Wandels vor Ort. Eine effiziente Förderpolitik in der EU bezieht die Menschen  
 401 vor Ort mit ein und ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen  
 402 Wandels ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der  
 403 Regionen in Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich  
 in  
 404 seiner Größe an den Herausforderungen orientieren.

405 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese Herausforderungen  
 406 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen Mitgliedstaaten.  
 407 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei der  
 408 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich. Strukturschwache und

409 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und  
 410 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt stellen,  
 411 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

412 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große  
 413 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen Menschen und  
 414 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU mit  
 415 einer besseren Förderung von strukturschwachen Regionen entgegenwirken. So stärken wir die  
 416 Gestalter\*innen der Zukunft vor Ort und schaffen gute Perspektiven für die Regionen.

417 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig Effizienz und  
 418 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die Fördermittel an  
 419 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische Sozialfonds  
 420 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche  
 421 Gründer\*innen, Angestellte und Arbeitsuchende beraten, unterstützt und lebenslang weiter

gebildet. Die Förderung langfristiger Projekte soll nicht durch Verzögerungen in den Beratungen der EU aufgehalten werden. Wir statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um über ihn unter anderem aktive Beschäftigungspolitik und verstärkt soziale Teilhabe zu fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Mittelverwaltung vereinfacht wird, die Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für eine gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten Arbeits- und Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen wahrzunehmen, werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum Standortvorteil.

Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu entwickeln. Die Programme sind jedoch oftmals nicht ausreichend in der Breite bekannt und die Beantragung der Mittel und die Umsetzung der Förderungen sind oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl der Anträge und manche guten Projekte und Ideen werden nicht verwirklicht. Das ändern wir, indem wir uns dafür einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen, die Bekanntheit zu steigern und die Umsetzung von Projekten zu beschleunigen. Zur Vereinfachung der Strukturen prüfen wir das derzeitige System von Einzelfonds. Um bürokratische Hürden abzubauen, wollen wir unter anderem mehr Pauschalen und Fördermöglichkeiten einführen, die ehrenamtliche Antragsteller\*innen nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung befreien. Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.

Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger\*innen und der Zivilgesellschaft vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft gegenseitiges Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche Beratungen oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein. Digitale und hybride Formate sollen dabei eine familiengerechte Teilnahme ermöglichen. So sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

#### **Chancen in ländlichen Räumen nutzen**

Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung ist für uns ein zentrales Ziel. Sie entscheidet erheblich über den Zusammenhalt in der EU. Die Verkehrswende kann die ländlichen Räume näher zusammenbringen. Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell gestärkte Kommunen schaffen. Coworking-Spaces können Ortskerne wiederbeleben. Auch die ländlich geprägten Außenbezirke der Städte nehmen wir mit ihrem erheblichen Entwicklungspotential in den Blick. Die Menschen vor Ort sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie eine verlässliche Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen können. Wir wollen die Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und multifunktionale Einrichtungen unterstützen, die beispielsweise generationenübergreifende Projekte mit Jugendlichen und älteren Menschen durchführen. Um das zu erreichen, wollen wir Förderansätze wie LEADER zur Unterstützung ländlicher Regionen und den Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken. Die Förderung des ländlichen Raums über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) soll mit den sogenannten Kohäsionsmitteln besser

462 verzahnt und ausgebaut werden und so besser zur Strukturentwicklung der ländlichen Räume  
463 beitragen.

464

465 Energie wird wieder zunehmend auf dem Land erzeugt, das schafft hier zusätzliche  
466 Wertschöpfung. Dazu soll sie dezentral ins Stromnetz eingespeist und genutzt werden. Die  
467 notwendigen Flächen wollen wir sichern, aber den Flächenverbrauch dabei minimieren und  
468 konsequent Mehrfachnutzen mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen,  
469 Biodiversitäts-Photovoltaik oder mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen.  
470 Den Ausbau der Erneuerbaren werden wir weiterhin vorantreiben und die Modernisierung von  
471 Wirtschaft und Gesellschaft durch den gezielten Einsatz von Förderungen so unterstützen,  
472 dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Regionale landwirtschaftliche  
473 Wertschöpfungsketten und naturnahe Waldbewirtschaftung sind auch weiterhin wichtige  
474 Wirtschaftsfaktoren und prägend für diese Räume.

#### 475 **Vergaberecht modernisieren**

476 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung des Green  
477 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine sichere Zukunft,  
478 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen Kriterien  
479 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für eine  
480 gerechte und zukunfts feste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische  
481 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am Menschen  
482 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die europäische  
483 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen Arbeitsmarkt: Es  
484 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs werden. Ein  
485 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer\*innen in ganz Europa.

486 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel wollen wir  
487 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollen in der EU  
488 konsequent nachhaltig und gemeinwohlorientiert erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für  
489 öffentliches Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeits- und  
490 Gemeinwohlkriterien ausrichten. Das begünstigt auch die Vergabe an kleine und  
491 mittelständische Unternehmen und stärkt so die regionale Wertschöpfung.

492 Ein intakter öffentlicher Raum und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ist die Grundlage  
493 unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir möchten dass die EU Maßnahmen ergreift,  
damit

494 Aufgaben nicht nur ausgeschrieben, sondern auch vergeben werden können. Transparenz,  
495 Entbürokratisierung, Digitalisierung, Beschleunigung und unkomplizierte Verfahren bleiben  
496 unsere Leitlinien. Notwendige Investitionen sollen nicht über Gebühr hinausgezögert werden.  
497 Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die Vergabe öffentlicher Aufträge  
498 bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare Beschaffungspolitik minimiert. Die

499 einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive Unterstützung für kleine und lokale  
500 Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei  
501 für Gerechtigkeit. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten  
502 Konditionen.

### 503 3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung

#### 504 **Gesundheitskrisen europäisch bewältigen**

505 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt und fördert.

506 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen für unsere  
507 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir ihnen  
508 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der  
509 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch langjährige  
510 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zustande  
gekommen

511 ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen und  
512 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei Grenzsicherungen  
513 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische Notsituationen  
514 abgefedert. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die  
515 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und zwischen den  
516 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu bewältigen.

517 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die Krisenvorsorge zu  
518 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene zusammenarbeiten. Die EU  
519 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu ergänzen. Sie  
520 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen wir uns  
521 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale Gesundheitsinitiativen  
522 politisch, finanziell und personell zu stärken, die Innovationskraft der europäischen  
523 Gesundheitsforschung stärker zu fördern sowie den globalen Zugang zu bezahlbaren  
524 Medikamenten und Gesundheitsdienstleistungen für alle Menschen zu verbessern.

525

526

527 Das ist eine Frage der Solidarität, denn Gesundheitskrisen treffen die Ärmsten häufig am  
528 stärksten. Es liegt aber auch in unserem Eigeninteresse, denn Pandemien sind globale  
529 Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer  
530 bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole auf geistiges Eigentum  
531 zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen  
Schutzmaterialien,

532 Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht verhindern. Wo freiwillige  
533 Produktionspartnerschaften nicht ausreichen, unterstützen wir in Gesundheitskrisen und  
534 Pandemiesituationen Anträge auf Erteilung von verpflichtenden Lizenzen gegen  
Entschädigungen

535 für diese Güter und bringen uns in diesen Kontexten bei der WTO für temporäre Aussetzungen  
536 von Patenten ein.

537

538 Unser Ziel ist, dass alle EU-Bürger\*innen krankenversichert sind. Daher wollen wir eine  
539 bessere Koordination sozialer Sicherungssysteme in Europa einschließlich direkter  
540 Abrechnungsmöglichkeiten zwischen den Krankenversicherungsträgern.

541 Prävention stärken

542 Wir stellen Prävention und Gesundheitsförderung in den Mittelpunkt unserer

543 Gesundheitspolitik. Denn so können wir verhindern, dass Krankheiten überhaupt erst

entstehen. Gute Strukturen der Vorsorge, bessere Aufklärung über Krankheitsrisiken und ein gesunder Lebensstil sind wichtige Bausteine für mehr Lebensqualität und eine höhere Lebenserwartung. So können wir auch Krankheiten, wie Adipositas, Diabetes mellitus und Herz-Kreislauf-Erkrankungen vorbeugen. Um es für die Verbraucher\*innen leichter zu machen, sich gesund zu ernähren, wollen wir für verlässliche Informationen über Inhaltsstoffe in Lebensmitteln sorgen. Wir wollen die Entstehung von tabak- und alkoholassoziierten Krankheiten bestmöglich verhindern. Dafür braucht es stärkere Bemühungen zur Reduzierung riskanter Formen des Alkoholkonsums und des Tabakgebrauches etwa durch eine Reduzierung des Nikotingehalts in Tabak- und Nikotinprodukten. Wir bekennen uns zu den Zielen des Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung. Demzufolge soll unter anderem der Anteil der Raucher\*innen an der EU-Gesamtbevölkerung bis 2040 unter 5% fallen. Lücken, die bei Werbung z.B. auf sozialen Plattformen und insbesondere im Bereich des Sponsorings, noch bestehen, sind jetzt EU-weit zu schließen. Der Jugendschutz gebietet es auch, für Alkohol, Glücksspiel sowie Sportwetten Werbeeinschränkungen voranzutreiben. Um künftigen Gesundheitskrisen besser begegnen zu können, wollen wir neben der Erforschung von Krankheitsursachen und neuen Behandlungsmethoden auch die präventive Gesundheitsforschung stärken.

Die EU soll darauf hinwirken, die globale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zulassung und Überwachung von Arzneimitteln zu vertiefen.

### 563 **Lehren aus der Pandemie ziehen**

Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten Zeichen der Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den Folgen einer Covid-19-Infektion (Long-/Post-Covid) und etliche an den deutlich seltener auftretenden Folgen einer Covid-19-Impfung (Post-Vac). Deshalb wollen wir auf europäischer Ebene die Forschung zu Infektionskrankheiten, wie Covid-19 und deren Folgekrankheiten (z. B. Herzmuskelentzündungen oder ME/CFS) intensivieren und Forschungsgelder dafür zur Verfügung stellen. Zudem braucht es dazu mehr europäischen Austausch, beispielsweise durch ein EU-Sachverständigennetzwerk. Prävention steht im Zentrum unseres Handelns. Insbesondere für Menschen mit Erkrankungen und für Schattenfamilien ist das ein wichtiger Baustein zur gleichberechtigten gesellschaftliche Teilhabe. Dazu gehört auch, dass gesunde Luft in Innenräumen eine Selbstverständlichkeit wird.

Pandemien treffen nicht alle gleich. Einkommensarme Menschen und prekär Beschäftigte sowie Menschen in großen Einrichtungen sind deutlich häufiger von Covid-19 betroffen. Diese Gruppen müssen bei der nächsten Pandemie verstärkt in den Blick genommen werden.

Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer sogenannten Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde. Damit unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit nicht isoliert

582 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der  
 583 Tiergesundheit steht. Deshalb sind der Planetary-Health und der One-Health-Ansatz Leitbilder  
 584 für unsere Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für Tiere und Natur sowie eine Reduzierung  
 585 industriell gehaltener Tierbestände helfen im Kampf gegen Zoonosen; weniger Antibiotika in  
 586 der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere Luft und weniger  
 587 Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

588 Wir brauchen insbesondere ein wirksames europäisches Frühwarnsystem gegen Pandemien, um  
 589 gefährliche Erreger frühzeitig erkennen zu können und Informationen darüber transparent zur  
 590 Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind Pandemie-Szenarien regelmäßig zu üben, vor allem  
 591 damit der rasche Aufbau einer Krisen- und Notfallorganisation gewährleistet ist.

## 592 **Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen**

593 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig, konfliktreich  
 594 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen sind. Diese

595 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei vielen jungen  
 596 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
 597 seelische Gesundheit die nötige Aufmerksamkeit zuteil wird und Betroffene nicht länger unter  
 598 der Stigmatisierung leiden müssen. Das wollen wir auch mit Unterstützung aus Europa  
 599 erreichen. Wir setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch  
 600 dafür, die bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen  
 601 besser zu behandeln. Um die Patientensicherheit zu gewährleisten, braucht es europaweit  
 602 vergleichbare gesetzliche Regelungen und geschützte Berufsbezeichnungen zum Beispiel für  
 603 Künstlerische Therapien. Die Forschung zu kreativen Therapieansätzen unterstützen wir.

604

605 Wir treten für eine Vernetzung von Expert\*innen in Europa ein und wollen zusammen mit den  
 606 Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln, , auch um eine gemeindenahe,  
 607 menschenrechtsbasierte Versorgung weiter zu stärken, die Versorgungssicherheit zu erhöhen  
 608 und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden. Da die Ursachen für mentale Gesundheitsprobleme  
 vielfältig

609 sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die  
 610 Auswirkungen auf die mentale Gesundheit übergreifend in allen relevanten Politikfeldern  
 611 mitgedacht werden. Das gilt auch für die Auswirkungen von psychischen Erkrankungen und  
 612 Neurodiversität. Dafür braucht es ein größeres Problembewusstsein in der EU und ihren  
 613 Institutionen. Wir begrüßen in dieser Hinsicht die Strategie der EU-Kommission für  
 614 psychische Gesundheit und setzen uns für eine möglichst rasche und umfassende Umsetzung  
 ein.

615 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die Betroffenen häufig  
 616 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen. Die  
 Pandemie

617 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns mit  
 618 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Inklusion, Teilhabe und  
 619 Integration ein.

## 620 **Arzneimittelversorgung sicherstellen**

621 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens: alternde  
622 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die  
623 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und ihren  
624 Wirkstoffen zu stark von Herstellern mit unzuverlässigen Lieferketten abhängig ist – und  
625 damit häufig auch eine Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten  
626 Umweltstandards in Kauf nimmt. Dabei leiden vulnerable Gruppen besonders unter  
627 Arzneimittelknappheit.

628 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat die EU-  
629 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir begrüßen die  
630 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und nachhaltiger zu machen  
631 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser vorzubeugen und  
diese  
632 früher zu melden. Auch Apotheken tragen zu einer verlässlichen Arzneimittelversorgung bei.

633 Um Unternehmen zu ermutigen, neue Arzneimittel, Wirkstoffe und Medizinprodukte in Europa zu

634 entwickeln und zu produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei  
635 setzen wir zwei Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit  
636 unentbehrlich sind, beispielsweise wichtige Antibiotika, durch krisenfeste Lieferketten  
637 zuverlässig verfügbar sein. Hierzu kann die teilweise Rückverlagerung von Produktion nach  
638 Europa einen Beitrag leisten. Zweitens müssen für bislang vernachlässigte Krankheitsbilder  
639 und angesichts der Entstehung von Therapie-Resistenzen neue Anreize für die Entwicklung  
640 medizinischer Innovationen geschaffen werden, das schließt insbesondere neue  
641 Finanzierungsmodelle wie angepasste Vergütungsmodelle für Reserve-Antibiotika ein. Die  
642 Anreize für Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen nicht  
643 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt von  
644 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für geschlechtersensible  
645 Forschung und Medizin ein, damit Wissenslücken über die geschlechtsspezifischen Unterschiede

646 bei Diagnose und Behandlung geschlossen und berücksichtigt werden. Ebenfalls sollen Studien  
647 im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin intensiviert werden, um sicherzustellen, dass der  
648 Zugang zu sicheren und wirksamen Arzneimitteln verbessert wird. Zugleich muss insbesondere  
649 bei Studien zu neuen Arzneimitteln und Behandlungsmethoden die Vielfalt der Menschen  
stärker

650 berücksichtigt werden.

651 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden. Der Mangel an  
652 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu immensen  
653 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung eingesetzt  
654 werden, muss das in der Regel mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung  
655 sowie die Preisgestaltung einhergehen. Außerdem sollten öffentlich unterstützte  
656 Entwicklungsprojekte dafür Sorge tragen, dass resultierende Arzneimittel in Ländern des  
657 Globalen Südens ausreichend zugänglich gemacht werden.

## 658 **Gesundheitsdaten sicher nutzen**

659 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die gesundheitliche  
 660 Versorgung von Patient\*innen und die Forschung. Krankheiten können besser diagnostiziert,  
 661 Krankheitsursachen erforscht, unnötige Untersuchungen vermieden und die Behandlung von  
 662 Patient\*innen zwischen verschiedenen Ärzt\*innen und Krankenhäusern grenzüberschreitend in  
 663 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb  
 europaweit  
 664 den Zugang zu digitalen Patient\*innen-Akten ermöglichen.

665 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz umfassende IT-Sicherheit und einen  
 666 persönlichen Zugang zu den Daten, die über sie gespeichert sind, die Rechte der  
 667 Patient\*innen stärken. Das ist grundlegend für das Vertrauen der Menschen in die  
 668 Verarbeitung von Gesundheitsdaten. Dabei können eine grundsätzliche Transparenz bei der  
 669 Datenverwaltung und technische Lösungen wie ein digitaler Einwilligungsassistent  
 670 unterstützen. Denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören zu den sensibelsten und  
 671 persönlichsten Daten überhaupt.

672 Um das Innovationspotential für eine bessere Gesundheitsversorgung zu heben und gleichzeitig

673 keine Daten gegen den Willen der Patient\*innen weiterzugeben, setzen wir bei  
 674 pseudonymisierten Gesundheitsdaten auf die Möglichkeit des Widerspruchs (Opt-Out) und den  
 675 Fokus auf gute Datenqualität. Damit wollen wir die Datenverfügbarkeit für  
 676 gemeinwohldienliche Forschung erhöhen und öffentlichen Stellen in Notsituationen bessere  
 677 Einschätzungsmöglichkeiten an die Hand geben. Dies stellt einen wichtigen Paradigmenwechsel

678 in der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu größeren  
 679 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die Versorgung  
 der  
 680 Patient\*innen verbessern. Eine Rückverfolgbarkeit der Daten soll so weit wie möglich  
 681 ausgeschlossen und Verstöße dagegen strafrechtlich verfolgt werden. Umfassender Schutz vor  
 682 Diskriminierung für alle und besonders die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen müssen umfassend

683 berücksichtigt werden.

684

685 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen sind einheitliche  
 686 Datenformate und Schnittstellen, um eine Zusammenführung von Daten und eine  
 687 grenzüberschreitende Nutzung in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und  
 688 verpflichtende Nutzung von international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen  
 689 Schnittstellen durch die Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

## 690 **Antibiotikaresistenzen eindämmen**

691 Antibiotika können Menschenleben retten. Das soll auch in Zukunft gewährleistet sein. Daher  
 692 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren. Durch  
 einen  
 693 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und Verbreitung  
 694 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten gesundheitlichen  
 695 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen Immunsystemen



wie

696 Älteren, Kindern oder Menschen mit Vorerkrankungen führen sie jedes Jahr zu  
Hunderttausenden  
697 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika und hochpotente  
698 Desinfektionsmittel nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht bzw. wo sie  
699 jeweils geeignet sind.

700 nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht. Wir wollen den umsichtigen Einsatz  
701 von Antibiotika in der Human- und Tiermedizin stärken und die Forschung fördern. Zudem  
702 sollten schnelle Diagnosetests, die vor einer Verschreibung überprüfen, ob die Behandlung  
703 mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar sein.

704 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin vorbehalten bleiben  
705 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den entsprechenden  
706 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen Produkten  
707 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch Maßnahmen für  
708 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von Antibiotikarückständen in  
709 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer  
710 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

### 711 **Eine gute Pflege sicherstellen**

712 Ein starkes öffentliches und diskriminierungsfreies Gesundheitswesen und eine  
713 bedarfsgerechte Pflege und Assistenz für ältere, kranke und behinderte Menschen sind  
714 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu fördern. Der  
715 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch hier in  
716 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die berufliche  
717 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die Arbeitsbedingungen des  
718 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für  
719 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen innerhalb der  
EU

720 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für wettbewerbsfähige  
721 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen Branchen ein.  
722 Wertschätzung braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge.  
723 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen, insbesondere in Wohn- und  
724 Pflegeformen, die ein selbstbestimmtes Leben im Quartier und Lebensumfeld ermöglichen,  
725 Pflegeangebote sowie in die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Diese müssen  
726 attraktiver ausgestaltet und durchlässiger in der beruflichen Weiterentwicklung werden.  
727 Auch ein stärkeres Engagement der EU in Forschungs- und Modellprojekten sowie ein Wissens-  
728 und Erfahrungstransfer zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und  
729 Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten wollen wir fördern.

730 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern, fordern wir  
731 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der  
732 Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten Haushalten  
733 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.

734 Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine große gesamteuropäische Aufgabe. Es  
wird

735 in den nächsten Jahrzehnten eine weitere Zunahme an pflegebedürftige und an Demenz  
erkrankte

736 Menschen geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes  
737 und aktives Leben zu ermöglichen.

738 Um mehr Innovationen im Bereich Pflege und Teilhabe voranzutreiben, wollen wir den  
739 europäischen Austausch über neue Ansätze stärken, beispielsweise zu inklusiven Wohn- und  
740 Pflegeformen, quartiersorientierter Unterstützung und persönlicher Assistenz. Auch pflegende  
741 Angehörige und Nahestehende wollen wir besser unterstützen und entlasten. Deshalb setzen  
wir  
742 uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass pflegende Angehörige, in der Mehrzahl sind es  
743 Frauen, gut sozial abgesichert sind und nicht aufgrund von Pflegaufgaben in die Altersarmut  
744 geraten. Ihre in der Pflege erworbenen Fähigkeiten sollen anerkannt werden und der Zugang zu  
745 Weiterbildungsangeboten gefördert werden. Die Vorgaben aus der UN-  
746 Behindertenrechtskonvention wollen wir auch in der Pflege umsetzen

#### 747 **Cannabis europaweit legalisieren**

748 Wir setzen uns auch in Europa für eine zeitgemäße Drogenpolitik ein, die Gesundheit und  
749 Jugendschutz in den Vordergrund stellt und die kriminellen Strukturen hinter dem  
750 Drogenhandel effektiv bekämpft. Auch in Europa brachte der rein repressive Umgang mit  
Drogen  
751 mehr Leid als Segen, tausende Drogentote und eine wichtige Einnahmequelle für die  
752 organisierte Kriminalität. Es braucht eine an der Wissenschaft und risikobasierten  
753 Betrachtung ausgerichtete Drogenpolitik. An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin  
754 zu einem risikobasierten Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Mit der Regulierung von  
755 Cannabis setzen wir auf Vernunft statt Kriminalisierung. Wir streben eine europaweite  
756 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an.  
757 Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den Mitgliedstaaten im Umgang mit  
758 Cannabis enge Grenzen. Wir wollen es erweitern, so dass jedes Land selbst entscheiden kann.  
759 Gleichzeitig stärken wir Prävention und Jugendschutz.

760 Die Zunahme problematischen Drogenkonsums, neuer und synthetischer Substanzen und die  
Folgen  
761 sozialer Verelendung im öffentlichen Raum stellen eine große Herausforderung dar. Sie bergen  
762 Gefahren für Konsument\*innen, stellen Behörden vor besondere Herausforderungen und  
erfordern  
763 soziale Maßnahmen.  
764 Wir müssen wirksamer gegen unsichtbare und sichtbare Abhängigkeitsproblematiken vorgehen.

765 Daher intensivieren wir, im Sinne des Gesundheitsschutzes, länderübergreifendes  
766 Zusammenarbeiten. Darüber hinaus wollen wir die gesundheitliche Versorgung von Abhängigen  
767 verbessern, eine Abkehr der Repression im Umgang mit Konsument\*innen, die Stärkung sozialer

768 Hilfestrukturen und besseren Zugang zu Therapieplätzen ermöglichen. Auch die Forschung zum  
769 Umgang mit psychoaktiven Substanzen, insbesondere zum medizinischen Nutzen, wollen wir in  
770 europäischen Forschungsverbünden weiter vorantreiben.

## 771 4. Bildung und Chancen

### 772 **Europas Hochschulen besser vernetzen**

773 Der Europäische Hochschulraum trägt dazu bei, die Hochschulausbildung in Europa  
 774 vergleichbarer und international wettbewerbsfähiger zu machen und ist für die Förderung von  
 775 akademischer Mobilität von unschätzbarem Wert. Europas Hochschulen sind ein wichtiger  
 776 Bestandteil des Bildungssystems, ein Ort der Gestaltung der Zukunft, der kritischen  
 777 Selbstreflexion der Gesellschaft und der sozialen sowie technologischen Innovationen. Wenn  
 778 wir sie vernetzen, können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den  
 779 ganzen Kontinent nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung und Stärkung von  
 780 europäischen Hochschulnetzwerken eingesetzt.

781

782 Wir fördern Anwendungen von Künstlicher Intelligenz und Learning Analytics im Bereich Lehre  
 783 und Bildung und wollen diese so gestalten, dass Lehrende, Studierende und Schüler\*innen  
 784 selbstbestimmt und souverän diese neuen Möglichkeiten anwenden können ohne beispielsweise  
 in

785 digitalen Prüfungen automatisiert überwacht zu werden. Der Zugang zu diesen neuen

786 Anwendungen muss sozial gerecht und diskriminierungsfrei gestaltet werden.

787 Im Sinne der Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European Degree) unterstützen  
 wir

788 die Weiterentwicklung des „European Approach“ im Rahmen des Bologna-Prozesses, um die  
 789 Anerkennung gemeinsamer Studiengänge („Joint Programmes“) und gemeinsamer  
 Studienabschlüsse

790 („Joint Degrees“) zu erleichtern und Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen  
 791 zu schaffen.

792 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche in Museen,  
 793 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue Horizonte. Viele  
 794 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für Studierende aus  
 795 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen  
 796 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card (ESC) und dem  
 797 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen  
 798 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten  
 799 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten und  
 800 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

### 801 **Berufsabschlüsse europaweit anerkennen**

802 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten, eröffnet viele  
 803 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben wir mit  
 804 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der EU  
 805 geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem Land in  
 806 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und Absolvent\*innen,  
 807 auch in der beruflichen Weiterbildung, müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr  
 808 bürokratische Prozedur durchlaufen. Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger  
 809 eingestuft, teils ist die Anerkennung sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass  
 810 berufliche Ausbildungsabschlüsse und Bildungsabschlüsse im Rahmen des Europäischen

811 Qualifizierungsrahmens einfacher und schneller in jedem Land der EU gelten, statt mühsam  
 812 anerkannt werden zu müssen.

813 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft kompliziert,  
 814 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders kontraproduktiv. Für  
 815 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis (EBA) in ihrem  
 816 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die  
 817 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen lassen zu  
 818 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich erweitern.  
 819 Wir wollen die Position der Bewerbenden verbessern indem europaweit vergleichbare  
 820 Anerkennungsverfahren eingeführt und umfassender Orientierung und Unterstützung durch  
 821 mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote angeboten werden.

## 822 **Politische Bildung gegen Desinformation**

823 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und  
 824 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre Mittel:  
 825 Desinformationen, Fake News und Manipulation ihrer Verteilmechanismen, sowie vorsätzliches  
 826 Stören und Überfluten digitaler Debattenräume. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend  
 827 und versuchen, den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren.  
 828 Ihre Verschwörungsmythen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und  
 europäisch  
 829 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische  
 830 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische  
 831 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und junge  
 832 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger\*innen als Informationsquelle zur Verfügung  
 833 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen. Diese Europäische Zentrale für  
 834 politische Bildung soll auch den Menschen in den EU-Beitrittskandidatenländern offen stehen.

835 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse zielgruppengerecht  
 836 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in Zeiten von  
 837 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und Aufklärung auch  
 838 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach klaren  
 839 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir unsere  
 840 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

## 841 **Mit Erasmus Europa kennenlernen**

842 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der EU. Über  
 843 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und  
 berufliche  
 844 Austausch ermöglicht.

845 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr Menschen  
 846 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für Urlaub oder  
 847 Austauschzeit im Ausland fehlt. Das bedeutet, dass wir die finanzielle Förderung für  
 848 Auslandsaufenthalte stärken müssen. Wir setzen uns deshalb für einen Ausbau der

849 Erasmusmittel ein. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause ins Ausland zu gehen,  
 850 und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie leisten zu können, eine  
 851 Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-Teilnehmer\*innen  
 852 einführen, das es ihnen zum Beispiel ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos zum Wohnort  
 853 und zurück zu fahren.

854

855 Um Auslandssemester leichter in den Ausbildungsplan zu integrieren, streben wir eine  
 856 Harmonisierung der Semesterzeiten an.

857 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung  
 858 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote (z.B. Informationen zu  
 859 nationalen Anlaufstellen für Assistenz) vor und während der Projektdurchführung ausbauen  
 860 sowie Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen und eine Abdeckung der Mehrkosten  
 861 sicherstellen.

862 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung  
 863 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie Informationen  
 864 barrierefrei zur Verfügung stellen.

865

866 Wir wollen mit dem Vereinigten Königreich Wege finden, wie Menschen auf beiden Seiten nach  
 867 dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

868 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das Programm  
 869 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele Möglichkeiten,  
 870 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit besseren  
 871 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen wir  
 872 Erasmus+ für Auszubildende stärken.

873

874 Wir wollen durch Unterstützungsangebote für kleine Handwerksbetriebe möglichst vielen  
 875 Auszubildenden die Teilnahme am Erasmus+ Programm ermöglichen.

876 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die Jugendarbeit. Mit Blick  
 877 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür  
 einsetzen,

878 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

## 879 5. Europas Jugend

### 880 **Jugend beteiligen**

881 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis füreinander. Um dies  
 882 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine außerordentliche  
 883 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen und europaweit

884 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die  
 885 Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer  
 886 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von  
 887 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert.  
 888 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über

889 Erasmus+ aus. Insbesondere für junge Menschen in unseren östlichen Nachbarländern, wie  
890 Polen

890 oder Tschechien wollen wir Europa erlebbarer und erfahrbarer machen. Wir wollen die  
891 europäische Jugendarbeit stärken und dabei Osteuropa in den Fokus nehmen.

892 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst zu Wort  
893 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind derzeit im  
894 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in Deutschland  
895 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen uns dafür  
896 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit  
897 wird.

898 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa strukturell weiter  
899 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal für die  
900 Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene geschaffen, dieser  
901 soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die Ergebnisse  
902 dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission einfließen  
903 und junge Menschen und ihre Interessenvertreter\*innen künftig regelmäßig im Europäischen  
904 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem die  
905 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen. In der EU-  
906 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir wollen  
907 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen junger  
908 Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Dafür müssen bestehende Beteiligungsformate für  
909 junge Menschen sinnvoll miteinander verknüpft, strukturell abgesichert und ihre Anbindung an  
910 nationale Beteiligungsstrukturen sichergestellt werden.  
911 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet  
912 wird.

### 913 **Freiwilligendienste ausbauen**

914 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der Zivilgesellschaft  
915 kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen Europäer\*innen ist  
916 elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der Demokratieförderung,  
917 Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

918 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen, gerade  
919 auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen wir für  
920 bessere Rahmenbedingungen wie eine angemessene Aufwandsentschädigung sorgen,  
damit

921 Engagement etwas ist, das sich jede und jeder leisten kann. Für die Durchführung von  
922 Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine, Verbände und Organisationen, die sie  
923 anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte der Demokratie und des  
924 zivilgesellschaftlichen Engagements.

925

926 Mit einem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FEÖJ bzw. EYE - European Year for Ecology)  
927 ermöglichen wir jungen Menschen ab 18 Jahren den interkulturellen europäischen Austausch im  
928 Bereich des Naturschutzes und schaffen so die Möglichkeit sich für Europas Natur  
929 einzusetzen. Durch das FEÖJ wollen wir junge Menschen motivieren sich für Jobs im Klima- und  
930 Umweltbereich fit zu machen und zu qualifizieren.

931 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die Erfahrungen,  
 932 das Wissen und das Engagement von Senior\*innen in ganz Europa fruchtbar machen: Viele von  
 933 ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit einem  
 934 europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior\*innen überall in  
 935 der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten können.

## 936 **Europa entdecken**

937 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal im Jahr  
 938 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann in einem  
 939 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können. Gemeinsam mit  
 940 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie vielfältig  
 941 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig noch  
 942 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse zu  
 943 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen Menschen aus  
 944 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen, dass Gruppen  
 945 aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

## 946 **6. Für ein altersgerechtes Europa**

947 Das Durchschnittsalter der Menschen in Europa ist das höchste aller Weltregionen, Tendenz  
 948 steigend. Wir wollen, dass der demografische Wandel als Herausforderung und als Chance für  
 949 uns alle betrachtet wird. Das Wissen, die Lebenserfahrung und die Aktivität der älteren  
 950 Bürger\*innen Europas können ein wichtiger Faktor für den Zusammenhalt der Gesellschaft sein.  
 951 Das beweisen tausende ehrenamtlich engagierte Alte jeden Tag.  
 952 Ältere Menschen werden in vielen Lebenszusammenhängen diskriminiert oder ausgegrenzt, dies

953 ist aber oft nicht sofort als solches erkennbar. Deshalb wollen wir ältere Menschen in ganz  
 954 Europa besser vor Diskriminierung am Arbeitsplatz und im Alltag schützen und  
 955 Chancengleichheit herstellen. Barrierefreiheit in der Arbeitswelt und im öffentlichen Raum  
 956 sind von Bedeutung.

957 Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Kommunen und Regionen in Europa dem globalen  
 958 Netzwerk altersfreundlicher Städte und Gemeinden „Age friendly cities and communities“ der  
 959 Weltgesundheitsorganisation WHO beitreten. Altersfreundliche Städte und Gemeinden sind  
 960 gleichzeitig kinder-, familien- und behindertengerecht.

961 Ziel des Netzwerks ist unter anderem Menschen zu ermöglichen in ihrem Lebensumfeld gesund,

962 sicher und unabhängig zu altern. Auch Alten im hohen Alter und bei zunehmenden,  
 963 altersbedingten Einschränkungen sollen in den eigenen vier Wänden bleiben können.  
 964 Dazu gehören barrierefreie öffentliche Verkehrsnetze und Wohnungsbau sowie  
 965 Hitzeschutzmaßnahmen für Ältere. Zudem setzen wir uns für mehr öffentliche Orte und  
 966 Gelegenheiten ein, die so gestaltet sind, dass sich die Generationen im Alltag begegnen,  
 967 interagieren und voneinander lernen können.

968

969 Um die Situation älterer Menschen international zu verbessern, werden wir uns für eine UN -  
 970 Konvention für die Rechte Älterer Menschen einsetzen.

971 Jeder Mensch in Europa soll die Möglichkeit bekommen, jede andere europäische Sprache  
 972 kostenlos und diskriminierungsfrei zu erlernen. Dafür wollen wir uns für die Schaffung einer  
 973 „Europäischen Sprach-Lern-App“ einsetzen, mit der jede andere europäische Sprache erlernt  
 974 werden kann. So stärken wir die europäische Identität.

## 975 7. Verbraucherschutz

### 976 **Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen**

977 Der Rechtsschutz der Verbraucher\*innen macht die EU zu einer Union der starken Bürger\*innen.

978 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen Binnenmarkt  
 979 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert Konsum,  
 980 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur Vorreiterin:  
 981 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer\*innenfreundlicher Strommarkt, moderne Infrastruktur oder  
 982 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

983 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile Endgeräte,  
 984 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische Standard  
 985 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und erleichtert  
 986 merklich das Leben der Verbraucher\*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum digitaler  
 987 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose  
 988 Ladetechnologien mit einschließen.

989 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,  
 990 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher\*innen bessere  
 991 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass relevante  
 992 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

993 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur  
 994 Konsument\*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen. Ein  
 995 kaputter Smartphoneakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine Neuanschaffung

996 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen verlängert sich  
 mit

997 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare Produkte die  
 998 Geldbeutel der Bürger\*innen entlasten. Updatezyklen sowie auslaufende Update-Zeiträume  
 999 müssen auf nachvollziehbaren und rationalen Kriterien beruhen. Es ist nicht im Sinne der  
 1000 Verbraucher\*innen, wenn sie durch kurze Updatezeiträume gezwungen werden, neue Geräte zu  
 1001 kaufen. Dieser „geplanten Obsoleszenz“ im Hard- und Softwarebereich wollen wir einen Riegel  
 1002 vorschieben.

1003 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur Selbstverständlichkeit.

1004 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen  
 Gebrauchsgegenständen

1005 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher Halb-  
 1006 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um Sicherheit  
 1007 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen ein  
 1008 Register für Nanopartikel.



1009 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der Verbraucher\*innen  
 1010 gestalten, damit die Preisvorteile der erneuerbaren Energien in der Breite ankommen. Mit  
 1011 transparenten und möglichst geringen Infrastrukturkosten sowie der Entkopplung des  
 1012 Verbrauchspreises von erneuerbarem Strom von den steigenden Kosten des Emissionshandels,  
 1013 sowie intelligentem Lastmanagement bleibt der Vorteil der günstigen Stromerzeugung bei  
 1014 ihnen.

1015 Wir schützen die Stromverbraucher\*innen vor hohen Kosten, indem wir die Förderung von  
 1016 erneuerbaren Energien durch eine Deckelung der Erlöse ergänzen. Wir stärken außerdem die  
 1017 Teilhabe von Verbraucher\*innen durch die Ermöglichung zeitflexibler Stromtarife und  
 1018 vereinfachtes Prosuming. Dadurch gelingt die einfache Integration von beispielsweise  
 1019 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

1020

1021 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den Schutz von Konsument\*innen im Bereich  
 1022 medizinischer Produkte und Hilfsmittel. Häufig wird die Notlage besonders verletzlicher  
 1023 Verbraucher\*innen ausgenutzt. Wir wollen vor allem ältere Menschen, pflegende Angehörige  
 und

1024 Menschen mit Behinderungen vor ungeeigneten oder überteuerten Produkten schützen und  
 ihnen

1025 den Zugang zu individuell passenden Hilfsmitteln ermöglichen.

1026 Zur Bekämpfung der Suchtmechanismen von Wetten, Glücksspiel und Games im Internet, die  
 Nutzer

1027 zu immer mehr Geldeinsatz verführen wollen, werden wir Mechanismen mit Suchtpotential  
 1028 einfacher erkennbar machen und bei der Alterseinstufung europaweit einheitlich stärker  
 1029 berücksichtigen.

### 1030 **Fahrgastrechte garantieren**

1031 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger\*innen komfortabel und sicher nutzbar sein.  
 1032 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden – ganz  
 1033 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir mit einem  
 1034 anbieterübergreifenden Ticketing-System Buchungsplattformen in die Lage versetzen,  
 1035 grenzübergreifend durchgängige Fahrkarten anzubieten, die das Reisen mit dem Zug  
 1036 attraktiver machen und den Planungsaufwand erheblich senken. Den Bedürfnissen von  
 Menschen

1037 mit Behinderung soll im Reiseverkehr besondere Bedeutung beigemessen werden.

1038

1039 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die Entschädigung für  
 1040 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75 Prozent nach  
 1041 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert. Im Sinne des Rechts  
 1042 auf barrierefreie Mobilität setzen wir uns für Kostenübernahme für alternative  
 1043 Transportmöglichkeiten ein, wenn die zugesagte Barrierefreiheit nicht eingehalten wurde.

1044 Darüber hinaus sollen die Rechte von Unionsbürger\*innen, insbesondere von  
 Grenzgänger\*innen,

1045 auch bei regional unterschiedlichen Unternehmen gelten. Wir setzen uns für einheitliche  
 1046 Mindeststandards im Nah- und Regionalverkehr ein. Diese sollen auch für ermäßigte Tickets  
 1047 und unterbrochene Reiseketten gelten.

1048 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel ankommen.  
1049 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im Verbraucherschutz bei  
1050 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch der  
1051 Verbraucher\*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von Flugreisen.

1052 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in die Verordnung  
1053 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information der  
1054 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. Hinweise auf den Anspruch auf  
1055 Entschädigung sollen durchgängig prominent platziert werden. So stärken wir den Anspruch der  
1056 Verbraucher\*innen auf Entschädigungen.

1057 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die Regelungen zur  
1058 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für eine  
1059 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente Preisgestaltung für  
1060 alle Gepäckvarianten ein.

1061 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass alle  
1062 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

### 1063 **Vor Kostenfallen schützen**

1064 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine erhebliche  
1065 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung sein.  
1066 Verbraucher\*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge zu kündigen,  
1067 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der Kündigung. Die  
1068 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur Kostenfalle.  
1069 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen leicht  
1070 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir sorgen so für

1071 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird die  
1072 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die Beweislast  
1073 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist diese nicht  
1074 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher\*innen: Verträge sollen  
1075 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können. Wir setzen  
1076 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben Kund\*innen so  
1077 die Kontrolle über ihre Verträge zurück.

## **A – Was Wohlstand schützt**

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 25.11.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-W Was Wohlstand schützt

### **Antragstext**

- 1 Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis hin zum
- 2 internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative Wirtschaft ist global
- 3 wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein zweiter Mitgliedstaat von der
- 4 europäischen Integration und dem Binnenmarkt. Produkte und Dienstleistungen aus Thüringen
- 5 oder Hessen werden zwischen Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosia gehandelt,
- 6 als lägen diese Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch deshalb die
- 7 viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die Kräfte
- 8 bündeln.
- 9 Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen Interesse. Wir
- 10 sind schon weit gekommen - mit dem Green Deal haben wir europaweit viele richtige Weichen
- 11 gestellt. Ab 2050 soll Europa keine Treibhausgase mehr ausstoßen. Vor allem geht es nun
- 12 darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der nächsten Jahre und Jahrzehnte entsteht, auch und
- 13 gerade um die Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen zu bringen. Dafür haben wir
- 14 einen Plan: die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft und Infrastruktur. Sie ist
- 15 für uns kein Selbstzweck, sondern auch der Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand,
- 16 zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen und fairen Löhnen, zur Sicherung unserer
- 17 natürlichen Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen Grundlage für mehr soziale
- 18 Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.
- 19 Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während China oder die
- 20 USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der Zukunftstechnologien investieren. Wir
- 21 nehmen die Herausforderung an: Wir wollen, dass Deutschland und Europa auf den Märkten der
- 22 Zukunft den internationalen Partnern mindestens auf Augenhöhe begegnen können – bei
- 23 erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei digitalen Dienstleistungen und Künstlicher
- 24 Intelligenz (KI), bei modernster Batterietechnik und grünem Stahl. Damit wird Europa zur
- 25 Vorreiterin für nachhaltige Lösungen und kann definieren, dass neue Technologien zum Wohle
- 26 der Menschen eingesetzt werden. Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik
- 27 ist heute auch Sicherheitspolitik.. Das bedeutet auch, dass wir Kritische Infrastruktur und
- 28 strategisch wichtige Industriezweige vor geostrategisch motivierten Übernahmen schützen.
- 29 Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen natürlichen
- 30 Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden, naturnahen Wäldern und sauberen Gewässern,
- mit
- 31 Lebensräumen für eine große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an unseren Küsten und in
- 32 unseren Landschaften. In ihrem Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in unmittelbarer
- 33 Nachbarschaft zu High-Tech-Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in lebenswerten ländlichen

34 Räumen verankert, lässt sich aus den Städten zur Erholung in kurzer Zeit in attraktive  
35 Kultur- und Naturlandschaften reisen.

36 Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs, bezahlbares Wohnen und gute öffentliche  
37 Dienstleistungen in einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Er bedeutet Gerechtigkeit und  
38 eine faire gesellschaftliche Lasten- und Arbeitsteilung, nicht zuletzt zwischen den  
39 Geschlechtern. Wohlstand bedeutet aber eben auch saubere Luft, reines Wasser und  
40 bezahlbare,  
41 gute Lebensmittel.

41 Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein klimaneutrales Fundament  
42 stellen – eines, das über die nächsten Jahre und Jahrzehnte trägt. Wir haben den European  
43 Green Deal auf die Agenda gesetzt, er ist die richtige Strategie, und wir kämpfen weiterhin  
44 für seine Fortführung und die vollständige Umsetzung. Jetzt sorgen wir dafür, dass er in  
45 allen Bereichen seine Wirkung entfaltet: von der Energiegewinnung über Mobilität und  
46 Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz und Klimaresilienz werden  
47 zunehmend auch zu entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktoren. Wollen wir unseren  
48 Wohlstand bewahren und neuen schaffen, müssen wir Europäer\*innen nicht nur das Klima  
49 schützen, sondern auch diesen Wettbewerb annehmen.

50 Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und Industriepolitik, die  
51 Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut; die den Mut zu gezielten  
52 strategischen Investitionen aufbringt; die uns unabhängig macht von den Autokratien dieser  
53 Welt – und unser aller Leben damit krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb jetzt – von  
54 der Sonnenenergie aus Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die erneuerbaren  
55 Energien, die Stromnetze und das Wasserstoffkernnetz in ganz Europa ausbauen. Wir wollen ein  
56 modernes und funktionierendes Bahnnetz für ein klimaneutrales Reisen von Florenz bis  
57 Flensburg und von Budapest bis Barcelona fördern und unser Schienennetz damit wirklich  
58 gesamteuropäisch aufstellen. Wenn wir aus der Europäischen Union (EU) eine moderne  
59 Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die Produktion durch Industrie und  
60 Handwerk, um Strom und Wärme, um günstige Energie und klimafreundliche Mobilität für alle  
61 zu  
62 sichern – nachhaltig und auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt.

62 Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich die besten  
63 Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir Bürokratie abbauen, dann tun  
64 wir das, um die EU in den Dienst der Europäer\*innen, nicht der Paragraphen und Behörden zu  
65 stellen, ohne dabei Qualitätsstandards einzuschränken. Und wenn wir die Potenziale der  
66 Digitalisierung nutzen, dann tun wir das, um Daten im Sinne der Menschen in Europa nutzbar  
67 zu machen, nicht umgekehrt.

68 Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind wir es.  
69 Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben, die wirksam und  
70 wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und systemischer Konkurrenz  
71 gleichermaßen aufzunehmen.

72 Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die Sicherheit  
73 schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den Wohlstand und  
74 Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im Einklang mit der Natur und

75 dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der nicht die soziale oder geografische  
 76 Herkunft, der Zugang zu Bildung, weder eine Behinderung, noch das Geschlecht, oder die  
 77 religiöse Überzeugung über die Chance auf ein gutes Leben entscheiden. Alle Menschen sollen  
 78 am Wohlstand teilhaben und zu ihm beitragen können.  
 79 Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

## 80 1. Ein klimaneutrales Europa

### 81 **In Energiesicherheit investieren**

82 Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit effizienter und  
 83 nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale und Kostenvorteile der erneuerbaren  
 84 Energien auf dem gesamten Kontinent nutzt und miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare  
 85 Energien als Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis  
 86 2035 sollen sie den wesentlichen Beitrag dazu leisten, die europäische Energieversorgung auf  
 87 dem Weg zu 100 Prozent Klimaneutralität sicherzustellen. Denn nur die Erneuerbaren  
 88 garantieren eine unabhängige und auf Dauer günstige Energieversorgung, mit der Europa  
 89 langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir wollen, dass Deutschland auf diesem Weg  
 90 mit gutem Beispiel vorangeht.

91 Dazu brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa eine Steigerung der  
 92 Energieeffizienz und eine Dekarbonisierung im Verkehr, in der Industrie und in der  
 93 Wärmeversorgung, massive Investitionen in den Ausbau von Windkraft-, Fotovoltaik-, Solar-  
 94 und Geothermieranlagen, Energiespeichern aller Art, sowie Abwärmenutzung und  
 Wärmepumpen. In

95 Zukunft wollen wir dabei noch stärker europäisch zusammenarbeiten, um die notwendigen  
 96 Vorgaben kontinuierlich im Gleichklang weiter zu entwickeln.

97 Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er gebraucht wird,  
 98 wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische Stromnetz stärken und dabei vor  
 99 allem die Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein dezentrales,  
 100 stabiles und europäisch vernetztes Stromnetz macht uns widerstandsfähiger und erhöht unsere  
 101 Versorgungssicherheit. Das hat die Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten  
 102 Europas sich gegenseitig beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent  
 103 erneuerbare Energien fit machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer  
 104 irgendwo der Wind weht oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine europäisch integrierte  
 105 Netzplanung – insbesondere für grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der  
 Windenergie

106 in den Meeren der EU. In Zukunft müssen die Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze und  
 107 Wärmenetze zusammengedacht werden. Wir richten das Strommarktdesign, die Netzentgelte  
 und

108 die Regulierung von Energiespeichern aller Art zielgerichtet auf ein System aus 100%  
 109 erneuerbarer Energien und die Integration der Verkehrs-, Wärme- und Industriesektoren aus.

110 Das neue Strommarktdesign muss den Stromverbraucher\*innen erlauben, von den  
 Kostenvorteilen

111 der Erneuerbaren Energien zu profitieren und gleichzeitig die Refinanzierung der

112 Erneuerbaren Energien zu sichern. Der Preis von erneuerbarem Strom soll von den steigenden  
113 Kosten des Emissionshandels entkoppelt werden. Die dezentrale Natur der Erneuerbaren  
114 Energien erlaubt es vielen Menschen und Unternehmen, selbst Strom zu erzeugen.  
115 Eigenstromnutzung sollte durch vorteilhafte rechtliche Rahmenbedingungen begünstigt werden,  
  
116 da es nicht nur ihnen Kostenvorteile bringt, sondern auch die Netze und damit die  
117 Allgemeinheit entlastet.  
118  
119 Produktionsspitzen der erneuerbaren Energien, für die es im Stromnetz keine Verwendung gibt,  
120 sollen gemäß dem Grundsatz "Nutzen statt Abschalten" unkompliziert vor Ort genutzt werden  
121 können, beispielsweise für die Elektrolyse, in Batterien oder Wärmespeichern  
  
122 Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu  
123 Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet. An diesen  
124 Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen Energieregionen an. Jedoch wird  
125 Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima- und gesundheitsschädlichste Form der  
126 Energiegewinnung und hat deshalb keine Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen schaffen,  
um  
127 in der EU die Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen wir dabei,  
128 dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt. Neue  
129 Verpflichtungen zur Zahlung von Entschädigungen für den Ausstieg aus der fossilen  
130 Energiegewinnung lehnen wir ab.  
131  
132 Mit neuer Infrastruktur, Wirtschaftsförderung, Renaturierung und Innovationsförderung  
133 ermöglichen wir den betroffenen Regionen diesen Weg in die Zukunft. Unternehmen,  
Kommunen  
134 und vielfältige Bürgerprojekte sind entscheidend für den Erfolg dieses umfassenden  
135 Strukturwandels. So stellen wir sicher, dass der neu geschaffene Wohlstand bei den Menschen  
136 vor Ort ankommt und schaffen verlässliche Strukturen.  
  
137 Gleichzeitig hat uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, wie  
138 abhängig wir noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das mit sich bringt. In den  
139 kommenden Jahren ist im Einklang mit unseren Klimazielen deshalb auch ein endgültiger  
140 Abschied von der Erschließung neuer Öl und Gasfelder nötig.  
141  
142 In der Stromerzeugung wollen wir in Deutschland spätestens 2035 keine fossilen Brennstoffe  
143 mehr einsetzen. Wir unterstützen damit das Ende der Förderung von CO<sub>2</sub>-Quellen in Europa und  
  
144 auf der ganzen Welt. Parallel wollen wir unsere Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa  
145 so ausrichten, dass auch darüber hinaus die fossile Förderung und Verbrennung weltweit, im  
146 Einklang mit den Pariszielen, bis 2050 beendet werden kann. Wir können und werden das  
147 fossile Modell vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert mit grünem Wasserstoff  
148 ersetzen.  
  
149 Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energiegewinnung und sie ist nicht geeignet, die  
150 Klimakrise zu bekämpfen. Sie verstärkt Importabhängigkeiten, ist erheblich teurer als  
151 Erneuerbare, mit hohen Risiken verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre  
152 unzuverlässig. Wir setzen uns für Sanktionen auf die Importe von Uran und

153 atomwirtschaftlichen Geschäfte Russlands ein.

154

155 Atomkraftwerke sind nicht zuletzt eine Bedrohung für die Sicherheit der Bevölkerung in  
156 Kriegssituationen. Ihr Bau ist teuer und langwierig. Die Gefahr der atomaren Proliferation  
157 ist stets präsent, und der Müll wird noch unzählige nachfolgende Generationen belasten.  
158 Daher war die Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland ein zentraler  
159 Schritt hin zu einer zukunftsfesten und finanzierbaren Energieversorgung und ein großer  
160 Erfolg der Anti-Atombewegung.

161

162 Und aus diesen Gründen setzen wir uns in der EU gegen die Atomkraft als taugliche Form der  
163 Energiegewinnung ein. Es ist falsch, Atomenergie als nachhaltig einzustufen und sie aus EU-  
164 Mitteln zu fördern. Wir streben eine umfassende Reform des Euratom-Vertrages an, welche die  
165 Sicherheit von Rückbau und nuklearer Entsorgung zur zentralen Aufgabe macht und die wahren  
166 Kosten und Risiken im Preis abbildet.

167 Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien, weshalb wir  
168 Forschung und Entwicklung neuer Ideen vorantreiben und zum Beispiel Speichertechnologien  
169 oder Kernfusion weiter wissenschaftlich untersuchen wollen. Ob die Fusion oder andere  
170 Ansätze in der Zukunft einen Beitrag zur Energieversorgung leisten können, bleibt Gegenstand  
171 anhaltender Forschung, die immer auch Sicherheitsfragen mit betrachtet. Der beschleunigte  
172 Ausbau Erneuerbarer Energien muss unabhängig davon umgehend und konsequent umgesetzt  
werden,

173 denn er ist ein sicherer Weg zur Lösung der Klimakrise auch für die urbanen Ballungsräume  
174 der Zukunft.

### 175 **Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten**

176 Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber 1990 um rund  
177 ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis 2030 mindestens 55 Prozent  
178 ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen. Die kostenlose Zuteilung von  
179 Emissionszertifikaten an Sektoren, die künftig unter den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichmechanismus  
180 fallen, wird auslaufen. Durch diesen reformierten Emissionshandel wird ein schnellerer  
181 europäischer Kohleausstieg rentabel.

182

183 Wir haben die Ausbauziele für erneuerbare Energien verdoppelt. Und für fossile Energie,  
184 Stahl oder Chemieprodukte, die nach Europa importiert werden, muss bald an der Grenze ein  
185 Preis für ihren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf  
186 Elektrofahrzeuge um. Gebäude in der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches  
187 Heizen gesetzt. Damit hat Europa den richtigen Weg eingeschlagen.

188 Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen. Europa soll  
der

189 erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es kein Abrücken geben, und es  
190 muss zuverlässig erreicht werden. Es ist ein großer Erfolg, dass die EU auf den 1,5-Grad-  
191 Pfad einschwenkt. Wir wollen eine EU-Klimapolitik, die mit klaren Zwischenzielen  
192 ausgerichtet an den wissenschaftlichen Empfehlungen des Klimabeirates der EU sicher zur  
193 Klimaneutralität führt. Gleichzeitig wollen wir die europäische Klimapolitik auch in Zukunft  
194 so ausgestalten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht gefährdet wird. Das

195 Zwischenziel für 2035 wollen wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser Klimaabkommens  
196 international zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich hinterlegen.  
197 Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und die  
198 europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden. Auch der Sektor Landwirtschaft und  
  
199 Fischerei muss seinen Beitrag zur Reduktion der Emissionen leisten. Neben einer Bepreisung  
200 von Klimagasen müssen auch die GAP-Instrumente konsequent auf Klimaschutz ausgerichtet  
201 werden. Mit der Aufnahme von Methan in den Emissionshandel und der neuen  
Methanverordnung  
202 hat die EU wichtige Schritte unternommen, um dieses klimaschädliche Gas entsprechend seines  
  
203 insbesondere kurzfristig hohen Erwärmungspotenzials zu reduzieren. Nun braucht es schnell  
204 Vorgaben zum Aufspüren und Schließen von Methanlecks in der Vorkette und einen  
Schwellenwert  
205 für Importe von Kohle, Öl und Gas in die EU.

## 206 **Natürliche CO<sub>2</sub>-Senken und technologischen Fortschritt nutzen**

207 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas und rein in  
208 erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen wird es aber auch  
209 in Zukunft Emissionen geben, die nach heutigem Stand der Technologie gar nicht zu vermeiden  
210 sind, etwa in der Zementindustrie. In diesen Bereichen wollen wir technologische Chancen  
211 nutzen und das CO<sub>2</sub> direkt bei der Produktion abscheiden, in einer sicheren und stabilen Form  
212 speichern und gegebenenfalls im Rahmen geschlossener Kohlenstoffkreisläufe nutzen (Carbon  
213 Capture Use / Storage, CCU / CCS). Wo technisch nicht vermeidbare Emissionen entstehen, kann  
  
214 dies aktiv gefördert werden. Grundsätzlich gilt für die Finanzierung das Verursacherprinzip.  
215 Eine aktive Förderung von CCS für die Herstellung von blauem Wasserstoff in Deutschland  
216 lehnen wir ab. Die Energiewende sowie die Dekarbonisierung in der Industrie ist unsere  
217 Priorität. Dieser Schwerpunkt wird sich auch in der Förderung abbilden. Wir wollen einen  
218 europaweit einheitlichen Regelungsrahmen, einschließlich einem verbindlichen Haftungsrecht,  
219 dafür schaffen und eine integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer  
220 europäischer CO<sub>2</sub>-Speicher – entwickeln. Wir berücksichtigen dabei bestehende Nutzungen  
221 gerade auch auf dem Meer, verbindliche ökologische Kriterien sowie den Ausschluss von  
222 Schutzgebieten.  
  
223 In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger, auf den 1,5-  
224 Grad-Pfad zu kommen. Die prognostizierten Möglichkeiten, auf diesen Pfad zu kommen, setzen  
225 eine aktive Senkung der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre voraus. Es ist also  
226 unumgänglich, sie aktiv zu senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges Niveau  
227 einstellt. Dafür erforschen und entwickeln wir negative Emissionen – also natürliche und  
228 technische Prozesse, die der Atmosphäre mittelfristig CO<sub>2</sub> wieder entziehen. Intakte  
229 Ökosysteme sind unsere besten Verbündeten, denn vor allem Wälder, Auen, Moorböden und  
Meere  
230 sind natürliche CO<sub>2</sub>-Speicher. Der Schutz und die Wiederherstellung solcher natürlichen CO<sub>2</sub>-  
231 Senken hat auf diesem Weg für uns Vorrang. Sie beeinflussen über das Klima hinaus auch  
232 Wasserkreisläufe und das Wetter positiv. Deswegen benötigen wir kluge Regulierung und



233 verstärkte Förderung für den natürlichen Klimaschutz, die Landwirtschaft, den Humusaufbau,  
234 die Wiedervernässung von Mooren, Renaturierung von Auen und Seegraswiesen, die  
nachhaltige  
235 Verwendung von Holz, sowie die Wiederherstellung naturnaher, artenreicher und  
236 strukturreicher Wälder, die eine zugleich ökologisch und ökonomisch nachhaltige  
237 Bewirtschaftung in Zukunft befördern. Dafür braucht Europa ein umfassendes Paket  
238 "Natürlicher Klimaschutz" zur Umsetzung des Nature Restoration Law, das auch die  
239 rechtlichen Voraussetzungen für die beschleunigte Ausweisung von Voranggebieten für  
240 Renaturierung und natürlichen Klimaschutz schafft. Durch die Reduktion der Tierhaltung in  
241 Europa werden auch mehr Flächen für die Wiederherstellung der Natur gewonnen. Gleichzeitig  
242 wollen wir die Potenziale technischer Negativemissionen wie die Bioenergie mit CO<sub>2</sub>-  
243 Speicherung in der Anwendung prüfen und an Pilotprojekten evaluieren. Es gelten, wie bei  
244 anderen Technologien, die Prinzipien der Vorsorge und der Technikfolgenabschätzung. Die EU  
245 braucht klare Ziele für das Erreichen von Negativemissionen, ohne diese gegen die  
246 Emissionsreduktionsziele zu handeln.

### 247 **Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen**

248 Grüner Wasserstoff, also Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, kann Energie speichern und  
249 transportabel machen. Er ist ein wichtiger Bestandteil unserer zukünftigen  
250 Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger in vielen Fällen ersetzen, in denen  
251 Elektrifizierung keine Option ist. Die Produktion von grünem Wasserstoff in Zeiten von  
252 überschüssigem Wind- und Solarstrom hat zudem eine stabilisierende Wirkung bei der  
253 Integration von erneuerbaren Energien in unser Stromnetz. Wir wollen dafür sorgen, dass  
254 Europa Vorreiterin in der Wasserstoffwirtschaft wird. Um die derzeit recht hohen Kosten und  
255 Effizienzverluste bei der Wasserstoffproduktion und dem Transport zu senken, unterstützen  
256 wir auch weiterhin die Erforschung und Entwicklung in diesem Technologiebereich. Mit  
257 Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden Investitionsprogramm sorgen  
wir  
258 für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser Schlüsseltechnologie.

259 Wir wollen die Investitionen in ein neues transeuropäisches Wasserstoffkernnetz erhöhen, um  
260 durch die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur und den Bau von anschlussfähigen  
neuen  
261 Pipelines wie H2Med grünen Wasserstoff aus den sonnen- und windreichen Regionen Europas in  
262 die europäischen Industriezentren zu transportieren. Um die Netzausbaukosten zu minimieren  
263 und möglichst frühzeitig regionale Wasserstofferzeugung und -verwendung zu ermöglichen,  
264 beschleunigen wir parallel den Aufbau einer dezentralen Wasserstoffinfrastruktur. Diese  
265 verzahnen wir mit dem Ausbau der Stromnetze und einer sektorübergreifenden europäischen  
266 Speicherstrategie, die auch die Prozess- und Abwärmepotenziale der Industrie einbezieht. Das  
267 ist ein Bestandteil einer leistungsfähigen Infrastrukturunion.

268 Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen Wasserstoff und  
269 strategische Partnerschaften für dessen weltweiten Handel ein. Dank einer Vielzahl  
270 potenzieller Partnerländer, die wir auch nach Demokratie- und Menschenrechtslage evaluieren,  
271 können wir auf diesem Weg eine diversifizierte Energieversorgung sichern und einseitige  
272 Abhängigkeiten vermeiden. Durch faire Partnerschaften auf Augenhöhe, das Teilen von Know-  
273 how, bessere Zugänge zu erneuerbaren Energien und den Schutz der lokalen Wasserversorgung

ermöglichen wir es den Ländern des Globalen Südens, sich in die Wertschöpfungskette zu integrieren und von der grünen Energiezukunft zu profitieren. Wir setzen uns auf europäischer Ebene für hohe Standards für die Zertifizierung von grünem Wasserstoff ein. Den Import von Wasserstoff, der nicht mit erneuerbaren Energien synthetisiert wurde, wollen wir möglichst vermeiden.

Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff vorerst ein sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen setzen wir daher vorrangig auf Energieeffizienz und die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen, da sich grüner Strom so am effizientesten nutzen lässt. Wasserstoff wollen wir also priorisiert dort einsetzen, wo eine Elektrifizierung nicht oder nur sehr schwer möglich ist. Dazu gehören etwa die Produktion von Grundstoffen wie Stahl-, Glas-, Papier- oder Chemieerzeugnisse, der Schwerlasttransport sowie der interkontinentale See- und Luftverkehr. Zudem werden wir in der Zukunft grünen Wasserstoff bei geringer Solar- und Windenergiegewinnung sowie besonders hoher Last zur Stromerzeugung einsetzen, wenn dies ökonomisch geboten ist oder um die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien jederzeit sicherzustellen.

#### **Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen**

Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen verbunden. Dieser Prozess verlangt uns allen viel ab. Nicht nur deshalb muss klimaneutral immer auch sozial und geschlechtergerecht heißen. Deshalb wollen wir ein Klimageld schnellstmöglich einführen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden kann. Das Klimageld entlastet besonders Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die

ohnehin weniger CO<sub>2</sub> produzieren. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und Transportkosten betroffen sind. Der neue europäische Emissionshandel für Gebäude und Wärme wird Mehreinnahmen bringen. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten

mit diesen Einnahmen – wie etwa schon in Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden kann.

Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und Kommunen, ihre

Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist solidarisch und demokratisch, denn damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben es in der Bundesregierung erheblich vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu nutzen. Das soll europaweit gelten: Der Einsatz von Bürgerenergie soll noch finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir wollen europäisch besser verankern, dass Bürger\*innen an der Energiewende teilhaben können – indem

sie Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage direkt an ihre

311 Nachbar\*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien gespeicherte Energie  
 312 einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

313 Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch zukünftig  
 314 bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der europäischen  
 315 Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um insbesondere Gebäude in  
 316 energetisch schlechtem Zustand schnell und günstig von der Abhängigkeit von fossilen  
 317 Energieträgern zu befreien und die langfristige Bezahlbarkeit zu sichern. Hohe energetische  
 318 Standards für Neubauten sind hierbei ein weiterer wichtiger Baustein. Bei der Sanierung von  
 319 Bestandsbauten wollen wir durch gezielte Investitionen die Wohnkosten senken. Wir setzen  
 320 dabei vor allem auf Beratung sowie sozial gestaffelte und ausreichend große finanzielle  
 321 Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten kommunale Wärmepläne oder integrierte  
 322 Energie-Infrastrukturpläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare  
 323 gibt und wie beispielsweise Abwärme energieeffizient genutzt werden kann.. Wir möchten, dass  
 324 alle Mitgliedstaaten kommunale Wärmepläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es  
 325 für Erneuerbare gibt und wie Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann. Wir  
 326 treten zudem für strengen Emissionsschutz bei sämtlichen Anlagen ein, die  
 327 Verbrennungsprozesse nutzen, um das Recht auf saubere Luft zu sichern. Holz ist ein  
 328 wertvolles Naturmaterial, das in Häusern und Möbeln genutzt werden soll, auch als CO2-  
 329 Speicher. Im Rahmen einer Kaskadennutzung sollte die energetische Nutzung auf Rest- und  
 330 Abfallhölzer beschränkt werden.

331 Mit einem effizienten und gerechten Strommarktdesign, transparenten und möglichst geringen  
 332 Infrastrukturkosten, einer Flexibilisierung der Verbraucherseite sowie einem intelligenten  
 333 Lastmanagement kommen die Vorteile der günstigen erneuerbaren Stromerzeugung bei den  
 334 Verbraucher\*innen an. In einem ersten Schritt schützen wir durch die Umstellung der  
 335 Förderung von erneuerbaren Energien auf zweiseitige Differenzverträge mit Ober- und  
 336 Untergrenzen für die Erlöse der Stromerzeugung die Stromverbraucher\*innen vor hohen Kosten.

337 Dabei soll der Preis von erneuerbarem Strom von den steigenden Kosten des Emissionshandels  
 338 entkoppelt werden. Mit einer eindeutigen europäischen Regulierung von Energiespeichern aller  
 339 Art wollen wir deren Marktintegration vorantreiben und die dringend benötigten  
 340 Flexibilisierungspotenziale heben. Langfristig braucht es ein Strommarktdesign, das die  
 341 Refinanzierung der Erneuerbaren Energien sicher stellt und gleichzeitig dafür sorgt, dass  
 342 die Verbraucherinnen und Verbraucher von den Kostenvorteilen von günstigem Wind und  
 343 Sonnenstrom profitieren.

## 344 2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort

### 345 **In Innovation, Souveränität und Resilienz investieren**

346 Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine strategische  
 347 europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-Generation-EU (NGEU) hat  
 uns  
 348 in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt und stark dazu beigetragen, dass Europa  
 349 wirtschaftlich und politisch zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr 2026 droht  
 350 diese wichtige Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen. NGEU kann  
 uns

351 als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen  
352 Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

353 Wir wollen daher ab 2028 ein großes Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und  
354 Resilienz mit drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im Rahmen der  
355 Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst – mit  
356 einem  
357 voll ausgebauten, integrierten und an die sich verschärfende Klimakrise angepassten  
358 europäischen Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz. Zweitens wollen wir überall in Europa  
359 den klimaneutralen Umbau der Industrie genauso wie den Aufbau der Industrien von morgen  
360 fördern. Und drittens wollen wir unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaften  
widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien machen.

### 361 **Industriepolitik aktiv gestalten**

362 Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus kleinen,  
363 mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für unseren Wohlstand ist.  
364 Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind zwei Hebel für uns zentral:

365 Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regulierungsrahmen der EU  
366 für

Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat seinen eigenen Firmen  
367 unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in vielen Bereichen den Goldstandard auf  
368 der Welt setzen, leistet gerade für Deutschland als Exportland einen unschätzbaren Beitrag  
369 zu unserem Wohlstand. Ihn werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen verteidigen.

370 Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit ihrem  
371 Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer Produktionsstandorte für  
372 Schlüssel- und Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an: Für die EU gilt es,  
373 dem eine eigene aktive Wirtschafts- und Industriepolitik entgegenzusetzen, die auf Europas  
374 Stärken aufbauend Schlüssel- und Zukunftsindustrien zurückholt, entwickelt und skaliert. Sie  
375 setzt bei der Forschung an und reicht über die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften bis  
376 zur Unterstützung bei Investitionen. Dazu gehört einerseits eine Angebotspolitik, die  
377 Bürokratie abbaut und Anreize für private Investitionen setzt, andererseits starke  
378 öffentliche Förderprogramme etwa für Zukunftstechnologien wie Elektrolyseure, Solaranlagen,  
379 Windräder, Energiespeicher, E-Autos und Mikrochips. Denn wir wollen, dass Europa an der  
380 Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die Produkte der Zukunft in Europa erdacht und  
381 hergestellt werden. Ziel und Mission unserer Industriepolitik ist es, Jobs und Wohlstand in  
382 Europa zu sichern, indem wir den Standort Europa stärken und klimaneutral erneuern. Der  
383 Aufbau einer europäischen Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des  
384 Industriestandortes Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und  
385 Unabhängigkeit.

386 Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein Förderdschungel  
387 entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und unbürokratisch an die  
388 bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein entscheidender Wettbewerbsnachteil – etwa im  
389 Vergleich zu den USA. Wir treten für eine kohärente und leicht verständliche  
390 Industriepolitik ein, bei der auch Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand gehen. Dafür  
391 wollen wir relevante Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die europäische

392 Ebene verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die Lage versetzt  
393 wird, schnell und wirksam zu handeln. Zusätzlich müssen wir für die klimaneutrale Erneuerung  
394 der Industrie privates Kapital mobilisieren. Die Skalierung der erneuerbaren  
395 Energiewirtschaft braucht klare Ziele, ein strategisches Management der Wertschöpfungsketten  
396 und eine koordinierte europäische Strukturpolitik.

### 397 **Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten**

398 Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa gleichzeitig  
399 seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse komplett klimaneutral  
400 werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern und neue  
401 Wertschöpfungsmöglichkeiten in den Blick nehmen.

402 Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion. Dafür muss  
403 die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im europäischen  
404 Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und  
405 der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit Leben, damit genug grüne Energie zu  
406 wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa zur Verfügung steht. Bis das in ausreichendem  
407 Maß der Fall ist, wollen wir insbesondere mit geeigneten, an den Einsatz von erneuerbarem  
408 Strom geknüpften, Maßnahmen sicherstellen, dass auch energieintensive Unternehmen  
weiterhin  
409 in Europa produzieren können und den Übergang zur Klimaneutralität schaffen.

410 Unter anderem deshalb wollen wir die Unternehmen mit einem europäischen Programm zur  
411 Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu wollen wir einen europaweiten Einsatz von  
412 Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) aus dem EU-Haushalt finanzieren und  
413 somit in einem Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen finanziell fördern, die möglichst  
414 schnell und kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am meisten CO<sub>2</sub>  
415 einsparen. Dabei wollen wir alle Industriesektoren in den Blick nehmen. Zusätzlich wollen  
416 wir europäische grüne Leitmärkte für einige besonders energieintensive Produkte aus  
417 klimaneutraler Produktion wie etwa grünen Stahl schaffen. Dafür wollen wir beispielsweise  
418 bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl vorschreiben, die stetig  
419 ansteigt. Somit wird ein neuer Absatzmarkt geschaffen, der klimaneutrale Produktion über  
420 einen Marktmechanismus in Gang setzt. Außerdem wollen wir der Industrie die Flexibilisierung  
421 ihres Stromverbrauchs ermöglichen und entsprechende Anreize setzen, damit sie bereits heute  
422 von den Preisvorteilen der erneuerbaren Energien profitieren kann und die  
423 Netzinfrastrukturkosten gesenkt werden. Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von  
424 Produktionsprozessen auf klimaneutrale Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren  
425 erheblich beschleunigen, weil dies zu schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem  
426 Erhalt von industrieller Substanz und guten Arbeitsplätzen beiträgt.

427 Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und Nachhaltigkeitskriterien bei  
428 öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen Förderprogrammen wollen wir gezielt die  
429 Produktion dieser Produkte in Europa begünstigen. Langfristig wollen wir unsere Wirtschaft  
430 stärker am Gemeinwohl orientieren.

### 431 **Den Binnenmarkt stärken**

432 Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und hilft,  
433 Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler Hebel, die klimaneutrale  
434 Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er ermöglicht es den europäischen  
435 Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall in der EU anzubieten. Und  
Arbeitnehmer\*innen  
436 ermöglicht er, überall in der EU zu arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt stärken und  
437 vertiefen: Wo es in Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht mehr 27  
438 verschiedene befolgen.

439 Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft, übergeordnete Ziele zu  
440 erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie die  
441 Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen. Wir wollen den Binnenmarkt auch nutzen, um  
442 widerstandsfähiger gegenüber Krisen und unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden.

443 Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher\*innen und kleinen Unternehmen  
444 durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht verschärft. Ein solches Update  
445 braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür wollen wir das New Competition Tool  
446 wiederbeleben, das die Kommission schon einmal vorgeschlagen hatte.

447 Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht bekämpft und  
448 Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht den Erfolg des  
449 Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Allerdings steht Europa  
450 heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen Wettbewerb mit anderen Staaten, die  
451 sich nicht an diese Regeln halten. Gerade für die grünen Zukunftstechnologien muss die EU-  
452 Kommission deshalb einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den Mitgliedstaaten

453 eine aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei zugleich  
454 Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit bei  
455 Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen in den  
456 Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf Klimaneutralität  
457 und Kreislaufwirtschaft.

458 Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU die  
459 Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der europäischen  
460 Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um Mikroelektronik ermöglicht und  
461 koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit für Unternehmen müssen die Beihilfeverfahren  
462 gerade im Kontext der IPCEIs beschleunigt werden.

### 463 **Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten**

464 Eine stabile europäische Wirtschaft sichert unseren Wohlstand. Mit guten Arbeitsbedingungen,  
465 sicheren Jobs, anständigen Löhnen und Weiterbildung gewinnen und halten wir die dafür  
466 notwendigen Arbeits- und Fachkräfte. Das gilt gleichermaßen für akademisch ausgebildete  
467 Fachkräfte wie für solche mit einer Ausbildung in Handwerk, Industrie oder öffentlichem  
468 Dienst. Wir wollen, dass alle zum Wohlstand beitragen können - und er allen zugute kommt,  
469 die ihn erarbeiten. So wachsen wir aus der Mitte heraus. Davon hängt auch das Gelingen der

470 Energiewende ab. Das heißt auch: Mit Investitionen in Klimaschutz fördern wir gleichzeitig  
471 sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

472 Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote für alle  
473 bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer\*innen – und Fachkräfte von außerhalb  
474 gewinnen. Auch Geflüchtete, die zu uns kommen, sollten arbeiten dürfen und schnellen Zugang  
475 zu Sprachkursen haben.

476

477 Gleichzeitig müssen wir Frauen die Möglichkeit geben, sich voll einzubringen. In vielen EU-  
478 Ländern arbeiten Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder gar nicht. Wir brauchen  
479 auf EU-Ebene eine feministische Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zeitpolitik, die soziale  
480 Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und demokratischer Teilhabe mitdenkt.

481 Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch gut  
482 bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den Unternehmen und Betriebe  
483 aus Branchen, in denen bislang unterdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt sind, bei der  
484 EU-Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie überdurchschnittlich viele Frauen ausbilden  
485 bzw. beschäftigen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Betrieben werden wir neue  
Ideen

486 entwickeln, wie wir eine gleichberechtigte Teilhabe und Bezahlung der Geschlechter in der  
487 Wirtschaft ermöglichen können. Gleichzeitig wollen wir die Bezahlung, Arbeitsbedingungen und  
488 Anerkennung von überwiegend weiblich besetzten Berufsfeldern gezielt verbessern.

489

490 Menschen mit Behinderungen bieten mit ihren vielfältigen Kompetenzen ein großes  
491 Fachkräftepotenzial. Wir wollen einen Kulturwandel hin zu einer inklusiven  
492 Arbeitsmarktpolitik und auch die EU-Förderprogramme stärker darauf ausrichten. Die  
493 gesetzlichen Vorschriften zur Beschäftigung und Ausbildung von Menschen mit Behinderung  
494 sowie zum barrierefreien Arbeitsplatz wollen wir konsequent durchsetzen.

495 Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen um Fachkräfte. Vom Bauingenieur über die  
496 Handwerkerin bis zum Pfleger im Krankenhaus. Wir setzen uns daher für eine umfassende EU-  
497 Fachkräftestrategie ein. Bei der Anwerbung aus Drittstaaten sollte die EU-Blue-Card-  
498 Initiative auf nicht-akademische Berufe ausgeweitet werden, sofern ein konkretes Jobangebot  
499 zu marktüblichen Konditionen vorliegt. Gleichzeitig kann Anwerbung und Migration von  
500 Fachkräften auch zu ernsthaften Herausforderungen für die Herkunftsregionen führen. Unser  
501 Ziel ist deswegen, dass die EU verstärkt in eine partnerschaftliche Ausbildung von  
502 Fachkräften investiert - zum Vorteil des Arbeitsmarkts im Herkunftsland wie auch in Europa.

503 Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr Auskommen,  
504 wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer klimaneutralen  
505 Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, attraktiven Aus- und  
506 Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit  
507 zusammenbringen, gerade in noch strukturschwachen Regionen. Unsere Industriepolitik bietet  
508 dafür einen Hebel: Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln, dass  
509 Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife befolgt  
510 werden.

## 511 3. Stabile Finanzen

### 512 **Europa finanziell wappnen**

513 Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre finanzielle  
 514 Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir auch zu einem  
 relevanten  
 515 Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können. Diesen Anspruch wollen wir endlich  
 516 erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren sind weitreichende Entscheidungen zur  
 517 Finanzierung unserer gemeinsamen europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-Jahre zu  
 518 treffen.

519 Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle Ausstattung der  
 520 EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge verbessern. Für die  
 521 Bewältigung großer Herausforderungen haben sich zudem auch gemeinsame europäische  
 Anleihen  
 522 bewährt. Zweitens muss die EU deutlich mehr Handlungsspielraum im Einsatz ihrer Mittel  
 523 bekommen, um sie für gemeinsame Investitionen in strategisch wichtigen Bereichen wie der  
 524 Industriepolitik und für eine Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir  
 525 sowohl für einen starken Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der  
 526 EU, als auch für ein neues großes Investitionsprogramm streiten.

527 Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen deutlich  
 528 aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt, gezielt die  
 529 Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den entscheidenden Feldern der  
 530 Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die Ausgaben im MFR kritisch auf ihre Wirkung hin  
 531 überprüfen. Das betrifft insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten die  
 532 Ausgaben verwalten.

533 Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU voraus. Gerade  
 534 in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer nicht nur aus den Beiträgen der  
 535 Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch eigene Einnahmen, die ihre finanzielle  
 536 Ausstattung langfristig sichern. Dafür wollen wir das Prinzip festschreiben, dass Einnahmen,  
 537 die infolge europäischer Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem EU-Haushalt  
 538 zugutekommen.

539 In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der möglichen  
 540 Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt zugutekommen. Auch  
 die  
 541 Einnahmen aus dem neuen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) sollen zu 75 Prozent  
 dem EU-  
 542 Haushalt zufließen.

543 Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu einer  
 544 Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den bereits 2020 von Rat  
 545 und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln in die Tat umsetzen. Dabei muss  
 546 die Finanzierung der notwendigen nationalen Klimafinanzierung in den Mitgliedstaaten  
 547 sichergestellt werden.



## 548 **Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen**

549 Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Grundvoraussetzung für  
 550 Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in Europa. Doch die Architektur der  
 551 Währungsunion ist weiterhin unvollständig und Europa damit weiter anfällig für Krisen. Das  
 552 wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket ändern.

553 Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz verstetigen  
 554 wir die gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit der  
 555 Überführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen und der  
 556 Umstellung auf Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in Krisen ab und  
 557 etablieren endlich eine gemeinsame europäische parlamentarische Kontrolle über zukünftige  
 558 EU-Hilfsprogramme.

559 Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-Kurzarbeitergeldes  
 560 SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in Krisenzeiten, damit die Mitgliedstaaten  
 561 Jobs sicher schützen können. Wir wollen die Banken- und Kapitalmarktunion vollenden, damit  
 562 Europa von einer Währungsunion zu einer echten Wirtschaftsunion wird. Indem wir strukturelle  
 563 Hindernisse für grenzüberschreitende Kapitalströme abbauen, verbessern wir die  
 564 Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), setzen Potenzial für  
 565 Investitionen frei und machen zugleich unser Finanzsystem robuster.

566 Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die  
 567 Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen Ländern  
 568 jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen und Wachstum schaffen.  
 569 Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln sind zu restriktiv formuliert und haben in der  
 570 Summe notwendige Investitionen in vielen EU-Mitgliedstaaten verhindert, während sie  
 571 gleichzeitig für die Europäische Kommission nicht mehr sinnvoll und nachvollziehbar  
 572 anwendbar waren. Deshalb streiten wir für eine ambitionierte Reform, die mehr Transparenz  
 573 und mehr Spielraum für Investitionen schafft, und deren Ergebnis von der Kommission  
 574 konsequent durchgesetzt wird.

575

576 Zu einer krisenfesten Währungsunion gehört auch, dass alle Mitgliedstaaten innerhalb der  
 577 Gemeinschaft möglichst ausgewogene Leistungsbilanzen haben, um gefährliche  
 Ungleichgewichte

578 zu vermeiden, die etwa durch Unterbietungswettbewerbe bei Löhnen, Steuern und sozialen  
 579 Sicherungssystemen entstehen können.

580 Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Buchgeld der  
 581 Geschäftsbanken und zum Bargeld, welches weiterhin als barrierefreies Zahlungsmittel möglich  
 582 bleiben wird. Der digitale Euro befördert die Digitalisierung der Wirtschaft und ermöglicht  
 583 Verbraucher\*innen digitalen Zugriff auf sicheres und wertstabiles Zentralbankgeld. Als  
 584 öffentliches Gut kann er einen wertvollen Beitrag zur finanziellen Inklusion, zur  
 585 Souveränität der EU und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im digitalen Zeitalter  
 586 leisten.

## 587 **Finanzmärkte verantwortungsvoll gestalten**

588 Unsere Wirtschaft und Gesellschaft sind auf funktionierende Finanzmärkte angewiesen. Wir  
 589 wollen die Verantwortung aller Finanzmarktakteure stärken - für Investitionen von

590 Unternehmen, für Arbeitnehmer\*innen, für das Gemeinwohl. Über starke  
Finanzmarktregulierung

591 wollen wir Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel Wohnen und Gesundheit, vor Spekulation  
592 schützen. Um Spekulationen und die Orientierung an kurzfristigen Zielen an den Finanzmärkten  
593 einzudämmen, wollen wir eine Finanztransaktionssteuer einführen.

594

595 Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das Finanzsystem  
596 resilienter werden und konsequent an den europäischen Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet  
597 sein. Dazu braucht es klare Regeln gegen Greenwashing. Jede Finanzierungsentscheidung ist  
598 eine Entscheidung über die Wirtschaft der Zukunft und muss deshalb auch mit unseren  
599 Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sein.

600 Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen von  
601 Unternehmen und Bürger\*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine weitere  
602 Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer deutlich höheren  
603 ungewichteten Eigenkapitalquote von mindestens 10%, regelmäßigen Stresstests und der  
604 Vollendung der Bankenunion stellen wir die Banken stabil auf. Die wechselseitige  
605 Abhängigkeit von Staaten und Banken soll reduziert werden. Deshalb setzen wir uns auf  
606 europäischer Ebene dafür ein, Konzentrationsrisiken in Bankbilanzen, auch durch  
607 Staatsanleihen, weiter einzudämmen. Mit einer europäischen Einlagenrückversicherung, die den

608 Erhalt der Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt,  
609 einem funktionierenden Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit  
610 Privatkund\*innen vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern, dass  
611 Kreditinstitute im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen. Indem wir  
612 Banken verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu reduzieren,  
613 sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität steht.

614 Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie Ratingagenturen,  
615 Versicherer und Pensionsfonds Klima- und Biodiversitätsrisiken offenlegen und  
616 berücksichtigen. Wir setzen uns dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen Gesetzgebung  
617 ein, um unnötige Bürokratie – insbesondere bei kleineren Unternehmen – zu verhindern.

618 Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung umweltverträglicher  
619 Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es falsch, Atomenergie und Erdgas als  
620 nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist aber komplexer als ein binäres Ja oder Nein, denn  
621 dafür brauchen wir auch starke und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-Autos oder  
622 Windräder, die bisher in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir zukünftig besser  
623 abbilden. Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen, damit  
624 Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend finanziert werden.  
625 Darüber hinaus wollen wir die Vorschläge der EU Kommission zur Ausgestaltung sozialer  
626 Instrumente, etwa einer sozialen Taxonomie, aktiv begleiten, um Investitionen auch stärker  
627 in soziale Sektoren zu lenken.

628 Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich an  
629 Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die Finanzaufsicht hat mit  
630 dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch nicht Schritt gehalten. Um das  
631 Vertrauen der Anleger\*innen zu festigen, wollen wir deshalb die europäischen  
632 Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden Kompetenzen gegen Greenwashing ausstatten und

ein

633 staatliches Labelsystem für nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher\*innen sollen  
634 Klarheit haben, welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen Modernisierung unserer  
635 Wirtschaft leistet.

636 Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das Vertrauen  
637 der Sparer\*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch Provisionen haben dafür  
638 gesorgt, dass Sparer\*innen viel zu oft teure, riskante oder unpassende Finanzprodukte  
639 verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in der Finanzberatung mittelfristig keine  
640 Rolle mehr spielen und jedem den Zugang zu unabhängiger provisionsfreier Beratung  
641 ermöglichen. Nur so können wir die Potenziale der Kapitalmarktunion für alle zugänglich  
642 machen. Missverständliche Formulierungen, unzureichende Labels sowie intransparente  
643 Funktionsweisen von Finanzprodukten wollen wir unterbinden.

644

645 Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und  
646 Entwicklung (EBRD) sollen durch einen politisch geschärften Auftrag eine noch stärkere Rolle  
647 in der Förderung der klimaneutralen Erneuerung der Wirtschaft spielen.

## 648 4. Steuergerechtigkeit

### 649 **Steuerhinterziehung bekämpfen**

650 Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle ihren fairen

651 Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für Krankenhäuser, für eine gute Bus- und  
652 Bahninfrastruktur. Mutige Whistleblower\*innen und unabhängige Medien haben in den letzten  
653 Jahren eine ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben belegt, wie  
654 Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in  
Niedrigsteuerländer

655 zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen und Steueroasen bis hin zu  
656 Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast auf die Bürger\*innen und besonders  
657 kleine und mittlere Unternehmen ab, die rechtmäßig ihre Steuern zahlen. Schätzungen zufolge  
658 verursacht Steuermissbrauch EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170 Milliarden Euro.  
659 Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme. Die EU kann

660 hier einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

661 Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von Gewinnen  
in

662 Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht strengere Kriterien, um  
663 sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen wirklich vollständig wird. So fehlen  
664 aktuell namhafte Steueroasen wie beispielsweise Singapur. Länder mit einem Steuersatz von  
665 null Prozent müssen automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie beispielsweise  
666 Bermuda oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die Liste gesetzt  
667 wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch getroffen werden.

668 Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden wesentlich  
669 verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen zu stärken. Wir  
670 begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst werden sollen.

671 Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur existieren, um  
672 Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, den  
673 entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und ohne ihn abzuschwächen  
anzunehmen –

674 die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit Vorreiterin. Wir wollen außerdem künstliche  
675 Intelligenz zur Aufdeckung von Steuerbetrug und zur Erkennung von Schlupflöchern  
676 diskriminierungsfrei einsetzen.

677 Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es sich beim  
678 Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung in  
Niedrigsteuerländer.

679 Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur Einführung eines EU-weiten Systems  
680 für die Quellensteuer auf Dividenden und Zinszahlungen und setzen uns für einen weiteren  
681 Schritt ein – einen EU-weiten Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen wir das  
682 Problem von Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der EU angehen.

### 683 **Steuerdumping beenden**

684 Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb zwischen den EU-  
685 Mitgliedstaaten bei den Körperschaftssteuersätzen erschweren faire Wettbewerbsbedingungen  
im

686 Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die Steuergesetzgebung Schritt halten mit  
neuen

687 Geschäftsmodellen, die internationaler, komplexer und digitaler geworden sind. So  
688 profitieren die großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie Daten, Wissen  
689 oder Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen Niederlassung  
oder

690 Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die Nutzer\*innen digitaler Dienste  
691 verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der Bäckerladen um die Ecke einen deutlich  
692 höheren Steuersatz zahlt als ein internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen müssen ihren  
693 gerechten Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

694 Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist ein großer  
695 Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs auf Ebene der  
696 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – endlich auf eine  
697 Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen von 15 Prozent geeinigt. Damit  
können

698 sie sich einem Mindeststandard an Besteuerung nicht mehr entziehen. Die Umsetzung in den  
699 Mitgliedstaaten und der Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen zur  
700 Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die  
Mindestbesteuerung

701 ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen Steuersystems. Er reicht aber  
702 noch nicht aus, damit die großen Digitalunternehmen, der E-Commerce oder multinationale  
703 Unternehmen in Europa fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene aktuell

704 stockenden Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein, sollte die EU-  
705 Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

706 Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für alle sichtbar  
707 macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene Steuerberichterstattung von  
708 Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein Meilenstein. Wenn große Unternehmen  
709 offenlegen, wie viel Steuern sie in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen, führt das zu  
710 einer besseren Kontrolle ihrer Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle Länder  
711 erfasst. Wir werden darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur Überprüfung der  
712 Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite Aufschlüsselung  
713 relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen Steuerwettbewerb zwischen den

714 EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es darüber hinaus ein klares Rahmenwerk der EU für  
715 Steuerbegünstigungen, die einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

716

717 Wir setzen uns dafür ein, die marktdominierende Stellung der großen  
718 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zu adressieren. Dafür braucht es eine klare Trennung  
719 zwischen Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung, vermehrte Joint Audits und eine nachhaltige  
720 Reduktion der finanziellen Verknüpfung zwischen Prüfern und den zu prüfenden Unternehmen.

## 721 **Gemeinwesen solidarisch finanzieren**

722 Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliarden Gewinne von Unternehmen einen  
723 fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch zu finanzieren, Klimaschutz  
724 und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen. In der ganzen EU hat die  
725 starke Ungleichverteilung und Konzentration insbesondere von Vermögen weiter zugenommen.

726 Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik  
727 handlungsfähig sein. Wir unterstützen die Mitgliedstaaten bei der Einführung und Umsetzung  
728 von geeigneten Maßnahmen zur Reduzierung der Vermögensungleichheit. Vorstöße gegen  
729 Steuerdumping und Steuerflucht werden immer wieder durch Vetos einzelner EU-  
Mitgliedstaaten

730 verhindert. Wir wollen die bestehenden Möglichkeiten der Verträge ausschöpfen, qualifizierte  
731 Mehrheitsentscheidungen zu treffen. Perspektivisch eröffnet die Überwindung des  
732 Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen Handlungsspielraum.

733 Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch hohe  
734 Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen Gewinnen einiger  
735 Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die durch sprunghaft  
gestiegene

736 Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass sich die EU in dieser Situation auf eine  
737 Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch die die großen Energiekonzerne einen Krisenbeitrag an  
738 die Gesellschaften zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der gegenwärtigen Inflation  
739 wurde durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene Produktionskosten  
740 gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument einer gegebenenfalls progressiv ausgestalteten  
741 Übergewinnsteuer auch für andere Bereiche fest zu verankern, um in ökonomischen  
742 Sondersituationen die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Schlupflöcher wie das  
743 Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere Geschäftsjahre oder die Gewinnverlagerung ins

Ausland

744 müssen geschlossen werden.

## 745 5. Innovationskraft und Bürokratieabbau

### 746 **Europäische Forschung an der Weltspitze verankern**

747 Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen  
748 unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres gesamten Kontinents und darüber  
749 hinaus. Deswegen ist eine europäische Wissenschafts- und Forschungspolitik, die Menschen und

750 Institutionen aus ganz Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien Wissenschaft  
751 unterstützt, ein Schlüsselement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Wir wollen,  
752 dass die nächsten großen Durchbrüche in den Bereichen der klimafreundlichen Mobilität, der  
753 Informationstechnologie oder der Behandlung von Krankheiten wie ME/CFS, Krebs oder  
Alzheimer

754 in Europa erdacht und produziert werden. Daher müssen die Ausgaben für Forschung und  
755 Entwicklung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Europa deutlich steigen.

756 Im Zentrum steht dabei das Programm Horizon Europe, das die Forschungsaktivitäten der EU  
757 bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei Antragsteller\*innen sehr beliebtes  
758 Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen sucht. Wir wollen seinen Umfang im nächsten  
759 europäischen Finanzrahmen ausbauen.

760 Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die missions-  
761 und anwendungsorientierte Forschung und den Transfer beinhalten. Zentral dafür ist die  
762 Klimaforschung, für die wir im laufenden Zyklus von Horizon Europe eine feste Quote von 35  
763 Prozent für die europäische Klimaforschung verankern konnten. Künftig wollen wir auch eine  
764 wesentlich stärkere Förderung für die Biodiversitätsforschung etablieren. Wir treten für  
765 eine gut ausgestattete Grundlagenforschung ein – etwa im European Research Council, der  
766 Exzellenzforschung par excellence. Die für Forschende so wichtige Marie-Sklodowska-Curie-  
767 Mobilitätsförderung wollen wir verstetigen. Wir machen uns auch weiterhin dafür stark, dass  
768 Sozial- und Geisteswissenschaften einen festen Platz in der EU-Förderkulisse bekommen und  
769 dabei auch kritische Wissenschaften Berücksichtigung finden, denn sie sind von hoher  
770 Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und Demokratie. Indem sie ein  
771 besseres Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge und Notwendigkeiten schaffen, helfen  
772 sie dabei die multiplen Krisen mit ganzheitlichen Lösungsansätzen zu bewältigen. Der  
773 völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine lehrt uns, dass die  
774 Friedensforschung und die Forschung rund um die Länder Osteuropas, des Südkaukasus und  
775 Zentralasiens intensiviert werden müssen. Die Zusammenarbeit europäischer und ukrainischer  
776 Hochschulen wollen wir fördern. Open Access, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse und  
777 Forschungsdaten auffindbar, zugänglich, interoperabel und wiederverwendbar sein sollen,  
778 wollen wir als Prinzip von Horizon Europe weiterhin stärken und in internationaler  
779 Zusammenarbeit unterstützen.

780 Horizon Europe ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was den  
781 Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den Anspruch: Horizon  
Europe

782 muss zugänglicher und internationaler werden. Hierfür wollen wir die Antragsverfahren  
783 vereinfachen, entbürokratisieren und weitere Partnerländer einbinden. Bei  
784 Wissenschaftskooperationen mit außereuropäischen Partner\*innen gilt es, europäische  
785 technologische Souveränität zu schützen und Wissenschaftsfreiheit zu garantieren.

786

787 Gute Politik orientiert sich an nachprüfbaren Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen.  
788 Wir setzen uns für Standards und Transparenzrichtlinien bei der Beauftragung von  
789 wissenschaftlichen Studien und Gutachten ein.

## 790 **Aus Ideen Wohlstand machen**

791 Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender Bedeutung. Wir  
792 wollen Ideen auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen. Innovationen sind ein  
793 entscheidender Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen.

794 Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte Forschung, die  
795 uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen und ihre Ursachen zu  
796 verstehen: Wir brauchen beispielsweise einen schnelleren Roll-out der erneuerbaren Energien,  
797 effektive Behandlungen für Krebs, smarte digitale Lösungen und Konzepte gegen soziale  
798 Ungleichheit. Die Missionen von Horizon Europe sollen sich weiterhin insbesondere am Green  
799 Deal orientieren. Um sie umzusetzen, wollen wir Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft  
800 und die Wirtschaft zusammenbringen.

801 Innovationspolitik ist ein wichtiger Teil unserer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik.  
802 Wir wollen die transferorientierten Programmbestandteile von Horizon Europe so ausbauen,  
803 dass die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer Umsetzung unterstützt werden. Um die Teilnahme  
an  
804 Förderprogramme auch für KMU, kommunale Institutionen und NGOs attraktiver zu machen, soll

805 die Beantragung und die Dokumentation der Projekte möglichst vereinfacht werden.

806 Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen, in denen  
807 Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und die öffentliche Hand gemeinsam an den notwendigen

808 Lösungen für die Zukunft arbeiten. Solche Cluster von Forschung, Lehre und Praxis sind  
809 zentral, um Innovationen zu fördern, schneller in die Anwendung zu bringen und vor Ort  
810 klimaneutralen Wohlstand zu schaffen. Dabei sollen neben den Universitäten auch die  
811 Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Fachhochschulen in den Blick genommen  
werden.

812 Bislang profitieren diese von der EU-Förderung häufig nicht im selben Maße wie  
813 Universitäten, sind aber besonders in der anwendungsnahen Forschung sehr stark. Um das zu  
814 verbessern, wollen wir die Antrags- und Finanzierungsbedingungen der einschlägigen  
Programme  
815 in den Blick nehmen.

816 Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies gilt  
817 beispielsweise für die Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC), die sich besonders der  
818 Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder Weiterbildungsprogrammen. Durch

819 eine Stärkung des Wissensdreiecks von Hochschulbildung, Forschung und Innovation können wir  
 820 möglichst vielen eine Chance geben, sich in zentrale Zukunftsthemen einzubringen.

821 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem relevanten  
 822 Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von öffentlich-privaten  
 823 Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der Industrie verwalten. Wir möchten  
 824 hier eine Transparenzinitiative starten, bestehende Partnerschaften überprüfen und  
 825 sicherstellen, dass Hochschulen, Forschungsinstitute und Gründer\*innen stärker von diesen  
 826 Förderinstrumenten profitieren. Neben den bewährten Forschungsformaten sind auch  
 827 Langzeitstudien ein wichtiger Beitrag zu einer ausgewogenen Forschung.

828

829 Raumfahrt ist entscheidend für Europas technologische und strategische Souveränität. Europa  
 830 muss deshalb eine führende Rolle in der Raumfahrt spielen und braucht einen unabhängigen  
 und  
 831 zuverlässigen Zugang zum Weltraum. Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit der  
 832 Raumfahrtindustrie unter dem Grundsatz "New Space", etwa durch die Förderung neuer  
 833 Technologien und einen europäischen Launcher-Wettbewerb. Wir fördern das EU-  
 834 Weltraumprogramm, die Europäische Weltraumorganisation (ESA) und das  
 835 Astronaut\*innenprogramm. Mit einem europäischen Weltraumgesetz gehen wir international  
 836 voran, gewährleisten Nachhaltigkeit und schaffen Wachstumschancen und Rechtssicherheit für  
 837 europäische Unternehmen.

### 838 **Mit Europäischen Start-ups durchstarten**

839 Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges Gründungsgeschehen. Hier  
 840 entstehen Start-ups und Geschäftsmodelle von morgen. Dafür muss Gründen einfacher und  
 841 schneller werden. Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedstaat One-Stop-Shops  
 842 gibt. Dort finden Gründer\*innen Begleitung und Beratung aus einer Hand. Ein digitaler Kompass  
 843 soll einen Überblick über alle Förderprogramme für Gründer\*innen bieten. Mit einem Klick  
 844 ohne Umwege zur Antragstellung - das ist unser Ziel.

845 Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für junge Unternehmen, damit der  
 846 Know-How-Transfer in der EU besser koordiniert wird. Mit einer europäischen Start-up  
 847 Strategie bündeln wir wichtige Maßnahmen für besseren Zugang zu Wagniskapital, zur  
 Gewinnung  
 848 von Talenten und zu öffentlichen Aufträgen für junge Unternehmen. Dabei soll auch das  
 849 Potential von unterrepräsentierten Gruppen, insbesondere Frauen und Menschen mit  
 850 Migrationsgeschichte besser genutzt und unterstützt werden, so dass ihre Ideen gerechte  
 851 Chancen auf Umsetzung haben.

852 Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit anderen EU-  
 853 Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein, um Gründungen in der  
 854 Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir regelmäßige europäische  
 Matching  
 855 Hubs ins Leben rufen, die private Investor\*innen mit Gründer\*innen an einen Tisch bringen,  
 856 eine Messe für Geschäftsmodelle der Zukunft. Eine gute Innovationsförderung besteht auch



857 darin, gute und verlässliche Arbeitsbedingungen in Wissenschaft und Wirtschaft umsetzen und  
858 nachhaltig zu sichern.

859 Für die Stärkung innovativer Start-ups und klimafreundlicher Industrie, gerade in  
860 grenzüberschreitenden Regionen, möchten wir den Europäischen Fonds für regionale  
861 Entwicklung (ERDF) ausbauen und verstärkt nutzen.

## 862 **Mittelstand und Handwerk fördern**

863 Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und  
864 des Handwerks sind Motor der europäischen Wirtschaft. Gerade in den ländlichen Räumen  
865 bieten  
866 das Handwerk und KMU Arbeitsplätze und Stabilität. Sie entwickeln, produzieren, installieren  
867 und warten beispielsweise Zukunftstechnologien wie Solaranlagen und Wärmepumpen. Europa  
868 lebt  
869 vom Miteinander und den Problemlösern vor Ort. Gerade aber KMU, von Industrie bis Handwerk,  
870 werden im Verhältnis besonders stark durch die Einführung neuer Regelungen und  
871 bürokratische  
872 Hürden bei Förderprogrammen belastet. Wir werden deshalb die KMU-Tests verbessern und  
873 konsequent anwenden, mit denen die Auswirkungen von neuen Gesetzen auf KMU  
874 entsprechend dem  
875 „Think small first“ Prinzip immer vorab überprüft werden, und entsprechend entlastende  
876 Anpassungen vornehmen. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und  
877 Übergangsfristen für KMU in neuen Gesetzen ein und unterstützen bei der Umstellung. Die  
878 Ausbildung in den Handwerksbetrieben fördern wir besonders. Durch vereinfachte  
879 Antragsverfahren und reduzierte Berichtspflichten erleichtern wir den Zugang von KMU zu  
880 Förder- und Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von festgelegten KMU-Quoten stellen wir  
881 sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich zugutekommen. Die Förderlandschaft in  
882 der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit nationalen Förderinstrumenten verzahnen.  
883 Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in der Praxis  
884 als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller Regulierungen ein, um  
885 bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder  
886 zu streichen. Wir bevorzugen, wenn möglich und gleich effektiv, eine gestufte und flexible  
887 Regulierung für Unternehmen anstatt einer harten Regulierung. Beispielsweise wollen wir die  
888 Meldepflicht bei touristischen Übernachtungen und die A1-Bescheinigungen durch einen  
889 praktikableren Ansatz mit pragmatischen Lösungen für kleine Betriebe ersetzen.  
890 Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung. Dadurch  
891 können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und Anträge leichter  
892 gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen so weit wie möglich digital erfolgen.  
893 Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung von  
894 europäischen und nationalen Behörden soll das Once-Only-Prinzip eingeführt werden, damit  
895 Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im Rahmen der  
896 datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu können. Die  
897 Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend abschaffen.

## 894 6. Digitale Souveränität

### 895 **Europa digital fit machen**

896 Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer Zeit. Sie  
897 erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung, Gesundheit oder Energie völlig  
898 neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung und für  
899 die Vereinfachung vieler Aufgaben für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über das  
900 Management von Lieferketten in der Industrie bis hin zur Erforschung und Therapie schwerer  
901 Krankheiten. Wir wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch vernetzten und  
902 resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

903 Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer  
904 emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger\*innen befähigt und Freiheit stärkt, und einer  
905 Digitalisierung, die aus wirtschaftlichen oder politischen Interessen Bürger\*innen  
906 entmündigt und Überwachung fördert. Europa muss sich in diesem Wettstreit selbstbewusst  
907 positionieren und einen großen Schritt machen, um attraktiver Standort für Talente und  
908 innovative Unternehmen zu sein und so die rasante digitale Entwicklung mitzugestalten. Wir  
909 wollen deshalb die digitale Souveränität Europas sichern, stärken und ausbauen.

910 Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine resiliente und  
911 klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze, Mobilfunknetze, Knotenpunkte,  
912 Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler Lieferketten zählen. Wir wollen vermehrt die  
913 Entwicklung und Produktion von Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben, sei es die  
914 Produktion und Entwicklung von Halbleitern, Satellitenkommunikation oder Mobilfunktechnik.  
915 Die Anbindung an die globale Netzinfrastruktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten,  
916 wollen wir mit starken europäischen Akteuren gestalten.

917

918 Digitale Souveränität bedeutet die Entwicklung und Anwendung von Schlüsseltechnologien wie  
919 Künstlicher Intelligenz, Quantencomputing und -kommunikation in Europa. Auch hier können wir

920 auf starke europäische Unternehmen in verschiedenen Sektoren setzen und stärken diese  
921 Entwicklung mit einer Bündelung von Maßnahmen zum Beispiel zielgerichteten Investitionen im  
922 Rahmen des Investitionsprogramms für Innovation, Souveränität und Resilienz.

923

924 Dabei setzen wir uns, wo immer es möglich ist, für die Bevorzugung von freier und  
925 quelloffener Software und Open Data Lösungen ein. Gerade bei kritischen Infrastrukturen muss  
926 die Europäische Kommission gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten dafür sorgen, dass es  
927 europäische Standards zur IT-Sicherheit ohne Hintertüren und innovative digitale Angebote  
928 "made in EU" gibt, beispielsweise Software zur Steuerung von Energie- und Wasserversorgung,  
929 Bahninfrastruktur oder auch Krankenhausinformationssystemen.

930 Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben mitzudenken. Wir  
931 wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im legislativen Prozess  
932 berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen schneller und effizienter erbracht  
933 werden. Vor allem kann die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse helfen, politische Regeln  
934 – vom Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der wirtschaftlichen Praxis  
935 handhabbar zu machen.

## 936 **Künstliche Intelligenz europäisch gestalten**

937 Die Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine riesige Chance für  
938 viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser Leben vereinfachen und  
unseren  
939 Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag, Bildung und Wissenschaft, Verwaltung und  
940 Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-gestützte Verfahren können dabei helfen,  
941 den Einsatz von Wasser sowie Pestiziden zu verringern und gleichzeitig den Ernteertrag  
942 erhöhen. Sie schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit.

943

944 Gleichzeitig zeigen sich durch die rasanten Fortschritte von KI neue Risiken. Diese reichen  
945 von großflächigen Cyberattacken durch KI-unterstützte Schwachstellensuchen über die  
946 strukturelle Benachteiligung von gesellschaftlichen Gruppen bis zu Risiken wie fehlerhaften  
947 Situationsbewertungen beim autonomen Fahren. Wir wollen KI nach unseren gemeinsamen  
Werten  
948 einsetzen, um einen effektiven Schutz der Menschenrechte und Gleichberechtigung zu  
949 gewährleisten. Wir unterstützen daher Forschung und Technologiefolgenabschätzung, die die  
950 Einführung dieser Technologie begleiten sollen, und setzen uns für eine Regulierung nicht  
951 nur auf europäischer sondern auch auf globaler Ebene ein. Wir unterstützen den Ansatz, KI-  
952 Anwendungen hinsichtlich ihres potenziellen Risikos zu regulieren und wo erforderlich die  
953 zugrundeliegenden Quelldaten transparent zu machen.

954

955 Mit dem EU AI Act macht Europa einen großen Schritt in diese Richtung, der weltweit  
956 wahrgenommen und genau beobachtet wird. Wir wollen die Potenziale von KI gestalten und  
957 nutzbar machen. Dafür benötigen wir neben Verfügbarkeit von Rechenkapazität auch  
958 Fachkräfteförderung, eine bessere Verfügbarkeit von Daten und die Unterstützung bei  
959 Forschung und Transfer.

960 Neben der internationalen Etablierung von ökologischen IT-Standards wollen wir  
961 Nachhaltigkeitsstandards für Software-Designs entwickeln und implementieren, zudem wollen  
962 wir energieintensive Rechenzentren künftig klimaneutral betreiben. Für Software und  
963 vernetzte Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-Plattformen,  
964 Browser, Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke muss die EU  
965 Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Wir fordern einen Digital Sustainability Act auf EU-  
966 Ebene, um die Innovationskraft der Unternehmen in den Informationstechnologien stärker auf  
967 Nachhaltigkeit auszurichten. Zudem wollen wir eine Abwärmeinfrastruktur von Rechenzentren in  
968 die europäische Energieinfrastruktur integrieren.

## 969 **Daten rechtebasiert nutzen**

970 Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für zahlreiche  
971 innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von Daten leistet einen  
972 wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern und zahlreiche gesellschaftliche  
973 Probleme anzugehen sowie soziale und ökologische Innovationen zu fördern, Ressourcen zu  
974 schonen und die wissenschaftliche Forschung voranzubringen.

975 Wir wollen, dass Europa bei der Verfügbarkeit von Daten einen entscheidenden Schritt voran  
976 geht, da diese kritisch für unsere Wettbewerbsfähigkeit sind. Das betrifft die Entwicklung

977 von KI, den Erfolg europäischer KI-Modelle und unsere Innovationsfähigkeit insgesamt. Dafür  
 978 wollen wir nicht-personenbezogene Daten rechtebasiert besser nutzbar und leichter zugänglich  
 979 machen. Für den leichteren Zugang zu personenbezogenen Daten prüfen wir Verfahren zur  
 980 Anonymisierung, Pseudonymisierung und die Möglichkeiten synthetischer Datengenerierung.  
 Wir

981 haben dazu beigetragen, dass dieses Prinzip bei der Gesetzgebung zur Nutzung und dem  
 982 verbesserten Austausch von Daten zwischen Unternehmen im Rahmen der Datenstrategie  
 umgesetzt

983 wurde. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die öffentliche Verwaltung ihre Daten in  
 984 maschinenlesbaren Formaten veröffentlicht. Projekte wie die Smart City Barcelona können ein  
 985 Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie Innovation  
 986 vorangetrieben werden.

987 Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den  
 vergangenen

988 Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung des Schutzes von  
 989 personenbezogenen Daten gesetzt.

990 Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings unterschiedlich. Während  
 991 in Deutschland Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit nötig sind, müssen die Regeln  
 992 gegenüber den internationalen Digitalkonzernen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten genauso  
 993 konsequent durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich aufgrund der  
 994 laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können, die für  
 995 alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale Netzwerke und KI  
 996 entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für eine einheitliche und  
 997 konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund- und Bürger\*innen-Rechte  
 wirksam zu

998 schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen, die eine  
 999 Sonderbehandlung von Großkonzernen gegenüber KMU ausschließen. Die anstehende  
 Evaluation der

1000 DSGVO wollen wir nutzen, um die Regelungen bei gleichbleibendem Datenschutzniveau zu  
 1001 vereinfachen und praxistauglicher zu machen, auch um den besonderen Bedürfnissen von KMU  
 und

1002 Start-Ups Rechnung zu tragen.

1003 Durch die Digitalisierung von Datenschutzvereinbarungen und einer automatisierten  
 1004 Auskunftsmöglichkeit über erhobene personenbezogene Daten sehen wir weitere Potenziale,  
 1005 Nutzer\*innen in der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die Umsetzung zu  
 1006 vereinfachen und allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Damit ermöglichen wir Nutzer\*innen  
 1007 mehr Transparenz und Kontrolle über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten. Darüber

1008 hinaus erleichtert der Ansatz es Bürger\*innen, ihre Daten für Forschungszwecke zu spenden  
 1009 und so die für KI-Modelle notwendigen Datenpools zu erzeugen.

## 1010 **Digitale Standards setzen**

1011 Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher\*innen und Unternehmen das A und O einer  
 1012 erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch gemeinsame Standards gefördert  
 1013 und gewährleistet. Daher treten wir für faire, offene und resiliente digitale

1014Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk richtet sich auf die notwendige  
 1015Investitionssicherheit für europäische Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur klare und  
 1016verlässliche Regeln stellen innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche  
 1017Wirtschaftsräume sicher. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-  
 1018Gesetz (DMA) haben wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung des digitalen  
 1019Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

1020Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der Interoperabilität:  
 1021Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen. Interoperabilität bezeichnet  
 1022die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von Unternehmen, Behörden und  
 1023Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse abzuwickeln – vollautomatisch, ohne  
 1024manuelle Zuarbeiten oder Medienbrüche. Das erfordert die Standardisierung gemeinschaftlicher

1025Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden Anwendungsfall. Auf diese Weise können  
 1026Einzelpersonen, Firmen, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs)  
 1027gleichermaßen miteinander Transaktionen ausführen.

1028Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum Durchbruch verhelfen  
 1029kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der digitale Mobilfunk (GSM).  
 1030Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen, eröffnet damit Wirtschaftsräume und  
 1031milliardenschwere Märkte, die vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen aus Europa  
 1032riesige Chancen bieten.

1033Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten  
 1034Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen erarbeiten  
 1035Vertreter\*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die standardisierten IT-Schnittstellen  
 1036(Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

1037Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein. Willkürlichen Konsortien  
 1038internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir wollen die Standardisierung daher ebenso  
 1039für Entwickler\*innen, die Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen öffnen.  
 1040Damit alle unter gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können, muss ihr  
 1041Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese  
 1042demokratische Governance zu wachen und für Planungs- und Investitionssicherheit zu sorgen.  
 1043Diese Standards sollen frei verfügbar und ohne Lizenzgebühren nutzbar sein. Die EU kann  
 1044darüber hinaus durch die Macht der öffentlichen Hand als Kundin einen entscheidenden Beitrag  
 1045dazu leisten, diese Standards am Markt durchzusetzen.

## 1046 **Verbraucherschutz digitalisieren**

1047Desinformation und Hass nehmen immer mehr Raum in digitalen Medien ein und gefährden das  
 1048soziale Miteinander. Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen in der  
 1049Gesellschaft und unserer Demokratie muss sich im Verbraucher\*innenschutz widerspiegeln. In  
 1050den vergangenen Jahren hat die EU hier bedeutende Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und  
 dem  
 1051DMA haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um klare Regeln im Internet zu schaffen und  
 1052Wettbewerb wiederherzustellen. Die Big-Tech-Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko  
 1053bewerten, dass ihre Algorithmen für die Gesellschaft darstellen – und wo nötig

1054 Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren Druck hin erhalten Wissenschaftler\*innen und  
 1055 NGOs  
 1056 Zugang zu den Daten der Plattformen, um deren Wirkungsweise zu erforschen und öffentlich zu  
 1057 machen. Dabei sind gerade auch die werbe- und trackingbasierten Geschäftsmodelle auf den  
 1058 Prüfstand zu stellen, deren Algorithmen bevorzugt emotionalisierende Inhalte zeigen, um  
 1059 Nutzer\*innen an die jeweilige Plattform zu binden.  
 1060 Jetzt gilt es, den DSA und den DMA in Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und  
 1061 aufgrund der durch Datenzugänge gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum  
 1062 Schutz von Verbraucher\*innen im digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet  
 1063 werden;  
 1064 hierzu wollen wir auf nationaler und europäischer Ebene die Verbraucherschutzstellen  
 1065 stärken. Die Regulierung digitaler Plattformen muss die Dominanz großer digitaler  
 1066 Marktplätze stärker in den Blick nehmen. Immer stärker kommt es in diesem Zusammenhang  
 1067 auch  
 1068 zu Grundrechtsverletzungen dieser Plattformen, wenn Nutzer\*innen grundlos gesperrt werden.  
 1069 Ergänzend zu den Regeln des digitalen Verbraucherschutz ist auch die digitale Bildung ein  
 1070 wichtiger Baustein, um die Rechte und die Teilhabe aller Bürger\*innen an der digitalen  
 1071 gesellschaftlichen Debatte zu gewährleisten und ihre Informationskompetenz zu stärken.  
 1072 Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten und  
 1073 Verbraucher\*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss gewährleistet sein, dass  
 1074 KMU ihre Produkte zu fairen Bedingungen online handeln können. Dafür werden wir nötigenfalls  
 1075 das Wettbewerbsrecht nachschärfen. Digitale Geschäftsmodelle müssen sparsam mit der  
 1076 Nutzung  
 1077 personenbezogener Daten umgehen. Wir wollen die Rechte von Nutzer\*innen auf digitalen  
 1078 Kommunikationsplattformen stärken. Interoperabilität hilft dabei: Plattformen sollen  
 1079 miteinander kommunizieren können, sodass Nutzer\*innen unterschiedlicher Dienste  
 1080 miteinander  
 1081 in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch möglich und verbessert,  
 1082 damit Nutzer\*innen beim Verlassen von Plattformen darauf zurückgreifen können.

## 1080 7. Kreislaufwirtschaft

### 1081 **Ressourcenverbrauch und Rohstoffabhängigkeiten reduzieren**

1082 Der Verbrauch und die Verschwendung von Ressourcen trägt zu den ökologischen und sozialen  
 1083 Krisen unserer Zeit bei. Wir werden uns daher auch auf europäischer und internationaler  
 1084 Ebene für verbindliche Ressourcenschutzziele einsetzen, um den absoluten  
 1085 Ressourcenverbrauch  
 1086 zu senken, damit unsere Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen kommt.  
 1087 Für eine klimaneutrale Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir  
 1088 Rohstoffe, denn sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach. Laut  
 1089 Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an metallischen Rohstoffen allein  
 1090 für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040 vervierfachen, um die Ziele des Pariser

1091 Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in Ländern des  
 1092 Globalen Südens abgebaut – und in der Volksrepublik China in Schmelzen und Raffinerien  
 1093 weiterverarbeitet. Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von Metallen zu

1094 75 bis 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges Land die  
 1095 zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine Rohstoffquellen  
 1096 diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Eine besonders wichtige Rolle  
 1097 nimmt dabei die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Sekundärmaterialien ein. Wir  
 1098 setzen uns deshalb für die Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für regelmäßige

1099 und verpflichtende Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um die Rohstoffsicherheit der  
 1100 europäischen Wirtschaft zu gewährleisten.

1101 Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für mehr  
 1102 Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65 Prozent der  
 1103 Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen dürfen. Unser Ansatz der  
 1104 Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die Reduktion des Rohstoffverbrauchs und  
 1105 die Umsetzung einer effektiven Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders knapper  
 1106 Rohstoffe, die Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU sowie die  
 1107 Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der  
 1108 partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei ambitionierte  
 1109 Nachhaltigkeitsziele verfolgt. Für mehr Rohstoffsicherheit und Umweltschutz wollen wir  
 1110 zeitnah noch offene Gesetzesvorhaben aus dem Green Deal und den Aktionsplan für eine  
 1111 Kreislaufwirtschaft und unter Einhaltung der Abfallhierarchie umsetzen. Dabei setzen wir auf  
 1112 ambitionierte Vermeidungs-, Wiederverwendungs- und Rezyklateinsatzziele, sowie mehr  
 1113 Ecodesign statt Downcycling.

#### 1114 **Zirkulär wirtschaften**

1115 Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine  
 1116 wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen und wir  
 1117 machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur Rohstoffsicherheit ist das  
 1118 Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte Nutzung. Die Kreislaufwirtschaft  
 1119 verfolgt das Ziel, dass Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast,  
 1120 wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein Minimum reduziert  
 1121 werden. Das beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir eine  
 1122 ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines „Designs  
 for

1123 Re-Use, Repair and Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie nun  
 1124 auch in diesem Sinne weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere  
 1125 Mindestkriterien erfüllen, um Klima und Ressourcen zu schonen. Produzenten müssen den  
 1126 gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte in den Blick nehmen, damit neben der Produktion auch  
 1127 die Verwendung und die Verwertung möglichst nachhaltig sind. Wir treten für eine  
 1128 Kreislaufwirtschaft ein, die den Erhalt und die Sanierung des Gebäudebestands priorisiert,  
 1129 die Wiederverwendung von Bauprodukten fördert und den Ausbau von digitalen Bauteilbörsen  
 1130 unterstützt. Wir setzen auf ökologische und recycelte Bauprodukte, den digitalen Gebäudepass  
 1131 und einen digitalen Baustoff- und Bauteilpass.

1132 Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es einfacher und  
1133 günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So werden Ressourcen unnötig  
1134 verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen Abfall aus noch gebrauchsfähigen Waren  
1135 verursacht. Für eine Gesellschaft ohne Müll wollen wir das Recht auf Reparatur stärken, eine  
1136 Pflicht zur Bereitstellung von Ersatzteilen einführen und die Zerstörung von Neuwaren  
1137 minimieren. Transparenz und Verlässlichkeit für Verbraucher\*innen durch einen Haltbarkeits-  
1138 und Reparaturindex etwa für Haushaltsgroßgeräte und längere Gewährleistungsfristen können  
1139 dabei zentrale Ansätze sein. Auch das Zerstören zurückgeschickter Waren aus dem  
Onlinehandel

1140 soll so bald ein Ende haben. Darüber hinaus wollen wir Möglichkeiten stärken, Produkte unter  
1141 sozialgerechten Rahmenbedingungen zu mieten und zu leihen.

1142

1143 Wir wollen auf der EU-Textilstrategie aufbauen und eine kreislauffähige Textilproduktion mit  
1144 besserer Haltbarkeit, Reparaturmöglichkeit, Wiederverwendung und Recyclingfähigkeit  
1145 erreichen. Dafür wollen wir alternative Geschäftsmodelle wie Reparatur, Miet- und Sharing-  
1146 Dienste für Textilien fördern.

1147 Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund lückenhafter  
1148 Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente Umsetzung der neuen  
1149 Abfallverbringungsverordnung den Riegel verschieben. Wir wollen weltweit die  
1150 Plastikverschmutzung stoppen und setzen uns dafür ein, dass Plastikmüllexporte in  
1151 Drittstaaten gänzlich beendet werden. Die EU soll bei den derzeit laufenden Verhandlungen  
1152 über ein globales Plastikabkommen für weltweit verbindliche Regeln für nachhaltiges  
1153 Produktdesign und zur Förderung von Plastikvermeidung, Mehrweg und Recycling eintreten.

1154 Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen europäischen Ansatz,  
1155 damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität auf unserem Kontinent effektiv  
1156 nutzen können. Dazu gehört auch der heimische Bergbau von knappen Rohstoffen und die  
1157 Stärkung der Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür einsetzen, dass  
1158 die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards  
1159 ambitioniert voranbringt. Den Abbau von Rohstoffen im Tagebau wollen wir möglichst  
1160 reduzieren.

1161 Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern, Infrastrukturen,  
1162 aber auch in unseren Deponien und Halden liegen Rohstoffquellen, die wir bislang nicht  
1163 ausreichend erschlossen haben. Deshalb wollen wir eine konsequente Wiederverwendung und  
1164 Weiternutzung von Rohstoffen durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die Chancen von  
1165 digitalen Lösungen nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch schaffen  
1166 wir neue Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen  
1167 Primärrohstoffen.

1168 Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit einführen und gegenüber  
Einwegverpackungen

1169 Vorrang einräumen. Um die nationalen Sammelquoten für Batterien zu erreichen, wollen wir ein  
1170 europaweites Pfandsystem für Batterien schaffen. Eine Wiederverwendung hat dabei immer  
1171 Priorität vor dem Recycling. Die Verwendung von kritischen Rohstoffen wie Lithium sollte  
1172 durch weniger kritische Mineralien ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz von  
1173 Natrium-Ionen-Batterien. Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.



## 1174 **Rohstoffpartnerschaften schließen**

1175 Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten, setzen wir uns  
 1176 für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf ab, neue und strategische  
 1177 Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und bestehende Partnerschaften zu vertiefen.  
 1178 Wir unterstützen internationale Kooperationsformate wie die Minerals Security Partnership  
 1179 (MSP) und eine verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für kritische Rohstoffe.  
 1180 Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern  
 1181 weltweit vertiefen und diese dadurch bei der Um- und Durchsetzung der UN-  
 1182 Nachhaltigkeitsziele und internationaler Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen  
 1183 Kooperationsangebote nicht einseitig am europäischen Versorgungsinteresse ausrichten,  
 1184 sondern Partnerländern dabei zur Seite stehen, ihre Wertschöpfung im Rohstoffsektor zu  
 1185 erhöhen. Wir wollen mit ihnen gemeinsam grüne Lieferketten der Zukunft aufbauen und die  
 1186 Bevölkerung dadurch an den Gewinnen aus dem Ressourcenabbau beteiligen. Wir wollen Länder  
 1187 bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und andere Finanzierungsinitiativen unterstützen  
 1188 und in diesem Kontext auch den Ausbau von Transport- und Energieinfrastruktur fördern.

## 1189 **8. Moderne Mobilität**

### 1190 **Europas Verkehrswende voranbringen**

1191 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa klimafreundlich, barrierefrei, sicher  
 1192 und bezahlbar mobil zu sein. Wir setzen uns dafür ein, dass klimafreundliche Mobilität auch  
 1193 preislich am attraktivsten und für alle erschwinglich ist. Dazu gehört, dass Menschen sich  
 1194 auch ohne eigenen Personenkraftwagen komfortabel bewegen können. Damit das gelingt,  
 1195 modernisieren wir das europäische Bahnnetz und machen es zum Rückgrat der  
 1196 Infrastrukturunion. Für eine erfolgreiche Verkehrswende in ganz Europa brauchen wir  
 1197 grenzüberschreitend moderne, gut ausgebaute Schienenwege und attraktive Züge, ein  
 1198 engmaschiges Netz an Radwegen und Radrouten, barrierefreien Fußgängerverkehr, den Ausbau  
 1199 der  
 1199 E-Ladeinfrastruktur, ein sicheres Straßennetz, klimafreundlichen Flug- und Schiffsverkehr  
 1200 und attraktive Angebote, um verschiedene Verkehrsträger zu kombinieren. Dazu tragen  
 1201 integrierte Stadtentwicklung und Raumplanung mit dem Konzept der kurzen Wege entscheidend  
 1202 bei. Mit dem Instrument der Sustainable Urban Mobility Plans (SUMPs) wollen wir dies in  
 1203 allen größeren Städten Europas voranbringen. Innovative Verkehrsmittel und neue  
 1204 Mobilitätslösungen wie beispielsweise Seilbahnen oder autonom fahrenden ÖPNV wollen wir  
 1205 unterstützen.  
 1206 Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und selbstbestimmtes  
 1207 Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf dem Land. Wir setzen uns dafür  
 1208 ein, dass das europäische Bahnnetz weiter entwickelt wird, auch um damit klimafreundlichen  
 1209 Tourismus in Europa zu fördern. Dafür muss der Ausbau der Transeuropäischen Netze Verkehr  
 1210 (TEN-V) Schiene deutlich schneller und mit einem höheren Finanzierungsanteil der EU  
 1211 erfolgen. Auch die Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen den Ländern, europäischer  
 1212 Güterverkehr und gute Nachtzüge haben für uns Priorität. Wir wollen weitere Anreize für die

1213 Verlagerung von Gütern auf die Schiene und die Binnenschifffahrt schaffen. Dafür benötigen  
 1214 wir ein europaweit einheitliches Güterzugnetz mit Schnellverladeterminals für Kombinierte  
 1215 Verkehre, an denen LKW-Ladungen auf Züge umgeladen werden können. So machen wir den  
 1216 umweltfreundlichen Transport von Gütern wettbewerbsfähiger, verlässlicher und günstiger.  
 1217 Mittelfristig wollen wir den Deutschlandtakt zu einem Europatakt ausbauen.

1218 Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken innerhalb  
 1219 Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen. Ein massiver Ausbau des  
 1220 barrierefreien  
 1221 Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns deshalb für reduzierte Trassenpreise,  
 1222 eine bessere Förderung für grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der  
 1223 Eisenbahninfrastruktur und insbesondere eine industriepolitische Offensive für moderne  
 1224 Schlafwagen ein.

1225 Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große  
 1226 Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung. Insbesondere das  
 1227 industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale, ressourceneffiziente  
 1228 Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb setzen wir uns für eine  
 1229 europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau sicherer Fahrradwege und die Förderung  
 1230 der privaten und gewerblichen Nutzung von Cargobikes umfasst.

### 1231 **Tickets einfach buchen**

1232 Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle Zugreisen in  
 1233 Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-System können wir  
 1234 Buchungsplattformen in die Lage versetzen, grenzüberschreitend durchgehende Fahrkarten  
 1235 einschließlich Sharing-Angeboten sowie Ein- und Ausstiegshilfen für alle anzubieten. Dabei  
 1236 werden jeweils die günstigsten Fahrkarten auf einfache Weise zugänglich gemacht. Reisende  
 1237 werden anschauliche und transparente Informationen zu den Kosten, Fahrzeiten, zur  
 1238 Barrierefreiheit sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen und die für sie  
 1239 beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt, müssen  
 Buchungen  
 1240 einfacher erfolgen.

1241 Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten. Interrailtickets sollten  
 1242 leichter reserviert werden können. Wir wollen zum unbeschwerten Reisen einladen und deshalb  
 1243 die Fahrgastrechte stärken. Zum Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden beliebigen  
 1244 nächsten Zug oder Bus nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen Unternehmen  
 1245 betrieben wird.

1246 Auch im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine konsequente Umsetzung des Open-  
 1247 Data-Prinzips mit offenen Schnittstellen dafür sorgen, dass europaweit Mobilitätsangebote  
 1248 für alle leicht und günstig nutzbar sind. Insbesondere Sharing-Modelle und die Kombination  
 1249 verschiedener Verkehrsmittel, zum Beispiel E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon  
 1250 profitieren. Um klimafreundliche und barrierefreie Mobilität zu fördern, wollen wir  
 1251 Fahrgästen in neuen Zügen die Fahrradmitnahme ermöglichen und das Recht auf Mittransport  
 1252 notwendiger Mobilitätshilfen kostenlos sicherstellen.

1253 Daneben wollen wir in Europa das Flatrate-Prinzip im ÖPNV stärken, das wir mit dem  
 1254 Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das Deutschland-Ticket soll

1255 auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den grenzübergreifenden Austausch zu  
 1256 stärken. Flatrate-Tickets mit ähnlichem Prinzip sollen gegenseitig anerkannt werden. So  
 1257 erreichen wir Schritt für Schritt, dass man mit einem Europaticket den Nahverkehr in der  
 1258 gesamten EU nutzen kann.

### 1259 **Antriebswende umsetzen**

1260 Für klimaneutrale Mobilität wollen wir umfassende Angebote gestalten: Ein attraktiver ÖPNV  
 1261 ermöglicht eine Verkehrswende, und im Zusammenspiel mit integrierter Stadtplanung für  
 1262 kürzere Wege sogar eine Mobilitätswende. So ermöglichen wir komfortable Fortbewegung auch  
 1263 ohne eigenes Auto mit zuverlässigen und kostengünstigen Angeboten für alle. Und für das  
 1264 Klima arbeitet im Kern der Mobilitäts- und Verkehrswende die Antriebswende, die dafür sorgt,  
 1265 dass sich die Dinge klimaneutral und leise bewegen. Es muss das Prinzip gelten, so viele  
 1266 Verkehrsmittel wie möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Den Einsatz  
 1267 von grünem Wasserstoff und den darauf basierenden E-Fuels unterstützen wir im Schiffs- und  
 1268 Luftverkehr. Im Straßenverkehr jedoch lehnen wir den Einsatz von E-Fuels aufgrund von  
 1269 mangelnder Energieeffizienz, sowie ebenfalls mangelnder Klima- und Umweltfreundlichkeit ab.  
 1270 Grünen Wasserstoff fördern wir im Straßenverkehr nur im Bereich der schweren Nutzfahrzeuge.

1271 Die Automobilindustrie bietet als zentraler Industriezweig viele Arbeitsplätze. Wir wollen  
 1272 die Industrie - und insbesondere die dort Beschäftigten - auf dem Weg zu klimaneutralen und  
 1273 ressourceneffizienten Mobilitätsangeboten unterstützen. Die EU hat in einer historischen  
 1274 Entscheidung beschlossen, dass ab 2035 keine fossilen Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu  
 1275 zugelassen werden dürfen. Bis 2030 sollen Emissionen bei neuen PKW zudem gegenüber 2021  
 um  
 1276 55% reduziert werden. Die CO2 Reduktion der PKW Antriebe bis 2035 soll dabei konsequent und

1277 noch ambitionierter als bislang beschritten werden. Das ist gut für den Wirtschaftsstandort  
 1278 Deutschland, den Klimaschutz und die Verbraucher\*innen. Nun wollen wir sicherstellen, dass  
 1279 mit einem E-Auto ebenso problemlos zum nächsten Bahnhof wie in den Familienurlaub gefahren

1280 werden kann. Den Grundstein für eine flächendeckende, intelligent vernetzte und effiziente  
 1281 Ladeinfrastruktur für alle Verkehrsmittel haben wir bei der Reform der Verordnung über  
 1282 alternative Kraftstoffe gelegt: In den nächsten Jahren werden ausreichend Ladepunkte für Pkw  
 1283 und Lkw an Fernstraßen und im ländlichen Raum errichtet. Ladepunkte müssen ihre Preise  
 1284 transparent ausweisen. Kund\*innen müssen einfach, transparent und ohne überhöhte  
 1285 Roaminggebühren bezahlen können. Auch für E-Fahrzeuge wollen wir Anreize schaffen, sie  
 1286 leichter und noch energieeffizienter zu machen.

1287 Der Anteil des Güterverkehrs, der auf der Straße bleibt, wird in Zukunft zu einem weit  
 1288 überwiegenden Teil batterieelektrisch abgewickelt. Dazubraucht es den schnellen Ausbau der  
 1289 Ladeinfrastruktur für Lastkraftwagen entlang der europäischen Fernstraßen, in den Depots und  
 1290 Güterverteilzentren. Dafür haben wir uns erfolgreich eingesetzt und werden dies weiter tun.  
 1291 Gleichzeitig braucht es eine effiziente Ertüchtigung der Netze, um sie für die neue Aufgabe  
 1292 zukunftsfähig aufzustellen.

1293 Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und Entwicklung durch  
 1294 Effizienzstandards stärker an Kreislaufwirtschaft, sowie genereller Energie- und  
 1295 Ressourceneffizienz orientiert werden. So wollen wir größere Anreize für Hersteller

1296schaffen, um leichtere und effizientere Lösungen anzubieten und Emissionen, beispielsweise  
 1297durch Reifen- und Bremsabrieb zu reduzieren. Mit verbraucher\*innenfreundlichen Informationen  
 1298über Gewicht und CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Fahrzeugen sorgen wir für mehr Transparenz und  
 1299erleichtern Kaufentscheidungen.

1300

1301Um den schweren Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen wir die  
 1302Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin,  
 1303fördern Technologien zur Kraftstoffeinsparung und den schnellen Aufbau einer klimaneutralen  
 1304Energieversorgung in Häfen. Für Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer  
 1305klimaneutralen Landstromversorgung. So werden fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in  
 1306einer Generation der Vergangenheit angehören. Wir erarbeiten eine Europäische  
 1307Hafenstrategie, die faire Wettbewerbsbedingungen zwischen europäischen Häfen sicherstellt  
 1308sowie die Resilienz des europäischen maritimen Standorts auch gegenüber ausländischen  
 1309Investoren stärkt, die den Erwerb und sonstige Kontrolle der europäischen maritimen  
 1310Infrastruktur im Blick haben. Die Hafenstrategie optimiert den Investitionsbedarf, stärkt  
 1311unseren Kontinent bei globalen Versorgungsketten und schützt vor zu viel Einfluss von  
 1312autoritären Staaten. Wir benötigen sie zudem, um weitere ökologische Schäden durch  
 1313Standortwettbewerb um immer tiefere Fahrrinnen zu verhindert. Für eine gute  
 1314Hinterlandanbindung fördern wir Bahn und Binnenschifffahrt. Durch die Einbeziehung des  
 1315Schiffverkehrs in den EU-Emissionshandel, erreichen wir eine verbindliche  
 1316Emissionsminderung.

1317

1318Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und Entwicklung von klimaneutralen  
 1319Technologien. Die Verlagerung des Flugverkehrs hin zu klimafreundlicheren Alternativen -  
 1320insbesondere für Kurzstrecken - bleibt dabei unser Ziel. Wir fordern die europaweite  
 1321Einführung einer Luftverkehrsabgabe in Anlehnung an den Energiegehalt, ähnlich wie sie in  
 1322Deutschland bereits erhoben wird. Die daraus resultierenden Einnahmen sollen mehrheitlich  
 1323dem EU-Haushalt zugutekommen. Europäische Fluggesellschaften sollen dadurch nicht  
 gegenüber  
 1324ihren internationalen Mitbewerbern benachteiligt werden.

### 1325 **Verkehr sicher machen**

1326Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Sie hat das Ziel, dass es keine  
 1327Verkehrsunfälle mit Toten und Schwerverletzten mehr gibt. Wir setzen uns für eine sichere  
 1328Verkehrsinfrastruktur für alle, insbesondere für Kinder und ältere Menschen ein. Kommunale  
 1329Entscheidungshoheit über Tempo 30 innerorts sowie ein EU-weites Tempolimit auf  
 1330übergeordneten Straßen bleiben unser Ziel. Die freiwillige Nachrüstung von  
 1331Abbiegeassistenzsystemen in LkW wollen wir weiter fördern, um schnell eine möglichst  
 1332vollständige Abdeckung zu erreichen.

1333Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für ambitioniertere  
 1334Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und Motorräder wollen wir stärker  
 1335für die Gesundheit der Menschen in die Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die EU-  
 1336Umgebungslärmrichtlinie sowie quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise Grenzwerte für  
 1337die Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der Technik  
 anpassen.

1338 Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die Gesundheitsbelastung der  
 1339 Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt werden. Auch Stickoxide, (Ultra-  
 1340) Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für den Schutz der Gesundheit minimiert werden.  
 1341 Die Luftreinhaltungsrichtlinie und die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige Schritte. Wir  
 1342 streben zudem die Harmonisierung der europäischen Regeln für Umweltzonen an.  
 1343  
 1344 Im unteren Luftraum müssen sich neue Mobilitätsformen daran messen lassen, welchen Nutzen  
 1345 sie für die Gesellschaft haben. Wir setzen uns deshalb für Regelungen ein, die diese nur im  
 1346 Einklang mit dem Schutz von Menschen, Natur und Umwelt und unter hohen  
 1347 Sicherheitsanforderungen erlaubt. Das Recht der Kommunen, sich aktiv an der Planung und  
 1348 Ausgestaltung von Lufträumen für den Drohnenbetrieb über ihrem Territorium zu beteiligen,  
 1349 wollen wir stärken.

## 1350 9. Intakte Natur

### 1351 **Unsere Natur bewahren**

1352 Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft, unser  
 1353 Überleben hängen von ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie  
 1354 auch in Zukunft noch verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine entscheidende  
 1355 Aufgabe der Politik. Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der europäischen Lebensräume  
 1356 – von den nahezu unberührten Wäldern Nord- und Südosteuropas, über unzählige Seen und  
 1357 vielfältige Kulturlandschaften Mitteleuropas bis hin zum Mittelmeer – unser  
 1358 Selbstverständnis als Europäer\*innen prägt und weltweit für unseren Kontinent steht.

1359 Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den  
 vergangenen

1360 Monaten große Durchbrüche erzielt:

1361 Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL) sowie die  
 1362 Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das Abkommen der UN zum  
 Schutz

1363 der Biodiversität auf Hoher See sind historische Meilensteine. 30 Prozent der Land- und  
 1364 Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen unter Naturschutz stehen, 10 Prozent der Flächen  
 1365 sogar unter besonderem Schutz. Jetzt gilt es, die vereinbarten Ziele und

1366 Wiederherstellungspläne ebenso wie die EU-Biodiversitätsstrategie vollständig umzusetzen und  
 1367 dafür verbindliche Zwischenziele und Maßnahmen festzusetzen. Wir setzen uns deshalb ein für  
 1368 die Schaffung eines Netzwerks von gut überwachten und wirksamen Schutzgebieten an Land  
 und

1369 auf dem Meer, inklusive Nullnutzungszonen. Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich  
 1370 besser geschützt und geschädigte Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden  
 erstmals

1371 verbindliche Regeln für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen damit  
 1372 Meeresressourcen nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im  
 Europäischen

1373 Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige Wiederherstellung der  
 1374 europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt verwirklichen: Eine deutlich

verbesserte Naturschutzfinanzierung und eine Ausrichtung der Agrar- und Fischereisubventionen auf eine ökologische Nutzung sind zum Erreichen der globalen und europäischen Ziele unabdingbar. Deshalb fordern wir einen eigenen Naturschutzfonds im EU-Haushalt ein. Finanzieren wollen wir die Wiederherstellung der Natur mit dem umfassenden Abbau umweltschädlicher Subventionen. Mit dem NRL sollen bis 2050 alle Ökosysteme auf den Weg der Erholung geführt werden. Wir arbeiten hin auf eine schnelle und vollständige Umsetzung der Ziele und Zwischenziele. Bei Eingriffen in die Natur müssen nicht verantwortbare Risiken, wie die Gefährdung oder gar Ausrottung ganzer Populationen oder Arten durch gentechnische Methoden, ausgeschlossen werden.

1384

Wir wollen den Rechtsrahmen auch im Umweltrecht stärken. Zur Verfolgung von Umweltverbrechen

unterstützen wir die Reform der EU-Umweltstrafrechts-Richtlinie sowie die Ächtung von schwersten Umweltverbrechen im Rahmen der Ergänzung des Römischen Statuts des internationalen Strafgerichtshofs. Gleichzeitig setzen wir uns in Deutschland und in der EU dafür ein, eine weitere Versiegelung von Agrar-, Wald- und Naturböden europaweit schnell und konsequent zu verringern mit dem Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft.

### 1391 **Artenvielfalt retten**

Neben der Klimakrise ist die Biodiversitätskrise - das rasante Artensterben - die zweite globale Krise, die unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit bedroht. Beide Krisen bedingen einander. Wesentliche Ökosystemdienstleistungen wie Bestäubung, Bodenfruchtbarkeit, Erosionsschutz, Wasser- und Kohlenstoffspeicherung sowie der Erholungsfunktion sind bedroht. Gleichzeitig ist eine intakte Natur unsere wichtigste Verbündete im Kampf gegen die Klimakrise. Naturschutz und Klimaschutz müssen daher gemeinsam gedacht werden. Deshalb verbinden wir die schnellere Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und den Ausbau von Erneuerbaren Energien mit der Einhaltung höchster ökologischer Schutzstandards, insbesondere

der europäischen Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzrichtlinie.

Um Klima- und Biodiversitätskrise gemeinsam zu begegnen, wollen wir besonders den natürlichen Klimaschutz fördern. Wir Schlüsselemente sind hier die Wiedervernässung von Mooren und Auen, Erhalt und Renaturierung artenreichen Grünlandes, ein naturnaher Waldumbau,

der auch Tiere und Pflanzen schützt, und effektiver Meeresschutz.

Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis ausreichend wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen und ernsthafte Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und Wäldern gehören die Ozeane

zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klima- und Biodiversitätskrisen.

Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8 Millionen Tier- und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben bedroht – und damit ein unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend gestoppt werden. Ein wichtiger Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den Artenschwund in und um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung aufhalten

und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von Ökosystemen und der Schutz insbesondere von Schlüsselarten, die für das Funktionieren der Lebensgemeinschaften essentiell sind, müssen deshalb immer mit hoher Priorität berücksichtigt werden. Wir wollen ökologische Landwirtschaft und naturnahe Waldbewirtschaftung fördern. Das schont unsere Böden ebenso wie Tiere und Pflanzen und erhöht die Biodiversität. Die Wälder Europas sind stark gefährdet durch die Folgen der fortschreitenden Klimakrise. Wir setzen uns ein für die Abkehr von einer monokulturellen Bewirtschaftung, deutlich weniger Pestizideinsatz und für eine naturnahe Umgestaltung vorrangig auf Basis von Naturverjüngung. Den wertvollen Altbestand an Wäldern in Europa wollen wir erhalten und 10% der Wälder Europas für eine natürliche Entwicklung bereitstellen. Illegale Rodungen und Kahlschlag müssen beendet werden. Stattdessen soll Wiederbewaldung gezielt gefördert werden. Dafür braucht es europaweit einheitliche ökologische Mindeststandards für die Forstwirtschaft. Naturholz ist ein vielfältig einsetzbarer Rohstoff für Bauen und Wohnen, der zu wertvoll ist, ihn in Großkraftwerken zu verbrennen. Im Hinblick auf die zunehmende Trockenheit und Hitze brauchen wir außerdem eine europäische Waldbrandstrategie, die durch umfassende präventive Maßnahmen, naturnahe Wälder, die Vermeidung von Kahlschlägen und ökologische Schutzkorridore die Brandgefahr eindämmt.

Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder miteinander vernetzen. Das Ziel ist eine tragfähige grüne Infrastruktur für Europas Natur. Das Natura-2000-Netzwerk wollen wir in einen guten Erhaltungszustand versetzen und mit Korridoren, die den Austausch stärken, verknüpfen. Denn intakte Lebensräume und genetische Vielfalt fördern die Resilienz unserer Ökosysteme und schaffen somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die Korridore sollen in engem Austausch mit den Kommunen, Landwirt\*innen, Waldbesitzer\*innen und Förster\*innen entstehen. Finanzielle Anreize für Landwirt\*innen und Landbesitzer\*innen sollen dem Ziel dienen, nachhaltige Praktiken einzuführen, die den Schutz der Natur und den Erhalt der Artenvielfalt fördern. Maßnahmen ökologischer Landnutzung wie multifunktionale Agroforstsysteme oder die Anlage von Hecken am Feldrand können hierbei wichtige Werkzeuge sein, um eine Vernetzung von Biotopen und neue Lebensräume zu schaffen. In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders betroffene Arten schaffen.

Das Montrealer Weltnaturabkommens wollen wir durch einen globalen Umsetzungsmechanismus mit konkreten Instrumenten voranbringen. Das Ziel ist, die Natur auf 30% der Erdoberfläche wirksam zu schützen und 30% der bereits beanspruchten Fläche zu renaturieren. Hierzu müssen die von der EU zugesagten Finanzmittel rasch, wirksam und partnerorientiert eingesetzt werden. Globale Biodiversitäts-Partnerschaften sollen umfassende Kooperationen zum Schutz der Ökosysteme und der Renaturierung ermöglichen - auch zusammen mit zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteuren.

## 1451 **Umwelt schützen**

1452 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und Biodiversitätskrise  
1453 die

1453 dritte große Herausforderung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Sie

1454 belastet die Ökosysteme und unsere Gesundheit. Eine zentrale Rolle spielt dabei

1455 Umweltbelastung durch Chemikalien und Plastikmüll. Wir wollen dafür sorgen, dass auch hier

1456 die planetare Grenzen eingehalten werden. Besonders vordringlich ist es, Stoffe in den Blick

1457 zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen. Dazu zählen sogenannte

1458 Ewigkeitschemikalien wie per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS). Diese werden seit

1459 Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern, Medizinprodukten, Textilien

1460 oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall dort, wo sie gut ersetzt werden können und

1461 insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch

1462 aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen, um die

1463 Entwicklung von Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger

1464 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu gefährden.

1465 Unter anderem durch sachgerechte Übergangsfristen wollen wir die Produktion von wichtigen

1466 Zukunftstechnologien weiterhin sicherstellen, aber zugleich durch eine Forschungsoffensive

1467 den Ersatz von PFAS auch in diesen Bereichen beschleunigen und die Forschung und

Entwicklung

1468 giftfreier Produktionsmethoden stärken. Dabei orientieren wir uns am neusten Stand der

1469 wissenschaftlichen Erkenntnisse.

1470 Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die Nachhaltigkeitsanforderungen

1471 wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-, Lebensmittelkontaktmaterialien und Kosmetik. Wir

1472 wollen deshalb bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von

1473 Chemikalien (REACH-Regelung) schneller vorankommen. Wir setzen uns für die Verwendung

eines

1474 umfassenderen Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der Wirkung

von

1475 Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten berücksichtigt.

1476 Außerdem braucht es wirksame Strategien, die umweltschädlichen Auswirkungen von

Chemikalien

1477 gemäß des Weltnaturabkommens bis 2030 zu halbieren. Um wichtige Umweltgüter besser zu

1478 schützen, wollen wir die Umwelthaftungsrichtlinie verbessern und das Verursacherprinzip

1479 umsetzen.

1480 Wir setzen uns in der EU für ambitionierte internationale Abkommen und Kooperationen ein, um

1481 globale Verschmutzung und umweltbelastende Praktiken einzudämmen. Unser Ziel ist es, im

1482 Rahmen der Kreislaufwirtschaft auch ein internationales Chemikalienrecht zu etablieren, das

1483 Risiken nach dem Vorsorgeprinzip berücksichtigt und die Produktion von nachweislich

1484 schädlichen Substanzen reguliert. Den Export von in der EU verbotenen Pestiziden in andere

1485 Länder lehnen wir ab.

1486

1487 Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich aufstellen.

1488 Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für sichere und nachhaltige

1489 Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act) zur Förderung des Markthochlaufs



von

1490 Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil unseres Programms für eine klimagerechte  
1491 Industriepolitik.

## 1492 **Sauberes Wasser für alle**

1493 Mit der fortschreitenden Klimakrise nehmen auch in Europa extreme Dürren und  
1494 Starkregenereignisse deutlich zu.. Bilanziell hat etwa Deutschland in den vergangenen 20  
1495 Jahren 20 Prozent seiner Wasservorräte verloren, regional hat das zum Teil katastrophale  
1496 Folgen. Wir brauchen deshalb eine europäische Wasserstrategie, die Extreme abpuffert,  
1497 sauberes Trinkwasser für alle sichert sowie den Bedarf in der Landwirtschaft und in den  
1498 natürlichen Lebensräumen deckt. Wir brauchen Landschaften, Dörfer und Städte, die Wasser im  
1499 Boden speichern, um uns durch die heißen und trockenen Sommer zu bringen. Sauberes Wasser

1500 für alle ist ein Grundrecht. Wir verringern den Wasserverbrauch durch die Förderung  
1501 klimaangepasster Landbewirtschaftung, schützen Feuchtgebiete, renaturieren Gewässer,  
1502 wiedervernässen die Moore und wollen immer mehr Flüsse wieder frei fließen lassen. Sauberes  
1503 Wasser erhalten wir auch, indem wir die Schadstofflast im Wasser etwa durch Quecksilber oder  
1504 PFAS reduzieren und das Verursacherprinzip bei den Einträgen von Schadstoffen und bei der  
1505 Abwasserreinigung weiter stärken. Neben dem Gesetz zur Wiederherstellung der Natur müssen  
1506 auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie noch im laufenden Jahrzehnt umgesetzt werden, um  
1507 europaweit eine gute Qualität der Flüsse und Seen zu erreichen und die Übernutzung von  
1508 Grundwasser und die dadurch drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu  
1509 verhindern.

1510 Um die Folgen der Klimakrise stemmen zu können, wollen wir die Finanzmittel für die  
1511 europäische Klimaanpassungsstrategie aufstocken, inklusive eines europäischen  
1512 Hitzeaktionsplans für sektorübergreifende Maßnahmen, von Warnstufen bis zu  
1513 infrastrukturellen Anpassungen. Der Ausbau des europäischen Katastrophenschutzes ist  
1514 notwendig, um die zunehmenden Extremereignisse zu bewältigen.

1515 Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten Wasserinfrastruktur und einem  
1516 naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko von Überflutungen durch Starkregenereignisse

1517 reduzieren wir indem wir Bächen und Flüssen wieder mehr Raum geben, durch eine  
1518 Entsiegelungsoffensive sowie mehr Regenwasserspeicher. In den ländlichen Regionen  
1519 unterstützen wir die Landwirtschaft bei der Schaffung eigener Wasservorräte durch die  
1520 Entwicklung von Schwammlandschaften, in denen Wasser als Reserve für Dürrezeiten, zur  
1521 Auffüllung des Grundwassers und für weitere Nutzungen wie Paludikultur, Fischzucht und als  
1522 Freizeitgewässer angestaut wird. In den Städten helfen Grünflächen, Bäume, und  
1523 Hausbegrünungen. Der Umbau zur Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung, verbessert die  
1524 Luftqualität und steigert die Biodiversität. So bereiten wir unsere Städte besser auf die  
1525 Folgen der Klimakrise vor.

1526 Wir brauchen europaweite Kooperationen, klare Grenzwerte und Regeln die dafür sorgen, dass  
1527 länderübergreifende Wasserkrisen, wie an der Oder, zukünftig verhindert werden. Wir  
1528 verschreiben uns dem Ziel, 25.000 Kilometer in der EU in frei fließende Flüsse zu  
1529 renaturieren – wie in der EU-Biodiversitätsstrategie vorgesehen. Den geplanten Oderausbau zu  
1530 Verkehrszwecken wollen wir in Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten verhindern, weil dieser

1531 einen der letzten naturnahen und freifließenden Flüsse Europas gefährdet. Und wir setzen uns  
 1532 für einen verbindlichen Vorrang für Trinkwasser gegenüber gewerblicher oder  
 1533 landwirtschaftlicher Nutzung ein. Wasser gehört allen Menschen und ist kein  
 1534 Spekulationsobjekt. Daher lehnen wir die Privatisierung der Wasserversorgung ab.

1535 Die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser in der Landschaft werden wir in den  
 1536 Mittelpunkt stellen und durch Regeln und Anreize stärken, ob im Ackerbau durch  
 1537 trockenheitstolerante Kulturen oder Humusaufbau, im Gemüsebau durch  
 Tröpfchenbewässerung, im  
 1538 Wald durch naturnahen, laubholzorientierten Mischwald oder in Gewerbe und Industrie durch  
 1539 sparsamere Prozesse, geschlossene Wasserkreisläufe, beschränkte Wasserentnahme,  
 1540 Kaskadennutzung und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir verstärkt auf Kooperation innerhalb  
 1541 Europas und mit den Mittelmeeranrainern. Denn die Erfahrungen in den trockenen Gebieten des  
 1542 Südens werden in den anderen Teilen Europas dringend gebraucht.

### 1543 **Tiere schützen**

1544 Wir ergreifen auch für Tiere konsequent Partei. Die Gesellschaft hat eine besondere  
 1545 Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir wollen, dass Europa alle Tiere durch  
 1546 konsequente und ambitionierte Gesetzgebung sowie die Durchsetzung bestehender Regelungen

1547 schützt. Denn Europäer\*innen wollen Tierschutz: Sechs der zehn erfolgreichen europäischen  
 1548 Bürgerinitiativen setzen sich dafür ein. Wir folgen diesem Wunsch und machen uns für  
 1549 Tierschutz als EU-Gemeinschaftsziel, eine explizite politische Tierschutzzuständigkeit in  
 1550 der EU-Kommission und EU-Fördergelder für Tierschutz stark. Wir fordern die Umsetzung der  
 1551 Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht und den Handel mit Zuchtpelzprodukten auf  
 1552 dem europäischen Markt zu verbieten.

1553 Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-Aktionsplans zur  
 1554 Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Internationale Artenschutzabkommen,  
 insbesondere  
 1555 CITES und alle seine Anhänge, sind konsequent in der EU umzusetzen. Den kommerziellen  
 1556 Wildtierhandel wollen wir effektiv unterbinden. Dabei sollen gezielte Forschungs- und  
 1557 Artenschutzprogramme wissenschaftlicher Einrichtungen und sachkundiger Personen zu  
 1558 nichtkommerziellen Zwecken hauptsächlich mit dem Ziel der Auswilderung ermöglicht und die  
 1559 Haltung der Tiere verbessert werden. Der Import und Handel von illegal aus dem Herkunftsland  
 1560 exportierten Exemplaren soll unter Strafe gestellt werden. Wir sind für ein Einfuhrverbot von  
 1561 Jagdtrophäen von Tierarten, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die  
 EU-

1562 Artenschutzverordnung geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. Tierheime  
 1563 wollen wir unter anderem entlasten durch die Kennzeichnung und Registrierung von Hunden  
 und  
 1564 Katzen sowie eine Positivliste für den Handel und die Haltung von Exoten. In Handelsabkommen

1565 setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein. Den Import von tierischen Produkten, bei  
 1566 denen Bedingungen nach EU-Tierschutzstandard nicht nachgewiesen wurden, wollen wir

beenden.

1567 Wir wollen Tierschutz zu einem Ziel der nachhaltigen Entwicklung machen.

1568 EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen erstellen, die die

1569 Experimente an Tieren für Kosmetik konsequent, für Chemikalienprüfungen und  
Medizinprodukte

1570 wo immer möglich beenden. Für Arzneimittelentwicklung und Grundlagenforschung soll die

1571 Anzahl der Tierversuche reduziert werden. Tierversuchsfreier Bildungs- und

1572 Ausbildungsinitiativen sollen gefördert werden. Die Entwicklung, Anerkennung und breite

1573 Anwendung von tierfreien Methoden in der Praxis wollen wir verstärken und beschleunigen. Sie

1574 sollen nach Anerkennung unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die Stelle

1575 von Tierversuchen treten. Dort wo noch nicht vollständig auf Tierversuche verzichtet werden

1576 kann, müssen sie für die Tiere so schonend wie möglich umgesetzt werden. Die in der EU

1577 geltenden Standards sollen auch für Importe aus anderen Teilen der Welt gelten.

## 1578 10. Eine starke Landwirtschaft

### 1579 **Gemeinsame Agrarpolitik neu aufstellen**

1580 Landwirt\*innen versorgen uns in Europa mit einer Vielfalt an wertvollen Lebensmitteln.

1581 Gleichzeitig prägt die Landwirtschaft unsere Kulturlandschaften, die Felder, Wiesen und

1582 Weinberge, die Europa auszeichnen. Wir wollen eine Landwirtschaft stärken, die im Einklang

1583 mit der Natur wirtschaftet, im Dienste aller Menschen, der Produzent\*innen wie der

1584 Verbraucher\*innen.

1585 Deshalb streben wir eine grundsätzliche Reform der europäischen Agrarpolitik an, bei der

1586 konsequent Leistungen für das Gemeinwohl insbesondere Maßnahmen für Klima, Wasser,

Boden,

1587 Biodiversität, Gesundheit und Tierschutz honoriert werden und nicht das Eigentum an Fläche.

1588 Dafür bedarf es eindeutiger Regelungen und Anreize für die Reduzierung von

1589 Pestizidanwendung, Düngung und Viehbesatz sowie für Fruchtfolgen, den Anbau von

1590 Eiweißpflanzen und extensive Grünlandwirtschaft. Die Förderungen sollen bürokratiearm sein,

1591 Planungssicherheit ermöglichen, nachhaltig wirken und unmittelbar bei den vor Ort

1592 arbeitenden Landwirt\*innen - gerade auch kleineren Betrieben - ankommen. Ein guter Ansatz

1593 sind Stufen- und Punktesysteme, die eine klare Ausrichtung auf das Gemeinwohl, ökologische

1594 Maßnahmen sowie regenerative Systeme wie z.B. Agroforstsysteme haben und mehrjährige

1595 Maßnahmen fördern und Betriebe als System betrachten. Tierschutzförderung solle

1596 verpflichtend von den Mitgliedsstaaten in ihren Strategieplänen angeboten werden, wir wollen

1597 zusätzliche Anreize für extensive Weidehaltung schaffen. Ein sich weiter entwickelnder

1598 Ökologischer Landbau soll das Leitbild der europäischen Agrarpolitik werden. Wir fordern

1599 eine klare Ausrichtung an den Zielen der Farm to Fork-Strategie und des Nature Restoration

1600 Law.

1601

1602 Bei der Förderung ländlicher Räume wollen wir neben der notwendigen Infrastruktur für ein

1603 gutes Leben und gesellschaftlichen Zusammenhalt den Fokus auf den (Wieder-)Aufbau einer

1604 dezentralen handwerklichen Lebensmittelverarbeitung, regionalen Wertschöpfungsketten sowie

1605 die Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe und die Stärkung von

1606Erzeugergemeinschaften legen. Auch im Energiebereich gibt es noch neue Potentiale für mehr  
1607Wertschöpfung z.B. durch Agri-Photovoltaik oder indem landwirtschaftliche Maschinen als  
1608Stromspeicher in der Energiewende genutzt werden.

1609

1610Angesichts der großen ökologischen Herausforderungen in der Landwirtschaft sind wir auch auf  
1611weitere Innovation angewiesen. Die Digitalisierung kann helfen, die Landwirtschaft  
1612nachhaltiger zu gestalten. Beispielsweise durch GPS-gesteuerte Hackgeräte oder bei der  
1613Düngung. So können Düngemittel und Pestizide eingespart werden. Wir wollen dabei die Rechte  
1614der Landwirt\*innen schützen, wenn es um die von ihnen erhobenen Daten und um den Zugang  
zu  
1615der Software ihrer Maschinen geht („right to repair“).

1616Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der Landwirtschaft  
1617tätigen Frauen und Männern, insbesondere auch Quereinsteiger\*innen und  
1618Existenzgründer\*innen, eine Perspektive bietet, denn jeder Hof zählt. Indem wir regionale  
1619Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller - auch digital durch Produktpässe und  
1620Lieferkettenmonitoring - und das Lebensmittelhandwerk stärken, verbessern wir ihre  
1621wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Damit fördern wir auch lokale Vertriebswege für  
1622Lebensmittel.

1623Landwirt\*innen müssen gegenüber den Verarbeiter\*innen und dem Einzelhandel in der  
1624Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann und muss einen  
1625höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten und der Preise für die  
1626Verbraucher\*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Regelungen ein, um  
1627Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

### 1628**Gute Lebensmittel für alle**

1629Essen ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Ernährung ist  
1630maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine gute Ernährung  
1631für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung regionaler Wirtschaftsräume,  
1632denn die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln vor Ort schafft Wohlstand und  
1633regionale Identität.

1634Jede und jeder soll selbst und gut entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU kann  
1635die Entscheidungsfreiheit von Verbraucher\*innen schützen, indem sie für verlässliche  
1636Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir setzen uns daher ein für  
1637europaweite verbindliche Labels, um nachhaltige, regionale, und pflanzliche Ernährung zu  
1638unterstützen. Eine verpflichtende Kennzeichnung zur Haltung der Tiere wollen wir im  
1639europäischen Binnenmarkt einführen. Dagegen soll irreführenden Praktiken mit privaten  
1640Labeln, die etwa für angeblich klimaneutrale Produkte werben, im Rahmen der EU-Green Claims

1641Verordnung ein Riegel vorgeschoben werden.

1642

1643Mit einem EU-weiten Rahmen für nachhaltige Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf  
1644Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa durch Änderungen des Vergaberechts Anreize setzen für eine  
1645bessere Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis Krankenhaus. Wir wollen ein  
1646Umfeld schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund und nachhaltig - nach dem Vorbild des  
1647Planetary Health Ansatzes - zu ernähren. Wir wollen, dass Nahrungsmittel frei von chemischen

1648Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. Mit kontinuierlich steigenden  
1649Bioanteilen aus regionaler Erzeugung in der Gemeinschaftsverpflegung werden verlässliche  
1650Absatzmärkte für den Ökolandbau ausgebaut. So schaffen wir eine nachhaltige und gesunde  
1651Ernährung für alle, besonders für Kinder.

1652

1653Das Angebot pflanzlicher Produkte wollen wir vergrößern und leichter zugänglich machen und  
1654die ernährungsbezogenen EU-Förderprogramme klimagerecht umstellen. Das ist auch wichtig  
zum

1655Erreichen der Klima- und Artenschutzziele. Deshalb verbessern wir die Rahmenbedingungen für  
1656pflanzliche Lebensmittel unter anderem durch die Förderung von Forschung und  
1657Markteinführung. Um zukünftigen Krisen besser begegnen zu können, braucht die EU eine  
1658Eiweißstrategie mit effizienten Zulassungsverfahren, die den Selbstversorgungsgrad bei  
1659Gemüse, Nüssen und pflanzlichen sowie alternativen Proteinen erhöht. Die Erforschung und  
1660Entwicklung von modernen Fermentationsverfahren und Zellkultivierung unterstützen wir in  
1661neuem Maße zur Entwicklung nachhaltiger Lebensmittel und für den Wirtschafts- und  
1662Innovationsstandort Europa.

1663Wir befürworten eine Landwirtschaft, die ressourcenschonend und naturverträglich arbeitet  
1664und sich am Leitbild der ökologischen Landwirtschaft mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit,  
1665Gentechnikfreiheit und Freiheit von synthetischen Pestiziden orientiert.

1666Wie bei jeder Technologie muss der politische Kompass zum Umgang mit alten wie neuen  
1667gentechnischen Verfahren einerseits die Freiheit der Forschung gewährleisten und  
1668andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt ausschließen. Auch neue  
1669gentechnische Verfahren in der Landwirtschaft sollen hinsichtlich ihrer Chancen, Risiken und  
1670Folgen erforscht werden. Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es  
1671unabdingbar, dass Betriebe, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können.  
1672Es gilt, an einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip

1673festzuhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher Basis und eine  
1674Regulierung nötig, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließen und über eine verbindliche  
1675Kennzeichnung die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der Verbraucher\*innen  
1676schützen. Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab. Damit sichern wir die Zukunft  
1677besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und Zuchtbetriebe.

1678

1679

1680

1681Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Tank oder gar in den Müll. Wir setzen  
1682uns deshalb für rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung bis  
2030

1683zu halbieren, einschließlich der Neubewertung von Aussortierungsmerkmalen und  
1684Supermarktnormen sowie der Einführung von Verzehr- statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um  
1685verbindlichere Angaben für die sichere Verzehrbarkeit von Lebensmitteln zu liefern.

## 1686Landwirtschaft ökologisch gestalten

1687Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der Zukunft zu  
1688sichern. In Zeiten der Klimakrise, von Dürren, Bränden, Stürmen und Starkregen rücken

1689widerstandsfähige Anbausysteme in den Mittelpunkt aller landwirtschaftspolitischen  
1690Maßnahmen. Dazu gehört es, die Bodenfruchtbarkeit und -gesundheit zu verbessern, mehr CO<sub>2</sub>  
zu

1691binden als auszustoßen, eine größere Vielfalt an Kulturen und Sorten auf den Äckern  
1692anzubauen und den Einsatz von Pestiziden und chemisch-synthetischen Düngemitteln so stark  
1693wie möglich einzuschränken. Wir orientieren uns an den Kriterien der Regionalität,  
1694Kreislaufwirtschaft und Agrarökologie sowie dem Leitbild ökologische Landwirtschaft. Unser  
1695Ziel ist es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent ökologischer Landwirtschaft zu erreichen  
1696und diesen Anteil bis 2035 und darüber hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende  
1697Betriebe erzielen in Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle  
1698Betriebe. Das zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und  
1699nachhaltige Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür stärken.

1700Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens 30 Prozent  
1701der Mittel, die für die landwirtschaftliche Forschung und die ländliche Entwicklung  
1702ausgegeben werden, für die Weiterentwicklung und Förderung der Ökologisierung der  
1703Landwirtschaft und innovativer Konzepte für die Bio-Wertschöpfungskette, ebenso wie für  
1704ökologische Züchtungsforschung. Das EU-Biosiegel und seine Anwendung wollen wir verbessern

1705etwa bei der Tierhaltung. Ökobetriebe sollen keine Doppelnachweise mehr führen müssen,  
1706sondern auf Grund ihrer Umweltleistungen als "green per definition" gelten.

1707Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass Betriebe, die  
1708gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU soll garantieren, dass  
1709alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es hergestellt wurde. Transparenz und  
1710Wahlfreiheit müssen besonders bei gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln  
1711sichergestellt werden. Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren Ursprung in  
1712konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern wir die  
1713Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und Zuchtbetriebe.

1714Der starke Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise. Die bisher  
1715verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber werden noch nicht  
1716ausreichend umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass die Ziele und  
1717Zulassungsverfahren der EU auf wissenschaftlicher Basis überarbeitet werden. Die  
1718Mitgliedstaaten wollen wir zu weiteren wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa einer  
1719Pestizidabgabe. Trotz des Rückschlags der Zulassungsverlängerung von Glyphosat durch die  
1720Europäische Kommission, kämpfen wir weiter für ein schnellstmögliches Glyphosatverbot in  
1721Europa.

1722Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von  
1723fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in Pestiziden  
1724erlauben. Bei den Genehmigungsverfahren für Pestizide müssen die entscheidenden Behörden  
1725unabhängiger von den antragstellenden Herstellern und ihren Angaben werden. Die Hersteller  
1726dürfen sich nicht länger aussuchen können, in welchem Mitgliedstaat die Behörden ihre  
1727Anträge prüfen. Außerdem müssen für weitere gefährdete Tiergruppen Risikoabschätzungen  
1728entwickelt und berücksichtigt werden. Um Zeit und Kapazitäten zu gewinnen, beschleunigen wir

1729die Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar ist, dass sie aufgrund von  
1730Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir uns für die konsequente

1731 Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die Pestizide in den Verkehr  
1732 bringen, für entstandene Schäden zum Beispiel im Grundwasser oder in der Biolandwirtschaft  
1733 haften.

#### 1734 **Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern**

1735 Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und plötzlichem  
1736 Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von fossilen Düngern  
zurückfahren

1737 und die Böden wieder zu Senken von CO<sub>2</sub> machen, ist die Landwirtschaft ein zentraler Teil des  
1738 natürlichen Klimaschutzes. Deshalb setzen wir uns für die Wiedervernässung von Moorböden,  
1739 Aufbau von Humus in Ackerböden und den Aufbau von Holzmasse in Agroforstsystemen ein –  
mit

1740 stabilen Einkommensperspektiven für Landwirt\*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen  
1741 Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung leisten.

1742 Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt\*innen zusammen. Uns ist wichtig,  
1743 dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen unterstützen wir  
1744 Landwirt\*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten Moorflächen (Paludikultur) und  
1745 fördern auch die Produktion von Rohstoffen für klimafreundliche Bau- und Dämmstoffe sowie  
1746 für die Erdenindustrie und den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen. Wir  
1747 wollen die Nutzung von wiedervernässten Moorböden im Rahmen der GAP fördern und  
1748 klimaschädliche Subventionen abbauen. Moore sind echte Klimaschützer, da hier deutlich mehr  
1749 Kohlenstoff gespeichert wird als im Ackerboden. Die Weidewirtschaft mit Mutterkuhhaltung  
1750 stellt eine der tierfreundlichsten Haltungsformen dar und leistet einen Beitrag zum  
1751 Artenschutz. Auch deshalb wollen wir sie stärker unterstützen.

1752

1753 Agroforstsysteme, bei denen landwirtschaftlich beackerte oder beweidete Flächen mit Baum-  
1754 und Strauchbestand kombiniert wird, sind sowohl mit ökologischer als auch mit  
1755 konventioneller Landwirtschaft realisierbar. Sie haben eine wichtige Bedeutung für den  
1756 Klimaschutz, die Bodenfruchtbarkeit, den Wasserhaushalt und die Biodiversität und damit auf  
1757 die Entwicklung resilientere Ökosystem. Durch die Diversifizierung von Betriebszweigen  
1758 entsteht eine größere Einkommenssicherheit für Landwirt\*innen. Damit die vielen positiven  
1759 Effekte realisiert werden können, wollen wir Hemmnisse abbauen, ihre Erforschung und eine  
1760 breitere Anwendung in der Praxis fördern und weiterentwickeln.

1761 Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand. Wir werden  
1762 deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen und unseren  
1763 Fischer\*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb unterstützen wir den  
1764 Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der Fischereiressourcen und zum Schutz der  
1765 Meeresökosysteme und setzen uns für eine schnellere und vollständige Umsetzung der  
1766 Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie ein. Auch bei der Nutzung der Meere müssen die planetaren  
1767 Grenzen eingehalten werden.. Wir fördern Alternativen zur Stellnetz- und  
1768 Schleppnetzfisherei und gehen gegen umweltschädliche Fangmethoden sowie die überhöhten  
1769 Einträge von Düngemitteln und Schadstoffen vor.

## 1770 **Tiere gut halten**

1771 Wir wollen Tierhaltung so gestalten, dass Tiere als Lebewesen in ihren Bedürfnissen  
 1772 respektiert und nachhaltig erzeugte, wertvolle Lebensmittel liefern kann. Ziel ist  
 1773 schnellstmöglich eine flächengebundene Tierhaltung zu erreichen, dabei unterstützen wir die  
 1774 landwirtschaftlichen Betriebe. Eine naturgemäße Weidehaltung sehen wir als integralen  
 1775 Bestandteil unserer vielfältigen Landschaften. Die industrielle Tierhaltung dagegen schafft  
 1776 großes Tierleid und gefährdet essenzielle Lebensgrundlagen und die Gesundheit der Menschen:  
 1777 zoonotische Erreger, multiresistente Keime, Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung,

1778 Artenverlust, Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und zu hohe Klimagasemissionen –  
 1779 wenn wir Tieren schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

1780 Die Zahl der Tiere, die wir in der europäischen Landwirtschaft halten, muss sich zukünftig  
 1781 am Klimaschutzabkommen von Paris orientieren. Deshalb wollen wir weniger Tiere halten, ihre  
 1782 Haltungsbedingungen deutlich verbessern und die Züchtung stärker auf Tiergesundheit  
 1783 ausrichten.

1784 Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung und bessere Kontrolle einheitlicher  
 1785 europaweiter Tierschutzstandards bei Zucht, Haltung, Transport, Tötung und Handel ein. Das  
 1786 umfasst das Ende von Käfig- und Kastenhaltung sowie von fehlenden  
 Brandschutzvorkehrungen.

1787 Entsprechend soll die Förderkulisse auf eine flächengebundene Tierhaltung ausgerichtet  
 1788 werden und weide- und grünlandgebundene Haltung besonders unterstützt werden. Ziel ist es,  
 1789 dass die Tiere erheblich mehr Platz sowie ganzjährig Außenzugang erhalten und nicht mehr auf  
 1790 Vollspaltenböden stehen müssen. Wir brauchen eine deutliche Reduzierung von  
 1791 Lebendtiertransporten, eine Begrenzung der Langstreckentransporte auf maximal acht Stunden  
 1792 und ein Ende von Tiertransporten in Drittstaaten außerhalb des Schengenraums. Das stärkt  
 1793 auch die lokale Verarbeitung. Bei der Schlachtung fordern wir eine bessere Kontrolle und  
 1794 setzen uns für bessere, verbindliche Betäubungsmethoden, auch für Fische, Krebse, Hummer  
 und

1795 Tintenfische ein. Zudem wollen wir die Schlachtung im Herkunftsbetrieb ermöglichen, wenn ein  
 1796 Befähigungsnachweis vorliegt und ein Tierarzt anwesend ist. Die Tötung von Küken gehört EU-  
 1797 weit verboten.

1798 Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz in der  
 1799 landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr Antibiotika an gesunde  
 1800 Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den Antibiotikaeinsatz wollen wir drastisch  
 1801 reduzieren, um die Entstehung multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der größten  
 1802 gesundheitlichen Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es eine  
 1803 Umstellung auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die Einschränkung

1804 der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker Einzeltiere. Reserveantibiotika  
 1805 sollen der Humanmedizin vorbehalten sein. In der Tierzucht wollen wir die künstliche  
 1806 Stimulierung durch Hormone aus Pferdeblut beenden.



# ***Horizon Europe statt Horizont Europa***



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik  
Beschlussdatum: 07.10.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-W Was Wohlstand schützt

## **Antragstext**

- 1 Wir beantragen die (aus unserer Sicht redaktionelle) Änderung des Begriffs "Horizont Europa"
- 2 in Horizon Europe. Er kommt 7 mal im Kapitel "5. Innovation und Bürokratie" unter dem
- 3 Abschnitt "Europäische Forschung an der Weltspitze verankern" vor.

## **Begründung**

Da die englische Schreibweise deutlich geläufiger ist, würden wir diese im gesamten Wahlprogramm stark präferieren.

## ***Was uns schützt.***



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 25.11.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-WS Was uns schützt.

### **Antragstext**

1 Antrag für das gesamte Kapitel: Nach Beschlusslage in geschlechtergerechte Sprache  
2 umformulieren.

3

4 Liebe Wählerinnen und Wähler,

5 am 9. Juni 2024 haben Sie die Wahl. Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir das erhalten,  
6 was uns stärkt, und das stärken, was uns schützt. Es geht um nicht weniger als unseren  
7 Frieden und Wohlstand. Das ist Grundlage für den sozialen und gesellschaftlichen  
8 Zusammenhalt in einem geeinten Europa.

### 9 **Woher wir kommen: ein Europa, das Frieden schafft**

10 Es ist die größte Errungenschaft unseres Kontinents: Wo noch vor wenigen Jahrzehnten  
11 Europäer gegeneinander auf dem Schlachtfeld kämpften, überwiegen nun Zutrauen und  
12 Zusammenhalt. Wo einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und  
13 Grenzposten, verbindet nun das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie.

14 Aus Feinden sind Nachbarn, aus Nachbarn längst Freunde geworden.

15 Die Idee der Europäischen Union steht in einer Welt voller Konflikte als Garantin für Schutz  
16 und Frieden: Es ist gar nicht lange her, da klang das noch für viele wie selbstverständlich.  
17 Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zerbrach diese Gewissheit.

18 Dieser Krieg richtet sich gegen den Willen der Ukrainerinnen und Ukrainer, in Frieden und  
19 Freiheit zu leben. Er richtet sich gegen ihren Wunsch, Teil der europäischen Familie zu sein  
20 und zu bleiben. Er richtet sich aber auch gegen international verankerte europäische Werte,  
21 wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte – und erinnert uns daran, welchen  
22 Schutz die Europäische Union für uns alle bedeutet. Um diesen Schutz zu bewahren, gilt es  
23 diese Werte auch in der Europäischen Union täglich zu verteidigen. Das heißt auch: eine  
24 klare Absage an antidemokratische, nationalistische und rechtsextreme Kräfte zu erteilen.

25 In einer Welt, deren Herausforderungen mitnichten an nationalen Grenzen haltmachen, kann ein  
26 starkes und geeintes Europa die Sicherheit und den Wohlstand bieten, nach der sich so viele  
27 Menschen sehnen, und als globaler Akteur Verantwortung übernehmen. Wenn wir Freiheit,  
28 Demokratie und Menschenrechte nach innen stärken, kann die Europäische Union sie auch nach

29 außen als fairer und verantwortlicher Partner in der Weltgemeinschaft überzeugend vertreten.  
30 Wo die Durchsetzungskraft des einzelnen Nationalstaates endet, fängt die der Europäischen  
31 Union erst an.

32 Vor diesem Hintergrund wollen wir Europa schützen, damit es uns schützt. Wir wollen es  
33 stärken, weil es uns stark macht. Wir wollen seine Handlungsfähigkeit sichern, um Freiheit  
34 zu wahren.

## 35 Wohin wir wollen: ein Europa, das Wohlstand für alle 36 mehrt

37 Frieden und Wohlstand sind in der europäischen Idee untrennbar miteinander verbunden. Mehr  
38 noch, ihre Verknüpfung war Ausgangspunkt der europäischen Einigung: Die Interessen der  
39 einzelnen Staaten sollten derart eng miteinander verwoben werden, dass Krieg fortan „nicht  
40 nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“ werde.

41 Es war ein Wagnis. Und es gelang. Aus den Ruinen von Krieg und Zerstörung entstand eine  
42 politische Ordnung mit geteilten Werten, auf der Grundlage von Demokratie und  
43 Rechtsstaatlichkeit, basierend auf Freiheit und Solidarität – der unverzichtbaren Ergänzung  
44 wirtschaftlicher Einigung.

45 Nun stehen wir vor der nächsten großen Aufgabe. Wachsende Spannungen in der Welt, soziale  
46 Ungerechtigkeit, der technologische Wandel und die Klimakrise als Katalysator all dessen:  
47 Sie stellen uns und unsere Gesellschaft, stellen Wirtschaft und Politik vor neue  
48 Herausforderungen. Wir müssen deshalb mehr tun, als den bestehenden Wohlstand bloß zu  
49 erhalten. Wir definieren Wohlstand anhand Gerechtigkeit, Klimaneutralität, Lebensqualität  
50 und Vorsorge. Das ist das Fundament für die persönliche finanzielle Sicherheit und ein Leben  
51 in Würde. Wir müssen jetzt dort vorangehen, wo die Arbeitsplätze und der Wohlstand der  
52 nächsten Jahrzehnte entstehen, soziale Sicherheit schaffen und dabei unsere natürlichen  
53 Lebensgrundlagen bewahren. Damit lassen wir das Versprechen des Wohlstandes für alle  
54 Europäer\*innen Wirklichkeit werden.

55 Europa zu stärken und das Klima zu schützen, ist also kein Selbstzweck; wir tun es, um Ihren  
56 Wohlstand, Ihre Freiheit und Ihre Sicherheit zu schützen und zu mehren.

57 Wir wollen eine Infrastrukturunion schaffen: aus Solaranlagen und Windparks, aus  
58 Wasserstoffnetzen und Glasfaserleitungen, aus Stromtrassen und Schienen, aber auch aus  
59 modernen Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen – aus Institutionen also und Standards,  
60 die Gerechtigkeit stärken und Ihre Rechte schützen, für Verbraucherschutz und faire Löhne,  
61 gegen Willkür und Ausbeutung. Eine Infrastrukturunion, die uns in Europa enger und  
62 nachhaltiger verbindet, so unseren Zusammenhalt stärkt, Innovation und Fortschritt  
63 ermöglicht. Wir wollen Europa ganz wörtlich verbinden.

64 Die Klimakrise ist global und muss auch global gelöst werden. In einer Zeit, in der  
65 insbesondere China und die USA endlich massiv in die klimaneutrale Modernisierung ihrer  
66 Wirtschaft investieren, brauchen wir eine ebenso gestaltende, strategische europäische  
67 Investitionspolitik, die dafür sorgt, dass Europa im internationalen Wettbewerb besteht und  
68 zum ersten klimaneutralen Wirtschaftsstandort wird. Für eine solche Politik brauchen wir  
69 Investitionen, die sich aber auszahlen. Wenn wir sozial und ökologisch das Klima schützen,  
70 schaffen wir: gute Arbeitsplätze, saubere Infrastruktur und sicheren Wohlstand.

71 Gute Politik baut indes nicht nur Infrastruktur auf, sondern auch Bürokratie ab: Sie  
72 reguliert, wo es die Sicherung des Allgemeinwohls erfordert, hält wichtige Schutz- und  
73 Beteiligungsstandards aufrecht – dreht zugleich aber auch unnötige Regulierung zurück, die

74 Wirtschaft und Gesellschaft ausbremst, Investitionen hemmt und den Alltag erschwert. Dabei  
 75 helfen Digitalisierung, die dem Menschen dient und die Vereinheitlichung der Regelungen und  
 76 Standards verschiedener Ebenen und Staaten, wie es auch die Europäischen Union möglich  
 77 macht.

78 Indem wir so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf den Märkten der Zukunft  
 79 sichern, legen wir das Fundament für gute Jobs und faire Löhne, für die Gewinnung von Fach-  
 80 und Arbeitskräften, für Sicherheit in unsicheren Zeiten. Wir wollen unseren Wohlstand nicht  
 81 nur für die Wenigen mehrten, sondern sicherstellen, dass er bei den Vielen ankommt: in der  
 82 Breite der Gesellschaft. Diesen Anspruch verfolgen wir.

83 Indem wir unseren Wohlstand auf klimaneutrale Beine stellen und weniger Ressourcen  
 84 verbrauchen, schützen wir unsere vielleicht kritischste Infrastruktur: unsere Umwelt und  
 85 unser Klima, unsere Artenvielfalt und vielfältige Natur, von der wir ein Teil sind. Die  
 86 Folgen des Klimawandels haben wir in den letzten Jahren europa- und weltweit immer  
 87 drastischer zu spüren bekommen. Extremwetter wie Hitzewellen und Überschwemmungen  
 haben

88 Leben gekostet, Häuser und Ernten, Wohlstand und Arbeitsplätze zerstört. Das Artensterben  
 89 und die Verschmutzung der Natur gefährden die Ökosysteme, auf die wir unmittelbar  
 angewiesen

90 sind. Es liegt auch in unserem ureigensten Interesse, diesen Trend zu stoppen: Deswegen  
 91 wollen wir das Klima schützen, uns aber auch vor den veränderten klimatischen Bedingungen  
 92 schützen und daran anpassen. Mit dem „European Green Deal“ sind wir wichtige Schritte in  
 93 diese Richtung gegangen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

94 Indem wir in die Standortvorteile von morgen investieren – erneuerbare Energien und rasche  
 95 Digitalisierung, modernste Batterietechnik und grüner Stahl oder die Ausbildung unserer  
 96 Kinder und lebenswerte Dörfer –, bauen wir ein Europa, das Schutz bietet: für seine  
 97 Bürgerinnen und Bürger, für Sie und uns alle.

98 Wir wissen: All das gelingt nur europäisch. Europäisch aber gelingt es.

## 99 Der Weg dorthin: Haltung und Verantwortung

100 Wir wollen Verantwortung übernehmen. Darum bitten wir um Ihr Vertrauen. Wir treten an für  
 101 eine Politik, die nicht übertönt, sondern überzeugt. Für eine Politik mit klaren Zielen, die  
 102 zugleich Brücken zur gemeinsamen Lösung baut. Für eine Politik, die Antworten gibt.

103 Was uns Kraft gibt, sind die Erfolge der letzten Legislaturperiode. Der Corona- und  
 104 Energiekrise sind wir mit europäischer Solidarität begegnet. Europäischer Klimaschutz ist  
 105 auf dem Weg Richtung Pariser Klimaziele eingeschwenkt - dank des Ausbaus der Erneuerbaren  
 106 und zum Beispiel dem Verbrenneraus. Und Große Digital-Konzerne folgen jetzt demokratischen  
 107 Regeln.

108 Gerade weil wir wissen, dass wir gemeinsam mehr erreichen können als im nationalen  
 109 Alleingang, wollen wir die Europäische Union demokratischer und nahbarer machen. Wir wollen  
 110 Europa, unbedingt – aber noch besser. Besser für Sie. Ein Europa, wie es sein könnte.

111 Dabei sind wir bereit, über unseren Schatten zu springen, wenn es bedeutet, dass wir dadurch  
 112 gemeinsam vorankommen. Verantwortung, die ernst gemeint ist, bedeutet immer auch

Kompromiss.

113 Dabei haben wir unsere klaren Werte als Stärke und Orientierung im Rücken, sie sind unsere  
114 Leitplanken. Eines ist dabei klar: Menschenrechte gelten uneingeschränkt und sind  
115 unverhandelbar. Gleichzeitig war europäischer Fortschritt gerade in einem Europa der  
116 Vielfalt nie die vermeintlich reine Lehre, nie dafür oder dagegen, nie schwarz oder weiß.  
117 Wer aber deshalb den Kompromiss als solchen ablehnt, dem geht es ums Rechthaben, nicht  
118 darum, Lösungen zu finden; der nimmt hin, dass das Vertrauen in die Demokratie erodiert; der  
119 nimmt in Kauf, dass die Einheit Europas leidet.

120 Europa hat beides erlebt: dunkelste Kapitel unserer Geschichte, aber auch die Fähigkeit des  
121 Menschen, neue Kapitel aufzuschlagen, Freiheit zu erkämpfen und Demokratie zu verteidigen.  
122 Die EU mag bisweilen anstrengend sein und ja, sie muss besser werden. Doch sie bleibt der  
123 Schlüssel zu einem Leben in Wohlstand und Sicherheit. Wenn wir heute vor gleich mehreren  
124 Jahrhundertaufgaben stehen, allesamt menschengemacht, wenn deren Gleichzeitigkeit und Größe  
125 auch mal überwältigend wirken mögen, wissen wir als Europäerinnen und Europäer: Die Antwort

126 wird es auch sein – menschengemacht und europäisch.

127

128 Was bei alledem zählt, ist nicht, wer gewinnt oder Recht behält. Erfolg hat keine politische  
129 Farbe. Erfolgreich ist, was das Leben der Menschen in Deutschland und Europa lebenswerter  
130 macht. Was uns gemeinsam stärker macht. Was unsere Gesellschaft zusammenhält. Was auch  
131 Sie

131 schützt. Für eine solche Politik treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Wettbewerb um die  
132 besten Ideen. Eine solche Politik ist unser Angebot an Sie.

133

134 Für diesen Weg bitten wir Sie um Ihr Vertrauen: Wählen Sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.